HEINRICH HÄRTLE

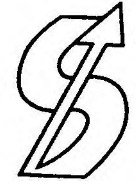
Die Kriegsschuld der Sieger



Roosevelts Churchills und Stalins Verbrechen gegen den Weltfrieden

Heinrich Härtle DIE KRIEGSSCHULD DER SIEGER

Heinrich Härtle



Die Kriegsschuld der Sieger

Churchills, Roosevelts
und Stalins Verbrechen gegen den Weltfrieden

VERLAG K.W. SCHÜTZ KG · PR. OLDENDORF

2. Auflage

Printed in Germany

Gesamtherstellung: Kölle-Druck, Preußisch Oldendorf

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Der Geschichtsschreiber ist kein Neutrum. Wenn er es zu sein versucht, wird er steril. Geschichte ist keine voraussetzungslose, wertfreie Wissenschaft. Zwar ist auch sie in der Erforschung der Tatbestände an ein Höchstmaß der Genauigkeit und Objektivität gebunden. Doch das Deuten und Werten wird relativiert durch die Persönlichkeit des Historikers, seine Weltanschauung, durch seinen politischen Standort.

Der Geschichtsschreiber ist kein Abstraktum. Er steht im geistigen und politischen Schicksal seines Volkes. Auch die Großen waren in diesem Sinne »subjektiv«. Sie hätten anders geschrieben, wäre Ranke Atheist, Mommsen Klerikaler, Srbik Marxist, wäre Ranke Engländer, Mommsen Russe und Srbik Italiener gewesen.

Das gilt noch stärker für die Zeitgeschichte. Sie ist keine gegenstandslose Kunst, sondern zeit- und raumgebunden. Auch in ihr wird der wissenschaftliche Rang nicht durch den Standpunkt der Standpunktlosigkeit bestimmt.

Hinter dem Anspruch absoluter Objektivität – nicht nur in der Ermittlung der Fakten, sondern auch in ihrer Interpretation – verbergen sich allzuoft gewisse Tendenzen. Hätte Hitler gesiegt, wären die heutigen Mea-Culpisten zu wesentlich anderen Ergebnissen gekommen, sicher mit der gleichen formalen Akribie.

Läge der Maßstab des Wissenschaftlichen n u r in der Methodik, dann wären die Ergebnisse der letzten 20 Jahre kläglich. Die produktiven Leistungen in der Kriegsschuldforschung verdanken wir eher der politischen und populärwissenschaftlichen Literatur als den Veröffentlichungen beamteter Historiker. Die Zunft schwieg oder blieb auf jener Generallinie alliierter Orthodoxie. Manche wurden erst aktiv in der Verfolgung ausländischer Ketzer, wie des Engländers Prof. A. J. P.

Taylor oder des Amerikaners Prof. Hoggan, die zu leisten wagten, was bundesdeutsche Historiker versäumt hatten.

*

Zeitgeschichtliches Schrifttum von Hans Grimm, Peter Kleist, Erich Kern, A. von Ribbentrop, Helmut Sündermann, Udo Walendy, Friedrich Lenz u. a., die ihre Werke ohne wirtschaftliche Unterstützung, Institute und Archive schaffen mußten, ließ man unbeachtet. Doch wie trostlos wäre die Lage der Kriegsschuldforschung, müßten wir immer noch auf die Leistungen der Universitäts-Historiker, ihrer Seminare und Institute warten! Gegen die Vorherrschaft alliierter Tendenz-Historie kann man sich eben nicht nur mit methodischem Können auflehnen. Ein solcher Widerstand erfordert auch Mut, Charakterstärke und politische Urteilskraft. Wir brauchen beides: Tapferkeit und Methode.

Seit 20 Jahren warten wir vergeblich auf die Auseinandersetzung beamteter Historiker mit dem Geschichtsbild des Nürnberger Tribunals, auf die Abwehr des stärksten Eingriffs politischer Justiz in die Geschichtsschreibung, den die europäische Geschichte kennt. Gäbe es eine notwendigere Aufgabe für die zeitgeschichtliche Forschung?

Dieser größte Prozeß der Weltgeschichte müßte nicht nur negative Folgen haben. Durch die Übermacht der Anklage hat er die deutsche Verteidigung zu einzigartigen Leistungen gezwungen. Sie vermochte die Angeklagten als Tatzeugen einzusetzen, wie das noch nie für die Geschichte eines Krieges geschehen konnte. Sie haben um ihren Kopf gekämpft, doch vor diesem Forum konnten sie sich nur mit einem Höchstmaß an Wahrhaftigkeit und Beweiskraft bestehen. Was unter der alliierten Inquisition den deutschen Tatzeugen nicht widerlegt werden konnte, darf als bewiesen gelten. Darum sind diese Bezeugungen auf Leben und Tod wichtiger als die Masse des papierenen Anklagematerials, mit dem die Feindmächte »ihre Kriegsanstrengungen fortsetzen« wollten, wie US-Hauptankläger Jackson zugab.

*

In meinem Buche »Freispruch für Deutschland« habe ich mich bemüht, die Verteidigung unserer Soldaten in den Mittelpunkt zu stellen.

Der Zusammenhang zwischen Kriegsverbrechen und Kriegsschuld konnte nur knapp behandelt werden. In diesem Buche liegt der Schwerpunkt auf der Kriegsschuldfrage. Weil Anklage und Urteil behaupten, Deutschland habe sich von 1933 bis 1939 ununterbrochen auf den Angriffskrieg vorbereitet, mußte zunächst die Widerlegung dieser Beschuldigung den größten Raum beanspruchen. Gelingt der Nachweis, daß durch Wiederbewaffnung, Rheinlandbefreiung, Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs und des Sudetenlandes, Rückführung Böhmens und Mährens in die Oberhoheit des Reiches und die Heimkehr Danzigs die englisch-französische Kriegserklärung nicht zu rechtfertigen ist, kann Deutschland nicht länger mit der Hauptverantwortung für den europäischen Krieg 1939–40 belastet werden.

Die Hauptschuld an der Ausweitung des europäischen Krieges 1941 zum Zweiten Weltkrieg fällt dann auf Churchill, Roosevelt und Stalin.

*

Auch diese Arbeit konnte nicht voraussetzungslos geschrieben werden. Der exakten und gewissenhaften Erforschung der Tatbestände blieb ich verpflichtet, deute und werte sie indes als nationaler Deutscher. Keiner kann Zeitgeschichte standpunktlos und wertfrei schreiben. Es gibt nur solche, die das zugeben, und andere, die das leugnen.

Ich bekenne weiter, daß ich mich gegen die Hauptschuldigen an einem Weltkriege, dem über 50 Millionen Menschen geopfert wurden, nicht neutral zu verhalten vermag.

Dennoch soll auch dieses Buch nicht der Rechtfertigung eines vergangenen Systems dienen. Es will dem deutschen Schicksal von heute dienen, um mitzuhelfen, das morgige zu bewältigen.

Für die Zukunft deuten wir die Vergangenheit!

Am 16. Oktober 1966,
dem 20. Jahrestag der Nürnberger
Justizmorde, *Heinrich Härtle*

I

Shylock als Historiker

Eine der gefährlichsten Folgen des Nürnberger Unrechtsprozesses ist die Verwirrung und Verkümmerung des geschichtlichen Denkens. Um den Grad der Lähmung des historischen Sinnes ermessen zu können, müssen wir zurückschauen bis in das alte Hellas. Dort in der attischen Kultur finden wir nicht nur die Heimat der europäischen Kunst, sondern zugleich das Ursprungsland der europäischen Wissenschaft. In der Frühzeit Europas wurde dort das Gesetz von Ursache und Wirkung entdeckt und auch auf das geschichtliche Schicksal angewandt. Seit Herodot und Thukydides gibt es Historie als Wissenschaft. Cicero feiert Herodot als den »Vater der Geschichte«.

Wie auf vielen Kulturgebieten sind die Deutschen auch in der Geschichtswissenschaft rechtmäßige Erben der hellenischen Welt. Um so bedenklicher ist die Zersetzung des historischen Sinnes gerade unter Deutschen nach einer Entwicklung, die vor 2400 Jahren begann. Dieses Land, das die größten Historiker der Neuzeit hervorgebracht hat, ist zum Tummelplatz historischer Agitation und opportunistischer Mea-Culpisten geworden.

Herodot versuchte als erster, die immanenten Gesetze geschichtlicher Entwicklung, ihre alle juristischen Maßstäbe und religiösen Motive überragende Eigengesetzlichkeit zu erforschen. Nur dadurch vermochte er das griechische Schicksal denkerisch zu bewältigen, zu erkennen, wie es in die Ursachenreihe einer weltgeschichtlichen Dialektik zwischen Asien und Europa eingeordnet war, plastisch sichtbar im Kampfe zwischen Persien und Griechenland. Sein Blick war – schon erstaunlich frei von religiösen Dogmen, moralistischen Postulaten und juristischen Scheuklappen – auf

die politische Wirklichkeit gerichtet. Wandernd, erkennend und forschend, erfaßt er die politischen Tatsachen seiner hellenischen Heimat, doch auch in Nordafrika, Ägypten, Syrien, Babylon, Persien, und dringt bis an die Gestade des Schwarzen Meeres vor. Noch beengt ihn der mystische Glaube an die Macht und Weisheit der Götter; Herodot denkt aber bereits geschichtlich in der urgriechischen Weisheit: »Der Mensch ist ganz das Werk des Geschicks.«

2500 Jahre später darf in Europa ein Prozeß abgehalten werden, in welchem man sich anmaßt, die gewaltigste Tragödie unserer Geschichte mit ungeschichtlicher Justiz, fanatischer Ideologie und moralistischen Dogmen zu kriminalisieren, um das älteste Kulturvolk Europas anklagen, verurteilen und richten zu können.

Herodots Erbe tritt am Ende des fünften Jahrhunderts Thukydides an. Er ringt sich auch noch frei von den mythischen Bindungen des »Vaters der Geschichte«, um das historische Geschehen großartig unbefangen in seiner strengen Folgerichtigkeit und Eigengesetzlichkeit zu erkennen und zu deuten. Moralische Postulate, philosophische Ideen, Götter oder Dämonen, er schließt sie nicht aus, setzt sie jedoch nicht voraus, denkt frei von Vor-Urteilen.

Sein nüchterner Ernst weicht auch den dunklen Seiten menschlicher Existenz, der Schurkerei und Grausamkeit im geschichtlichen Schicksal nicht aus, und gerade dadurch wird er fähig, »eine durchgehende kausale Gesetzmäßigkeit, die gleichermaßen die Natur wie die Menschenwelt beherrscht« (Nestle) zu erkennen und anzuerkennen. Ein antiker Biograph rühmt an ihm: »Aus Freude an der Wahrheit ist er ein Gegner der Mythen.«

Thukydides war auch, das dürfen wir heute hinzufügen, ein Gegner aller Surrogate von Mythen, des wirklichkeitsfremden Moralismus ungeschichtlicher Ideologien und theologischer Postulate: »Ebensoweit wie vom Glauben an eine göttliche Vorsehung oder an eine sittliche Weltordnung ist Thukydides aber auch von jeder philosophischen Spekulation entfernt.«[1]

Das »Ewig-Männliche«

Nietzsche, der Geschichte als das »Ewig-Männliche« betrachtet, nennt Thukydides einen »Menschendenker«, der Geschichte anthropologisch betreibt, als Deutung menschlichen Schicksals: des einzelnen und der Gemeinschaft.

Thukydides, zwischen vorsokratischer Überlieferung und zeitgenössischer Sophistik, hielt sich dennoch frei vom aufklärerischen Optimismus; er glaubte nicht, das politisch-geschichtliche Geschehen in seinen letzten Ursachen und Zielen erforschen und berechnen zu können. Als echter Hellene wußte er um den »irrationalen Rest«, die Untiefen geschichtlichen Seins, letzter Deutung unerreichbar. Er stand in Ehrfurcht vor dem, was man neuzeitlich die Macht des Zufalls nennt, die der Grieche mythisch als Göttin »Tyche«, der alles Menschliche preisgegeben schien, verehrt und gefürchtet hat.

Diese Einschränkung hat den Nachfolger des Herodot nicht von der Pflicht entbunden, das Erforschliche zu erforschen. Thukydides muß die Oberfläche des Geschehens durchstoßen, um zu den Wurzeln und Ursachen zu gelangen, die den Menschen als geschichtliches Wesen bestimmen. Der erste im europäischen Sinne wissenschaftliche Historiker hatte bereits jenen Unterschied erkannt, den man heute immer wieder absichtlich leugnet oder vergißt: Die Trennung von Ursache und Anlaß eines Krieges. (Vgl. »Freispruch für Deutschland« S. 300–1.) Nach Nestle gibt es bei Thukydides »für jeden größeren Krieg zwei Gattungen von Ursachen: die unmittelbaren Anlässe, die ihn auslösen und von denen man redet, und die wahre, aber latente, tiefere Ursache, die man verschweigt«.[2]

Wer diesen Unterschied anerkennt und folgerichtig zu Ende denkt, soll zwar auch die moralischen Antriebe oder Fehlleistungen im geschichtlichen Handeln durchaus ernst nehmen, darf sich jedoch nicht auf sie beschränken. Er muß sich der Anstrengung unterwerfen, sittliches Wollen und realpolitische Notwendigkeit in den geschichtlichen Zusammenhang zu stellen. Ein Historiker hat das Ineinander und Gegeneinander politischer Ursachen und ethischer Postulate der »Kausalität aus Freiheit« (Kant) zu erforschen und zu ordnen. »Jenseits von Gut und Böse«, das schließt

moralische Kategorien nicht aus, erkennt aber die übergeordnete Macht ontologischer Ursachen. Mit dieser Einschränkung darf man hinnehmen, was Prof. Dr. Nestle als kennzeichnend für den historischen Sinn des Thukydides feststellt: »Bei solcher Gesetzmäßigkeit des geschichtlichen Geschehens muß auch das menschliche Handeln in jedem Falle als notwendig erscheinen, und seine Beurteilung kann nicht mehr den moralischen Kategorien Gut und Böse, sondern nur noch den verstandesmäßigen Richtig oder Unrichtig, Zweckmäßig oder Unzweckmäßig unterliegen.«[3]

Das muß nicht Negierung der ethischen Werte bedeuten, sondern ihre Einordnung in den schicksalhaften Zusammenhang menschlichen Wollens und Müssens.

Diese starke, strenge, harte Tatsächlichkeit, die nach Nietzsche »dem älteren Hellenen im Instinkte lag« und um derentwillen er Thukydides »höher als Plato« ehrt, dieser vom Mythischen befreite und dennoch nicht durch seichte Aufklärung geschwächte Wirklichkeitssinn läßt den griechischen Geschichtsdenker ein Bild der hellenischen Vergangenheit entwerfen, das wir um so stärker bewundern müssen, je kritischer wir den Zustand unserer heutigen Geschichtsschreibung beobachten. Abstrakter Moralismus, theologische und juristische Postulate durchbrechen erneut die Eigengesetzlichkeit des Geschichtlichen. Auch für Thukydides ist die »Weltgeschichte das Weltgericht«, jedoch in einem meta-juristischen, überreligiösen und dem Moralischen transzendenten Sinne: unterworfen dem Gesetz der Macht, dem Ursprung aller Politik. In dieser Welt gibt es Macht ohne Recht, aber kein Recht ohne Macht, sosehr auch die Versöhnung von Recht und Macht das höchste Ziel ethisch gerechtfertigter Politik sein sollte.

Sühne-Theologen

Aus diesem Grunde ist schon im Denken des Thukydides auch kein Raum mehr für die heilsgeschichtliche Vorstellung eines durch Lohn und Strafe regulierten historischen Geschehens. Das soll kein Einwand gegen gewisse Theologen sein. Es sei ihnen indes unbenommen, in ihrem eigenen

Bereich nach religiös-mythischen und religiös-moralischen Kategorien zu denken und zu urteilen. Sobald sich Theologen aber Urteil und Richteramt in dem ihnen ursprünglich fremden Bereich der politischen Geschichte anmaßen, müssen sie in ihre Schranken zurückgewiesen werden.

Wir haben schon darauf hingewiesen, wie unbefangen Thukydides den Glauben an eine heilsgeschichtliche Vorsehung verneint, um die Eigengesetzlichkeit des Geschichtlichen in den Griff zu bekommen. Dies ist eine der geistigen Grundlagen des historischen Weltbildes des Thukydides: »... Wer dem naiven Glauben huldigt, die Gottheit werde der sogenannten gerechten Sache zum Siege verhelfen, einem Glauben, der unter die unklaren Hoffnungen zu rechnen ist und den die Erfahrung als eine unvernünftige Denkart erweist«, steht mit dem, was im griechischen Sinne das »Göttliche« ist, nicht mehr im Einklang.[4] Diese »unvernünftige Denkart« und kausale Geschichtsschreibung schließen sich aus.

Einen solchen Grad von Klarheit und Folgerichtigkeit hat das geschichtliche Denken bereits vor zweieinhalb Jahrtausenden erreicht. In der spätantiken Verfallszeit drohte das exakte Denken auch im geschichtlichen Raum unterzugehen. Erst die Renaissance brachte dann auch die Wiedergeburt des historischen Sinnes. Vico und Macchiavelli, Voltaire und Gibbon, Kant, Fichte, Herder, Hegel, Nietzsche, Burckhardt, Ranke und Mommsen setzten diese Tradition fort, bis wir nun erneut in ein »spätantikes« Chaos geraten sind.

Mit der Entwertung nationaler und kultureller Werte zeigen sich auch in der Geschichtsschreibung jene Verfallserscheinungen, die sich nur mit der spätrömischen Dekadenz vergleichen lassen. Eines dieser Symptome ist die Verwischung der Grenzen zwischen Theologie und Politik, Heilsgeschichte und Historie. Dabei erscheint wieder das in seiner Zeit und für seine Epoche großartige theologische und satanologische Geschichtsbild des Nordafrikaners Augustin in unserer Zeit, die den Ertrag einer 300-jährigen Auseinandersetzung mit dem orientalischen Weltbild preisgibt. Bis ins 16. Jahrhundert hat die Vorherrschaft der augustinischen Heils- bzw. Unheilsgeschichte eine wissenschaftliche Geschichtsschreibung verhindert. Erst mit der Wiedergeburt der Antike gelang es, im Humanismus und in der Aufklärung die Eigengesetzlichkeit des Geschichtlichen wiederzuentdecken und neu zu begründen. Diese Renaissance des antiken

Kausaldenkens vollzog sich in härtester Auseinandersetzung mit den Epigonen Augustins, bis durch eine klare Abgrenzung zwischen religiösem und politischem Weltbild eine geistige Koexistenz ermöglicht werden konnte. In unserer Zeit versucht man auch hier restaurative Tendenzen durchzusetzen und religiöse und wissenschaftliche Geschichtsdeutung heillos zu verwirren.

Orakelhafte Sühnetheologen glaubten unter dem Eindruck der Katastrophe von 1945, die Zeit sei wieder reif, um ihre geistesgeschichtlich längst widerlegten Dogmen und Kategorien auf ein Gebiet übertragen zu können, auf dem sie gegen jede Kritik gefeit schienen, auf die Kriegsschuldforschung.

Von der Schweiz aus hat der Papst der Dialektischen Theologie, Carl Barth, die Verteufelung der jüngsten Vergangenheit theologisch auszudeuten versucht. Man verkündete das Dogma, der Nationalsozialismus sei der »Einbruch des Ungeschichtlichen« in die Geschichte. Diese paradoxe Vorstellung widerspricht allerdings dem Wesen des Geschichtlichen radikal, denn gerade ihre Voraussetzung, daß es »Ungeschichtliches« gäbe, hebt die Eigenständigkeit und Eigengesetzlichkeit des Geschichtlichen auf. Carl Barth und seine Jünger beweisen schon durch diesen Ansatz, daß sie noch mit Rudimenten magischer und akausaler Vorstellungen argumentieren. So verwirren sie die historische Kausalität und dünken sich in der Kriegsschuldfrage über die wissenschaftliche Kritik erhaben. Von ihrer geschichtsfremden Ideologie aus maßen sie sich dann an, politische Entscheidungen und Urteile fällen zu können, die sich so verheerend auf unsere nationalen Interessen auswirken wie die Denkschriften gewisser EKD-Pastoren.

Wer mit der Logik der Spätantike die Weltgeschichte heute noch augustinisch deutet als den Kampf zwischen »civitas dei« und »civitas diaboli«, zwischen Gottesstaat und Teufelsstaat, dem sind von Anbeginn alle Möglichkeiten verbaut, das politische Geschehen aus den ihm wesenseigenen Ursachen zu erforschen und zu werten. Er vermag nicht mehr im exakten Begriff kausal zu denken, sondern vermutet hinter jedem politischen Ereignis Fluch oder Segen eines jenseitigen »Gottes«. Aus der immanenten Kausalität geschichtlicher Entwicklung wird die Dialektik eines Gnaden- oder Sühneprozesses.

Die Zeitgeschichte verwandelt sich in solchen Köpfen in das Gegeneinander von Theologie und Satanologie. Ein folgerichtiges Denken in Ursache und Wirkung wird auch hier nicht mehr möglich. Zweifellos hat eine solche Heils- bzw. Unheilsgeschichte, die Ursache und Wirkung durch Belohnung und Bestrafung ersetzt, den Vorteil einer – wenn auch primitiven – Vereinfachung aller Zusammenhänge. Jeder Sieg läßt sich dann unschwer als »Lohn« und jede Niederlage ebenso simpel als »Strafe« deuten. Für die Katastrophe von 1945 bieten sich jetzt theologische Patentlösungen von verwirrender Problematik an: Weil das deutsche Volk trotz ungeheuerer militärischer und politischer Leistungen 1945 einer vielfachen materiellen Übermacht erlag, sei dieses Volk für seine Sünden bestraft worden!

Der Verlust des Krieges wird zum Beweis für Sündhaftigkeit des Unterlegenen.

Die Tiefe der Niederlage verhalte sich dann proportional zur Größe der Sündhaftigkeit. Je nach Glaubenseifer oder Glaubensblindheit ergibt sich daraus folgende absurde Deutung unseres Schicksals: Der »Gott« dieser Theisten hätte den bolschewistischen Atheisten zum größten Sieg verholfen. Zur Bestrafung der deutschen Sünder bediente er sich der antichristlichen Roten Armee. Im ewigen Ratschluß dieses »Gottes« habe es auch gelegen, die heidnischen Deutschen und Japaner mit Bombenterror und atomarem Massenmord büßen zu lassen. Diese Paradoxie jedes geschichtlichen Urteilens wäre die letzte Konsequenz einer solchen historisierenden Sühnetheologie.

Man prüfe daraufhin einen großen Teil der Reden und Schriften dieser Kreise zur Kriegsschuldfrage und wird feststellen müssen, daß die theologische Kriegsschuldpropaganda eine gefährliche Variation der Umerziehung darstellt. Sie erscheint zunächst nahezu unangreifbar. Wer über solche heilsgeschichtliche oder unheilsgeschichtliche Offenbarungen verfügt, hat es nicht mehr nötig, sich um eine gewissenhafte Erforschung der realen Ursachen jener geschichtlichen Entwicklung zu bemühen, die zum »Einbruch des Ungeschichtlichen« geführt hat.

Man ist jetzt darüber erhaben, wissenschaftlich untersuchen zu müs-

sen, aus welchen Ursachen und Zusammenhängen 1939 der deutsch-polnische Krieg und 1941 der Zweite Weltkrieg entstanden sind. Die Sündhaftigkeit des Unterlegenen erübrigt die Anstrengung exakter Forschung. Das Ergebnis steht von vornherein fest: Weil Deutschland 1945 in einem ungeheueren Ausmaße »bestraft« wurde, muß es 1939 in einem noch nie gekannten Ausmaße »schuldig« geworden sein. Ein Volk, das in diesem Ausmaße gesündigt hat, kann in der Politik nur noch die eine Aufgabe sehen: zu büßen, zu sühnen, zu verzichten, und sei es durch Verlust eines Drittels des eigenen Lebens- und Kulturraumes.

Rache statt Recht

Den welthistorischen Beweis für das Versagen moralistischer und juristischer Mittel und Möglichkeiten gegenüber dem verhängnisvollsten Ereignis der europäischen Geschichte hat das Internationale Militär-Tribunal erbracht. Einer der radikalsten Vertreter der Nürnberger Pseudojustiz, der britische Hauptankläger und jetzige Lord Shawcross, hat dennoch versucht, nach 20 Jahren das damalige Vergeltungsgericht und seine Rolle in ihm nochmals zu verteidigen.[5] Was im Taumel des Sieges und im Rausch der Rache noch verständlich erscheinen konnte, wird nach diesem zeitlichen Abstand unerträglich.

Vergeblich haben wir jedoch darauf gewartet, unsere beamteten Historiker und Völkerrechtler würden den ehemaligen englischen Generalstaatsanwalt und Hauptankläger zurückweisen. Dabei ist dieser Fall exemplarisch nicht nur für die Anmaßung der politischen Justiz, geschichtliche Entscheidungen nur nach ihren Paragraphen beurteilen zu wollen, sondern auch für die totale Verwirrung und Verfälschung der Kriegsursachenforschung durch prozessuale Methoden.

Die deutschen Kollegen des englischen Kronjuristen hätten um so mehr Gründe gehabt, ihm zu erwidern, als er ausdrücklich behauptet, in der Bundesrepublik und ihrer Justiz wären in einer »ganzen Serie von beispielhaften Verfahren« die »Nürnberger Prinzipien« mit deutscher Gründlichkeit angewandt worden. Damit stellt er zugleich klar, welche Bedeutung er diesen »Prinzipien« immer noch zumißt und daß er sie also immer noch aufrechterhalten möchte.

Zwar unternimmt Shawcross gleichzeitig Entschuldigungsversuche und gewährt Konzessionen gegenüber der immer schärfer werdenden Kritik, kehrt jedoch immer wieder auf die alte Grundlage zurück, und zwar mit einer Ignoranz, daß man seine heutigen Zugeständnisse nur als Schleichwege zur Rehabilitierung seiner damaligen Rolle betrachten kann. Daß er dabei zu jedem Grad von Heuchelei fähig ist, wenn nicht politische Schizophrenie angenommen werden muß, wird niemand erstaunen, der seinen Nürnberger Auftritt näher beobachtet hat.

Jetzt gibt er z. B. offen zu, daß vor 20 Jahren eine »Siegerjustiz« angeklagt und verurteilt habe, denn die Besiegten hätten selbstverständlich zu bezahlen. In Nürnberg hatte er noch den Rechtsfanatiker gespielt, und muß jetzt eingestehen:

»Zweifellos kann das Nürnberger Verfahren auch als ein Beispiel für jenes uralte Prinzip gesehen werden, das bei den Römern vae victis hieß – wehe den Besiegten!«

Bisher allerdings hatten die englische Regierung und ihre Ankläger die übrige Welt mit der Behauptung zu täuschen versucht, man habe Deutschland 1939 allein aus rechtlichen und moralischen Gründen den Krieg erklärt, nur um die erhabenen Prinzipien der Gerechtigkeit und der Demokratie zu retten. Diesen humanen Motiven sollte dann auch das Internationale Militär-Tribunal dienen.

Vae victis oder Recht? Das eine schließt das andere aus! Lord Shawcross meint dagegen, nun eine dritte Möglichkeit gefunden zu haben: Rache und Vergeltung hinter der Fassade der Justiz. Gerade diese Pervertierung des Rechtes möchte er jetzt wieder verteidigen. Noch einmal wagt er es, das Nürnberger Unrechtsverfahren als einen »richtigen Prozeß« hinzustellen, dessen Aufgabe es gewesen sei, unter den Völkern »die Herrschaft des Rechtes« zu stärken.

Schizophrene Justiz

Um in Nürnberg diese »Herrschaft des Rechtes« stärken zu können, hätte allerdings zunächst eine Vorbedingung jeder Rechtsprechung erfüllt werden müssen: die Gleichheit vor dem Gesetz! Gerade diese aber wurde

von Anbeginn radikal beseitigt. Die rücksichtslose Ungleichheit vor dem Gesetz und damit das absolute Unrecht wurde zum Fundament des Internationalen Militär-Tribunals. Der einstige Hauptankläger vermag das heute selbst nicht mehr zu bestreiten. Mit verblüffender Ignoranz erklärt er im schärfsten Widerspruch zu seinen damaligen Anklagereden: »Keinen Augenblick lang würde ich bestreiten, daß bei totaler Kriegführung auf beiden Seiten Grausamkeiten begangen werden.

Selbstverständlich geschieht Unrecht auf beiden Seiten... Ich möchte ebensowenig bestreiten, daß auf beiden Seiten Kriegsverbrechen begangen werden...«

Wie aber lassen sich damit vereinbaren die Anklage und Bestrafung nur gegen die eine, gegen die deutsche Seite? Also Mißbrauch des Rechtes zur Rache und gleichzeitig die Behauptung, das Nürnberger Verfahren habe »die Herrschaft des Rechtes« gestärkt. Ist das perfide Heuchelei oder hochgradige Schizophrenie?

Shawcross versucht noch eine andere Ausrede, um seine offensichtlichen Widersprüche zu überbrücken, diese Einseitigkeit der Anklage nur gegen die Besiegten, die jedes Rechtsempfinden empörende Ungleichheit vor dem Gesetz. Er heuchelt, die alliierte Justiz habe die Bürde des Anklagens, Verurteilens und Henkens übernehmen müssen, weil damals »keine funktionsfähige deutsche Justiz« mehr existiert habe.

Allerdings hätte man auch damals Richter nur für die Anwendung europäischen Rechtes finden können. Gerade dies aber haben die Alliierten bewußt verhindert. Lord Shawcross verdreht hier ganz einfach die geschichtlichen Tatbestände ins Gegenteil, wenn er jetzt scheinheilig behauptet: durch die jetzt als falsch erkannte alliierte Politik der bedingungslosen Kapitulation sei 1945 »der ganze deutsche Regierungs- und Justizapparat zusammengebrochen«. Das ist eine Zwecklüge! Die westlichen und östlichen »Sieger« haben zuerst den deutschen Staat, seine Regierung und seine Gerichtsbarkeit mit militärischer Gewalt zerschlagen, um einem wehr- und führungslosen Volk um so brutaler die Diktatur der Besatzungsmächte und ihre Rachejustiz aufzwingen zu können. Sollte ausgerechnet Lord Shawcross immer noch unbekannt geblieben sein, was der Oberste Befehlshaber der alliierten Streitkräfte, General Eisenhower,

zur Eröffnung des demokratischen Rechtsstaates in seiner »Proklamation I« befohlen hat? »Alle deutschen Gerichte, Unterrichts- und Erziehungsanstalten innerhalb des besetzten Gebietes werden bis auf weiteres geschlossen...«

Lord Shawcross scheint die Bundesdeutschen bereits für so vergeßlich oder umerzogen zu halten, daß sie nicht mehr wüßten, wie die alliierten Diktatoren die legale Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz mit militärischer Gewalt und Gangstermethoden verhaftet und beseitigt haben. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde der deutsche Staat seiner Souveränität beraubt. Stalin hatte das gefordert, und die englischen Büttel haben dieses Staatsverbrechen ausgeführt. Dies war ja gerade die erste Voraussetzung dafür, um statt Humanität und Gerechtigkeit das barbarische »vae victis!« anwenden zu können. Shawcross und seine »demokratischen« und bolschewistischen Kollegen kamen nur auf diesem Umwege zu ihrer Rolle als Ankläger und Henker der politischen und militärischen Führung Deutschlands.

Auch wenn man die offensichtliche Geschichtsfälschung übersähe und den Vorwand, es hätte damals keine funktionsfähige deutsche Gerichtsbarkeit mehr gegeben, hinnähme, bliebe immer noch eine entscheidende Frage unbeantwortet: Warum hat man nicht den einzig gerechten und rechtmäßigen Ausweg gesucht: ein neutrales und damit unabhängiges Gericht?

Nur dadurch hätte sich einer der entscheidenden Vorwürfe gegen die Vergeltungsjustiz widerlegen lassen: daß Richter und Ankläger in eigener Sache urteilten und damit von vornherein kein Verfahren nach europäischen Rechtsprinzipien möglich war. Führende Rechtsgelehrte, vor allem aus den neutralen Staaten, haben ein solches Verfahren als das einzig juristisch verantwortbare vorgeschlagen. Die alliierten Militärdiktatoren und ihre juristischen Helfershelfer haben jedoch alle diese Vorschläge zurückgewiesen. Sie duldeten kein unabhängiges Gericht, sie wollten die Shylockjustiz. Lord Shawcross aber behauptet immer noch, dieser Schauprozeß habe »die Herrschaft des Rechtes« gestärkt.

Zur Begründung seiner frechen Verdrehung wiederholt er immer noch die damalige Kollektivdiffamierung. In Nürnberg hatte er gemeinsam mit seinem bolschewistischen Kollegen in der »Anklageschrift« unterstellt,

daß »der Krieg eine edle und notwendige Beschäftigung für die Deutschen« sei. Damals verleumdete er das deutsche Volk, es sei »25 Jahre lang in der Philosophie des Hasses, der Roheit und des Mordes erzogen worden«.[6]

Shawcross hatte aufmerksam zugehört, als vor dem Internationalen Militär-Tribunal die primitivste Kriegsgreuelpropaganda der Bolschewisten fortgesetzt wurde; er hat sie dann selbst noch überboten:

Einer der Tiefpunkte dieser Horror-Agitation wurde erreicht, als der englische Kronjurist sich nicht schämte, die widerlichste Propagandalüge des Ersten Weltkriegs erneut aufzutischen. Am 27. Juli 1946 beschuldigte er die Deutschen: »Gelegentlich wurden sogar die Leichen ihrer Opfer benutzt, um die Kriegsknappheit an Seife zu beheben.«

Es waren nicht die Bolschewisten, sondern es blieb dem Repräsentanten der altehrwürdigen englischen Justiz vorbehalten, vor der Weltöffentlichkeit die infamste Verleumdung auszusprechen, die je gegen deutsche Soldaten und Offiziere gewagt worden ist. Er diffamierte die deutsche Wehrmacht, sie sei nicht »von ehrenwerten Soldaten, sondern von gefühllosen Mördern befehligt« worden.[7]

Kriegsschuld und Kriegsverbrechen

Diesen Rufmord und seine Folgen wird auch Shawcross vor der Geschichte zu verantworten haben. Wichtiger für die Beurteilung der Konsequenzen des Nürnberger Schauprozesses ist seine nachträgliche Feststellung, der Krieg sei nicht nur verboten, sondern »die Saat aller anderen Verbrechen« gewesen. Das wäre allerdings historisch gedacht. In Nürnberg aber versuchten Shawcross und die übrigen »demokratischen« und bolschewistischen Juristen, Kriegsursachen und Kriegsverbrechen streng voneinander zu trennen. Nur dadurch konnten sie allein Deutsche als »Kriegsverbrecher« anklagen und bestrafen.

Einer exakten Untersuchung der Kriegsursachen mußte man jedoch ausweichen, denn sie hätte ergeben, daß die Hauptschuld an der Ausweitung des Polenkonflikts zunächst zum europäischen Krieg und dann weiter zum Zweiten Weltkrieg nicht Deutschland trifft, sondern die an-

klagenden Mächte. Wollte Shawcross sein Eingeständnis des Zusammenhangs von Kriegsursachen und Kriegsverbrechen zu Ende denken, hätte er jetzt zugeben müssen, daß auch die Hauptschuld an den Kriegsverbrechen jene alliierten Mächte trifft, die die Hauptschuld am Zweiten Weltkrieg zu tragen haben.

In Nürnberg dagegen haben die Ankläger alle Versuche unterdrückt, den ursächlichen Zusammenhang zwischen Kriegsverbrechen und Kriegsursachen aufzudecken. Sie haben das historische Kausalgesetz verleugnet, um die Deutschen als die einzigen Friedensbrecher und Kriegsverbrecher verurteilen zu können.

Das Völkerrecht wurde zu diesem Zweck entweder ausgeschaltet oder verfälscht. Um so peinlicher wirkt die jetzige heuchlerische Rechtfertigung von Shawcross: »Nur ein Gerichtshof, dem größte internationale Unterstützung sicher war und der sich auf das Völkerrecht stützte, konnte dem Prozeß eine praktische Bedeutung geben, eine Warnung für die Zukunft. Und so war es.«

Genau das Gegenteil konnte inzwischen bis in alle Einzelheiten bewiesen werden. In meinem Buche »Freispruch für Deutschland« wird geschildert, wie es der deutschen Verteidigung schon 1945/6 gelang, stichhaltig nachzuweisen, daß die militärische Aktion gegen Polen nach dem 1939 geltenden Völkerrecht weder verboten noch strafbar gewesen ist, auch nicht nach dem sogenannten Kellogg-Pakt. Damals war es das ausschließliche Recht einer souveränen Regierung (und eigentlich gilt das auch noch heute), über Krieg oder Frieden aus eigener Machtvollkommenheit zu entscheiden.

Als Deutschland die Verfolgung und Austreibung seiner Bevölkerung in den von Polen geraubten Gebieten, die Ablehnung aller Verhandlungsvorschläge durch Warschau und die polnische Generalmobilmachung militärisch beantwortete, hatte es nicht das geltende Völkerrecht verletzt. Wenn dann Frankreich und England, ohne selbst bedroht oder gar angegriffen zu sein, Deutschland den Krieg erklärten, haben sie sich weder auf den Völkerbund noch auf den Kellogg-Pakt berufen. Sie begründeten ihre Kriegserklärungen nur mit jenen »Garantien«, die sie Polen aufgedrängt hatten, um die polnischen Chauvinisten zum Kriege zu treiben.

Das sogenannte Internationale Militär-Tribunal hat alles versucht,

um diese geschichtlichen Tatsachen bis zur Unkenntlichkeit zu vernebeln. Nach zwei Jahrzehnten erneuert Shawcross die Lüge von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands ohne Rücksicht auf die inzwischen veröffentlichten Forschungsergebnisse. Das alles existiert für ihn nicht, er wiederholt einfach die Nürnberger Anklagerede. Erneut lügt er, die Beseitigung des gröbsten Unrechts in Danzig und im Korridor sei nur eine völkerrechtswidrige Aggression gewesen; England und Frankreich aber hätten mit ihren unprovozierten Kriegserklärungen als Friedensstifter gehandelt. Für England und Frankreich wäre demnach der Krieg als Mittel ihrer Politik immer noch erlaubt, für Deutschland aber in der Verteidigung seiner Lebensrechte verboten. Krieg zur Aufrechterhaltung des Versailler Unrechts war eine moralische Großtat, der Krieg zu dessen Beseitigung ein Verbrechen.

Immer noch unterschlägt Shawcross, daß die Reichsregierung noch am 2. September 1939 bereit war, die militärischen Aktionen zu beenden, um den europäischen Frieden wiederherzustellen. Er ignoriert, daß Deutschland als Sieger über Polen und Frankreich 1939 und 1940 einen Frieden angeboten hat, der weder die französischen noch die englischen Lebensinteressen beeinträchtigt hätte, Frankreich und England und im Hintergrund die USA jedoch haben alle Versuche von deutscher und neutraler Seite, den Konflikt rechtzeitig zu begrenzen oder zu beenden, sabotiert, um den Zweiten Weltkrieg zu erzwingen.

Fluch der Shylock-Justiz

Die Ignoranz eines Shawcross gegenüber Ergebnissen der Kriegsschuldforschung beweist zugleich, daß die Siegerjustiz, auch wenn sie eine objektive Rechtsprechung angestrebt hätte, außerstande gewesen wäre, ein weltgeschichtliches Geschehen mit den Mitteln und Möglichkeiten eines Strafprozesses zu untersuchen und zu beurteilen. Die in ihrem Wesen statische Justiz vermag nur über die Verletzung bereits geltender Gesetze zu urteilen. Sie kann weder neue Gesetze schaffen noch die alle Juristerei weit überragende, geschichtliche Wirklichkeit auf strafrechtliche Tatbestände reduzieren. Um so weniger konnte dies das Internationale Militär-Tribunal, da es fundamentale Prinzipien europäischer

Gerichtsbarkeit verletzte. Um so erstaunlicher ist es, daß Shawcross noch nach zwei Jahrzehnten zu behaupten wagt, das Nürnberger Verfahren stelle einen »Präzedenzfall« dar. Als solcher richte sich dieser gegen jedermann, »auch gegen jene Nationen, die das Nürnberger Tribunal eingesetzt haben«.

Und seit 1945? Heute noch zu behaupten, Nürnberg hätte sich als Präzedenzfall erwiesen, das ist mit Irrtum nicht mehr zu entschuldigen. Seit 1945 wiederholen sich auf vielen Kontinenten Kriege und Kriegsverbrechen. Auf beiden Seiten sind unmittelbar oder mittelbar überall die gleichen Mächte beteiligt, die 1945/6 angeklagt und gerichtet haben: Wann und wo ist gegen die Verantwortlichen von irgendeinem Gericht jemals Anklage erhoben worden, und zwar unter Berufung auf das Nürnberger Muster-Urteil? Das ist nicht in einem einzigen Fall auch nur versucht worden. Nichts verurteilt die damaligen Ankläger und an ihrer Spitze den englischen Hauptankläger schärfer als dieses absolute Versagen des Nürnberger »Präzedenzfalles«.

Shawcross scheut sich nicht, dennoch zu behaupten: »Das Verfahren war nun wirklich fair.« Was bedeutet jedoch die formale Anwendung angelsächsischer Prozeßmethoden in Einzelfällen, wenn das gesamte Verfahren auf rechtswidrigen Grundlagen stand? Es gibt heute keinen anerkannten Juristen und Völkerrechtler mehr, der das Internationale Militär-Tribunal, seine Grundlagen oder seine Prozedur verteidigen könnte. Shawcross möchte sich vor dieser vernichtenden Kritik der Internationalen Rechtswissenschaft durch ein weiteres Manöver schützen. Er unterschlägt, daß sogar die UNO in einer Grundsatzentscheidung im Dezember 1948, also schon zwei Jahre nach der Nürnberger Urteilsverkündung, es abgelehnt hat, die damaligen Unrechtsgesetze, die Shawcross als »Nürnberger Prinzipien« immer noch verteidigt, als geltendes Völkerrecht anzuerkennen.

Diese seine »Prinzipien« konnten nur eines leisten: gegenüber dem wehrlosen Deutschland das barbarische vae victis anzuwenden. Sie haben aber ihr angebliches Ziel, auf der Grundlage eines erweiterten Völkerrechts eine gerechte Friedensordnung aufzubauen, in einem katastrophalen Ausmaße verfehlt. Nur mit perfider Heuchelei kann man einerseits behaupten, wenn die Menschheit überleben wolle, müßten »die

Prinzipien von Nürnberg am Ende den Sieg davontragen«, und zugleich eingestehen, daß die Geschichte der letzten zwanzig Jahre das Nürnberger Musterurteil in jedem Konfliktsfalle widerlegt hat. Dieses Versagen ist eine fortgesetzte Anklage gegen jene, die auf dieser brüchigen Grundlage Menschen verfolgt, verurteilt und an den Galgen gebracht haben.

Die seit 1945 von den damaligen Ankläger-Mächten verursachten und verübten »Kriegsverbrechen« sind nicht, wie Shawcross vorgibt, »zynische Verletzungen des in Nürnberg geschaffenen Völkerrechts«. Im Gegenteil! Die damalige Vergewaltigung jeden Rechtes und besonders des Völkerrechtes ist eine Hauptursache des Unfriedens von 1945 und dafür, daß die Menschheit seither von Konflikt zu Konflikt dem Dritten Weltkrieg entgegentaumelt.

Die Nürnberger Kollektiv-Verleumdungen und Justizmorde haben sich seit 1946 als ungeeignet erwiesen, Kriege zu verurteilen oder zu verhindern; sie sind mitschuldig am neuen Weltunfrieden. Das ist der Fluch dieser Justizverbrechen! Lord Shawcross vergießt Krokodilstränen über die seitherigen Kriegsverbrechen in Korea, Ungarn, Kaschmir, Algerien, im Kongo und in Vietnam. Er gesteht, was er nicht mehr abzuleugnen vermag:

»Unsere Hoffnung von Nürnberg, wir hätten beim Übergang in eine friedliche Welt unter der Herrschaft des Rechtes mitgeholfen, hat sich nicht erfüllt.«

Diese Hoffnung, wenn sie je ehrlich gewesen wäre, konnte sich nicht erfüllen, weil niemand, der sich noch einen Sinn für Gerechtigkeit und Verantwortung, für korrekte Gerichtsbarkeit bewahrt hat, erwarten durfte, daß auf Lüge und Verleumdung, auf Justizmord und Justizverbrechen ein neues Völkerrecht und eine gerechte Friedensordnung gegründet werden könnten. Nicht zuletzt, weil die westlichen Ankläger und Richter gemeinsam mit jener Macht angeklagt und gerichtet haben, die heute stärker als je zuvor die nichtkommunistischen Rechtsstaaten mit der Tyrannei des bolschewistischen Unrechtsstaates und seinen politischen und militärischen Verbrechen bedroht: die Sowjetunion und ihre Satelliten.

Rührselig stellt Shawcross nachträglich fest: »Wir glaubten, mit den Russen vertraut zu sein und sie für Freunde halten zu dürfen. Aber als der Prozeß vorüber war und sie nach Rußland zurückgingen, verloren wir jeden Kontakt mit ihnen.« Wie traurig! Dabei konnte jeder, auch wenn er die seit 20 Jahren praktizierte Sowjetjustiz und ihre Schauprozesse verschlafen haben sollte, spätestens 1945 bei der Vorbereitung des Status des Internationalen Militär-Tribunals feststellen, daß die sowjetischen Ankläger und Richter die gleiche Pseudo-Justiz und die gleichen Schauprozeßmethoden forderten, die sie seit zwei Jahrzehnten praktiziert hatten. Auch das Ziel war geblieben: von ihren eigenen Verbrechen abzulenken und – den weltrevolutionären Zielen des Bolschewismus gemäß – die politische und militärische Elite der stärksten europäischen Widerstandsmacht zu liquidieren.

Shawcross möchte sich jetzt darauf berufen, widersprochen zu haben, als die Sowjets für ihren Offiziersmord von Katyn die Deutschen beschuldigten. Das ist dennoch geschehen, obgleich seit 1943 durch eine Kommission des Internationalen Roten Kreuzes die Schuld der Bolschewisten unwiderlegbar nachgewiesen war. Und jene »Anklageschrift«, die solche Lügen enthält, trägt auch die Unterschrift des Hauptanklägers Shawcross. Nur der Mut und die Leistung der deutschen Verteidigung konnten im letzten Augenblick verhindern, daß für dieses größte Verbrechen an kriegsgefangenen Soldaten und Offizieren seit Dschingis Khan deutsche Offiziere verurteilt und hingerichtet worden sind.

Spätestens nach diesem Betrugsmanöver mußte Shawcross wissen, daß er gemeinsam mit den juristischen Bütteln von sowjetischen Kriegsverbrechern und Massenmördern den Ankläger spielte. Heute jammert er, er könne über die Galgen von Nürnberg »keine Genugtuung« empfinden: »Die Erinnerung an sie bleibt so schrecklich wie die an Auschwitz, Dachau, Treblinka, Buchenwald, Maidernek, Mauthausen und Oranienburg.« Immer noch vergißt er dabei in seiner Aufstellung die Erinnerung an Dresden, Würzburg, Berlin, Hamburg, Nagasaki, Hiroshima und an alle übrigen Opfer anglo-amerikanischen Bombenterrors, die Erinnerung an

die nun längst auch durch englische Historiker nachgewiesenen brutalsten Kriegsverbrechen der Westmächte.

Wenn Shawcross jetzt endlich zugibt, daß die Nürnberger Justizmorde mit den KZ-Verbrechen verglichen werden können, wenn er eingesteht, daß Kriegs- und Humanitätsverbrechen bei allen kriegführenden Mächten verübt wurden, dann bestätigt er zugleich, daß in Nürnberg nicht Recht gesprochen werden konnte, daß er nicht hätte Ankläger spielen dürfen. Niemand hat Anklage gegen gleiche oder größere Verbrechen auf westlicher oder bolschewistischer Seite erhoben. Die Gleichheit vor dem Gesetz und damit die Voraussetzung jeder Gerichtsbarkeit war von Anbeginn zerstört worden. Das sind seine »Nürnberger Prinzipien«!

Von seinem Unrechtsprozeß wagte Shawcross damals zu behaupten, er sei »ein Markstein in der Geschichte der Zivilisation«. Sein englischer Landsmann und Jurist, Paget, der Verteidiger Mansteins, hat über die alliierte Siegerjustiz und über Shawcross ein redlicheres Urteil gefällt:

»Das Ergebnis der Kriegsverbrecherprozesse war, daß nicht Völkerrecht geschaffen, sondern dieses von unseren Vorfahren geduldig in Jahrhunderten aufgebaute Recht zerstört wurde.«[8]

Recht und Macht

Es konnte kein anderes Ergebnis erzielt werden, weil Vergeltungsjustiz und Recht sich ausschließen. Kriege sind übrigens nie nur rechtlich bedingt und begrenzt, sondern primär stets Machtentscheidungen gewesen. Wer dies bestreitet, überschätzt die Justiz maßlos oder leugnet alle Lehren und Erfahrungen der Geschichte. Schon für Thukydides hat sich dieses Problem gestellt, und seine Antwort hat nach 2500 Jahren noch nichts von ihrer Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit eingebüßt. In dem berühmten Gespräch der Melier und Athener hat er die beiden Auffassungen einander plastisch gegenübergestellt:

Zuerst die unter politischen Laien unausrottbare Meinung, daß die gerechte Sache unter dem Beistand der Gottheit siegen müsse. Thukydides nennt sie die »gerechte« oder »religiöse« Auffassung.

Die Athener dagegen läßt er bekennen, das Wesen der Politik sei Macht. In politischen Auseinandersetzungen komme das Recht nur dann zum Zuge, »wenn es sich mit der Macht verbündet, d. h., daß nicht das Recht, sondern die Macht den Ausschlag gibt.«

Nach dieser Erkenntnis, erläutert Nestle, gäbe es überhaupt kein absolutes Recht; Recht bestimme sich nach dem Gleichgewicht der Macht. Dieses Gesetz der Macht, die sich nicht einem angeblich idealen Recht unterwirft, sondern Recht schafft, sei das Grundgesetz der Politik und der Geschichte: »So sieht die Wirklichkeit aus für den, der, wie Thukydides, den Wahrheitssinn, den Ernst und den Mut hat, sie unbefangen zu betrachten, und sich den Blick nicht durch Illusionen und Suggestionen trüben läßt.[9]

Das Zeitalter einer von atomarer Massenvernichtung bedrohten Menschheit wird sich dennoch aus existenziellem Zwange unentwegt bemühen müssen, Macht an das Recht zu binden. In einem noch nie gekannten Ausmaße wird es zu einer Lebensnotwendigkeit, Unterdrückung oder Mißbrauch des Rechtes durch die Macht zu verhindern. Für diese entscheidende Aufgabe bietet der Nürnberger Prozeß keine Hilfe, es sei denn die Abschreckung, als vielleicht letzte Warnung vor den Folgen einer Shylockjustiz.

Politik und Kausalgesetz

Gefährlicher noch als die straf- und völkerrechtlichen Auswirkungen der alliierten Pseudojustiz sind auch aus diesem Grunde ihre politischen Folgen. Weil man unter dem Vorwand eines gerichtlichen Verfahrens nur Geschichtsklitterung und Geschichtsverneinung getrieben hatte und deren Ergebnis zur Generallinie der Umerziehung bestimmt wurde, hat das Nürnberger Urteil nur in diesem Sinne, und hier allerdings verhängnisvoll, als »Präzedenzfall« gewirkt: Es hat die objektive Erforschung der Kriegsursachen zunächst verhindert und dann weitgehend erschwert.

Ohne Anwendung des Kausalgesetzes auf die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges indessen ist keine objektive Beurteilung der damaligen weltpolitischen Lage möglich. Eine solche Untersuchung ist aber die Voraus-

setzung dafür, daß wir durch Überwindung der gleichen Ursachen auch eine Wiederholung der gleichen Folgen verhindern können. Weil die Alliierten in dieser entscheidenden Aufgabe 1919–39 versagt hatten, wiederholte sich innerhalb einer Generation die gleiche Menschheitstragödie.

Hätte man sich nach 1918 von den Lügen und Fälschungen der Kriegspropaganda befreit und sich bemüht, die wirklichen Ursachen der Katastrophe von 1914 zu erforschen, dann wäre zu verhindern gewesen, daß 1939 die gleichen Ursachen wiederum zu den gleichen Folgen führten. Dies ist der Fluch der Geschichtslüge, daß sie fortgesetzt politisches Unheil gebären muß.

Auch die Geschichtsfälschungen von 1945/6, vor dem Internationalen Militär-Tribunal juristisch fixiert, haben zugleich die weltpolitische Lage verfälscht. Das ist einer der Gründe dafür, und zwar ein entscheidender, warum zwischen Deutschland und dem Westen und dem Osten, ja noch stärker zwischen dem Westen und dem Osten Fehlentscheidungen getroffen wurden, die zu jenen Fehlleistungen führen mußten, deren Nutznießer bis jetzt nur der bolschewistische Osten gewesen ist.

Eine durch Geschichtsfälschungen verursachte falsche Lagebeurteilung ist eine der Hauptursachen dafür, daß die Menschheit vom Dritten und atomaren Weltkrieg bedroht wird. Diese weniger auf die Vergangenheit als auf die Gegenwart, vor allem aber auf die Zukunft gerichtete Sorge ist es, die uns verpflichtet, die wirklichen Kriegsursachen – über moralische, religiöse, juristische Maßstäbe hinaus – objektiv zu erforschen. Nur mit der Erkenntnis der wahren Ursachen können auch jene Folgen erkannt werden, von deren Überwindung die Zukunft der Menschheit abhängen wird.

Dazu ist es höchste Zeit, weil der moderne Mensch hart am Rande des atomaren Abgrundes wandelt, wo jeder Fehltritt zum Todessturz führen kann.

II

In Nürnberg verboten!

Auch in der Kirchengeschichte sind Fälschungen festzustellen. Es sei nur für die katholische Kirche an die »Konstantinische Schenkung« und an die »Pseudo-Isidorischen Dekretalen« erinnert. Die sogenannte profane, die politische Geschichte wurde zu allen Zeiten unter politischen Voraussetzungen geschrieben, durch politische und weltanschauliche Wertungen in ihrem sachlichen Gehalt verändert. Zu oft wurde für Interessen der Gegenwart die Vergangenheit umgedeutet und in vielen Fällen auch verfälscht. Dennoch wird man weder in der kirchlichen noch in der politischen Geschichte einen Fall nachweisen können, der sich mit der Verletzung des historischen Kausalgesetzes vor dem Internationalen Militär-Tribunal vergleichen ließe. Von den einzelnen Fällen tritt hervor und kann als exemplarisch für alle übrigen gelten die Behandlung des Versailler Vertrages.

Das ist um so merkwürdiger, als kein ernst zu nehmender Jurist oder Historiker bestreiten wird, daß dieser Vertrag mit dem Kriegsausbruch ursächlich zusammenhängt. Weil man den deutsch-polnischen Krieg in den Mittelpunkt der Anklage gestellt hat, hätte dessen Zusammenhang mit den Versailler Grenzen auch der Ausgangspunkt für die Beurteilung aller daraus entstehenden Folgen sein müssen. Entgegen allen Erwartungen oder Befürchtungen war es der damaligen Reichsregierung bereits 1934 gelungen, den seit 1918 angehäuften gefährlichsten Konfliktstoff jener Zeit, die Zustände in den deutsch-polnischen Grenzgebieten, teilweise zu mildern und die deutsch-polnischen Beziehungen durch einen Nichtangriffspakt zu verbessern. Deutschland hat dann 1938 versucht, nach der friedlichen Überwindung der Versailler Folgen in den übrigen

Gebieten minimale Revisionsforderungen an Polen zu stellen, nicht um einen Konflikt heraufzubeschwören, sondern um durch äußerste Selbstbegrenzung die noch vorhandenen Gegensätze zu beseitigen. Dadurch sollte das Fundament gelegt werden nicht nur für eine Verständigung, sondern für eine Freundschaft auf lange Sicht und mit gemeinsamen Fernzielen in der Abwehr der bolschewistischen Gefahr. Erst jetzt geriet das deutsch-polnische Verhältnis in eine Spannung, die 1939 durch Frankreich und England bis zur Explosion verschärft wurde.

Wäre in den deutsch-polnischen Grenzgebieten die vom amerikanischen Präsidenten Wilson versprochene Regelung verwirklicht worden, »keine Annexionen, keine Kontributionen und keine strafweisen Entschädigungen«, dann hätten jene Ursachen nie entstehen können, die zum deutsch-polnischen Krieg führten. Wenn es jemals in der Geschichte einen Zusammenhang zwischen Ursachen und Wirkungen gegeben hat, dann ist es der zwischen den Versailler Ursachen und den Kriegsfolgen von 1939.

John Foster Dulles warnt

Der damalige englische Premierminister, Lloyd George, hat schon während der Verhandlungen vor jenen Folgen gewarnt, die 1939 zum Kriege führten. Er hat damit bestätigt, daß hier eine Kausalkette vorliegt, die nicht enger sein könnte. Lloyd George hat erklärt, man könne sich keine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg vorstellen als die Abtrennung deutscher Gebiete und ihre Auslieferung an Nachbarstaaten, die dem deutschen Volke unterlegen seien, das sich als eine der kraftvollsten und mächtigsten Rassen der Welt erwiesen habe: »Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2 100 000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen.«

Eindeutiger kann man Ursache und Wirkung nicht beschreiben. Man vergleiche nun diese Warnung mit der Entscheidung, die der Repräsentant der englischen Justiz in Nürnberg, der Präsident des sogenannten Inter-

nationalen Militär-Tribunals, Lord Justice Lawrence, am 26. März 1946 verkündet hat:

»Der Gerichtshof bestimmt, daß Zeugnisse über die Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages oder darüber, daß er unter Zwang zustande kam, unzulässig sind.«[1]

Man hat also hier das Kausalgesetz bewußt verletzt und damit nicht nur Vorbedingungen eines richterlichen Urteils zerstört, sondern zugleich, und diese Konsequenzen sind noch gefährlicher, jede Möglichkeit abgeschnitten, durch eine objektive Erforschung der geschichtlichen Ursachen die politischen Folgen zu verstehen, um aus dieser Einsicht heraus die gleichen Ursachen und die gleichen Folgen für die Zukunft vermeiden zu können.

Der spätere amerikanische Außenminister John Foster Dulles, 1919 Mitglied der Reparationskommission in Paris, hat noch ein Jahr vor Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges im November 1938 den Versailler Vertrag und besonders die Kriegsschuldklausel mit allen ihren Auswirkungen gekennzeichnet. Die Auflehnung des deutschen Volkes gegen die paraphierte Kriegsschuldlüge sei der Hauptgrund für die Entstehung jenes Deutschland gewesen, das der Westen 1938 vorfand: »So wurde ein Gefühl der Ungerechtigkeit erzeugt und eine Reaktion auf die zur Last gelegte moralische Minderwertigkeit, die so heftig waren, daß sie sich leicht zur Kapitalisierung durch Führer eigneten, die es verstanden, die Gemüter aufzureizen und ihre Erregung in bestimmte Bahnen zu lenken.«[2]

Lügen haben in der Politik und in der Geschichte keine kurzen, sondern oft sehr lange Beine. Immer aber führen sie zu politischen Fehlurteilen und dadurch zu politischen Fehlleistungen. Wenn in der Hitze des Kampfes sich die Grenzen zwischen Wahrheit und Lüge verwischen, kann das zwar nicht entschuldigt, doch verstanden werden. Wird indes vor dem Forum eines Gerichtes von vornherein bewußt darauf verzichtet, die geschichtliche Wahrheit zu erforschen, um ein Urteil über geschichtliche Folgen fällen zu können, dann müssen Justizverbrechen geschehen. Wer im Raume der Geschichte juristisch statt historisch verfährt, müßte diese Grenzen um so strenger beachten.

Das Gegenteil ist geschehen. Man hat immer lauter von Recht gesprochen und wollte nur Rache. Dies ist der tiefere Grund, warum gerade auch von englischen Anklägern und Richtern ein Siegertribunal gefordert und alle Vorschläge, den Gerichtshof mit neutralen Anklägern und Richtern zu besetzen, sabotiert worden sind.

Sir Edward Grey fordert

Es ist in diesem Zusammenhang nicht unwichtig, daran zu erinnern, daß sich ein ähnlicher Vorgang schon nach dem Ersten Weltkrieg abspielte. Sir Edward Grey, damals englischer Außenminister, hat bereits 1916 gegenüber dem Botschafter der USA in London, Walter H. Page, erklärt, er möchte einer unparteiischen, neutralen Kommission oder einem solchen Gerichtshof die Frage unterbreiten: »Wer hat den Krieg begonnen, und wer ist für ihn verantwortlich?« Später hat er auch gegenüber Viscount D'Abernon den Grundsatz aufgestellt, es sei »lebenswichtig für die Welt«, daß die Ursachen des Weltkriegs im Lichte der »vollsten erlangbaren Kenntnis« eingehend geprüft würden.

Dennoch lehnte die englische Regierung mit ihren Verbündeten den Antrag der deutschen Regierung vom 29. November 1918, die Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg durch eine neutrale Kommission klären zu lassen, brüsk ab. »Begründet« wurde diese Ablehnung durch die englische Regierung am 17. März 1919 mit der lapidaren Behauptung, daß nach Ansicht der Alliierten die deutsche Verantwortung feststehe.[3]

Niemals hätte eine deutsche Regierung eine solche Forderung stellen können, wäre sie nicht überzeugt gewesen, daß eine neutrale Untersuchung sie von der Alleinschuld freisprechen müsse. Die Ablehnung einer solchen Forderung sowohl 1918/19 wie erneut 1945/46 ist allein schon ein eindeutiger Beweis dafür, daß die Alliierten mit einem Urteilsspruch zu rechnen hatten, der ihre Schuld oder mindestens ihren wesentlichen Schuldanteil bewiesen hätte.

Wenn es aber weder 1919 noch 1946 möglich war, eine neutrale Kommission oder einen objektiven Gerichtshof mit dieser Aufgabe zu betrauen, dann hätte um so entschlossener von deutscher Seite her ver-

sucht werden müssen, die tatsächlichen Kriegsursachen zu erforschen. Wir wiederholen darum unsere Forderung:

»1. Revision des Nürnberger Verdikts durch eine Kommission neutraler Staats- und Völkerrechtler,
2. Gründung einer Forschungsgemeinschaft deutscher und ausländischer Historiker zur Untersuchung der Ursachen des Zweiten Weltkrieges,
3. Gründung von Arbeitsgemeinschaften an allen deutschen Universitäten und Hochschulen zum Kampf gegen die Kriegsschuldlügen des Ersten und Zweiten Weltkrieges.«[4]

»Verschwörung« gegen Versailles

Wie dringend notwendig – sowohl aus geschichtlichen Gründen gegenüber der Vergangenheit wie aus politischen Gründen gegenüber Gegenwart und Zukunft – die Erfüllung dieser Forderung ist, beweist eindringlich die Nürnberger Anklage. Sie wirft der deutschen politischen und militärischen Führung eine »Verschwörung« vor, erstens »den Versailler Vertrag und seine Beschränkungen der militärischen Rüstung und Tätigkeit Deutschlands aufzuheben und zu vernichten«, zweitens »die Gebietsteile sich anzueignen, die Deutschland als Ergebnis des Weltkrieges von 1914/18 verloren hatte...«[5]

Das heißt doch eindeutig: Die Revision des Versailler Vertrages ist eine verbrecherische Verschwörung. Das Kausalgesetz darf also nur dort angewandt werden, wo es der Belastung der »Angeklagten« zu dienen vermag. Es wird sofort außer Kraft gesetzt, wenn jene Ursachen ermittelt werden müßten, die zu jener »Verschwörung« geführt haben.

Um diese deutschen Hauptverbrechen nachzuweisen, wird die Ursachenreihe sogar bis auf das 1920 beschlossene Parteiprogramm der NSDAP zurückverfolgt. Die Anklageschrift zitiert daraus den Programmpunkt Nr. 2: »Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain.«[6]

Über den Begriff bzw. Mißgriff der »Verschwörung« und seine Rolle im Nürnberger Verfahren sei auf »Freispruch für Deutschland« verwie-

sen (S. 77–88). Hier muß nur darauf hingewiesen werden, wie grotesk es ist, daß diese Pseudojuristen eine »Verschwörung« anklagen und aber zugeben, daß diese »Conspiracy« gegen Versailles seit 1920 ein Programmpunkt einer erlaubten Partei und ihrer seit Jahrzehnten in aller Öffentlichkeit verbreiteten Propaganda gewesen ist.

Um diese »Verschwörung« noch glaubhafter erscheinen zu lassen, wird eine Rede Hitlers vom 13. April 1923 in München zitiert, in der er das Hauptziel der deutschen »Verschwörer« vor dem In- und Ausland verriet:

»Der Vertrag sollte 20 Millionen Deutschen den Tod bringen und die deutsche Nation zugrunde richten... Unsere Bewegung stellte bei ihrer Begründung drei Forderungen auf:

1. die Beseitigung des Friedensvertrages,
2. die Einigung aller Deutschen,
3. Grund und Boden zur Ernährung unseres Volkes.«[7]

Die Ankläger folgern daraus vorwurfsvoll, daß die Überwindung des Versailler Vertrages sich »bei den Versuchen, die Politik der deutschen Regierung zu rechtfertigen, als entscheidender Beweggrund« herausgestellt habe.[8]

Auch der Hilfsankläger der USA, Major Frank Wallis, weist mit drohendem Finger auf das Verbrechen nicht des Versailler Diktates, sondern seiner Revision. Mit ernster Miene stellt er fest, daß sich diese Anti-Versailles-Verschwörung von allen übrigen nicht nur durch die enorme Anzahl von Menschen unterscheide, die daran beteiligt waren, auch nicht durch die Zeitdauer dieser Verschwörung, ihr Ausmaß und ihre Verwegenheit, sondern auch dadurch, »daß im Gegensatz zu anderen verbrecherischen Verschwörern diese Verschwörer, bevor sie zur Tat gingen, der Welt offen prahlerisch verkündeten, was sie zu tun beabsichtigten«. Die Paradoxie einer »öffentlichen Verschwörung« scheint diesen haßblinden Rachejuristen nicht aufgefallen zu sein. Der amerikanische Ankläger beweist diesem Forum eindringlich, wie offen die Verschwörer ihre geheimsten Ziele propagierten. Auch er zitiert Hitler, und zwar seine Rede vom 30. Januar 1941:

»Ich habe das Programm aufgestellt: Beseitigung von Versailles. Man soll heute in der andern Welt nicht so blöde tun, als ob das etwa ein

Programm wäre, das ich im Jahre 1933 oder 1935 oder 1937 erst entdeckt hätte. Die Herren hätten bloß, statt sich ein dummes Emigrantengeschwafel anzuhören, einmal lesen sollen, was ich geschrieben habe, und zwar tausendmal geschrieben habe. Öfter hat kein Mensch erklärt und kein Mensch niedergeschrieben, was er will, als ich es getan habe, und ich schrieb immer wieder: Beseitigung von Versailles.«[9]

Schließlich hat auch Hauptankläger Jackson aus USA Göring des Verbrechens der Beseitigung des Versailler Vertrages beschuldigt. Göring antwortete ihm, er habe sich gerade deshalb zu Hitler bekannt, weil er die Nutzlosigkeit bloßer Proteste gegen Versailles erkannt und die politischen Maßnahmen vorbereitet und durchgeführt hätte, die Deutschland vom Versailler Diktat befreien konnten: »Weil ich als glühender Patriot die Schmach und das Diktat und die Schande von Versailles unablässig für mein Volk fühlte, vereinigte ich mich mit dem Manne, von dem ich das Gefühl hatte, daß er am klarsten die Folgen des Diktates erkannte und daß er einer derjenigen sein würde, die vielleicht den richtigen Weg zur Beseitigung gehen würden...«[10]

Demokratischer Widerstand

Bewußt oder aus mangelnder Geschichtskenntnis haben die Ankläger der Nürnberger Shylock-Justiz damit, daß sie den Kampf gegen Versailles als ein Hauptverbrechen der nationalsozialistischen Führung hinstellten, zugleich alle Deutschen und ihre Regierungen seit 1918 angeklagt. Keine der demokratischen Parteien der Weimarer Republik hat sich der Verpflichtung entzogen, den Kampf gegen das Versailler Diktat als wichtigsten Programmpunkt ihrer Innen- und Außenpolitik festzulegen. Am vorsichtigsten hat sich die Sozialdemokratische Partei ausgedrückt, verständlicherweise, da sie die Hauptverantwortung für die Unterzeichnung des »Vertrages« trägt. In ihrem Programm vom 23. September 1921 wagte sie immerhin zu fordern: »Revision des Friedensvertrages von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.«

Im Programm der Deutschen Demokratischen Partei vom Dezember 1919, also der Partei, zu deren führenden Persönlichkeiten der spätere Bundespräsident Prof. Dr. Heuß zählte, wird als erster Punkt unter »Äußere Politik« gefordert:

»Ausgangspunkt und Inhalt der äußeren Politik Deutschlands ist für die nächste Zeit die Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain. Denn auch in den Beziehungen der Völker zueinander soll nicht Macht und Unterdrückung, sondern Gerechtigkeit und Freiheit walten. Niemals nehmen wir das Diktat der Gewalt als bleibende Rechtsordnung hin. Niemals erkennen wir die Absplitterung deutscher Volksteile vom Vaterlande an. Niemals lassen wir vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, und wir erstreben, gestützt auf diesen Grundsatz, den Zusammenhang aller deutschen Stämme... Eine Mächte-Allianz aber, die dem deutschen Volke die Gleichberechtigung vorenthält, lehnen wir ab, denn sie fördert nur den Völkerhaß und die Völkerverhetzung.«

Die Vorläuferin der CDU/CSU, die Zentrumspartei, fordert in ihrem Berliner Programm vom 16. Januar 1922:

»Die volle Gleichberechtigung des deutschen Volkes mit allen Völkern der Welt und die Wiederherstellung der internationalen Rechtsgeltung im Staats- und Privatleben ist das nächste Ziel der auswärtigen Politik Deutschlands. Hieraus ergibt sich als wichtige Aufgabe die internationale Prüfung der Grundlage des Friedensvertrages von Versailles: der Schuld am Kriege... Bei Ausführung der im Friedensvertrag von Versailles übernommenen Verpflichtung ist die deutsche Leistungsfähigkeit die unverrückbare Grenze. Für alle Bestimmungen, die Deutschland wirtschaftlich erdrosseln oder politisch einem fremden Willen unterwerfen, ist unverzüglich Abänderung zu fordern...

Für Deutsch-Österreich ist in der Anschlußfrage die unbedingte Freiheit der Entschließung zu verlangen wie überhaupt allen deutschen Stämmen das tatsächliche Selbstbestimmungsrecht errungen und gewahrt werden muß...

Gleiches Recht hat auch in der Abrüstungsfrage zu gelten.«

»Erbärmlicher Unsinn«

Nur Shawcross, der englische Hauptankläger, wußte davon nichts. Oder er hat wider besseres Wissen behauptet, daß das »sogenannte Unrecht von Versailles« der volkstümliche Sammelpunkt vieler Deutscher nur unter dem »Nazibanner« gewesen wäre. Es sei noch ein Resultat dieser Propaganda, daß die Verteidiger versuchten, »das angebliche Unrecht des Vertrages zu beweisen. Ungerecht oder nicht, er war ein Vertrag, und keine Regierung, die in Frieden zu leben wünschte, hätte sich über seine Bestimmungen zu beklagen brauchen...«

Er gibt dann zu, daß die deutsche Regierung bereits 1935 den Vertrag öffentlich gekündigt habe. Welch eine Verschwörung! Und 1939 seien fast alle Beschränkungen gefallen gewesen. Richtig, aber jede deutsche Tat zur Überwindung dieser »Beschränkungen« wurde 1945 als Verbrechen angeklagt. Man konnte von einem Shawcross nicht erwarten, daß er anerkennen würde, unter welchem Einsatz es erst möglich geworden war, diese Versailler Folgen zu überwinden. Als Hauptankläger jedoch mußte er wissen, daß jenes schlimmste Unrecht von Versailles, die polnischen Raubgrenzen, die unmittelbare Ursache jenes Krieges gewesen ist, über den die Juristen des Internationalen Militär-Tribunals zu urteilen sich anmaßten. Für Shawcross war der »Streitruf Versailles« nur ein Mittel, »um Menschen für verruchte und aggressive Zwecke zusammenzubringen«. Die lange Rederei über den Vertrag sei nur »erbärmlicher Unsinn«.[11]

Historiker und Staatsmänner haben seit Jahrzehnten auch im Ausland die moralische Verwerflichkeit, die politische Ungerechtigkeit und den wirtschaftlichen Wahnwitz von Versailles angeprangert. Dennoch wagt es Shawcross, jenen Gewaltfrieden noch nach 25 Jahren als »Vertrag« zu verteidigen. Gerade er als Jurist, als ehemaliger Generalstaatsanwalt, hätte wissen müssen, daß die Grundlage dieses »Vertrages« ein Vertragsbruch gewesen ist, der Bruch jenes Vorvertrages, den sowohl die 14 Punkte Wilsons wie die aus diesen entwickelten Waffenstillstandsbedingungen de jure und de facto darstellen. Als Jurist mußte er wissen, daß nur Verträge gelten, die nicht gegen die Sittengesetze verstoßen; er mußte weiter wissen, daß nur Verträge verbindlich sind, die aus freiem

Willen unterschrieben werden. Keine dieser Bedingungen hat das Versailler Diktat erfüllt.

Scheidemann oder Hitler?

Shawcross und seine Kollegen maßten sich an, als Juristen historische Urteile zu fällen. Durfte man da nicht einige wesentliche Grundkenntnisse der jüngsten europäischen Geschichte erwarten? Wußten sie nicht, daß schon Deutschlands Vertreter Graf Brockdorff-Rantzau bei der Bekanntgabe der Friedensbedingungen in Versailles vor den Delegierten von 27 Nationen der Feindmächte erklärte:

»Wir kennen die Macht des Hasses, die uns hier gegenübertritt, und wir haben die leidenschaftlichen Forderungen vernommen, daß uns die Sieger gleichzeitig als Besiegte zum Zahlen zwingen und als Schuldige bestrafen wollen... Es wird von uns verlangt, daß wir uns endlich als die Alleinschuldigen am Kriege bekennen sollen – ein solches Bekenntnis wäre aus meinem Munde eine Lüge...«

Mit einer Einmütigkeit, wie sie seit 1914 nicht wieder erreicht worden war, hat das deutsche Volk und haben die von ihm gewählten Parteien das Versailler Diktat bekämpft. Eine der wenigen Ausnahmen war der rundliche Erzberger, der in seiner unnachahmlichen Manier verlangte, »wir müsse alles zugebe, dann werde se uns verzeihe!«

Wenn Shawcross und seine Kollegen die schärfste Kritik an Versailles anklagen wollten, dann wären die Worte des sozialdemokratischen Führers Scheidemann geeigneter gewesen als die genannten Hitlerreden. Als damaliger Reichskanzler erklärte er im Mai 1919, dieser »Vertrag« sei der »schauerlichste und mörderischste Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt werden soll, ... welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt...

Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar, so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und aber Millionen Kehlen, aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!«[12]

In der Wahl seiner Worte war Scheidemann noch ungleich schärfer als Hitler. Der Unterschied besteht darin, daß sich Hitler nicht auf Proteste beschränkte, sondern alle politischen und militärischen Voraussetzungen dafür schuf, diesen »Mordplan« und seine Auswirkungen zu überwinden. Schon 1919 veröffentlichte die damalige Reichsregierung ein »Deutsches Weißbuch über die Schuld am Kriege«, um wenigstens gegen die juristische und moralische Grundlage des »Vertrages« zu kämpfen. Alle noch so redlichen Gründe der Moral und des Rechtes blieben jedoch vergeblich, solange sich das Recht nicht mit der erforderlichen Macht verbünden konnte. Erst nach dieser Leistung konnte Hitler im Namen der Reichsregierung am 30. Januar 1937 vor dem Reichstag die deutsche Unterschrift feierlich zurückziehen.

Die Versailler Geschichtslüge konserviert den maßlosen Haß, der die antideutsche Propaganda seit 1914 vergiftete, lange bevor Hitler erschien. Schon im November 1918 hat der britische Admiral Sir David Beatty in einer Ansprache an seine Matrosen und Offiziere folgendes Urteil über die deutsche Kriegsmarine gefällt: »Wir können nicht anders als erfüllt sein von Gedanken äußerster Verachtung für solche Gegner... Wir müssen uns immer daran erinnern, daß der deutsche Seemann ... nichts als ein mordender Schuft ... ist, nichts als Verachtung« sollte ihm gelten. Konsequenterweise erklärte Feldmarschall Montgomery noch am 10. Juli 1945, die Deutschen seien am Ersten Weltkrieg schuld, denn die deutsche Regierung habe im Versailler Vertrag zugegeben, »daß Deutschland für den Krieg verantwortlich war...« Mit der gleichen Begründung behauptet Roosevelts Generalstabschef, General Marshall, in einem offiziellen Bericht vom 1. Juni 1943, Deutschland sei eine »verbrecherische Nation«.

Deutlicher kann man den Zusammenhang zwischen Kriegsschuldlüge und Antigermanismus, von Versailles und dem Zweiten Weltkrieg nicht veranschaulichen. So hat der berüchtigte Artikel 231 Geschichte gemacht. Doch er ist nur das juristisch verbrämte Konzentrat einer noch infameren Anklage, die mit der alliierten Note am 16. Juni 1919 den besiegten Deutschen entgegengeschleudert worden ist. Keine Lüge und Verleumdung Vansittarts, die nicht schon in dieser Mantelnote enthalten gewesen wäre. Die Sieger maßen sich darin an, über Deutschland einen Schuldspruch zu fällen, der das Urteil »der Gesamtheit der

zivilisierten Welt« sei. Der Krieg von 1914 wäre das größte Verbrechen gegen die Menschheit, das »eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat«. Deutschlands Regierung habe danach getrachtet, »ein unterjochtes Europa beherrschen und tyrannisieren zu können«.

Alles Lügen, die 26 Jahre später die Nürnberger Anklage gegenüber den militärischen und politischen Führern Deutschlands wiederholt hat: Deutschland – der einzige Friedensbrecher und darum auch der einzige Kriegsverbrecher...

»Indessen beschränkt sich die Verantwortlichkeit Deutschlands nicht auf die Tatsache, den Krieg gewollt und entfesselt zu haben. Es ist ebenso verantwortlich für die grausame und unmenschliche Art und Weise, auf die er geführt worden ist.«

Sieben millionenfache Mörder!

Im gleichen verlogenen Pathos geht das seitenlang weiter: »Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die furchtbare Verantwortung, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß wenigstens 7 Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als 20 Millionen Lebender durch ihre Wunden und durch ihre Leiden Zeugnis davon ablegen, daß Deutschland seine Tyranneisucht durch den Krieg hat befriedigen wollen.«

Die Deutschen als 7millionenfache Mörder! Die furchtbarste aller möglichen Beschuldigungen geschieht unter Berufung auf die »Gerechtigkeit« als die Grundlage für die »Abrechnung dieses fürchterlichen Krieges«. Die Wiedergutmachung des deutschen Unrechts sei darum das wahre Wesen der Gerechtigkeit.

Auch die Kollektivschuld ist keineswegs erst in Nürnberg erfunden worden, sondern hat ihr Modell bereits in dieser Mantelnote. Es wird den Deutschen nichts verziehen, auch die Revolution von 1918 gilt nicht als Entschuldigung oder Milderungsgrund für die »verbrecherische Na-

tion« (Marshall). Sie könne nicht geltend machen, daß sie dadurch, daß sie ihre Herrscher gewechselt habe, sich den Folgen ihrer Kriegsverbrechen entziehen dürfe. Die Deutschen hätten sich »sowohl während der ganzen Dauer des Krieges als auch vor dem Krieg« für den Krieg eingesetzt...: »Sie haben allen Befehlen ihrer Regierung gehorcht, so barbarisch diese auch sein mochten...«

Man schließt diese infamste Verleumdung aller Zeiten nicht ab, ohne die Versailler Vergeltung als die Grundlage hinzustellen, auf der die Völker Europas in »Freundschaft und Gleichheit miteinander leben können«. Zu diesem Zwecke müsse, wer erinnert sich nicht an Nürnberg, endlich »jene Herrschaft des Gesetzes« gegründet werden, die von der organisierten Meinung der Menschheit getragen sei.

Vollstreckung des Urteils

Auf die »Anklage« folgen die »Strafbestimmungen« – wie in einem Strafgerichtsurteil, damals allerdings noch ohne Schauprozeß. Unter dem Einfluß Preußens sei Deutschland »Vorkämpfer der Macht und Gewalt, der Täuschung, der Intrige und der Grausamkeit bei der Behandlung internationaler Angelegenheiten« gewesen. Dieser Krieg sei als ein »vorsätzlich gegen das Leben und die Freiheiten der europäischen Völker ersonnenes Verbrechen« zu betrachten. Daher sei die Bestrafung derer, die verantwortlich waren für das Elend, welches das Menschengeschlecht heimgesucht habe, »um der Gerechtigkeit willen« unerläßlich. Die Aburteilung und Bestrafung der verantwortlichen Deutschen seien daher die Voraussetzung für die »Errichtung jener Herrschaft des Rechts unter den Völkern, die als Ziel des zu schließenden Friedens vereinbart war«. Auch der folgende Phrasenschwall hört sich an wie eine Präambel zum Internationalen Militär-Tribunal von 1945:

»Fast die ganze Welt hat sich vereinigt, um den deutschen Plan der Eroberung und Beherrschung zunichte zu machen. Die Gerichtshöfe, die jene Mächte einsetzen werden, werden daher das wohlerwogene Urteil der großen Mehrheit der zivilisierten Welt darstellen.«

Man könnte nun annehmen, daß diese politischen Tugendrichter, im Vollbesitze der geschichtlichen Wahrheit, getragen von dem Bewußtsein eigener Unschuld, nur erfüllt vom Willen zur Gerechtigkeit, darauf verzichten müßten, ihr Urteil dadurch selbst aufzuheben, daß sie sich als Richter in eigener Sache aufspielen und sich damit selbst um die Glaubwürdigkeit ihres Verfahrens betrügen. Gerade diese auserwählten Anwälte der Menschheit hätten sich eines neutralen Gerichtes bedienen müssen, um ihren edlen Absichten auch die entsprechende moralische und rechtliche Autorität zu verleihen. Zum Gegenteil hat man sich nicht erst 1945 im Londoner Statut, sondern bereits 1919 in der alliierten Note entschlossen:

»Sie [die Alliierten] können nicht den Vorschlag in Betracht ziehen, zu dem Gericht die Vertreter von Ländern zuzulassen, die am Krieg nicht teilgenommen haben. Die alliierten und assoziierten Mächte sind bereit, die Frage der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit, mit denen die Angeklagten abgeurteilt werden, dem Wahrspruch der Geschichte zu überlassen.«

Der Wahrspruch der Geschichte blieb nicht aus. Von 1919 bis 1939 hat die wissenschaftliche Geschichtsforschung auch in den ehemaligen Feindstaaten überzeugende Beweise dafür erbracht, mit welchem Ausmaß an Heuchelei und Verlogenheit schon damals angeklagt und verurteilt worden ist.

Kerr und Morgenthau

Vielleicht kann man dieses Dokument fanatischen Hasses und törichter Rachsucht erst ganz verstehen, wenn man weiß, daß sein Verfasser ein Vorläufer Morgenthaus gewesen ist: Mr. Philip Kerr, der sinistere Sekretär von Lloyd George. Für seine »Verdienste« wurde er zum Marquess of Lothian geadelt. Nicht zufällig war Kerr beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges englischer Botschafter in Washington gewesen. Im Unterschied zu seinem Nachfolger Morgenthau hat der Verfasser des Kerr-Planes, wenn Hermann Lutz uns richtig informiert, einige Jahre später seine Mitwirkung an diesem Schanddokument bedauert. Lutz be-

hauptet, »Kerrs Freunde machten kein Hehl aus seiner aufrichtigen Reue«. Er habe empfunden, daß sein Gewissen dadurch belastet sei, und versucht, das schwere Unrecht wiedergutzumachen. Im April 1936 habe er geistige Wiedergutmachung dadurch geleistet, daß er die Befreiung des Rheinlandes von den Versailler Klauseln verteidigte und dabei zugleich der Kriegsschuldlüge widersprochen habe: Er glaube nicht, daß irgend jemand die auf den Ursprung des Krieges bezüglichen Dokumente lesen könne, ohne zu erkennen, daß die Ansicht, eine der Nationen sei allein verantwortlich, »unhaltbar« sei.[13]

Als die Deutsche Nationalversammlung nach schwerster Erpressung beschloß, das Diktat zu unterzeichnen, waren dieser Unterwerfung heftige Proteste vorausgegangen. Das Kabinett Scheidemann trat zurück, und der neue Ministerpräsident, der Sozialdemokrat Gustav Bauer, erklärte: »In dieser Stunde auf Leben und Tod, unter drohendem Einmarsch erhebe ich zum letzen Male in einem freien Deutschland Protest gegen diesen Vertrag der Gewalt und Vernichtung, Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts, gegen diese Verknechtung des deutschen Volkes, gegen diese neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines Friedensvertrages.«

Nach der Abstimmung wies die deutsche Regierung am 22. Juni in einer Note ausdrücklich darauf hin, daß diese Bedingungen in schroffem Widerspruch zu der Grundlage stünden, die zwischen den Alliierten und Deutschland völkerrechtsverbindlich vor Abschluß des Waffenstillstandes angenommen worden waren. Mit aller Entschiedenheit wurde nochmals erklärt, daß Deutschland »den Artikel 231 des Friedensvertrages, der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen kann und durch seine Unterschrift nicht deckt...«

Schließlich mußten die Nürnberger Ankläger und Richter, unter ihnen besonders die Amerikaner, wissen, daß die führende Macht der Alliierten, die USA, es abgelehnt hatten den »Vertrag« zu ratifizieren. Präsident Wilson erlebte nach seiner Rückkehr aus Versailles in die USA stürmische Widersprüche und Proteste. Am 19. März 1920 weigerte sich der amerikanische Senat, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen. 25 Jahre später stellen auch die amerikanischen Ankläger und Richter an

den Anfang der Nürnberger Anklageschrift die Verletzung eben dieses »Friedensvertrages«.

Revolution gegen Versailles

Nach dem Urteil maßgebender Völkerrechtler und Historiker des In- und Auslandes hat das Versailler Diktat nicht nur den deutsch-polnischen Konflikt von 1939 unmittelbar verursacht, sondern es ist zur Hauptursache für die Entstehung der nationalsozialistischen Bewegung geworden. Es sei nur an das bekannte Wort des späteren Bundespräsidenten Prof. Dr. Heuß erinnert: »Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles...« Sir Neville Henderson, von 1937–39 englischer Botschafter in Berlin, schreibt in seinen Erinnerungen, daß der Versailler Vertrag Hitler »erschaffen hat«.[14]

Der frühere britische Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, berichtet über die Reichstagswahlen im März 1933 am 21. März nach London: »Soweit die Revolution eine Auflehnung gegen den Vertrag von Versailles war, kann man sagen, daß das ganze Land einig hinter ihr steht.«[15]

Hitler selbst erklärte dem französischen Botschafter kurz vor Ostern 1933, wenn Frankreich nicht seit Kriegsende auf den Verträgen von 1919 und 1920 bestanden hätte, wäre er nicht Reichskanzler geworden.

Sogar Roosevelt mußte in einer Botschaft an den Kongreß vom 11. Januar 1944 zugeben, daß der Friede von 1919 »kein Friede« gewesen sei. Am 6. Januar 1945 ermahnte er den Kongreß, nicht wieder, wie nach 1919, den gleichen tragischen Weg zu beschreiten, »den Weg zu einem Dritten Weltkrieg«. Auch John Foster Dulles, der wie Roosevelt an den Versailler Verhandlungen teilgenommen hat, beklagte die Schuldklausel und ihren verhängnisvollen Einfluß auf die Entwicklung in Deutschland. Er hatte damals schon öffentlich festgestellt, der Vertrag enthalte »viele Ungerechtigkeiten«. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hat auch er nochmals auf den unbestreitbaren Kausalzusammenhang zwischen dem Vertrag und den durch ihn verursachten Unfrieden hingewiesen: »Auch war offensichtlich, daß diese Unbilligkeiten und Unge-

rechtigkeiten Rückwirkungen erzeugten, die nicht nur den Frieden der Welt gefährden konnten, sondern ihn sicher gefährden würden.«

Als Ergebnis seiner Untersuchungen stellt Lutz fest, es sei eine unumstößliche Tatsache, daß der Zweite Weltkrieg im Vertrag von Versailles wurzelt.[16]

Nur an den Anklägern und Richtern des Internationalen Militär-Tribunals sind alle diese Erkenntnisse und Feststellungen spurlos vorübergegangen. War es schon grotesk, daß die amerikanischen Vertreter die Verletzung eines Vertrages unter Anklage stellten, dessen Unterzeichnung ihre eigene Regierung abgelehnt hatte, so wird das noch überboten durch das Verhalten der sowjetischen Prozeßfunktionäre. Die Sowjetunion hat nicht nur diesen Vertrag nicht unterzeichnet und an den Vorverhandlungen nicht teilgenommen, sondern die erste diplomatische Aktion auf Versailles, den Rapallo-Vertrag, mit Deutschland abgeschlossen. Von Anfang an haben sowjetische Politiker diesen Vertrag und seine politischen Folgen schärfstens abgelehnt. Lenin hat den entscheidenden Anteil der zaristischen Regierung an der Schuld am Ersten Weltkrieg wiederholt öffentlich festgestellt. Aus diesem Grunde öffneten die Sowjets auch sofort die zaristischen Archive und versorgten die Deutschen mit Dokumenten gegen die einseitigen Beschuldigungen durch die Westmächte.

In Nürnberg aber sind die Sowjets restlos auf die Linie ihrer kapitalistischen Kollegen eingeschwenkt. Sie haben auch nicht widersprochen, als im Wortgefecht zwischen dem englischen Vorsitzenden Lawrence und dem deutschen Verteidiger Dr. Seidl die Auseinandersetzung um den Versailler Vertrag einen historischen Höhepunkt erreichte.

Wir müssen immer wiederholen: Weil man die Deutschen der »Verbrechen gegen den Frieden« anklagte, hätte man die zentrale Ursache des Unfriedens, den Versailler »Frieden«, an den Beginn der Kausalreihe stellen müssen, die 1939 zum Krieg geführt hat.

Das Gericht verfolgte sogar die in diesem Vertrag vorgesehenen Revisionen als Verbrechen gegen den Frieden. Der Verteidigung aber wurde jeder Versuch verboten, die Kriegsursachen bis auf Versailles zurückzuführen.

Sooft z. B. Rechtsanwalt Dr. Seidl anfängt, seine Verteidigungs-

pflicht in dieser Richtung zu erfüllen, entzieht ihm der Vorsitzende das Wort. Am 5. Juli 1946 unterbrach er das Plädoyer von Dr. Seidl schon nach wenigen Sätzen und verbietet ihm, seine Argumente vorzutragen. Die Gerechtigkeit des Versailler Vertrages sei eine unerhebliche Frage:

»Wir haben nicht die Absicht, dies anzuhören. Das ist Ihnen vorher gesagt worden, und viele Dokumente, die diese Gegenstände behandeln, sind zurückgewiesen worden.«

Dr. Seidl läßt sich nicht einschüchtern. Da der Versailler Vertrag durch die Anklage in den Mittelpunkt gestellt worden sei, müsse er sich dagegen verteidigen. Wiederum antwortet der Vorsitzende, man wolle ihn nicht hören, wenn er darlege, daß der Versailler Vertrag nicht rechtsgültig oder irgendwie ungerecht gewesen sei.

Auch ein nochmaliger Versuch Dr. Seidls scheitert. Er weist darauf hin, daß die Revision der untragbaren Bestimmungen des Versailler Vertrages der Leitgedanke seines Mandanten Heß gewesen sei: »Diese Frage ist die Frage der ganzen nationalsozialistischen Bewegung bis 1933 überhaupt gewesen!«

Erneut fährt der Vorsitzende dazwischen; wieder setzt Dr. Seidl zur Fortsetzung der Verteidigung an. Nun wird er endgültig unterbrochen und gezwungen, sein Plädoyer einzustellen.[17]

Als dann auch Verteidiger Dr. Horn in seinem Plädoyer seinen Mandanten gegen die Anklage des Bruches des Versailler Vertrages verteidigen will, wird auch er vom Vorsitzenden brüsk unterbrochen.[18]

Dr. Seidl legt am 25. Juli 1946 ein neues Plädoyer vor, wiederum rügt der Vorsitzende: Da es immer noch viele Anspielungen auf die Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages enthalte, habe der Gerichtshof die beanstandeten Stellen gestrichen...

Das war die Freiheit der Verteidigung in Nürnberg!

Nicht nur in der Anklage, auch noch im Urteil wird die Revision des Versailler Diktates als Vertragsbruch und Verbrechen gegen den Frieden behandelt.

Nur einen Punkt, die »Verletzung der Heeres-, Flotten- und Luftbestimmungen«, ließ man fallen. Es wäre wahrscheinlich doch zu grotesk gewesen, den Flottenvertrag, den eine der anklagenden Mächte, Eng-

land, 1935 mit Deutschland abgeschlossen hatte, durch englische Ankläger und Richter als »Verbrechen gegen den Frieden« zu verurteilen.

Der damalige amerikanische Außenminister Robert Lansing hat gegenüber dem italienischen Ministerpräsidenten Francesco Nitti über die Friedensmacher von Versailles und damit auch über ihre Nachfolger vor dem Internationalen Militär-Tribunal ein vernichtendes Urteil gesprochen. Ein Vertrag, der aus der Intrige geboren und aus der Habgier entwickelt worden sei, sei eher dazu bestimmt, »Kriege hervorzurufen als zu verhüten«.[19]

Doch alle Kritik war schließlich vergebens. Einer der mächtigsten Männer im amerikanischen Außenministerium, Sumner Welles, forderte 1944 wiederum, Deutschland müsse nach errungenem Siege der Tatsache entsprechend behandelt werden, daß es »zweimal innerhalb eines Vierteljahrhunderts der Menschheit Krieg und Verwüstung gebracht hat«.[20]

Hier wird ungewollt zugegeben, daß die Epoche von 1914–1945 eine Einheit darstellt, einen dreißigjährigen Krieg, der in seiner ersten Hälfte in Versailles abgeschlossen wurde, zugleich aber in seiner zweiten und noch tragischeren dort verursacht worden ist. Welles bestätigt nur von amerikanischer Seite, was Churchill am 20. Februar 1944 an Stalin geschrieben hat. Er betrachte »diesen Krieg gegen den deutschen Angriff samt und sonders als einen dreißigjährigen Krieg von 1914 an«.[21]

Weniger konsequent, aber in den Auswirkungen noch gefährlicher, weil auf die Gegenwart und die Zukunft gerichtet, ist die Behauptung des sowjetischen Außenministers Molotow vom 10. September 1954: Man brauche sich nur an die letzten 50 Jahre der Geschichte Europas zu erinnern, um festzustellen, daß »das militarisierte Deutschland in dieser Zeit zweimal einen Krieg entfesselt hat, der den Völkern Europas unermeßliches Leid brachte«. In zwei Noten vom 23. Oktober und 13. November 1954 wiederholt die Sowjetregierung diese doppelte Kriegsschuldlüge.

Wer könnte angesichts dieser Tatsache noch daran zweifeln, daß die Kriegsursachenforschung sich nicht nur auf die Vergangenheit richtet, sondern von höchster Aktualität ist für die politische Entwicklung der Gegenwart und der Zukunft? Die Kriegsschuldlüge richtet sich längst nicht mehr nur gegen den »preußischen Militarismus« der Vergangenheit,

sondern gegen die Verteidigungsmacht der Bundesrepublik, gegen die deutsche Bundeswehr.

Darum muß das Nürnberger Verfahren revidiert werden. Die Anklage hat ihre Munition verschossen, die Verteidigung aber muß fortgesetzt werden, bis die zweite Kriegsschuldlüge vor der Weltöffentlichkeit genauso enthüllt ist wie die erste.

Es geht dabei gar nicht in erster Linie um Schuld oder Vergeltung, sondern um eine Korrektur des politischen Weltbildes. Die Verschiebung von der Ursachenforschung auf die Schuldbezichtigung ist die Hauptursache dafür, daß seit 50 Jahren von verfälschten Tatbeständen ausgegangen wird. Man ist deshalb nicht mehr fähig, politische Urteile auf exakte Ursachenforschung aufzubauen. Politische Entscheidungen und Aktionen gehen von einer irrtümlichen Lagebeurteilung aus. So schlägt die Lüge auf die Lügner zurück. Die Folgen hat die ganze Menschheit zu tragen.

III

Der bewaffnete Unfriede

1953 erhielt der US-General George Marshall den Friedens-Nobelpreis. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, in der man diesen Preis für einen solchen Mann als Zeichen jener schizophrenen Begriffsverwirrung erkennen wird, die für diese Epoche charakteristisch geworden ist. Marshall hat als Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts einen erheblichen Teil Schuld und Verantwortung für den »Krieg des Präsidenten« (Hedin) zu tragen. Schwerer noch als seine Verantwortung im militärischen Sinne wiegt jene Mitschuld, die er als Sonderbotschafter des Präsidenten Truman auf sich geladen hat, damals als er so lange dilettantisch zwischen Chiang Kaishek und Mao Tse-tung verhandelte, bis der Sieg des gelben Bolschewismus über das größte Volk der Erde nicht mehr aufzuhalten war. So zählt Marshall zu den Architekten jenes Weltfriedens, welcher der Menschheit nur erträglich erscheint, weil sie sich seiner Gefährlichkeit noch nicht bewußt geworden ist. Zweifellos ein würdiger Träger des F r i e d e n s - Nobelpreises.

In unserem Zusammenhang ist dieses Idol der amerikanischen Armee zunächst nur insofern interessant, als Marshall bei der Preisverteilung in Stockholm dringend forderte, man solle sich endlich um ein »sorgsames Studium der Kriegsursachen« bemühen. Dies sei eine der Voraussetzungen für eine geistige Wiedergeburt und die »Wiederherstellung von Treu und Glauben unter den Menschen«.[1]

Vielleicht sollte man daher mit der Erforschung der Ursachen der Kriegsrüstung beginnen, ohne die der Friede nicht zerstört werden könnte. Nach Nietzsche ist der bewaffnete Unfriede der entscheidende Grund, der immer erneut zu Kriegen führt. Dieser Zustand läßt sich

kaum dadurch überwinden, daß der waffenstarrende Mächtige den Schwächeren entwaffnet. Eine solche Art von Abrüstung gerät leicht in den Verdacht, daß sie nur ein heimtückisches Mittel der eigenen Rüstungspolitik sei: Man verstärkt die eigene Rüstungsüberlegenheit durch Abrüstung der anderen.

Dieses Täuschungsmanöver einer Friedenssicherung hat man 1919 erzwungen und 1945 wiederholt. Eine Armeezeitung jener Militärmacht, in der unser Friedenspreisträger Marshall eine so verhängnisvolle Rolle spielen sollte, hat am 5. Mai 1945 für den Raum um Bad Godesberg gemeldet, der zuständige Militär-Gouverneur habe angeordnet, alle Waffen, einschließlich der Jagdgewehre, der Fechtsäbel und der »Stöcke mit scharfer Spitze« seien sofort abzuliefern. Die vom Siegestaumel befallenen »Befreier« beschränkten ihre Abrüstungsbefehle selbstverständlich nicht auf Godesberg. Aus Oberbayern wurde gleichzeitig gemeldet, in Oberammergau hätten alle Jagdgewehre, darunter jahrhundertealte Erbstücke, eines nach dem anderen auf die Hauptstraße gelegt werden müssen. Dann rollten die US-Panzer über diese gefährlichen Wahrzeichen eines zwar nicht preußischen, aber immerhin bayerischen, auf jeden Fall deutschen Militarismus – und zermalmten sie.

Fünf Jahre später wurden den Westdeutschen amerikanische, den Mitteldeutschen russische Waffen in die Hände gepreßt. So lächerlich dieser Vorgang heute erscheinen mag, damals 1945 war es bitterer Ernst. Der Hintergrund ist es noch heute, denn der hinter diesen grotesken Maßnahmen wirksame Ungeist ist durchaus nicht überwunden.

Entmachtung des Reiches

Die erzwungene einseitige Abrüstung Deutschlands war nur die militärische Seite einer Siegerwillkür, die damit die Einheit und Freiheit des größten europäischen Volkes für immer zerstören wollte. Als Bismarck 1870 gefragt wurde, gegen wen er eigentlich Krieg führe, erwiderte er, gegen den Geist Ludwigs XIV. Diese Antwort aus historischem Bewußtsein müßte für den Ersten und Zweiten Weltkrieg erweitert werden: Der noch in Clemenceau wirksame »Geist Ludwigs XIV.« hat sich

1914 verbündet mit dem »Balance of Power«-Dogma der angelsächsischen Anti-Europapolitik und mit dem Expansionstrieb des Panslawismus.

Im Zweiten Weltkrieg wurde dieser panslawistische Weltmachtstrieb noch verstärkt durch die weltrevolutionäre Dynamik des Bolschewismus, durch den Sowjetpatriotismus.

Diese unter sich so unterschiedlichen Kräfte waren sich bis 1945 einig in dem Ziele der Zerstörung des Großdeutschen Reiches. Dieser antideutsche Ring war zwar 1945 ungleich mächtiger und geschlossener als 1919. Damals war Rußland, 1917 vom kaiserlichen Deutschland besiegt, vom Versailler Kartell ausgeschlossen. Amerika, entsetzt über die Folgen der Wilsonschen Politik, hatte sich von den Verstrickungen des Versailler Europa zurückgezogen.

Nach diesem Rückzug der Amerikaner konnte ein Freund Poincarés und Vollstrecker seiner Separatisten-Politik, Maurice Barres, triumphieren: »Das Werk Bismarcks liegt am Boden!« Vier Jahre nach der Unterzeichnung des Versailler Diktates schien dieses alte Ziel endgültig erreicht zu sein.

Genau am fünften Jahrestag der Mordtat von Sarajewo, am 28. Juni 1919, mußten die Deutschen einen »Vertrag« unterzeichnen, von dem selbst der Hauptschuldige der alliierten Rachepolitik, Clemenceau, in seinem letzten Gespräch mit seinem Sekretär Martet eingestand: »Das war die Besessenheit eines Volkes, das der Sieg außer Rand und Band gebracht hatte.«[2]

Besessen waren weniger die Siegervölker als ihre Politiker. Sie glaubten den Frieden durch Maßnahmen sichern zu können, die nicht primitiver hätten sein können. Ohne Rücksicht auf Recht oder Unrecht wurden dem Besiegten alle moralischen, politischen und militärischen Waffen aus der Hand geschlagen. Deutschland sollte wehrlos werden, um macht- und ehrlos bleiben zu müssen.

Bekanntlich basiert der »Friedens«-Vertrag auf einem Vertragsbruch. Seine verhängnisvollsten Bestimmungen waren die Abrüstungsklauseln. Sie forderten die einseitige Abrüstung Deutschlands, der allerdings später eine allgemeine Abrüstung, und zwar aller Siegermächte, folgen sollte.

Niemand hat die Folgen dieser einseitigen Entmachtung Deutschlands klarer erkannt als der ehemalige amerikanische Außenminister Robert

Lansing. Ab 1918 hatte er im Auftrag des Präsidenten Wilson die Waffenstillstandsverhandlungen geführt und anschließend an der Friedenskonferenz teilgenommen. Seine Kritik der Versailler Machenschaften hat er in einem Memorandum zusammengefaßt, das zwar erst 1921 veröffentlicht wurde, heute aber, gerade im Rückblick auf das Internationale Militär-Tribunal, immer noch grundsätzlich wichtig ist für die Beurteilung der alliierten Politik von 1919 bis 1948. Mit überraschender Klarheit erkannte Lansing schon 1919, daß dieses Vertragswerk keinen Frieden bringen könne, ja zu neuen Kriegen führen werde.

Saat neuer Kriege

Einen Tag nach der Übergabe der Friedensbedingungen an den deutschen Bevollmächtigten schildert er »Enttäuschung, Bedauern und Niedergeschlagenheit«. Die Bedingungen seien maßlos hart und demütigend, und viele erschienen ihm unerfüllbar. Der Völkerbund solle das künstliche Vertragswerk zusammenhalten in der Erwartung, er werde das Aufkeimen jener Kriegssaat verhindern können, die in so vielen Artikeln ausgesät sei: »Es wird früher oder später zu Kriegen kommen.«

Der auf das Versailler Diktat gebaute Völkerbund sei nur ein Werkzeug der Mächtigen, um das normale Wachstum nationaler Macht bei jenen zu hemmen, »die durch die Niederlage machtlos geworden sind«. Groll und Erbitterung, Verzweiflung würden die Folgen sein. Es könne Jahre dauern, ehe diese unterdrückten Völker ihr Joch abzuschütteln vermögen, aber so gewiß wie der Tag auf die Nacht folgt, werde die Zeit kommen, da sie danach trachten werden. Man könne die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß die Gewalt das Grundprinzip des Völkerbundes sei. In seiner jetzigen Beschaffenheit werde er der Habgier und Intrige zum Opfer fallen:

»W i r h a b e n e i n e n F r i e d e n s v e r t r a g , a b e r e r w i r d k e i n e n d a u e r h a f t e n F r i e d e n b r i n g e n .«[3]

Lansing hatte vergeblich gewarnt. Sein Widerstand gegen den Völkerbund veranlaßte Wilson nur, sich von diesem zu selbständigen Mitarbeiter zu trennen. Die geschichtliche Entwicklung jedoch hat nicht die Utopien

Wilsons, soweit es sich nicht um bewußten Betrug handelte, bestätigt, sondern Lansings Warnungen haben sich als nur allzu berechtigt erwiesen. Die Forschung hat inzwischen zahllose Beweise für die Tatsache vorgelegt, daß das Versailler »Friedenswerk« in seinen rechtlichen, moralischen, politischen, militärischen und wirtschaftlichen Grundlagen und Folgen nur als Werkzeug von Rache, Habgier und Gewalt zu wirken vermochte.

Weniger bekannt ist, daß Nürnberg auch in dem Sinne zu einem Super-Versailles werden sollte, als bereits 1919 Pläne für einen ähnlichen Schauprozeß der Siegerjustiz vorbereitet worden waren. Schon damals wurde die Alleinschuld Deutschlands nicht nur politisch, sondern auch juristisch postuliert, als Rechtstitel für jeden Raub an deutschem Gebiet und Eigentum; schon damals sollte eine politische Strafjustiz eingesetzt werden.

Man verzichtete dabei auf jeden Schein von Neutralität und Objektivität. Auch 1919 durfte es nur deutsche »Kriegsverbrecher« geben, 900 wollte man verfolgen, und die Liste reichte von Feldmarschall Hindenburg bis zum letzten Kommandeur des Jagdgeschwaders Richthofen, bis zum Fliegerhauptmann Hermann Göring.

Da die Alliierten 1919 Deutschland weder wie 1945 besetzt noch zerstückelt hatten, konnten sich die Deutschen weigern, die Schuldigen einer alliierten Rachejustiz auszuliefern. Kaiser Wilhelm II., wie Hitler als der »tolle Hund Europas« verleumdet, schrieb am 9. Februar 1920 an Präsident Wilson:

»Wenn die Alliierten und Assoziierten Regierungen ein Opfer haben wollen, so sollen sie mich nehmen anstatt der 900 Deutschen, die kein anderes Vergehen begangen haben als das, ihrem Lande im Krieg zu dienen.«

Rache und Vergeltung scheiterten am Widerstand der damaligen holländischen Regierung, die es ablehnte, den Kaiser auszuliefern.

Das geschah zu einer Zeit, in der es keinen Nationalsozialismus und keinen Hitler und keine Judenverfolgungen gab. Im Gegenteil, Wilhelm II. stand mit mächtigen Repräsentanten des zeitgenössischen Judentums in freundschaftlichen Beziehungen, z. B. mit Albert Ballin und Walter Rathenau. Nichts beweist klarer, daß es nicht um Demokratie, Humanität oder um irgendwelche ideologische Beweggründe ging, son-

dern um Rache und Vergeltung und um die Macht und Übermacht der Alliierten für alle Zukunft.

Die Sowjets bedienen sich seit 1945 der gleichen Methode, die die westlichen Alliierten seit 1918 angewandt haben. Es wirkt nur besonders grotesk, wenn dies geschieht, um die deutsche Wiederbewaffnung in eine Kriegsvorbereitung umzufälschen. Gerade die sowjetischen Machthaber wußten sehr genau, unter welchen Bedingungen vor 1933 die ersten Versuche einer Wiedererlangung der militärischen Gleichberechtigung unternommen worden sind.

Als Deutschland 1935 die ersten zusätzlichen Divisionen aufstellte, waren an sämtlichen Grenzen Deutschlands kriegsbereite Armeen vorhanden, die an Soldaten und Bewaffnung um ein Vielfaches überlegen gewesen sind: Im Westen stand das französische Heer, damals die größte Militärmacht der Erde, verbündet mit England, der damals größten Seemacht der Erde. Und im Rücken Deutschlands standen das hochgerüstete Polen, die Armeen der sogenannten Kleinen Entente und vor allem die Rote Armee mit 105 Divisionen und einer Friedenspräsenzstärke von 960 000 Mann, gestützt auf das Potential einer durch und durch militarisierten 180-Millionen-Bevölkerung.

Notwehr verboten

Von der Vorstellung besessen, daß wie vor 1914 auch vor 1939 die deutsche Rüstung die alleinige Ursache jenes Wettrüstens gewesen sei, die zweimal zu einem Weltkriege führte, wandte sich die Anklage gegen die deutsche politische und militärische Führung vor allem wegen des Verbrechens der Wiederbewaffnung. Die politisierenden Advokaten der Feindjustiz wollten nicht berücksichtigen, daß die Tatsache des Rüstens an sich noch nicht darüber entscheidet, ob man sich auf einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg vorbereitet. In beiden Fällen muß gerüstet werden, ohne daß die daran Beteiligten bereits an einer Aggression mitschuldig geworden wären. Die IMT-Ankläger unterstellten:

»Die Naziverschwörer, und unter ihnen besonders die Industriellen, wandten sich einem riesigen Wiederaufrüstungsprogramm zu und gingen

daran, gewaltige Mengen von Kriegsmaterial zu entwickeln und herzustellen und ein mächtiges Kriegspotential zu schaffen.«[4]

Als eines der Hauptverbrechen wird angeklagt der deutsche Plan, »unter Verletzung des Versailler Vertrages und anderer Verträge wieder aufzurüsten und das Rheinland wieder zu besetzen und zu befestigen, um militärische Stärke und politische Verhandlungsfähigkeit zum Einsatz gegen andere Nationen zu erwerben«.

Am 16. März 1935 »verkündeten die Naziverschwörer ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht, in dem sie die Friedensstärke der Deutschen Armee mit etwa 500 000 Mann angaben«.[5]

Keinem der Ankläger scheint der Widerspruch aufgefallen zu sein, daß man einerseits Anklage wegen »Verschwörung« gegen die friedliebende Welt erhob, gleichzeitig aber feststellte, daß die deutsche Führung in aller Öffentlichkeit, ja durch ein Gesetz, jene Wiederbewaffnung begonnen hat, die nur dieser »Verschwörung« dienen sollte. So wird u. a. im Urteil lapidar festgestellt:

»Im Jahre 1935 beschloß die Naziregierung, die ersten öffentlichen Schritte zu unternehmen, um sich ihren aus dem Versailler Vertrag erwachsenen Verpflichtungen zu entziehen. Zur gleichen Zeit wie diese Vorbereitung auf den Krieg in der deutschen Wirtschaft vorgenommen wurde, bereitete sich die deutsche Wehrmacht selbst auf einen Wiederaufbau der deutschen bewaffneten Streitkräfte vor.«[6]

Militarist Brüning

»Verschwörer« im Sinne dieser Anklage wären aber nicht nur die Politiker, Offiziere und Minister jener Zeit, sondern auch sämtliche Repräsentanten der Weimarer Republik gewesen. Denn keine Partei und keine Regierung des demokratischen Deutschlands hat jemals auf die militärische Gleichberechtigung – entweder durch Abrüstung der übrigen Staaten oder durch Aufrüstung bis zum Stand seiner Nachbarn – verzichtet. Das Dritte Reich und die Weimarer Republik unterschieden sich darin nicht grundsätzlich; nur beschränkten sich die Politiker vor 1933 auf das Fordern, nach 1933 aber begann die Verwirklichung.

Der hitlerfeindliche Reichskanzler Brüning hat am 15. Februar 1932 anläßlich des Zusammentritts der Abrüstungskonferenz in einer Rede, die über alle Sender der USA verbreitet worden ist, u. a. erklärt:

»In den beiden entscheidenden außenpolitischen Fragen der Gegenwart, der Abrüstungsfrage und der Reparationsfrage, herrschen im deutschen Volke einheitliche Auffassungen. Die Forderung der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit wird vom ganzen deutschen Volk geteilt. Jede deutsche Regierung wird diese Forderung vertreten müssen.«[7]

Alle demokratischen Parteien hatten diese Forderungen in ihr Programm aufgenommen. Es war dann das Verbrechen der nationalsozialistischen Regierung, erreicht zu haben, was ihre demokratischen Vorgängerinnen nur zu erreichen versuchten.

Es handelt sich dabei auch nicht, wie heute immer noch behauptet wird, um einen »Vertragsbruch«, auch nicht um eine Revision des Versailler Vertrages. Vielmehr ist die deutsche Wiederaufrüstung die berechtigte Konsequenz aus der Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen der Alliierten, der deutschen Abrüstung ihre eigenen folgen zu lassen. In seinem wehrpolitischen Teil konnten die Deutschen diesen Vertrag nicht mehr brechen, weil er schon gebrochen war, zerstört durch den Vertragsbruch der Alliierten.

Schon im Vorvertrag auf der Grundlage der Wilsonschen Punkte ist eindeutig festgelegt, daß die deutsche Abrüstung nur die Vorleistung und erste Stufe einer allgemeinen Abrüstung sämtlicher Vertragspartner sein sollte. Wilson forderte im vierten Punkt seiner Friedensbedingungen, es sollten »angemessene Garantien gegeben und genommen werden, daß die nationalen Rüstungen auf den niedrigsten Grad, der mit der inneren Sicherheit vereinbar ist, herabgesetzt werden«.

Grundsätzlich das gleiche ergibt sich aus dem Völkerbundsstatut. Es bestimmt im § 8 folgerichtig, daß die äußere Sicherheit durch den Völkerbund garantiert werden sollte, die nationalen militärischen Kräfte aber sich auf die Sicherung der inneren Ordnung und auf den Grenzschutz beschränken müßten. Diese Beschränkung wäre für Deutschland ungleich gefährlicher gewesen als für seine westlichen Nachbarn, da es an seiner Ostgrenze gegen die gefährlichste Macht, die bolschewistische Sowjetunion, nahezu ungeschützt blieb, gegenüber einem Staate, der weder

durch den Völkerbund noch durch den Versailler Vertrag militärisch irgendwie begrenzt war.

Unbestreitbar hatte Deutschland völkerrechtlichen Anspruch auf die Abrüstung seiner Vertragspartner. Wurden sie in diesem entscheidenden Punkte vertragsbrüchig, dann war der Vertrag in seiner Grundlage zerstört. Die militärische Gleichberechtigung konnte nur erreicht werden, wenn alle Partner gleich stark oder gleich schwach gerüstet waren. Das beweisen der Wilsonsche Friedensvorschlag, das Völkerbundsstatut und der Versailler Vertrag.

Bis zu welchem Grad auch die Alliierten zur Abrüstung verpflichtet gewesen waren, ergibt sich genau aus dem Artikel 160 des Versailler Vertrages:

»Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt.«

Folgen des alliierten Vertragsbruches

Noch nie war die Menschheit einem gesetzlich gesicherten Weltfrieden näher als mit dieser vertraglichen Verpflichtung der damals mächtigsten Völker der Erde. Wenn es je ein Verbrechen gegen den Weltfrieden gegeben hat, dann dieses, daß die Alliierten ihre eigene vertragliche Friedenssicherung zerstört haben.

Neben diesem Vertragsbruch haben sie eine beispiellose Heuchelei verübt, weil sie diese Weltenstunde der Friedenssicherung dazu mißbrauchten, ihren deutschen Vertragspartner in eine recht- und ehrlose Lage zu zwingen. Inmitten hochgerüsteter Militärstaaten sollte es als einziges Volk Waffen nur für polizeiliche Zwecke führen dürfen. Nur Sklaven wurde bisher das Recht, Waffen zur eigenen Verteidigung zu tragen, verweigert. 1919 haben weiße Völker zum ersten Male in der Geschichte ein weißes Kulturvolk wehrpolitisch auf den Sklavenstand erniedrigt.

Wären die Vertragstexte nicht klar genug, gäben die Noten, die zwischen Deutschland und den Alliierten 1919 gewechselt wurden, eindeutig Aufschluß darüber, wie diese Texte auszulegen sind. Auf den deutschen Vorbehalt der unbedingten Gleichberechtigung antworteten die alliierten Vertragspartner im Mai 1919:

»Die Bedingungen stellen ... gleichzeitig den ersten Schritt zu der allgemeinen Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen dar, welche die bezeichneten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhinderung von Kriegen zu verwirklichen suchen und die herbeizuführen zu den ersten Pflichten des Völkerbundes gehören wird.«[8]

Damit wurde zugleich die moralische Verpflichtung zur Kriegsverhinderung und Friedenssicherung als Voraussetzung dafür anerkannt, daß Deutschland sich dieser Rüstungsbegrenzung unterwarf.

Nicht nur die unter dem Kriegserlebnis friedenssüchtig gewordenen Utopisten haben sich damals auf den allgemeinen Waffenverzicht verpflichtet. Noch sechs Jahre später, im Locarnovertrag vom 16. Oktober 1925, wurde die Abrüstung aller Vertragspartner, also der damals stärksten europäischen Mächte, eindeutig festgelegt:

»Die Vertreter der hier vertretenen Regierungen erklären ihre feste Überzeugung, daß die Inkraftsetzung dieser Verträge und Abkommen ... das geeignete Mittel sein wird, in wirksamer Weise die im Artikel acht der Völkerbundssatzung vorgesehene Entwaffnung zu beschleunigen.

Sie verpflichten sich, an den vom Völkerbund bereits aufgenommenen Arbeiten hinsichtlich der Entwaffnung aufrichtig mitzuwirken und die Verwirklichung der Entwaffnung in einer allgemeinen Verständigung zu erstreben.«

Nochmals hatte der Weltfriede eine einzigartige Chance. Aus den zahlreichen Stellungnahmen auf alliierter Seite sei nur das Urteil eines Exponenten jener Macht zitiert, die das Testament Richelieus durch Clemenceau noch 1919 vollstrecken wollte. Der Vertreter Frankreichs auf der dritten Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission, Paul-Boncour, hatte dort folgendes ausgeführt:

»Was dieser Stipulation ihren besonderen Wert verleiht, ist, daß sie diesmal nicht nur eine Bedingung darstellt, die nur einem der Unterzeichner des Vertrages auferlegt wurde, sondern es ist vielmehr eine Pflicht, eine moralische und rechtliche Verpflichtung, zu einer allgemeinen Abrüstung zu kommen, die auch den anderen Unterzeichnern auferlegt ist.«[9]

Es sollte dennoch weitere sieben Jahre dauern, bis der erste ernsthafte Versuch unternommen wurde, die seit 1919 vereinbarte militärische Gleichberechtigung zu verwirklichen. Auf Grund des Artikels 8 der Völkerbundssatzung begann am 2. Februar 1932, also mit 13 Jahren Verspätung, die Genfer Abrüstungskonferenz. Der Teil V des Versailler Vertrages, wonach die deutsche Entwaffnung der Beginn einer allgemeinen Abrüstung sein müßte, sollte endlich angewandt werden.

Die Vorbereitung dieser Konferenz begann bereits am 18. Mai 1926. Es hatte sechs Jahre gedauert, bis man der nun beginnenden Konferenz einen Entwurf der Abrüstungsvereinbarungen vorlegen konnte.

Der Artikel 53 dieses Entwurfes, über den man sich jetzt mühsam geeinigt hatte, zeigte jedoch, daß die Alliierten immer noch nicht bereit waren, dem Sinn und Wortlaut der Verpflichtungen von 1919 gemäß zu handeln. Der Artikel 53 fordert ausdrücklich, daß die damaligen Rüstungsbeschränkungen für Deutschland weiter bestehen sollten. Für die übrigen Vertragspartner war zwar im Grundsatz eine Verminderung ihrer Rüstungen vorgesehen, Zahl und Umfang blieben jedoch unbestimmt. Sie sollten erst in dieser Konferenz festgelegt werden. Deutschland dagegen war von vornherein auf die alte Beschränkung verpflichtet. Allerdings mit einem entscheidenden Unterschied:

Was 1919 durch Gewalt und gegen den deutschen Protest und Vorbehalt erpreßt wurde, sollte nun nach 13 Jahren freiwillig anerkannt werden.

Dennoch nahm Reichskanzler Brüning an dieser Konferenz teil, wodurch er sich auf eine an sich unzumutbare Verhandlungsgrundlage begab. Der Sturz der Regierung Brüning verhinderte noch rechtzeitig eine solche verhängnisvolle Festlegung. Die auf Brüning folgende Regierung Papen ließ durch Reichsaußenminister von Neurath endlich die Forderung auf Rechtsgleichheit erheben. Als sie abgelehnt wurde, verließ die deutsche Abordnung die sinnlos gewordenen Beratungen. Auf Papen folgte die Regierung Schleicher, die am 11. Dezember 1932 eine gemeinsame Erklärung zwischen Deutschland einerseits und Frankreich, England und Italien andererseits erreichte, wonach »Deutschland

und den anderen durch die Friedensverträge abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren sei in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet«.

Auf deutscher Seite sah man in dieser Erklärung eine Möglichkeit, sich wieder an den Verhandlungen zu beteiligen, und am 2. Februar 1933 konnten die Beratungen fortgesetzt werden.

MacDonald-Plan

Am 16. März 1933 legte der englische Premier MacDonald endlich einen Abrüstungsplan vor, der als ernsthafter Versuch angesehen werden konnte, die 1919 vereinbarten Bestimmungen wenigstens teilweise zu erfüllen. Zum ersten Mal wurde erkennbar, daß England nun bereit war, den in Deutschland erwachenden nationalen Willen zu benützen, um die französische Hegemonie über dem Kontinent zurückzudrängen. Ein erster Versuch kündigte sich hier an, das französische Übergewicht zu verringern, um zur traditionellen britischen Gleichgewichtspolitik zurückkehren zu können.

Die Zugeständnisse waren allerdings noch bescheiden genug. Doch McDonald nannte immerhin zum ersten Male konkrete Zahlen, auf deren Stand abgerüstet werden sollte – wenigstens auf dem Festlande. Von einer tatsächlichen militärischen Gleichberechtigung aller Signatarmächte war freilich noch wenig zu erkennen. Nach diesem Plan sollten zwar die diskriminierenden Entwaffungsbestimmungen des Versailler Diktates aufgehoben werden. Jedoch die Deutschland zugebilligte neue Stärke lag noch weit unter der Grenze jenes Rüstungsstandes, den seine Nachbarn für sich beanspruchten.

Das zeigte sich vor allem im Verhältnis zu Frankreich. Ohne Rücksicht auf die erheblich größere Bevölkerungszahl der Weimarer Republik sollte sich diese auf ein Landheer von 200 000 Mann beschränken. Für das kleinere Frankreich dagegen war ein gleichgroßes Heer von 200 000 Mann für das Mutterland vorgesehen. Für seine Kolonialgebiete konnte Frankreich weitere 200 000 Mann beanspruchen. Da, wie der Erste und

der Zweite Weltkrieg bewiesen haben, diese Truppen innerhalb kürzester Frist auf dem europäischen Kriegsschauplatz eingesetzt werden konnten, bedeutete dies eine Verdoppelung des französischen Potentials gegenüber dem relativ größeren Deutschland.

Das an Raum und Bevölkerung wesentlich kleinere Polen sollte auch 200 000 Mann erhalten. Da Polen mit Frankreich ebenso eng verbunden war wie es Deutschland feindlich gegenüberstand, konnten diese 200 000 das französische Potential noch verstärken. Ähnliches galt für Belgien und die unter französischem Protektorat stehenden Versailler Neugründungen der Kleinen Entente. Gemeinsam mit den für diese Staaten vorgesehenen Heeresgrößen erreichte der französische Block eine Gesamtstärke von über 1 000 000 Mann – ohne das Heer des englischen Bundesgenossen. Dieser Übermacht sollte Deutschland nur 200 000 Mann entgegenstellen dürfen. So sah die neue »Gleichheit« aus! Dem deutschen Landheer stand eine fünffache Übermacht gegenüber.

Dabei blieb die größte Gefahr an Deutschlands Ostgrenze noch unberücksichtigt. Die Rote Armee konnte, auf Grund der engen französisch-sowjetrussischen Beziehungen, im Ernstfalle das französische Potential mit 1 000 000 Mann noch verstärken. Zwischen Deutschland und seinen gegnerischen Nachbarn sollte also ein Verhältnis von 1:10 festgelegt werden.

Was man dem damaligen Deutschland zuzumuten sich erfrechte, wird noch deutlicher durch die Zahlen auf dem modernsten Rüstungsgebiete, der Luftwaffe. An Flugzeugen sollten erhalten:

Polen	200
Belgien	150
Baltische Staaten	150
Kleine Entente	550
Frankreich	500
Deutschland	0

Deutschland sollte also auf die modernste Waffe, auf Flugzeuge, total verzichten, wodurch für den modernen Krieg auch der militärische Wert der 200 000 Mann Landtruppen für den Ernstfall praktisch aufgehoben worden wäre. Deutlicher konnte kaum bewiesen werden, was die Ver-

sailler Mächte unter Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Vertragstreue verstanden.

Dennoch geschah das Unerwartete: Die als kriegslüstern und militaristisch verleumdete Hitlerregierung nahm den MacDonald-Plan an. In seiner Reichstagsrede vom 17. Mai 1933 erklärte sich Hitler bereit, den Vorschlägen MacDonalds grundsätzlich zuzustimmen.

Die neue Reichsführung wollte damit vor aller Welt ihren Friedenswillen bekunden, denn die Begrenzung auf ein 200000-Mann-Heer, inmitten einer 10fachen Übermacht seiner Nachbarn, bedeutete den bedingungslosen Verzicht auf jede Möglichkeit eines Angriffskrieges. Deutschland beschränkte sich immer noch auf die Sicherung der inneren Ordnung und auf ein Minimum an Grenzschutz. Es wollte diesen Beitrag leisten im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß es damit einen wesentlichen Teil der in Versailles aufgezwungenen Beschränkungen nunmehr freiwillig auf sich nahm.

Den dokumentarischen Nachweis für diesen Friedenswillen bietet die schon erwähnte Reichstagsrede Hitlers vom 17. Mai 1933, in der er u.a. erklärte:

»Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun. Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtende Abrüstung durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen.

Die deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Frage. Sie muß aber verlangen, daß ihr nicht die Zerstörung einer vorhandenen Wehreinrichtung aufgezwungen wird ohne die Zubilligung einer zumindest qualitativen Gleichberechtigung...

Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf die Zuteilung von Angriffswaffen dann überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Rüstungsnationen ihrerseits diese Angriffswaffen ebenfalls vernichten und durch eine internationale Konvention die weitere Anwendung verboten wird...

DIE DIKTATOREN DES VERSAILLER UNFRIEDENS

(Von links: Lloyd George, Orlando, Clemenceau, Wilson)

Das militaristische Deutschland und seine friedlichen Nachbarn

Einmarsch der französischen Kolonial-Truppen (1923)

ZWEIMAL »BESETZUNG« DES RHEINLANDES

Rheinland-Befreiung 1936: *Deutsche marschieren nach Deutschland*

Die einzige Nation, die mit Recht unter der Furcht vor einer Invasion leiden könnte, ist die deutsche, der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschnitt, ja selbst die Anlage von Grenzbefestigungen untersagte...

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgendeiner Unterschrift nötigen lassen, die eine Verewigung der Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde...

Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und jede Moral vergewaltigt; aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterschrift Rechtsgültigkeit erhalten könnte.«

Deutschland war also bereit, da keine Hoffnung mehr auf eine allgemeine Abrüstung bestand, über den eigenen Schatten zu springen, seinen Rechtsanspruch auf Abrüstung seiner Vertragspartner preiszugeben, um wenigstens einen ersten Schritt in der Richtung einer militärischen Gleichberechtigung zu erreichen. England schien geneigt zu sein, diesen deutschen Verzicht anzuerkennen. Der nächste Mitarbeiter von MacDonald, Mr. Henderson, gab am 19. Mai 1933 vor dem Hauptausschuß zu, Deutschland wolle die Gleichberechtigung nicht durch eigene Aufrüstung, sondern durch die in Versailles vereinbarte Abrüstung der Alliierten erreichen. Selbst Anthony Eden, damals Vertreter Englands auf der Konferenz, bezeichnete Hitlers Bereitschaft als »ermutigend«. Am 22. Mai erklärte sich auch der amerikanische Delegierte Norman Davis für den MacDonald-Plan. Der Plan scheiterte dennoch am Widerstand Frankreichs. Durch Paul-Boncour ließ es erklären, nicht bereit zu sein, Deutschland auch nur diese minimalste Verbesserung zuzugestehen.

Wenn wir nun hier näher auf den geschichtlichen Ablauf der Entwicklung von Abrüstung und Wiederaufrüstung eingehen, dann nicht nur, um zurückzublicken, sondern auch wegen der aktuellen Bedeutung dieses Problems. Denn das erste große Experiment auf diesem Gebiete wurde in jenen Jahren versucht. Wenn auch geschichtliche Analogien nicht in allen konkreten Einzelheiten stimmen, aufs Ganze gesehen ist die Verwandtschaft der damaligen Versuche mit den gegenwärtigen unverkennbar. Zumindest eine grundlegende Erkenntnis wurde erhärtet: Rüstungen sind nur Symptome politischer Zustände. Alle Experimente, an diesen

Symptomen zu kurieren, müssen scheitern, solange die Ursachen weiterwirken. Ohne eine gerechte und stabile politische Ordnung können nie die Ursachen beseitigt werden, die zum Rüsten und Wettrüsten zwingen. Gerade diese Tatsache wurde in der Zeit zwischen 1918 und 1945 eindringlich bewiesen.

Aus diesen inneren Gründen ist 1933 auch der Versuch Mussolinis gescheitert, die immer gefährlicher werdenden europäischen Spannungen durch den sogenannten Viererpakt zu neutralisieren. Die italienische Regierung wollte 1933 endlich mit den in § 19 der Satzung der Genfer Liga vorgesehenen Revisionen beginnen. Der Plan Mussolinis scheiterte wiederum am starren Widerstand Frankreichs, das an seinem Versailler Faustpfand krampfhaft festhielt.

Frankreichs Torpedo

Bereits am 29. Juni 1933 hatte sich die Abrüstungskonferenz erneut vertagt. Um den MacDonald-Plan endgültig zu torpedieren, forderte Frankreich, die vertragsbrüchige französische Regierung, von Deutschland eine weitere »Bewährungsfrist«, und zwar von der Weimarer Demokratie, nicht vom nationalsozialistischen Deutschland, eine Bewährungsfrist von weiteren vier Jahren. Selbstverständlich sollten innerhalb dieser Frist die Versailler Staaten weiterrüsten und damit ihren Vorsprung gegenüber Deutschland noch vergrößern. Vor allem hätte nach diesem Plan die Sowjetunion wiederum vier Jahre Zeit gewonnen, um ihre Armeen zu vergrößern und ihre Bewaffnung auszubauen. Diese sowjetische Übermacht im Osten wäre erdrückend geworden.

Nach einer Pause von über zwei Jahren sollte die Abrüstungskonferenz ihre Beratungen im Oktober 1935 wiederaufnehmen. Die Reichsregierung ließ London und Rom unterrichten, daß sie immer noch bereit sei, den MacDonald-Plan anzunehmen. Sie erreichte das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung. Jetzt meinte die englische Regierung, diese wiederum bekundete deutsche Bereitschaft zu neuen, noch demütigenderen Forderungen mißbrauchen zu können. Sir John Simon behauptete am 14. Oktober 1933 plötzlich, die Beratungen mit den anderen Regie-

rungen (Frankreich?) hätten England veranlaßt, den MacDonald-Plan abzuändern. Entgegen den seinerzeitigen Zusicherungen schlug er plötzlich eine weitere Frist von acht Jahren, also die doppelte Länge der von Frankreich geforderten »Bewährungsfrist«, vor. Erst nach weiteren acht Jahren sollte die Abrüstung auch der Alliierten beginnen.

Keine Ausflüchte konnten darüber hinwegtäuschen, daß hier die »Entente cordiale«, die alte französisch-englische Kollaboration erneut erprobt werden sollte. Zusammen mit den versäumten 14 Jahren sollte Deutschland also insgesamt 22 Jahre darauf warten, bis die Versailler Vertragspartner anzufangen beabsichtigten, jene Verpflichtungen zu erfüllen, die sie 1919 unterzeichnet hatten. Als selbstverständlich wurde dabei vorausgesetzt, daß die Alliierten auch in diesen weiteren acht Jahren ihre Heere und ihre Rüstungen ständig modernisieren und verstärken dürften. Vor allem konnte die Sowjetunion weitere acht Jahre gewinnen, um die Militarisierung ihrer Bevölkerung und eine Vervielfachung der Zahl und Schlagkraft der Roten Armee zu erreichen. Nach dem Bekanntwerden solcher Pläne konnte nicht mehr ernsthaft daran gezweifelt werden, daß man Deutschland in die Versailler Ohnmacht und Schutzlosigkeit zurückdrängen wollte.

Um ein Mindestmaß nationaler Sicherheit und Selbstbehauptung wahren zu können, blieb der Reichsregierung nur der einzige Ausweg: am 19. Oktober 1933 die Mitgliedschaft im Völkerbund aufzukündigen, der sich wiederum als eine Verschwörung zur Stützung des Versailler Unrechts erwiesen hatte, eine Verschwörung steriler, rückwärtsgewandter Machtpolitiker alten Stils. Wegen der grundsätzlichen und folgenschweren Bedeutung dieses Schrittes seien einige wesentliche Partien aus dem Aufruf der Reichsregierung vom 14. Oktober 1933 zitiert:

»Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zum gleichen entschließen...

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrauffassung, daß die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung

für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschlusse, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbunde auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird...

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen; sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert...«[10]

Mit ihrer Entscheidung, jene Genfer Liga zu verlassen, von der Deutschland 14 Jahre vergeblich Gerechtigkeit und Vertragstreue erhoffte, handelte die Reichsregierung grundsätzlich aus der gleichen Überzeugung, die auch alle Regierungen der Weimarer Republik bekundet hatten. Zum ersten Male aber hat eine deutsche Regierung die dringend notwendigen Folgerungen gezogen. Sie wagte dies dennoch mit einer klaren und nüchternen Beurteilung des Risikos. Die innenpolitische Krise der damaligen französischen Regierung berechtigte zu der Hoffnung, daß Frankreich zu jenem Zeitpunkt nicht fähig wäre, die ersten Regungen eines nationalen Erwachens in Deutschland im Wahnwitz eines militärischen Kreuzzuges zu ersticken.

Frankreich, das nach außen die durch keine echte Kraft begründete Vorherrschaft über Europa krampfhaft erzwingen wollte, erwies sich als unfähig, seine innere Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Am 15. Dezember 1932 mußte das erst seit Mai 1932 regierende Kabinett Herriot zurücktreten, es folgte die Regierung Paul-Boncours, den schon im Januar 1933 Daladier ablöste, der neun Monate später durch Sarraut ersetzt wurde. Auf ihn folgte nach vier Wochen Chautemps. Am 27. Januar 1934 stürzte dieser, um Daladier zu weichen. Bürgerkriegähnliche Zustände bedrohten das nach außen so diktatorisch auftretende Frankreich mit dem inneren Chaos. Unentwegt drehte sich das Karussell der Kabinettsumbildungen: In einem Jahr wechselte die französische Regierung sechsmal.

Die Reichsregierung hatte nach richtiger Einschätzung der katastrophalen innenpolitischen Zustände ihres westlichen Gegners den ersten

kühnen außenpolitischen Schritt gewagt. Sie handelte dennoch in einer Zwangslage. Denn ihr Bekenntnis zur Abrüstung war nicht nur der Notwendigkeit eines stabilen Friedens in Europa entsprungen, sondern auch aus der realistischen Zielsetzung, alle noch verfügbaren Rohstoffe, technischen Einrichtungen und Produktionsstätten in erster Linie für den dringend notwendigen Wiederaufbau einzusetzen. Jede wirtschaftliche und technische Kraft, die von Rüstung beansprucht wurde, verzögerte die soziale Gesundung.

Moralische, rechtliche und wirtschaftliche Gründe forderten die Abrüstung oder wenigstens eine Rüstungsbeschränkung. Darum bot sich für Frankreich und England die denkbar günstigste Gelegenheit, ihre Macht und Stärke dafür einzusetzen, einen gerechten Frieden zu sichern und die Welt, zumindest aber Europa, vor einem neuen Wettrüsten mit lebensgefährlichen Folgen zu bewahren.

Eine Sternenstunde des Weltfriedens wurde verspielt für immer. Unwägbar ist die Verantwortung, welche die Westmächte damals auf sich geladen haben. Die Folgen ihres Versagens wirken bis in die Gegenwart und in eine noch unabsehbare Zukunft.

Deutsche Vorschläge

In der Denkschrift der Reichsregierung vom 18. Dezember 1933 werden aus der neuen Lage, wie sie durch das Scheitern des MacDonald-Plans entstanden war, die Folgerungen gezogen:

»Die deutschen Vorschläge beziehen sich ausschließlich auf defensive Rüstungen. Sie sind so gemäßigt, daß die Überlegenheit der französischen Rüstungen weiter bestehen bleibt. Sie schließen im übrigen deshalb jedes Wettrüsten aus, weil danach die hochgerüsteten Staaten verpflichtet werden sollten, ihre Rüstungen nicht weiter zu erhöhen.

Der Vorschlag der deutschen Regierung geht dahin:

1. Deutschland erhält die volle Gleichberechtigung.
2. Die hochgerüsteten Staaten verpflichten sich untereinander, eine wei-

tere Erhöhung ihres derzeitigen Rüstungsstandes nicht mehr vorzunehmen.

3. Deutschland tritt dieser Konvention bei mit der Verpflichtung, aus freiem Willen von der ihm gegebenen Gleichberechtigung nur einen so maßvollen tatsächlichen Gebrauch zu machen, daß darin keine offensive Gefährdung irgendeiner anderen europäischen Macht zu sehen ist.
4. Alle Staaten anerkennen gewisse Verpflichtungen einer humanen Kriegsführung bzw. einer Vermeidung gewisser Kriegswaffen in ihrer Anwendung gegen die zivile Bevölkerung.
5. Alle Staaten übernehmen eine gleichmäßige allgemeine Kontrolle, die die Einhaltung dieser Verpflichtungen prüfen und gewährleisten soll.
6. Die europäischen Nationen garantieren sich die unbedingte Aufrechterhaltung des Friedens durch den Abschluß von Nichtangriffspakten, die nach Ablauf von zehn Jahren erneuert werden sollen.«[11]

Wer diese Vorschläge heute nachprüft, wird kaum bestreiten können, daß es damals ungleich leichter gewesen wäre, eine gerechte Weltfriedensordnung aufzubauen, als heute. Die heutige Bedrohung der Menschheit hängt durch einen dritten atomaren Weltkrieg ursächlich zusammen mit dem Scheitern und Versagen der verantwortlichen Politiker jener Zeit.

Vor dem Internationalen Militär-Tribunal hat der Verteidiger des ehemaligen Reichsaußenministers von Neurath, Dr. von Lüdinghausen, die damalige Lage von 1935 skizziert:

»Daß dieses derart vollendete Bündnissystem Frankreichs eine verzweifelte Ähnlichkeit mit demjenigen hat, dem sich Deutschland schon einmal im Jahre 1914 gegenübergesehen hatte, mußte sich jedem Klarblickenden geradezu aufdrängen.«

Diese Ähnlichkeit der Gefahr habe jeden deutschen Staatsmann zu der Folgerung führen müssen, diese Bündnisse könnten sich einzig und allein gegen Deutschland richten und bedeuteten in jedem Falle dessen Bedrohung. Dies gelte um so mehr, als dieses Einkreisungssystem noch durch alarmierende Momente in seiner Wirkung verstärkt wurde: Hand in Hand damit sei im Laufe der letzten Monate eine gewaltige Vermehrung der militärischen Rüstungen fast aller außerdeutschen Staaten er-

folgt. Rußland habe unter der freudigen Zustimmung Frankreichs eine Vermehrung der Friedensstärke seines Landheeres von 600 000 auf 940 000 Mann vorgenommen, die Tschechoslowakei im Dezember 1934 die zweijährige Dienstzeit eingeführt.

Ebenso habe Italien seine Rüstungen verstärkt. Diese politische Einkreisung, potenziert durch das Wettrüsten aller an Deutschland angrenzenden Mächte, konnte für eine verantwortungsbewußte deutsche Führung »nur als eine gewaltige Drohung empfunden und gewertet werden, eine Drohung, der Deutschland so gut wie machtlos gegenüberstand«. Jeden Augenblick habe eine ihrer Verantwortung bewußte Außenpolitik mit der Gefahr rechnen müssen, daß diese geballte, sich ständig vergrößernde Macht Frankreichs und seiner Verbündeten auf Deutschland niedersausen und es zermalmen konnte.

Am Schluß seines Plädoyers, das zugleich eine Verteidigungsrede für Deutschland war, beschwor Dr. von Lüdinghausen die alliierten Richter:

»Und nun frage ich Sie, meine Herren Richter, war es daher nicht ein selbstverständliches Gebot der Notwehr, eine selbstverständliche Forderung des primitivsten Selbsterhaltungstriebes jedes lebenden Wesens – und auch die Völker sind lebendige Wesen, auch ihnen wohnt dieser Selbsterhaltungstrieb inne –, daß nunmehr die deutsche Staatsführung und das deutsche Volk diese ihm immer wieder grundlos verweigerte Wehrhoheit zurücknahm...«[12]

Achse Paris–Moskau

Seinen Friedenswillen bewies das neue Deutschland auch außenpolitisch. An der Stelle, die allgemein als der gefährlichste Brandherd der in Versailles vorbereiteten Konflikte angesehen wurde, im deutsch-polnischen Grenzgebiet, sollte ein Entspannungs- und Versöhnungsversuch begonnen werden. Die Reichsregierung schloß am 26. Januar 1934 mit Polen einen Nichtangriffspakt. Frankreich war nicht bereit, diese Entspannung zu fördern oder auch nur anzuerkennen. Es fürchtete vielmehr um die Hauptstütze jenes Bündnissystems, mit dem es Deutschland umzingelt hatte.

Frankreich beantwortete die deutsche Verständigungspolitik mit dem Ausbau des französisch-russischen Nichtangriffspaktes, den es bereits am 29. November 1932, also noch zur Zeit der Weimarer Republik, abgeschlossen hatte und mit dem es sein Einkreisungssystem vollenden wollte.

Die französisch-sowjetrussische Konspiration konnte aber nur dann die Versailler Umzingelung abrunden, wenn es gelang, die Sowjetunion auch in die Genfer Liga aufzunehmen. Frankreich bereitete damit den bisher größten diplomatischen Erfolg des bolschewistischen Imperiums vor. Die Sowjetregierung hatte bisher nicht nur gegen Versailles, sondern auch gegen den dort geborenen Völkerbund wiederholt scharf Stellung genommen. Nun wurde diese antidemokratische, despotisch regierte und total militarisierte Sowjetmacht gleichberechtigt in den Klub westlicher Demokratien aufgenommen.

Mit breitem Behagen genoß der sowjetische Außenkommissar Litwinow diesen Erfolg. Mit 39 gegen drei Stimmen bei sieben Enthaltungen hatte die Vollversammlung des Völkerbundes zugestimmt. Nur der Schweizer Bundesrat Motta hatte in seiner bekannten Rede vor den Gefahren der Rehabilitierung der bolschewistischen Despotie für den inneren und äußeren Frieden Europas gewarnt. Noch am 11. Juni 1936 hat er im Schweizer Nationalrat die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion abgelehnt: »Die Sowjetregierung ist heute noch untrennbar von der Dritten Internationale. Es besteht zwischen ihr und der kommunistischen Partei eine teilweise Identität der Personen und eine verwirrende Solidarität der Ideen und der Interessen. Der Einfluß Moskaus ist überall am Werk. Er bringt die französischen Kommunisten dazu, die Militärkredite anzunehmen, und die Schweizer Kommunisten, sie abzulehnen.«

Litwinow scheute sich nicht, die Kräfte des antikommunistischen Widerstandes zu verhöhnen und in seiner Dankrede an die neuen kapitalistischen Freunde festzustellen, daß mit dem feierlichen Einzug der Sowjets in die heiligen Hallen der Demokratien auch der Bolschewismus als politisches System rehabilitiert worden sei.

Die gleichen Mächte, die vorher dem demokratischen und später dem autoritären Deutschland die Gleichberechtigung verweigerten, ja beide unter den militärischen Stand des tschechoslowakischen Zwergstaates

drücken wollten, waren ohne Zögern bereit, die höchstgerüstete kommunistische Militärmacht, die sowjetrussische Diktatur, bei sich als gleichberechtigt aufzunehmen.

Die demokratisch-bolschewistische Umarmung sollte rasch noch zu gefährlicheren Intimitäten verleiten. Am 2. Mai 1935 schlossen Frankreich und die Sowjetunion einen Beistandspakt. Am 16. Mai folgte diesem Vorbild ein gleiches Abkommen zwischen Moskau und Prag. Damit waren das sowjetrussische und das tschechoslowakische Potential enger als je zuvor in das französisch-englische System eingebaut.

Das Recht auf Notwehr

Um so unerträglicher wurde die militärische Schutzlosigkeit des größten europäischen Volkes, die Wehrlosigkeit der Mitte des Kontinents, die Ohnmacht des deutschen Reiches. Durch die zwiespältige Haltung Englands und das immer klarer erkennbare Ziel Frankreichs, unter keinen Umständen die in Versailles übernommenen Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen, sah sich die Reichsregierung gezwungen, auf die sinnlos gewordenen Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung zu verzichten und die eigene Aufrüstung, die nur eine begrenzte Nachrüstung sein sollte, vorzubereiten.

Nach den Erfahrungen seit 1919 wäre es ebenso naiv wie unverantwortlich gewesen, neben den offiziellen Erklärungen nicht auch bereits im geheimen die Grundlagen für eine begrenzte Aufrüstung vorzubereiten. Es bestand doch die latente Gefahr, daß selbst diese bescheidensten Ansätze einer kommenden Wiederbewaffnung durch alliierte Sanktionen vernichtet worden wären. Das waren aber vorsichtige Anfänge und keine Gegensätze zur offiziellen und öffentlichen Wehrpolitik Deutschlands. Diese war nicht geheim und niemals jene Verschwörung, wie die Nürnberger Anklage unterstellt. Die großen wehrpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung geschahen öffentlich und im Rahmen gesetzlicher Regelungen.

Mit der schon zitierten Denkschrift vom 18. Dezember 1933 hatte die Reichsregierung ein 300 000-Mann-Heer mit verkürzter Dienstzeit vor-

geschlagen. Der reine Verteidigungszweck dieser bescheidenen Armee, kleiner als das Heer einer mittleren Macht des französischen Bündnissystems, wie der polnischen, wurde noch dadurch bewiesen, daß die neue deutsche Wehrmacht als einzige auf schwere Panzer verzichtete und ihre Geschütze auf ein Kaliber von 15 cm begrenzte. Deutschland war als einzige europäische Nation bereit, auf Bombenflugzeuge zu verzichten. Gleichzeitig wollte es sich mit dieser militärischen Mindestmacht freiwillig einer allgemeinen Rüstungskontrolle unterwerfen.

Die Reichsregierung versicherte zugleich ausdrücklich, daß sie jeder Vereinbarung zur Humanisierung des Krieges, vor allem aber zum Schutze der Zivilbevölkerung sofort beitreten werde.

Rom und London reagierten positiv; Paris blieb bei der unversöhnlichen Verneinung. Die französische Regierung versuchte von ihrer Hegemonie-Politik dadurch abzulenken, daß sie den deutschen Vorschlag der freiwilligen Rüstungsbegrenzung umfälschte in einen Start zum Rüstungswettlauf. Diesen aber hatten ausschließlich jene zu verantworten, die sich den Versailler Abrüstungsverpflichtungen unter immer neuen Vorwänden entzogen.

Unter dem Einfluß Baldwins schien England noch einmal, wenn nicht der Gerechtigkeit, so doch der traditionellen »balance of power« wegen bestrebt zu sein, gegenüber der französischen Revanche- und Hegemoniepolitik eine gewisse Selbständigkeit zurückzugewinnen. In seiner Rede vor dem Unterhaus am 28. November 1934 gab der stellvertretende Premierminister Baldwin ein charakteristisches Beispiel englischer Haltung. Wider besseres Wissen behauptete auch er, die deutschen Vorschläge einer begrenzten Wiederaufrüstung müßten als eine Verletzung der Versailler Entwaffnungsklauseln verurteilt werden. Deutschland sei jedoch durch das von Frankreich verursachte Scheitern aller Verhandlungen gezwungen worden, für seine Sicherheit nunmehr selbst zu sorgen. Er ließ durchblicken, daß man sich aus diesem Grunde mit einer deutschen Wiederaufrüstung abfinden müsse. Baldwin hatte damit indirekt zugegeben, daß die Versailler Klauseln ungültig geworden waren.

Als Flandin, der Nachfolger von Doumergue, in Begleitung des neuen französischen Außenministers Laval am 30. Januar 1935 London besuchte, stieß er auf die englischen Vorschläge, die überholten Klauseln

des Teils V des Versailler Diktates fallen zu lassen, um sie durch einen allgemeinen Sicherheitsvertrag zu ersetzen. Man schien sich wieder dessen zu erinnern, daß schon drei Jahre zuvor, am 11. Dezember 1932, die rüstungsmäßige Gleichberechtigung Deutschlands grundsätzlich anerkannt worden war, und zwar im Rahmen eines gemeinsamen Sicherheitssystems.

Auch Deutschland bekundete trotz aller Enttäuschungen und Mißverständnisse wiederum seine Bereitschaft für einen nochmaligen Versuch einer Friedenssicherung, wenn nicht durch Abrüstung, dann wenigstens durch allgemeine Rüstungsbegrenzung.

Statt Abrüsten – Wettrüsten!

Inzwischen verbesserten sich auch die taktischen und psychologischen Bedingungen für die Verwirklichung des deutschen Anspruches auf militärische Gleichberechtigung. Das seit 1933 verbreitete Zerrbild eines von einer Minderheit blutrünstiger Usurpatoren vergewaltigten Volkes erwies sich als internationale Zweckpropaganda, und zwar am eindrucksvollen Beispiel der Saarabstimmung. Seit 15 Jahren hatten die Deutschen des Saarlandes unter Völkerbundsverwaltung gestanden. Nun sollten sie nach § 45 des Versailler Vertrages darüber abstimmen, ob sie künftig bei der Genfer Liga bleiben, in das unter faschistischer Herrschaft stöhnende Deutschland heimkehren oder in die blühende französische Musterdemokratie aufgenommen werden wollten. Die Abstimmung wurde unter internationaler Kontrolle abgehalten.

Um so überzeugender war das Ergebnis. Am 13. Januar 1935 entschieden sich in freier Abstimmung 90,5 % für die Heimkehr in das verrufene Deutschland, 9 % für ein Verbleiben unter Völkerbundsverwaltung und nur etwa 1/3 % war bereit, sich der französischen Demokratie anzuvertrauen. Dieses überwältigende Ergebnis entsprach ziemlich genau den bisherigen Volksabstimmungen im Dritten Reich, die angeblich nur unter Zwang und totalitärer Propaganda erreicht worden wären. Die Saarabstimmung bestätigte vor der Weltöffentlichkeit, daß auch die reichsdeutschen Wahlen echte Volksentscheide gewesen sind.

Am 4. März 1935 veröffentlichte die britische Regierung ein Weißbuch zur Rüstungsfrage. Mit versteckten und offenen Vorwürfen gegenüber Deutschland und Japan, das auch die Versailler Liga verlassen hatte, wurde die erneute Verstärkung der englischen Rüstung, besonders der Flotte und vor allem der Luftwaffe, angekündigt.

Frankreich hatte schon drei Tage vorher, am 1. März 1935, eine Verlängerung der Dienstzeit seiner Truppen beschlossen, die praktisch einer Verdoppelung seines stehenden Heeres gleichkam. Am 15. März wurden in Frankreich Parlament und Senat von dieser Entscheidung unterrichtet. Das Wettrüsten, das im Westen nie unterbrochen worden war und im Osten ohne jede Hemmung bis zur Grenze der Leistungskraft der bolschewistischen Industrie und Technik vorangetrieben wurde, sollte nun verstärkt fortgesetzt werden. Unter diesen Umständen konnte es keine deutsche Regierung, die diesen Namen verdiente, noch länger verantworten, den mitteleuropäischen Raum weiter in militärischer Ohnmacht der Willkür der alliierten und bolschewistischen Militärstaaten schutzlos preiszugeben. Die Reichsregierung zog die unvermeidbaren Konsequenzen aus einem 16jährigen Vertragsbruch der Alliierten und aus der Ablehnung ihrer bisherigen Vorschläge. Sie beschloß am 16. März 1935 die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit und zugleich die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Wieder begann es nicht mit einer »Verschwörung«, mit der »conspiracy«, sondern mit einem der Weltöffentlichkeit bekanntgegebenen Gesetz und mit einem Appell an das deutsche Volk. Der Aufruf der Reichsregierung vom 16. März 1935 wiederholt die Gründe, welche die deutsche Führung zu ihrem Entschluß gezwungen hatten. Mit aller Schärfe wurde noch einmal gegen die Versailler Entwaffnungspolitik Stellung genommen:

»Das deutsche Volk und insonderheit seine damaligen Regierungen waren überzeugt, daß durch die Erfüllung der im Versailler Vertrag vorgeschriebenen Entwaffnungsbestimmungen entsprechend der Verheißung dieses Vertrages der Beginn einer internationalen allgemeinen Abrüstung eingeleitet und garantiert sein würde. Denn nur in einer solchen zweiseitigen Erfüllung dieser gestellten Aufgabe des Vertrages konnte die moralische und vernünftige Berechtigung für eine Forderung liegen,

die, einseitig auferlegt und durchgeführt, zu einer ewigen Diskriminierung und damit Minderwertigkeitserklärung einer großen Nation werden mußte. Damit aber konnte ein solcher Friedensvertrag niemals die Voraussetzung für eine wahrhafte innere Aussöhnung der Völker und eine dadurch herbeigeführte Befriedigung der Welt, sondern nur für die Aufrichtung eines ewig weiterzehrenden Hasses sein. Deutschland hat die ihm auferlegten Abrüstungsverpflichtungen nach den Feststellungen der Interalliierten Kontrollkommission erfüllt...

Während aber Deutschland als die eine Seite der Vertragsschließenden seine Verpflichtungen erfüllt hatte, unterblieb die Einlösung der Verpflichtung der zweiten Vertragsseite. Das heißt: die Hohen Vertragschließenden der ehemaligen Siegerstaaten haben sich einseitig von den Verpflichtungen des Versailler Vertrages gelöst...

Allein nicht genügend, daß jede Abrüstung in einem irgendwie mit der deutschen Waffenzerstörung vergleichbaren Maße unterblieb, nein: Es trat nicht einmal ein Stillstand der Rüstungen ein, ja im Gegenteil, es wurde endlich die Aufrüstung einer ganzen Reihe von Staaten offensichtlich. Was im Kriege an neuen Zerstörungsmaschinen erfunden wurde, erhielt nunmehr im Frieden in methodisch-wissenschaftlicher Arbeit die letzte Vollendung... Die Welt aber hallte seitdem wider von Kriegsgeschrei, als ob niemals ein Weltkrieg gewesen und ein Versailler Vertrag geschlossen worden wäre. Inmitten dieser hochgerüsteten und sich immer mehr der modernsten motorisierten Kräfte bedienenden Kriegsstaaten war Deutschland ein machtmäßig leerer Raum, jeder Drohung und jeder Bedrohung jedes einzelnen wehrlos ausgeliefert...

Unter diesen Umständen sah sich die deutsche Regierung veranlaßt, von sich aus jene notwendigen Maßnahmen zu treffen, die eine Beendigung des ebenso unwürdigen wie letzten Endes bedrohlichen Zustandes der ohnmächtigen Wehrlosigkeit eines großen Volkes und Reiches gewährleisten konnte.

Sie ging dabei von denselben Erwägungen aus, denen Minister Baldwin in seiner letzten Rede so wahren Ausdruck verlieh: ›Ein Land, das nicht gewillt ist, die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu seiner eigenen Verteidigung zu ergreifen, wird niemals Macht in dieser Welt haben, weder moralische noch materielle Macht.‹...

Die deutsche Regierung muß aber zu ihrem Bedauern ersehen, daß seit Monaten eine sich fortgesetzt steigernde Aufrüstung der übrigen Welt stattfindet. Sie sieht in der Schaffung einer sowjetrussischen Armee von 101 Divisionen, d. h. 960 000 Mann zu gegebener Friedensstärke, ein Element, das bei der Abfassung des Versailler Vertrages nicht geahnt werden konnte.«

Die deutsche Entscheidung war nicht nur von dringender Notwendigkeit erzwungen, sie fiel auch in einer relativ günstigen außenpolitischen Lage. Italien hatte sich durch den Abessinienkonflikt von der englisch-französischen Führung gelöst und Deutschlands Anspruch auf wehrpolitische Gleichberechtigung nicht mehr mit der früheren Entschiedenheit bestritten. England verfolgte nicht ohne Argwohn die Verstärkung der französischen Vorherrschaft auf dem Kontinent durch das Paktieren mit der antidemokratischen Sowjetmacht.

Simon und Eden in Berlin

Zwar antwortete die englische Regierung auf die Wiederherstellung der Wehrhoheit am 18. März 1935 sofort mit einer Protestnote. Der verbale Einspruch war aber verbunden mit der Ankündigung, daß Vertreter der Regierung Seiner Majestät immer noch bereit seien, den im Februar geplanten Besuch in Berlin nachzuholen. Die Reichsregierung versicherte sofort ihre Verhandlungsbereitschaft. Frankreich dagegen wollte den ihm stets willfährigen Völkerbund mobilisieren, um vor ihm nach bewährter Methode Anklage gegen die bösen Deutschen zu erheben.

Die alten Phrasen vom »Vertragsbruch« und von der »Gefährdung des Weltfriedens« wurden erneut in der Weltöffentlichkeit verbreitet. Der französische Übereifer wurde jedoch gedämpft, als auf der Pariser Konferenz der Westmächte England am 23. März 1935 auf seinem Entschluß beharrte, zunächst die geplante Informationsreise zweier britischer Minister zur Reichsregierung abzuwarten.

Am 25. und 26. März 1935 besuchten dann Außenminister Sir John Simon und Lord Siegelbewahrer Eden die Reichshauptstadt. Diese Tatsache als solche war bereits ein Politikum, das Deutschlands wiederge-

wonnenes Ansehen vor der Welt veranschaulichte. Das am 26. März 1935 veröffentlichte Kommuniqué berichtete von einer Aussprache in »offener und freundschaftlicher Form« und einer vollständigen »Klarstellung der beiderseitigen Auffassungen«.

Kein nüchterner Beobachter der Lage konnte darin bereits eine Übereinstimmung sehen. Am 28. März 1935 berichtete Sir John Simon dem Unterhause sogar von »beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten« zwischen den Gesprächspartnern. Trotz aller noch vorhandenen Gegensätze wirkte sich aber die Tatsache politisch und psychologisch aus, daß die englischen Mitankläger der Pariser Konferenz den »Angeklagten« in Berlin aufgesucht hatten – wenn nicht erheiternd, so doch zumindest entspannend.

Dennoch waren die französisch-italienisch-englischen Verdikte nicht nur Theaterdonner. Frankreich war entschlossen, notfalls Gewalt und Sanktionen anzuwenden, um Deutschland erneut zum Verzicht auf seine Wehrhoheit zu zwingen. Dieses anmaßende und friedenbedrohende Ziel konnte es indes nicht mehr erreichen. Die französische Regierung mußte sich damit begnügen, in der am 11. April 1935 beginnenden Konferenz von Stresa Deutschland des »Vertragsbruches« zu bezichtigen und eine Entschließung herbeizuführen, daß jene Mächte, die seit 15 Jahren ihre Vertragspflichten verletzt hatten, sich jetzt »mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen« widersetzen würden.

Diese verbale Verurteilung wurde jedoch praktisch eingeschränkt, weil man gleichzeitig beschloß, die begonnenen Verhandlungen mit den deutschen Verbrechern fortzusetzen und den Vertragbrüchigen in ein neues umfassendes Vertragswerk einzuspannen. Es handelte sich um den von Deutschland bereits wiederholt abgelehnten Ostpakt, der ganz Europa mit einem Vertragsnetz überziehen sollte, das am französisch-sowjetrussischen Pakt aufgehängt war.

Diese Mischung von Anklage und Einladung, Verurteilung und Vertragsangebot zeigte die Differenz zwischen der französischen Sanktionsanmaßung, den italienischen Konzessionen und der zwielichtigen Vermittlerrolle Englands.

Deutschland ließ sich nicht einschüchtern. Der Vorwurf, die Versailler Unrechtsordnung verletzt zu haben, konnte die Reichsregierung in ihrem

Rechtsbewußtsein und Ehrgefühl nur bestätigen. Die Argumentation mit dem Begriff »Vertrag« war zu unehrlich, um noch ernst genommen werden zu können. Friedensverträge sind keine Verträge im privatrechtlichen Sinne. Ihre Unterzeichnung wird immer durch die Übermacht erzwungen. Erzwungene Verträge sind aber sittenwidrig und ungültig. Der Versailler »Vertrag« konnte jedoch auch nicht die Verbindlichkeit von Friedensverträgen beanspruchen. Er war nur unter Erpressung angenommen und unter Vorbehalt unterzeichnet worden. Seine moralische und rechtliche Grundlage beruht auf Lüge und Fälschung. Auf Lüge, weil seine Voraussetzung der Wilsonsche Friedensvorvertrag, wie er in der Lansing-Note festgelegt war, gebrochen worden war; auf Fälschung, weil Deutschlands Alleinschuld allen Zwangsklauseln zugrunde gelegt worden war. Lüge und Fälschung aber wurden noch verstärkt durch die Nichterfüllung des Artikels der Völkerbundssatzung, der mit dem Artikel 8 des Versailler Vertrages identisch ist und dem Punkt 4 der Wilsonschen Bedingungen entstammt. Gerade wer an die Heiligkeit von Verträgen glaubt, mußte diesen skrupellosen Mißbrauch des Vertragsbegriffs zurückweisen; wer an das Völkerrecht glaubt, mußte diese zynische Verletzung völkerrechtlicher Grundwerte ablehnen. Wenn es je wieder eine Rückkehr zu Treu und Glauben unter den Nationen geben sollte, mußte die Korrumpierung aller Vertragsverhältnisse durch Siegerwillkür und Revanchewahn überwunden werden. Verbrecher durften sich nicht das Richteramt anmaßen, Vertragsbrüchige sich nicht als Ankläger aufspielen.

In der Note vom 20. April 1935 hatte die Reichsregierung ruhig, aber unzweideutig gegen diesen Rückfall in die Versailler Arroganz Stellung genommen.

Konstruktive Vorschläge

Am 21. Mai 1935 gab Hitler eine ausführliche Begründung der deutschen Haltung vor dem Reichstag:

»Als im Jahre 1919 der Friede von Versailles dem Deutschen Volk diktiert wurde, war der kollektiven Zusammenarbeit der Völker damit

zunächst das Todesurteil gesprochen worden. Denn an die Stelle der Gleichheit aller trat die Klassifikation in Sieger und Besiegte. An die Stelle des gleichen Rechtes die Unterscheidung in Berechtigte und Rechtlose. An die Stelle der Versöhnung aller die Bestrafung der Unterlegenen. An die Stelle der internationalen Abrüstung die Abrüstung der Besiegten. An die Stelle der Sicherheit aller trat die Sicherheit der Sieger...

Die Deutsche Reichsregierung lehnt die am 17. März erfolgte Genfer Entschließung ab... Die durch diesen Beschluß in Genf Deutschland zugefügte neue Diskriminierung macht es der deutschen Reichsregierung unmöglich, in diese Institution zurückzukehren, ehe nicht die Voraussetzungen für eine wirkliche gleiche Rechtslage aller Teilnehmer geschaffen ist...

Die Deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, sich an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des europäischen Friedens zu beteiligen, hält es aber dann für notwendig, dem Gesetz der ewigen Weiterentwicklung durch die Offenhaltung vertraglicher Revisionen entgegenzukommen. Sie sieht in der Ermöglichung einer geregelten Vertragsentwicklung ein Element der Friedenssicherung, in dem Abdrosseln jeder notwendigen Wandlung eine Aufstauung von Stoffen für spätere Explosionen...

Die Deutsche Reichsregierung hat das Ausmaß des Aufbaues der neuen deutschen Wehrmacht bekanntgegeben... Sie ist aber jederzeit bereit, in ihrer Waffenrüstung jene Begrenzung vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen werden. Die Begrenzung der deutschen Marine liegt mit 35 % der englischen noch 15 % unter dem Gesamttonnagement der französischen Flotte...

Die Deutsche Reichsregierung ist bereit, sich an allen Bestrebungen aktiv zu beteiligen, die zu praktischen Begrenzungen uferloser Rüstungen führen können. Sie glaubt zunächst nur an die Möglichkeit einer schrittweisen Abschaffung und Verfemung von Kampfmitteln und Kampfmethoden, die ihrem innersten Wesen nach im Widerspruch stehen zur bereits geltenden Genfer Konvention des Roten Kreuzes... Sie versteht darunter alle jene Kampfwaffen, die in erster Linie weniger den kämpfenden Soldaten als vielmehr den am Kampfe selbst unbeteiligten Frauen und Kindern Tod und Vernichtung bringen... Verbot des Abwerfens

von Gas-, Brand- und Sprengbomben außerhalb einer wirklichen Kampfzone. Die Beschränkung kann bis zur vollständigen internationalen Verfemung des Bombenabwurfes überhaupt festgesetzt werden...

Wird der Bombenabwurf als solcher als völkerrechtswidrige Barbarei gebrandmarkt, so wird der Bau von Bombenflugzeugen damit bald als überflüssig und zwecklos von selbst ein Ende finden...«

Deutschland unterbreitete damit zugleich positive Vorschläge, die besonders die Aufmerksamkeit Englands finden mußten, weil es an einer Begrenzung der Flottenrüstung vital interessiert sein mußte. Die Reichsregierung wollte dadurch an einem praktisch realisierbaren Teilgebiet der Rüstung einen letzten Versuch unternehmen, die mit dem sich steigernden Wettrüsten wachsende Kriegsgefahr noch rechtzeitig zu bannen. Dies war um so dringender geworden, als durch die Einbeziehung des militanten Bolschewismus in das französische Einkreisungssystem eine Lage entstanden war, die sich mit jener Kräftekonstellation bei Gründung des Völkerbundes überhaupt nicht mehr vergleichen ließ und die damals auch nicht vorauszusehen war.

Die deutsche Verteidigung hat vor dem Internationalen Militär-Tribunal auf diese grundlegenden Veränderungen hingewiesen. Am 23. Juli 1946 erläuterte der Verteidiger Neuraths, Dr. Lüdinghausen, den Unterschied der Lage von 1919 und 1935. Ende 1934 sei wiederum die Gefahr aufgetaucht, daß Frankreich die Kleine Entente und England mit einer französisch-russischen Entente verkoppelte. Seine Hegemonie wäre damit gegenüber Versailles ungleich stärker und gefährlicher geworden. Daß dieses derart vollendete Bündnissystem Frankreichs eine verzweifelte Ähnlichkeit mit demjenigen hatte, dem sich Deutschland schon einmal im Jahre 1914 gegenübersah, müßte sich jedem Klarblickenden aufdrängen. Und gerade dieser Vergleich habe für jeden deutschen Staatsmann zu der Forderung führen müssen, daß sich diese Bündnisse einzig und allein gegen Deutschland richten konnten und daher in jedem Falle eine Drohung gegen dieses bedeuteten: »Dies um so mehr als diese Bündnisse, diese offensichtliche Einkreisung Deutschlands nicht die einzigen alarmierenden Elemente waren. Denn Hand in Hand damit war im Laufe der letzten Monate eine gewaltige Vermehrung der militärischen Rüstungen fast aller außerdeutschen Staaten erfolgt.«[13]

Wie hätte sich die deutsche Reichsregierung sonst auf eine derart bedrohliche Lage einstellen sollen? Es gab kein Zurück mehr, es sei denn die gewissenlose Kapitulation vor Unrecht und Gewalt, die politische und militärische Selbstverstümmelung. Die Reichsregierung hat aus jener Erkenntnis gehandelt, die US-Generalstabschef George C. Marshall in seinem Bericht vom 10. Oktober 1945, der dem Internationalen Militär-Tribunal vorgelegt wurde, vertreten hat:

»Die Natur neigt dazu, Schwache zu übergehen. Das Gesetz, daß nur die Starken überleben, wird generell anerkannt... Die Welt nimmt die Wünsche der Schwachen nicht ernst. Schwäche ist eine zu große Versuchung für die Starken... Wir müssen vor allem, scheint mir, das tragische Mißverständnis berichtigen, daß eine Sicherheitspolitik eine Kriegspolitik ist.«[14]

Die Entscheidung der Reichsregierung wurde nicht nur aus dem Zwang zur Verteidigung gefällt, sie war auch von der außenpolitischen Entwicklung erleichtert. Frankreich war gehemmt, den von ihm konstruierten Sanktionsmechanismus gegen Deutschland in Bewegung zu setzen. Die alliierten Auseinandersetzungen wegen des Abessinienkonflikts enthüllten deutlicher als je zuvor die Schwerfälligkeit und innere Schwäche dieser Apparatur. Nicht Deutschland, sondern eine der Versailler Mächte, Italien, setzte sich über alle Klauseln und Paragraphen hinweg, um als Mitglied des Völkerbundes ein anderes Mitglied der Genfer Liga, Abessinien, militärisch anzugreifen. England, das koloniale Raubzüge immer noch als sein Privileg betrachtete, forderte jetzt Sanktionen gegen Italien. Frankreich, das insgeheim die italienische Aggression toleriert hatte, mußte dennoch die für einen solchen Fall vorgesehenen Sanktionen anlaufen lassen, sie aber gleichzeitig so weit einschränken, daß sie sich nicht ernsthaft auswirken konnten. Der englische Widerstand und diese begrenzten französischen Sanktionsmanöver genügten, um Rom zunächst London und dann auch Paris zu entfremden und Berlin anzunähern.

Verglichen mit der veröffentlichten Empörung bei den westlichen Nachbarn, hat Sir John Simon seinen Protest im englischen Unterhaus am 21. März auffallend vorsichtig formuliert. Hitlers Andeutung, daß Deutschland zu einer beträchtlichen Begrenzung seiner Flottenrüstung gegenüber England bereit sei, war Musik für englische Ohren. In der gleichen Note, mit der sie den Widerspruch der Versailler Mächte gegen die deutsche Wehrhoheit zurückwies, wiederholte die Reichsregierung am 17. April 1935 ihre Bereitschaft, die deutsche Flotte gegenüber der des Empires auf 35 % zu begrenzen.

England, das wenige Tage zuvor gemeinsam mit Italien und Frankreich in Stresa die deutsche Wiederbewaffnung verurteilt hatte, sandte schon im Mai eine Einladung an die Reichsregierung, einen Bevollmächtigten zu Flottenverhandlungen nach London zu schicken. Hitler beauftragte von Ribbentrop mit dieser Mission, als Botschafter z.b.V. Um die Bedeutung dieser deutschen Begrenzung auf 35 % der englischen Seerüstung richtig einschätzen zu können, muß man sie mit dem Versailler Zustand vergleichen. 1919 mußten 16 Großkampfschiffe, acht Kreuzer und 50 neue Torpedoboote den Feinden ausgeliefert werden, soweit sie nicht am 21. Juni 1919 von den Deutschen selbst versenkt wurden. Deutschland durfte nur sechs Linienschiffe, sechs kleine Kreuzer und je 12 Zerstörer und Torpedoboote behalten. Die Linienschiffe waren 13 bis 17 Jahre alt, die Kreuzer zwischen 16 und 20 Jahren, und ihre Schlagkraft und Einsatzfähigkeit waren dementsprechend, weil, wie man in England sagt, Schiffe noch schneller altern als Frauen. Da die Weimarer Republik infolge der Reparationsleistungen für Neubauten keine finanziellen Mittel verfügbar hatte, blieb die damalige Flotte noch weit unter dem, was uns die ehemaligen Feinde genehmigt hatten. Gegenüber diesem Zustand war eine Verstärkung auf 35 % der englischen Flotte immerhin eine Entwicklung, die zwar nach dem Westen, besonders gegenüber England, keinerlei Gleichberechtigung darstellte, doch für die Aufgaben im Osten, und nur von dorther befürchtete man Gefahren, ausreichend gewesen wäre.

Ribbentrop verhandelte in London in einem für die Engländer un-

gewohnten Stil. Er war an Hitlers Weisung gebunden, die 35-%-Grenze nicht als Ergebnis, sondern als Voraussetzung für Verhandlungen zu fordern. Er sollte sich auf kein Feilschen mit Prozenten einlassen. Unterstützt vom Londoner Militärattaché Admiral Schuster und Kapitän Waßner, legte Ribbentrop gleich zu Beginn des ersten Gesprächs die von Hitler vorgeschlagene Relation der deutsch-englischen Flottenstärke von 35:100 auf den Verhandlungstisch. Die Engländer waren, wenn nicht schockiert, dann doch sichtlich überrascht. Sir John Simon bemerkte frostig, daß man nicht gewohnt sei, am Beginn schon das Ergebnis von Verhandlungen vorwegzunehmen. Ribbentrop beharrte auf der deutschen »Conditio sine qua non«. Man vertagte sich.

Nach zwei Tagen stellte das Foreign Office die Gegenforderung, ein solcher Vertrag müsse von der Zustimmung der Versailler Mächte abhängig gemacht werden. Dies hätte eine unabsehbare Verzögerung, wenn nicht das Scheitern der Verhandlung bedeutet. Frankreichs Widerstand mußte nach den Erfahrungen von Stresa als unüberwindbar betrachtet werden. Deutschland hätte auch in der Flottenrüstung wieder dem alten Versailler Konzern gegenübergestanden. Es war aber gerade der entscheidende taktische Zug Hitlers, den Versailler Ring zu sprengen, und zwar dort, wo er sich am schwächsten zeigte: in der englischen Flottenpolitik. Es lag zweifellos im Interesse Englands, die Flottenrivalität der Wilhelminischen Zeit, die durch die deutsche Wiederaufrüstung erneut drohte, rechtzeitig zu verhindern. Die Relation 35:100 war für Deutschland, das keine kolonialen Ziele mehr anstrebte, ausreichend. Für England bot sich damit ein beträchtlicher Vorteil gegenüber der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.

Dieser Interessenlage bewußt, lehnte Ribbentrop den Verzögerungs- und Sabotageversuch des Foreign Office ab. Er konnte dabei auf die Gegensätze rechnen, die zwischen dem englischen Außenministerium und der Flottenführung erkennbar wurden. Der Erste Lord der Admiralität, der spätere Lord Monsell, hatte sich gegenüber dem Foreign Office durchgesetzt. Nach einer ernsten Auseinandersetzung mit Unterstaatssekretär Sir Robert Craigie wurde der englische Gegenvorschlag wunschgemäß abgeändert. Sir John Simon versicherte jetzt, freundlich lächelnd, die britische Regierung habe den Vorschlag des Reichskanzlers genau ge-

prüft und besonders vermerkt, daß dieses Verhältnis endgültig und dauernd sein solle. Sie anerkenne voll und ganz die geschichtliche Bedeutung dieses Vorschlags, aufgrund dessen ein souveräner Staat freiwillig im voraus eine ständige Unterlegenheit von 65 % gegenüber der englischen Flotte hinnehme.[15]

Am Tage von Waterloo

Auf englischer Seite wurde das Abkommen vom neuen Außenminister Sir Samuel Hoare unterzeichnet. In seinen Erinnerungen schreibt Ribbentrop über seinen größten diplomatischen Erfolg:

»In meiner Schlußansprache brachte ich mit aller Wärme zum Ausdruck, daß der Führer durch die freiwillige Begrenzung der deutschen Stärke jede Flottenrivalität zwischen den beiden Ländern ein für allemal beseitigen und damit das Fundament für eine dauerhafte deutsch-englische Freundschaft schaffen wolle. Nach mir sprach Sir Samuel Hoare, allerdings in wesentlich kühlerer Form, was mir auffiel. Für mich aber war die Hauptsache, daß mit dem Vertrag die Grundlage für die von uns erstrebte englisch-deutsche Zusammenarbeit gelegt schien und eine Ursache, die zum Ersten Weltkrieg geführt hatte, ausgeschaltet war.«[16]

Der Emigrant und amerikanische Staatsbürger Robert Ingrim hat dem Flottenabkommen sein letztes Buch gewidmet. Etwas pathetisch schreibt dieser einer positiven Einstellung zu Hitler unverdächtige Schriftsteller zum Erfolg seines damaligen Sonderbotschafters: »Am 6. Juni senkte sich der Lorbeer auf Ribbentrops Stirn.«[17]

Die Unterzeichnung geschah am 18. Juni 1935. Genau 120 Jahre vorher hatten Engländer und Deutsche, unter Wellington und Blücher, die Franzosen besiegt, am Tage von Waterloo.

In London konnte man, besonders in den Kreisen der Navy, die Freude über diesen Erfolg der deutsch-englischen Verständigung kaum dämpfen. Nur einer war bitterböse: Vansittart! Als ihn Ribbentrop nach der Unterzeichnung aufsuchte, fand er ihn »nervös«. Vansittart ließ erkennen, daß »der Gang der Dinge nicht nach seinem Geschmack war«. Offensichtlich lag ihm nichts an einer Verbesserung des deutsch-englischen

Verhältnisses. Ribbentrop gewann die Überzeugung, daß Vansittart von Anfang an jene These im Foreign Office vertrat, die Sir Eyre Crowe vor dem Ersten Weltkrieg als Dogma aufgestellt hatte: »England darf niemals mit Deutschland paktieren.«

Vansittart habe diesen Kurs bis zu der Vernichtung Deutschlands, seinem großen Triumph, durchgehalten. Alle Versuche, ihn umzustimmen, hätten fehlgeschlagen: »Er war in diesen Jahren zweifellos in England der große Gegenspieler gegen alle Bestrebungen der deutschen Politik. In der ganzen Welt ist der Vansittartismus zum Symbol des Deutschenhasses geworden.«[18]

Damals freilich konnte niemand ahnen, daß sich Haß und Verblendung des »Lügenlords« und seiner Kaste stärker erweisen sollten als aller Versöhnungswille auf deutscher und auch auf englischer Seite.

Unglück im Glück

Als Ribbentrop Hitler den Erfolg seiner Verhandlungen telefonisch meldete, erklärte ihm dieser spontan, dieser Tag sei »der glücklichste seines Lebens«. Auch Großadmiral Raeder gegenüber hat sich Hitler in diesem Sinne geäußert:

»Raeder und ich waren zufälligerweise mit Hitler an dem Tage des Zustandekommens dieses Flottenabkommens in Hamburg, und Hitler äußerte sich, als ihm dies gemeldet wurde, mit folgenden Worten zu dieser Tatsache gegenüber Raeder: ›Es ist der glücklichste Tag meines Lebens, den ich heute erlebe.‹« (Vizeadmiral Schulte-Mönting als Zeuge in Nürnberg)[19]

Es sollte Hitlers Unglückstag werden! Dieser Erfolg verleitete ihn dazu, die Widerstände der englischen Kriegspartei zu unterschätzen und viel zu lange auf eine dauernde Verständigung mit der englischen Regierung zu hoffen.

Zunächst schien der deutsche Erfolg vielversprechend zu sein. Wenige Wochen nach dem Verdammungsurteil von Stresa hatte der wichtigste Vertragspartner von Versailles, England, de jure und de facto die Ver-

sailler Fessel zerrissen und Deutschland zur See eine begrenzte Wiederaufrüstung zugestanden. Dieses Zugeständnis bedeutete zugleich die Anerkennung des deutschen Anspruches auf Wiederbewaffnung.

Wichtiger jedoch war für Hitler die politische Bedeutung dieses Abkommens. Es war endlich gelungen, den Versailler Einkreisungsring an der entscheidenden Stelle zu durchbrechen. Wollte nun England tatsächlich eine Wiedererstarkung Deutschlands bis zu jenem Stande, daß es die französische Hegemonie kompensieren könnte? Zunächst sah es so aus. War England aber bereit, Deutschland endlich jene Macht zuzugestehen, die ihm die Selbstbehauptung auch gegenüber einem französisch-russischen Militärblock ermöglicht hätte?

Das war die Schicksalsfrage dieser Epoche!

Deutschland jedenfalls konnte seinen Friedenswillen gegenüber dem Westen nicht überzeugender demonstrieren. Vor dem Internationalen Militär-Tribunal betonte Dr. Lüdinghausen diesen Sinn des Flottenabkommens. Vom diplomatischen Standpunkt aus bedeute es die faktische Anerkennung der deutschen Wehrhoheit durch England, eine Negierung der Völkerbundsresolution und also des französischen Standpunktes. Zum erstenmal sei damit die Gleichberechtigung Deutschlands von einer der Westmächte, und zwar einer der wichtigsten, anerkannt worden:

»Auf der anderen Seite beweist es vom Standpunkt dieses Prozesses aus unwiderleglich die Unrichtigkeit der Behauptung der Anklage, daß in der Wiederaufrüstung Deutschlands eine die späteren Angriffskriege Hitlers vorbereitende Handlung zu erblicken sei.«

Der Möglichkeit, eine zu einem Angriffskrieg genügend starke Flotte zu bauen, habe sich Hitler durch dieses Abkommen selbst beraubt:

»Welcher Staatsmann, der in seinem Busen kriegerische Absichten oder Pläne trägt, so frage ich, würde sich freiwillig einer Beschränkung seiner Rüstung und damit einer erfolgreichen Durchführung seiner Absichten und Pläne unterwerfen, noch dazu in einem Ausmaß, wie sie das Flottenabkommen vorsieht?«[20]

Diese Deutung wird durch den englischen Unterzeichner, Samuel Hoare, klar bestätigt. 1936 erklärte er:

»Es bot nicht nur eine feste Grundlage für die Flottenkonferenz, sondern sicherte uns eine Überlegenheit über die deutsche Flotte, zweimal so groß wie die von 1914, und vermied ein Flottenwettrüsten, das den britischen Staatsschatz arm gemacht hätte.« Deutschlands Rüstung zur See sei so stark begrenzt worden, daß ihr auch die französische Flotte weit überlegen war.[21]

Sah England aber in diesem Verzicht auf jeden Angriffskrieg und einem nahezu bedingungslosen Verständigungswillen die Grundlage einer Verständigung auf lange Sicht? Selbst Samuel Hoare, der spätere Lord Templewood, beweist leider das Gegenteil. Nach dem Kriege enthüllte er rückblickend die eigentlichen Absichten der damaligen englischen Politik. Der Pakt sei zwar für die deutsche Flotte eine schwere Last gewesen. Er, Hoare, sei jedoch weder ein Appeaser noch vertrauensselig gewesen. Man habe nur um »Zeitgewinn« gespielt. Und um jeden Zweifel an seinen Absichten zu beseitigen, versichert er: »Vansittart stand mir mit aller Kraft zur Seite.«[22]

Nie wäre England vom kaiserlichen Deutschland ein ähnliches Angebot unterbreitet worden. Hätte man sich vor 1914 auf der gleichen Grundlage verständigt, wäre der Erste Weltkrieg verhindert worden. Wie ehrlich Deutschland bestrebt war, diesen Vertrag zu erfüllen, wie ernst es diesen stärksten Einsatz im Kampf um Englands Freundschaft auch noch nahm, als die Hoffnungen auf einen dauernden Frieden immer geringer wurden, wird unwiderleglich dadurch bewiesen, daß Deutschland in den folgenden Jahren, und zwar bis zum Kriegsausbruch 1939, unter der oberen Grenze des vereinbarten Rüstungsstandes verblieb.

Sicher war das Flottenabkommen 1935 für Deutschland in jeder Hinsicht ein Fortschritt. Der noch wenige Monate vorher, im April 1935, in Stresa formierte Versailler Widerstand war schon im Juni 1935 zerbrochen. Deutschland saß jetzt als Partner am Verhandlungstisch, nicht nur als Schuldiger auf der Anklagebank. Großadmiral Raeder schildert in seinen Erinnerungen die Konsequenzen, die sich für Deutschland seinerzeit ergaben:

»Tatsächlich war das Flottenabkommen für uns ein großer Erfolg. Die Erklärung unserer Wehrfreiheit am 16. März 1935 war noch ein einseitiger Akt gewesen ... Der britische Entschluß ... bedeutete das

Ende der Stresafront und gleichzeitig eine Sanktionierung unserer Wehrfreiheit. Auf eine Verletzung der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags konnte sich in Zukunft niemand mehr berufen...«[23]

Bei der Debatte über das Flottenabkommen im englischen Parlament am 11. Juli 1935 hatte auch Samuel Hoare festgestellt, die Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrages seien tot, und die Tatsache, daß sie noch nicht »begraben« seien, »vergiftete« die Luft Europas...:

»Wir betonen seit Jahren, daß es keine mögliche Politik ist und niemals sein kann, Deutschland ständig entwaffnet und umringt von bewaffneten Nachbarn zu lassen.«

Nur Churchill stimmte in seinem Zweckpessimismus mit jenen Kräften in Frankreich überein, die den Zusammenbruch der Einkreisungs- und Revanchepolitik befürchteten. Er unterstellte dem Flottenabkommen einen Sinn, der sowohl der damaligen deutschen wie der englischen Auffassung widersprach, und erdreistete sich zu behaupten, diese deutsche Rüstungsbegrenzung sei der Start zum maritimen Wettrüsten. Churchill riskierte wieder einmal eine seiner vielen falschen Prophezeiungen: »Ich wage die Voraussage, daß der Pakt das Erscheinen Deutschlands als einer großen Seemacht ankündigt und daß das in fast jedem Lande einen Ausbruch von Schiffbauerei einleiten wird, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat.«[24]

Auch ein Luftwaffen-Abkommen?

Wie Ribbentrop in seinen Nürnberger Aufzeichnungen bestätigt, bot sich damals noch die Gelegenheit, genauso wie bei der Flotte, auch in der Luftwaffe eine allgemeine Begrenzung zu erreichen. Es sei hier nochmals erinnert an die verschiedenen Vorschläge Hitlers auf Abschaffung oder mindestens Begrenzung der Bombenflugzeuge, auf den Schutz der Zivilbevölkerung vor den entsetzlichen Folgen des Bombenterrors. Damals war die letzte Möglichkeit gegeben, diese grauenhafte Barbarisierung der modernen Kriegsmethoden zu verhindern. Niemals hätte der Luftkrieg jene schauerlichen Folgen haben können, wie sie Churchill und

Lindemann später geplant und verschuldet haben, wäre es damals zu einer ähnlichen Verständigung wie in der Seerüstung gekommen. Von deutscher Seite wurde auch in dieser Richtung jede Bereitschaft bekundet. Die einmalige Gelegenheit wurde versäumt, und die Folgen wirken bis in die Gegenwart, in der man zu spät und vergeblich versucht, den Verzicht auf A-Waffen zu vereinbaren.

Nach dem Versailler Diktat war nur Deutschland jede Luftwaffe verboten. Daß man uns diese modernste und wirksamste Waffe untersagt hatte, beweist, wie total man die deutsche Wehrfähigkeit zerstören wollte. Ohne Luftwaffe war das 100000-Mann-Heer der Reichswehr überhaupt nicht mehr in der Lage, auch nur den notwendigsten Grenzschutz zu übernehmen. Die heute grotesk anmutende Klausel des Versailler Diktates lautete im Artikel 198:

»Deutschland darf Luftstreitkräfte weder zu Lande noch zu Wasser unterhalten.«

Daß dieser würdelose und ohnmächtige Zustand unter allen Umständen geändert werden mußte, war zur Zeit des Flottenabkommens auch auf alliierter Seite nicht mehr zu bestreiten. Da auch auf diesem Gebiete die alliierten Vertragspartner nicht nur nicht abgerüstet, sondern ihre Luftwaffe immer stärker ausgebaut und technisch vervollkommnet hatten, wurde von deutscher Seite vorgeschlagen, wenigstens eine Begrenzung der Luftflotten und eine Humanisierung des Luftkrieges zu vereinbaren. Frankreich, das sich schroff gegen das Flottenabkommen gewandt hatte, verhielt sich auch den Vorschlägen eines Luftpaktes gegenüber zögernd und ablehnend. Hitler dagegen hatte unter Bezug auf das Londoner Kommuniqué einem Abkommen über die Begrenzung der Luftrüstung zugestimmt: »... Die deutsche Regierung legte, indem sie auf die englische Anregung einging, unter dem 29. Mai 1935 selbst ein Projekt für einen solchen Luftpakt vor.« Frankreich blockierte ein solches Abkommen dadurch, daß es dies mit dem Ostpakt koppeln wollte, dem sich Deutschland nicht anschließen konnte, weil er dann Europa unter die Vorherrschaft des französisch-sowjetrussischen Blocks gestellt und vom Bolschewismus bedroht hätte. Am 25. Juli 1935 hatte sich der Moskauer Kominternkongreß erneut zur kommunistischen Weltrevolution bekannt.[25]

Die leider vergebliche Bereitschaft, ebenso wie das Flottenabkommen auch einen Luftpakt abzuschließen, widerlegt alle Behauptungen, die Reichsregierung habe einen Angriffskrieg geplant. Der England gegenüber bewiesene Friedenswille bedeutete doch zugleich den Verzicht auf einen Krieg mit dem Westen und folgerichtig auch auf einen Weltkrieg. Um so wichtiger ist es für die Kriegsschuld-Forschung, die Entwicklung der europäischen Rüstungspolitik in jenen Jahren genau zu untersuchen: ohne deutsche Angriffsflotte kein Krieg mit England, ohne Krieg mit England kein Zweiter Weltkrieg!

Raeder als Zeuge

Gerade die Rüstungspolitik, die am klarsten einen Kriegswillen Deutschlands enthüllen müßte, beweist in jedem Stadium das Gegenteil. Der deutsch-englische Flottenvertrag muß darum als eine der wichtigsten Urkunden betrachtet werden, die Deutschland von der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg entlasten. Vor dem Internationalen Militär-Tribunal wurde selbstverständlich auch dieses Dokument nicht in seiner eigentlichen Bedeutung anerkannt, hätte es doch auch den stärksten Beweis geboten gegen das ominöse »Hoßbach-Protokoll«.

Großadmiral Raeder hatte in Nürnberg unter Eid bekundet, er betrachte dieses angebliche Protokoll als »die unklarste Urkunde über eine Rede Hitlers, die überhaupt vorhanden ist, denn ein großer Teil der Ausführungen hat meines Erachtens gar keinen Sinn...«[26] Das zeige sich besonders deutlich in den Behauptungen über den Rüstungsstand von 1937:

»Die Behauptung, daß die Aufrüstung von Heer, Marine und Luftwaffe so gut wie beendet wäre im November 1937, ist mir völlig unverständlich geblieben, denn die Marine hatte noch nicht ein einziges Schlachtschiff im Dienst. Ähnlich stand es mit der Luftwaffe und dem Heere. Wir waren in gar keiner Weise für den Krieg gerüstet, und ein Krieg zum Beispiel gegen England wäre vollster Wahnsinn gewesen.« (IMT XIV, S. 45)

Das war zwei Jahre nach Unterzeichnung des Flottenabkommens.

Dessen dokumentarische Bedeutung wird negativ dadurch erhärtet, daß man in Nürnberg die wichtigsten Tatzeugen nicht zugelassen hat. Sowohl der deutsche Zeuge Admiral Schuster wie die englischen Zeugen, der damalige Unterstaatssekretär Craigie wie der Erste Lord der britischen Admiralität Monsell wurden als Zeugen nicht geladen.[27]

Alle Anklagen wegen Verletzung des Teiles V des Versailler Vertrages sind damit zusammengebrochen. Hätte man deutscherseits das Flottenabkommen dennoch in einem aggressiven Sinne ausdeuten wollen, dann wäre der erlaubte Rahmen des U-Boot-Baues restlos ausgenützt worden. Das Gegenteil ist leicht nachzuweisen. Großadmiral Raeder hat als Zeuge beeidet, daß man sich im Wiederaufbau der U-Boot-Flotte stark zurückgehalten hat: 1938 waren noch nicht 45 % der vereinbarten Tonnage erreicht. Auch zu Kriegsbeginn waren die vereinbarten 100 % noch lange nicht gebaut.[28]

1939 besaß Deutschland erst 26 einsatzfähige U-Boote. Wie gefährlich diese Beschränkung für die deutsche Kriegführung war, läßt sich erst ermessen, wenn man feststellt, daß Deutschland, verglichen mit seinen möglichen Gegnern, nur 11 % jener U-Boot-Flotte verfügbar hatte, die ihm gegenüberstand.

Nur die Offiziere der Navy wußten das deutsche Entgegenkommen zu würdigen. Charakteristisch hierfür ist die Haltung des englischen Flottenchefs Lord Beatty. Als im November 1918 die deutsche Flotte zur Internierung in Scapa Flow von den englischen Geschwadern übernommen werden sollte, ließ Lord Beatty das berüchtigte Signal setzen: »Vergeßt nicht, daß der Feind eine verächtliche Bestie ist.«

Der gleiche ehemalige Flottenchef hatte zum Abschluß des Flottenabkommens im englischen Oberhaus erklärt: »Ich bin der Meinung, daß wir den Deutschen Dank schuldig sind. Sie kamen zu uns mit ausgestreckten Händen und erklärten, daß sie mit dem Stärkeverhältnis 35:100 einverstanden seien. Wenn sie andere Vorschläge gemacht hätten, wir hätten sie auch nicht hindern können. Daß wir nun wenigstens einem Land der Welt gegenüber kein Wettrüsten zu fürchten haben, ist wirklich eine Sache, für die man dankbar sein muß.« In diesem Gegensatz zwischen dem Urteil von Churchill und Lord Beatty zeigt sich die tragische Diskrepanz der Verständigungsmöglichkeit.

Wie negativ man aber auch immer die deutsche Rüstungsplanung mißdeuten will, auf keinen Fall bietet sie Beweise für die Vorbereitung eines Angriffskrieges im Jahre 1939. Die Verwirklichung des Flottenprogramms schließt hier jeden Zweifel aus.

Zu keinem Zeitpunkt ist die Vorbereitung für einen Krieg gegen England erkennbar.

Noch bis weit ins Jahr 1938 beschränken sich die Kriegsspiele und operativen Überlegungen der Marine auf Möglichkeiten von Konflikten mit Frankreich–Polen–Rußland. Erst nach dem Bekanntwerden der verschärften Wiederaufrüstung Englands Ende 1938 erhielt Großadmiral Raeder den Befehl, auch Möglichkeiten einer Seekriegführung gegen England zu prüfen. Die deutsche Flottenführung legte zwei Pläne vor, einen für den früheren und einen für den späteren Einsatz. Der erste Plan war zwar auch nicht auf das Jahr 1939 fixiert, ging aber vom Eventualfall eines baldigen Krieges aus. »Dennoch entschied sich Hitler für den zweiten – mit der Bemerkung, er habe Zeit bis 1946.«

In seiner saloppen Art zieht Ingrim daraus die Schlußfolgerung, Hitler habe sich zur falschen Zeit auf den falschen Krieg vorbereitet. Diese Konsequenz ist zu leichtfertig. Die Reichsregierung hat sich weder auf einen Krieg mit England noch auf einen Weltkrieg vorbereitet. Auch die Pläne gegenüber dem Osten waren stets für Eventualfälle vorbereitet. Hier kann man eine deutsche Schuld nur konstruieren, wenn man Rüstung mit Kriegsvorbereitung identifiziert. Das gilt besonders gegenüber einem Staate, der total abgerüstet war und im Grunde nicht auf-, sondern nachgerüstet hat. Für diese absichtliche Verwechslung von Kriegsvorbereitung und Wiederaufrüstung hat der amerikanische Hauptankläger Jackson ein geradezu klassisches Vorbild gegeben, ohne auch nur zu erwägen, daß damit die alliierten Rüstungen von 1918–36 auch Aggressions-Vorbereitungen gewesen wären. Am 26. Juli 1946 legte er dem Nürnberger Tribunal folgenden Beweis für die »Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen« vor:

»Von dem Augenblick an, da die Nazis die Macht ergriffen hatten,

bemühten sie sich, unter Mißachtung des Vertrages von Versailles, fieberhaft und heimlich zum Krieg zu rüsten. 1933 fanden sie keine Luftwaffe vor. 1939 hatten sie 21 Geschwader, die aus 240 Staffeln oder ungefähr 2400 Flugzeugen der ersten Linie mit Schul- und Transportflugzeugen bestanden. 1933 fanden sie eine Armee vor, die aus drei Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen bestand. 1939 hatten sie eine Armee von 51 Divisionen ausgehoben und ausgerüstet, von denen vier vollmotorisiert und vier Panzerdivisionen waren. 1933 fanden sie eine Marine vor, die aus einem Kreuzer und sechs leichten Kreuzern bestand. 1939 verfügten sie über eine Marine mit einem Bestand von vier Schlachtschiffen, einem Flugzeugträger, sechs Kreuzern, 22 Zerstörern und 54 Unterseebooten. Während der gleichen Zeit hatten sie auch eine Rüstungsindustrie aufgebaut, die sich in Leistungsfähigkeit mit jeder anderen in der Welt messen konnte.«[28a]

Hätte Jackson diese Zahlen, soweit sie nicht weit übertrieben sind, objektiv werten wollen, dann wäre es notwendig gewesen, den deutschen Zahlen die Rüstungsleistungen seiner Nachbarn und Gegner gegenüberzustellen. Deutschland hatte damals seine Rüstungskapazität nicht annähernd ausgeschöpft und bei weitem nicht in einem Grade, der erforderlich gewesen wäre, hätte man einen großen Krieg vorbereiten wollen. Was die deutsche Technik und Industrie in diesem Falle hätte leisten können, beweist die gewaltige Rüstung, die Deutschland nach Kriegsbeginn entwickeln konnte, die das deutsche Potential trotz Kriegseinwirkungen und kriegsbedingter Hemmungen bis 1944 vervielfacht hat.

Jackson tut so, als hätte damals überhaupt nur Deutschland gerüstet. Der positiver Tendenzen gegenüber dem Dritten Reich unverdächtige Professor Michael Freund hat demgegenüber festgestellt, der Kampf um die deutsche Wiederaufrüstung habe sich vollzogen

»auf dem Hintergrund und als Konsequenz einer fieberhaft betriebenen Wettrüstung und einer wehrpolitischen Revolution auf dem ganzen Erdball«.[29] Das hat Freund allerdings 1935 veröffentlicht. Sein englischer Kollege A. J. P. Taylor hat noch 1961 ähnliche Feststellungen getroffen. Die deutsche Rüstung habe ihr Soll erst 1944 erreichen wollen: »Der deutsche Rüstungsstand von 1939 bietet den entscheidenden Be-

weis, daß Hitler keinen allgemeinen Krieg und wahrscheinlich überhaupt keinen Krieg beabsichtigte.«[30]

An anderer Stelle kommt Taylor zu dem Ergebnis, die Franzosen hätten den Startschuß für das Wettrüsten gegeben. Zwischen 1933 und 1936 sei Deutschland für einen großen Krieg so wenig vorbereitet gewesen wie vor Hitlers Machtergreifung: »Der Unterschied war, daß Hitler starke Nerven hatte und seine Vorgänger nicht.« Ein Standardwerk der amerikanischen Hofhistoriker stellt fest: »Es bestehen jetzt kaum noch Zweifel daran, daß die Deutschen 1939 weit davon entfernt waren, auf einen langen Großkrieg vorbereitet zu sein.« Sie seien der Kriegsproduktion der Engländer und Franzosen unterlegen gewesen. 1939 wären sie nur für einen zweimonatigen Blitzkrieg gegen Polen gerüstet gewesen.[31]

Mit Recht hat sich Generaloberst Jodl in Nürnberg auf das Wort des amerikanischen Generalstabschefs Marshall berufen, daß Sicherheitspolitik keine Kriegspolitik sei. Bei der Aufstellung von 36 deutschen Divisionen nach der Wiederherstellung der Wehrhoheit hatten Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei bereits 29 Friedensdivisionen und 190 Divisionen für den Kriegsfall v e r f ü g b a r. Die Behauptungen der Anklage, besonders des Hauptanklägers Jackson, seien nur aus militärischer Unkenntnis zu erklären, bezeugt Jodl. Deutschland wäre weder 1938 noch 1939 in der Lage gewesen, einem konzentrischen Angriff der Alliierten standzuhalten. Bei Beginn des Krieges seien nur 60 % der wehrfähigen Bevölkerung ausgebildet gewesen, das Friedensheer war nur 400 000 Mann stark gegenüber 800 000 im Jahre 1914.[32] Zu diesen Zahlen wären immer noch hinzuzurechnen die über 100 Divisionen der Roten Armee, die bis Mitte 1939 die Hauptgefahr darstellte.

Die Berechtigung der deutschen Rüstung und die Notwendigkeit ihres Aufbaues hat Jackson ungewollt mit dem Vergleich der Schutzlosigkeit vor 1933 bewiesen. Aus der theoretischen Anerkennung der Gleichberechtigung am 11. Dezember 1932 durfte Deutschland damals keine Konsequenzen ziehen. Man kann sich nachträglich nicht des Eindrucks erwehren, daß jenes Zugeständnis der Alliierten nur unter der Voraussetzung gewährt worden ist, daß jenes Deutschland der Schwäche und der Entschlußlosigkeit niemals fähig sein werde, aus der theoretischen

DER KALTE KRIEG GEGEN DEUTSCHLAND

George Clemenceau, *Vorsitzender der Versailler »Friedens«-Konferenz: »Zwanzig Millionen Deutsche zuviel in Europa«*

Links unten:
Boykott gegen das Reich
»Juda erklärt Deutschland den Krieg« (London 1933)

Mitte unten:
Lügenlord Vansittart:
»Die Deutschen — eine Rasse von Gangstern, die der Fluch der ganzen Welt sind!«

Rechts unten:
Hauptankläger Shawcross:
»Die deutsche Wehrmacht wurde von gefühllosen Mördern befehligt. . .«

Für Deutsche verboten — in Deutschland!
Unter nichtigem Vorwand überfielen Franzosen und Belgier mitten im Frieden das Ruhrgebiet

KRIEGSVERBRECHEN AN DER RUHR

»Feuer frei!« — auf deutsche Arbeiter
Der Widerstand der verzweifelten Bevölkerung wurde niedergeknallt

Anerkennung praktische politische und militärische Folgerungen zu ziehen.

Sicherheit für 1944

Auch nach 1933 war man zunächst nur zurückhaltend, weil man hoffte, die neue Regierung würde in kurzer Zeit scheitern, das nationalsozialistische Regime zusammenbrechen. Es hat aber auch 1933 schon Pläne gegeben, das nationale Erwachen bereits in den ersten Anfängen mit militärischen Aktionen zu unterdrücken. Heute wissen wir, daß Europa sich 1933 dem Abgrund eines neuen Weltkrieges genähert hat. Einflußreiche Kräfte in Frankreich und England wollten Deutschland damals auch noch seines 100 000-Mann-Heeres der Reichswehr berauben. Französische und englische Politiker erhoben wiederholt offene Kriegsdrohungen. Paul-Boncour warnte Deutschland, es müsse sich streng an die Versailler Klauseln halten, wenn es die Reichswehr behalten wolle. Der britische Kriegsminister Hailsham und Lord Cecil forderten Frankreich zu militärischen Aktionen auf. Polen hetzte zum sofortigen Krieg:

»Die Lage war so gespannt, daß Europa unmittelbar vor einem neuen Kriege zu stehen schien.«[32a]

Nur aus dieser lebensgefährlichen Spannung und ihren Nachwirkungen ist die deutsche Rüstungspolitik zu verstehen.

Weil Deutschland aus dem Völkerbund austrat, der seinen Zweck nur in der Entmachtung und Niederhaltung des Reiches sah, wurde es 12 Jahre später durch den amerikanischen Ankläger Aldermann wiederum beschuldigt, dieser Austritt sei nur ein Schritt »der allgemeinen Verschwörungs- und Angriffspläne« gewesen. Auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hätte nur der Aggression gedient.[33]

Der Friedenswille der Alliierten erschöpfte sich indes darin, auf militärische Aktionen nur so lange zu verzichten, als die Deutschen im Sklavenstand der Wehrlosigkeit gehalten werden konnten. Er schlug sofort in militärische Drohungen und Aktionen um, sobald auf deutscher Seite die ersten Ansätze eines Strebens nach militärischer Gleichberechtigung sichtbar wurden.

Deutschland hat diese Warnungen verstanden und alle diplomatischen, politischen und zuletzt auch militärischen Mittel eingesetzt, um diesen schutzlosen Zustand zu überwinden. Noch 1934 verfügte es über keine einzige moderne Waffe, keinen schweren Panzer, kein U-Boot, kein Kampfflugzeug. Die deutschen Leistungen in der Vorbereitung einer Mindest-Verteidigungskraft – neben dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufbau – in so kurzer Zeit sind zwar in der gesamten europäischen Geschichte noch nie erreicht worden, doch lag die deutsche Nachrüstung 1938 gegenüber der Rüstung seiner Nachbarn noch immer erheblich zurück. Diese hatten 1918 nicht abgerüstet und seit 10 Jahren ununterbrochen weitergerüstet.

Noch im Frühjahr 1939, vor der Errichtung des Protektorats, hatte Großdeutschland weniger kriegseinsatzfähige Divisionen als die Tschechoslowakei.

Generalfeldmarschall Keitel hat dies in Nürnberg nachgewiesen. Inzwischen wurde seine Aussage auch durch den auf keinen Fall deutschfreundlichen englischen Historiker Taylor bestätigt: »Die tschechoslowakische Armee war eine schreckliche (formidable) Macht. Ihre 34 gutausgerüsteten Divisionen waren wahrscheinlich eine Gefahr für die halbausgebildete deutsche Armee von 1938.«[34]

Die Furcht vor der deutschen Wiederaufrüstung vergrößerte sie um ein Vielfaches ihrer tatsächlichen Stärke. Daß Hitler diese Furcht für sein diplomatisches Spiel um die Wiedererringung der deutschen Gleichberechtigung ausnützte, kann ihm nur jener vorwerfen, der glaubt, Bomben wären ein humaneres Mittel der Politik als Bluff. Die amerikanische Weltmacht hat uns seit 1945, besonders in Korea und Vietnam, von der Berechtigung dieses Argumentes nicht überzeugen können.

Erst mit dem Einmarsch deutscher Friedenstruppen in die politisch isolierte und militärisch überraschte Tschechei verstärkte sich die deutsche Rüstung entscheidend. Der superdemokratische tschechische Zwergstaat, der Musterzögling der Versailler Friedensmacher, mußte nun die Produkte einer 20jährigen beispiellosen Rüstung kampflos der neuen Schutzmacht überlassen. 6 Millionen Tschechen waren bis dahin relativ stärker gerüstet als 80 Millionen Deutsche.

Von diesem Zeitpunkt an verstärkte sich die deutsche Wehrkraft schneller, war indessen 1939 noch keineswegs in der Lage, sich gegen den Osten und Westen gleichzeitig verteidigen zu können. Die deutsche Rüstungsplanung war nie auf jenen Termin ausgerichtet, der tatsächlich einen neuen Krieg auslösen sollte, auf den Herbst 1939. – Deutschland wollte den großen Krieg nie, hat aber in Anbetracht der Erfahrungen von 1914 und seit 1918 im Osten und Westen immer wieder Kriegsgefahren befürchten müssen. Deutschland wollte aus diesem Grunde eine seiner nationalen Kraft entsprechende Rüstung aufbauen, jedoch nicht bis 1939, das wäre schon aus technischen Gründen kaum möglich gewesen. Erst bis 1944 wollte es jenen Stand erreichen, der ihm seine Sicherheit gegenüber jedem möglichen Feind im Westen und Osten gewährleistet hätte.

Die deutsche Seerüstung hatte ihre Pläne auf die Zeit bis 1944-6 eingestellt. 1939 besaßen wir nur 10 % der englischen und französischen U-Bott-Flotte. Wie Generalfeldmarschall Keitel unter Eid nachweisen konnte, waren die Programme der Aufrüstung beim Heer auf 1943, bei der Marine auf 1945 eingestellt.

»Wir hatten also 10 Jahre Zeit, um überhaupt zu einer konzentrierten Macht zu kommen. Infolgedessen habe ich alle die Probleme, auch dann, wenn sie politisch an mich herantraten, niemals für akut gehalten, weil ich es für unmöglich hielt, sie zu realisieren, anders wie auf dem Wege von Verhandlungen.«[35]

Generaloberst Jodl erklärte unter Eid, daß für die Rüstungen verschiedene Stufungen vorgesehen gewesen seien: »Die erste Stufe bis 1942/3, den Westwall wollte das Heer bis 1945 im wesentlichen, im Jahre 1952 ganz zu Ende haben, und der Aufbauplan der Marine erstreckte sich auf die Jahre bis 1944/45.«[36]

Das war im Sinne von Marshall Sicherheitspolitik, nicht Kriegspolitik. Sie richtete sich, wie besonders der Flottenvertrag beweist, zunächst auf Gefahren aus dem Osten. Die damalige Reichsregierung hatte im Gegensatz zu den westlichen Demokratien, die die bolschewistische Bedrohung erst nach 1945 zu begreifen anfingen, die Gefahr aus dem Osten nie unterschätzt.

Schon bei seinem ersten Gespräch mit engli-

schen Ministern hat Hitler Anthony Eden vorausgesagt, Rußland werde 1945 die größte Militärmacht der Welt sein.[37]

Heute ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sich die gesamte gigantische Rüstungsmacht des Westens gegen diesen gemeinsamen Feind schützt. Zwar ist die Sowjet-Militärmacht durch westliche Entwicklungshilfe enorm verstärkt worden; doch auch der Westen wurde stärker. Es ist der selbe Gegner, dem Deutschland von 1933 bis 1945 allein gegenüberstand, damals zugleich im Rücken bedroht von jenen westlichen Mächten, die den weltrevolutionären Bolschewismus in seiner Gefährlichkeit nicht begreifen konnten oder wollten. Deutschland aber mußte sich dagegen rechtzeitig schützen, und diesem Hauptziele dienten alle seine Rüstungsanstrengungen. Es hat aus jenem Grundsatz gehandelt, den Churchill für jedes besiegte Volk gelten lassen wollte, nur nicht für das deutsche:

»Es ist natürlich, daß ein stolzes Volk, besiegt im Kriege, danach strebt, sich so schnell wie möglich wieder zu bewaffnen. Es wird Verträge, die man ihm durch Zwang erpreßt hat, nicht länger achten als es muß.«[38]

»Chronische Betrügerei«

Deutschland hatte von 1933 bis 1939 nur jenes Recht für sich in Anspruch genommen, das ihm Lloyd George später zugestand. Er hatte im September 1932 die eigentliche Ursache des Scheiterns der Abrüstung und des Wettrüstens erkannt:

»Ich nehme keinen Anstoß, mir die deutsche Auffassung zu eigen zu machen, die dahin geht, daß die Siegernationen schamlos die Treue in der Rüstungsfrage gebrochen haben.«[39]

Am 29. November 1934 erklärte Lloyd George im englischen Unterhaus, daß die Signatarmächte des Vertrages von Versailles den Deutschen feierlich versprochen hätten, man würde abrüsten, wenn Deutschland mit der Abrüstung vorangehe. 14 Jahre lang habe Deutschland auf die Einhaltung dieses Versprechens gewartet. In der Zwischenzeit hätten alle Länder ihre Kriegsbewaffnungen gesteigert, sogar den östlichen Nachbarn Deutschlands Geldanleihen zugestanden, mit denen diese wiederum

gewaltige Militär-Organisationen dicht an Deutschlands Grenzen aufbauten.

»Können wir uns denn wundern, daß die Deutschen zu guter Letzt zu einer Revolution und Revolte gegen diese chronische Betrügerei der großen Mächte getrieben wurden?«

Nur Hauptankläger Jackson hat bis 1945 vom Naturrecht jeder ehrbewußten Nation nichts erfahren. Die Verweigerung der Gleichberechtigung konnte nach 1919 zu keinem Frieden führen. Der Versailler Friede bedeutete die Fortsetzung des Krieges durch Abrüstung des Unterlegenen. Das Ergebnis konnte nur eines sein: der bewaffnete Unfriede.

Wenn unsere Hofhistoriker eine Kritik an ihren westlichen Vorbildern wagen, dann erheben sie den Vorwurf, sie hätten es Hitler zu leicht gemacht. Was man der Weimarer Republik brutal verweigerte, sei dem Großdeutschen Reich nahezu aufgedrängt worden. Dümmer kann man die geschichtliche Entwicklung nicht verdrehen. Nur die äußerste Anspannung des nationalen Willens, eine ebenso verwegene wie elastische Diplomatie, das kluge Ausnützen der Gegensätze zwischen den Versailler Diktatoren, das Vortäuschen noch nicht vorhandener militärischer Macht, vor allem die Verwendung auch aller moralischen und juristischen Waffen vermochten die Koalition der ehemaligen Feinde zu verwirren, abzulenken und schließlich aufzusprengen. Dieser deutsche Einsatz bedeutete stets ein äußerstes Risiko, und jeder einzelne Schritt mußte am Rande des Abgrundes gewagt werden. Selbst Churchill muß zugeben:

»Was man auch über diese Erfolge denken mag, sie gehören doch zu den bemerkenswertesten der gesamten Weltgeschichte.«[40]

IV

Die Wacht am Rhein

Man sollte die Alliierten nicht für so naiv halten, daß sie den ihnen viel näher stehenden Politikern der Weimarer Republik verweigert hätten, was sie aus unbegreiflicher Gutmütigkeit der verhaßten nationalsozialistischen Regierung schenkten. Das Gegenteil ist viel wahrscheinlicher und durch die tatsächliche Entwicklung unschwer zu belegen. Wer daran noch zweifeln möchte, studiere die Vorgeschichte und Geschichte der »Besetzung« der deutschen Rheinlande durch deutsche Truppen am 7. März 1936.

Das vielberufene Genfer Zugeständnis der deutschen Gleichberechtigung vom 11. Dezember 1932 bedeutete doch auch die militärische Gleichberechtigung, es sei denn, jene wäre damals nur zugestanden worden, weil man hoffte, in seiner Schwäche von 1932 würde Deutschland nie fähig sein, aus der theoretischen Anerkennung jemals praktische politische und militärische Folgerungen zu ziehen.

Eine Mindestforderung müßte die deutsche Wehrhoheit über das gesamte Staatsgebiet gewesen sein. Welchen Schutz hätte sonst eine noch so starke Truppe bieten können? Wie konnten die Alliierten erwarten, daß nach dem Flottenabkommen und damit der Anerkennung des Rechtes auf Wiederbewaffnung eine deutsche Regierung noch länger hätte hinnehmen können, daß dieser wichtige Teil des Staatsgebietes weiterhin militärisch ungeschützt sein sollte?

Dennoch hatten jene Kräfte im Westen und Osten, die 1939 zum Kriege trieben, bereits 1936 Europa in einen wahnwitzigen Krieg stürzen wollen, nur weil drei deutsche Bataillone aus dem übrigen Staatsgebiet in das »entmilitarisierte« Rheinland verlegt worden waren.

Die Rheinlandbefreiung war kein Geschenk der Alliierten, sondern ein verwegener politischer Schachzug, der nur gelingen konnte, weil sich die deutsche Führung nicht scheute, das letzte Wagnis auf sich zu nehmen. Daß Deutschland sich dabei nur ein selbstverständliches Recht jedes souveränen Staates zurückgeholt hat, wird heute von niemand mehr ernsthaft bestritten.

Unvergessen aber sollte bleiben, daß die alliierten Friedensmacher sich noch 1936 das Recht anmaßten, das industrielle und wirtschaftliche Zentrum des Reiches in einem Zustande niederzuhalten, der es den Westmächten gestattet hätte – wie 1923 – aus einem nichtigen Anlaß über Rhein und Ruhr in Deutschland einzumarschieren. Dieser Anspruch, ein Jahr nach dem Flottenabkommen, ist so ungeheuerlich, daß man darauf verzichten möchte, sich mit ihm noch auseinanderzusetzen, wäre er nicht so typisch und charakteristisch für die Strategie und Taktik der Alliierten. Man muß gerade diesen Abschnitt der Vorkriegsgeschichte gründlich kennen, um die anschließende Entwicklung bis zum Kriege begreifen zu können.

»Angriff auf das Ausland«

Vor dem Internationalen Militärtribunal behauptete die Anklage, die Rheinlandbefreiung sei eine »Aggression« gewesen, der erste Schritt zum Angriffskrieg.

Die Nürnberger Ankläger haben sich dabei einen makabren Scherz geleistet: In ihrer Anklageschrift erscheint die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit auch für das deutsche Rheinland im Teil »F«, und zwar unter dem Titel »Verwendung der Nazi-Kontrolle für den Angriff auf das Ausland«.[1]

Die Versailler Entmilitarisierungsklauseln haben überhaupt nur einen logischen und juristisch verbindlichen Sinn, wenn sie in untrennbarem Zusammenhang mit den Abrüstungsbestimmungen gesehen werden. Entmilitarisierung und Entwaffnung bedingen sich. Nur unter der Voraussetzung einer Abrüstung auch der Alliierten war die militärische

Schutzlosigkeit dieses Kerngebietes des Reiches hingenommen worden. Sobald die Vertragspartner ihre Abrüstungspflicht verletzt hatten, war auch die »Entmilitarisierung« hinfällig geworden. Als Frankreich und Belgien nicht abrüsteten, vielmehr verstärkt weiterrüsteten, mußte jede verantwortungsbewußte Regierung den Schutz auch dieses deutschen Staatsraumes wieder selbst übernehmen.

Zu diesem Zwecke wurden in dieses Gebiet Truppen verlegt, nicht um es zu »besetzen«, sondern um dort die gleiche Verteidigungsaufgabe zu erfüllen wie im übrigen Reich. Erstaunlich ist nur, daß die Reichsregierung diese selbstverständliche Forderung nicht sofort bei der Wiederherstellung der Wehrhoheit erhoben hat; und überraschend ist nur, daß die Westmächte je zu erwarten wagten, die Reichsregierung werde sich der Pflicht entziehen, auch das Rheinland zu schützen.

Noch am 27. Mai 1945 maßt sich Mr. Alderman an, die Verlegung deutscher Truppen in deutsches Gebiet als Beweis einer »allgemeinen Verschwörung« und als Teil von »Angriffsplänen« zu brandmarken. Für ihn war noch nach 19 Jahren dieser deutsche Selbstschutz eine »ausgesprochen militärische Herausforderung«.[2]

Die Truppenverlegung in das Rheinland hatte nach Alderman folgende Gründe:

»Die entmilitarisierte Rheinlandzone war seit ihrer Schaffung nach dem Ersten Weltkrieg den Nazis stets ein Dorn im Auge. Nicht nur wurde ihr wachsender Stolz dadurch verletzt, sondern sie war auch ein Hindernis für die Erlangung einer starken Stellung, die Deutschland für wichtige Entscheidungen benötigte. Im Falle irgendwelcher Sanktionen gegen Deutschland in Form militärischer Zwangsmaßnahmen würde es für Frankreich und andere Mächte ein leichtes sein, weit nach Deutschland östlich des Rheines einzudringen, bevor Deutschland sich irgendwie zur Wehr setzen könnte . . .«[3]

Alderman gab also zu, daß die Entmilitarisierung nicht dem Zweck diente, den Frieden zu sichern, sondern Deutschland jederzeit Sanktionen und militärischen Zwangsmaßnahmen unterwerfen zu können, ohne daß für Deutschland irgendeine Möglichkeit der Verteidigung bestanden hätte. Genau aus diesem Grunde, um das künftig zu verhindern, mußte sich die Wehrhoheit auch auf diesen Raum erstrecken.

Alderman zitierte dann den ersten Teil des damaligen Befehls Hitlers:

»1. Der Führer und Reichskanzler hat folgendes entschieden: Durch den französisch-russischen Beistandspakt sind die von Deutschland im Locarno-Vertrag übernommenen Bindungen, soweit sie die Artikel 42 und 43 des Vertrages von Versailles über die entmilitarisierte Zone betreffen, als hinfällig zu betrachten.

2. Teile des Heeres und der Luftwaffe werden daher überraschend und gleichzeitig in Standorte der entmilitarisierten Zone verlegt werden . . .«[4]

Dann schildert Alderman die Folgen. Er zitiert das Verdammungsurteil des Völkerbundes, der Hochstapelei betrieben hat, solange er sich als solcher ausgab, denn viele Völker, wie Deutschland, die Vereinigten Staaten, Japan und China, gehörten ihm nicht oder nicht immer an. Diese angebliche »Leage of Nations« hatte folgendes »Urteil« verkündet:

»Die Deutsche Regierung hat einen Bruch des Artikels 43 des Versailler Vertrages begangen, indem sie am 7. März 1936 militärische Kräfte in die entmilitarisierte Zone eindringen und sich dort festsetzen ließ, auf welche in Artikel 42 und den folgenden Artikeln dieses Vertrags und in dem Vertrag von Locarno Bezug genommen wird . . .«[5]

Das Völkerbundsurteil warf der Reichsregierung auch vor, sie habe aus diesem Anlaß erklärt, daß sie in Europa keine territorialen Ansprüche stellen werde. Man wollte daraus einen Verzicht der Reichsregierung auf Revision konstruieren. Der diesbezügliche Teil der Rede Hitlers bietet dafür keinen Beweis:

»Wir haben keine Gebietsansprüche in Europa zu stellen. Wir wissen vor allem, daß Spannungen, die entweder aus falschen Gebietsregelungen oder dem Mißverhältnis der Zahl der Einwohner zu ihren Lebensräumen herrühren, in Europa nicht durch Krieg gelöst werden können.«[6]

Das konnte für jeden, der das außenpolitische Programm nicht nur der nationalsozialistischen Regierung, sondern auch jeder Regierung der Weimarer Republik kannte, nur bedeuten, daß Deutschland keine Ansprüche auf fremdes Territorium zu stellen habe. Es konnte weiter damit

nur erklärt werden, daß Deutschland die ihm auch aufgrund des Versailler Vertrages zustehenden Revisionen auf friedlichem Wege erreichen wolle, weil diese Probleme »nicht durch Krieg gelöst werden können.«

Jodl antwortet

Nun zurück zu Aldermans »Vorbereitung des Angriffskrieges«. Die gebührende Antwort erteilte ihm und seinen Kollegen Generaloberst Jodl bei seiner Vernehmung als Zeuge unter Eid:

»Prof. Dr. Exner: Herr Generaloberst! Wann hörten Sie zum erstenmal von Plänen zur Rheinlandbesetzung?

Jodl: Am 1. oder 2. März 1936, also etwa sechs Tage vor der tatsächlichen Besetzung. Früher konnte ich davon auch nicht hören; denn früher war der Entschluß beim Führer selbst nicht gefaßt.

Prof. Dr. Exner: Bestanden bei Ihnen und den Generalen militärische Bedenken gegen diese Besetzung?

Jodl: Ja, ich muß sagen, daß uns etwa so unheimlich zumute war wie einem Spieler, der sein ganzes Vermögen im Roulette auf Rot oder Schwarz setzt.

Prof. Dr. Exner: Hatten Sie rechtliche Bedenken?

Jodl: Nein, ich war weder ein Völkerrechtler noch war ich Politiker. Es war politisch ausgesprochen, daß diese Paktverflechtung zwischen der Tschechoslowakei, Rußland und Frankreich den Locarno-Pakt illusorisch gemacht hätte. Das nahm ich zunächst als eine Tatsache hin.

Prof. Dr. Exner: Wie stark waren unsere Truppen im Rheinland nach der Besetzung?

Jodl: Wir besetzten das Rheinland im ganzen mit rund einer Division, wovon aber nur drei Bataillone in das westrheinische Gebiet vorgeschoben wurden, nämlich je ein Bataillon nach Aachen, nach Trier und nach Saarbrücken.

Prof. Dr. Exner: Drei Bataillone, das ist eigentlich nur eine Besetzung von symbolischer Bedeutung?

Jodl: Ja, sie benahmen sich auch nur symbolisch.

Prof. Dr. Exner: Sagen Sie, haben Sie etwas getan, um einen militärischen Konflikt wegen dieser Besetzung zu vermeiden?

Jodl: Es kamen damals sehr ernste Meldungen von unseren Militär-Attachés aus London und Paris, deren Eindruck ich mich auch nicht entziehen konnte, und wir schlugen damals dem Feldmarschall Blomberg vor, doch vielleicht zu erörtern, diese drei Bataillone westrheinisch zurückzuziehen, wenn dafür die Franzosen etwa das Vier- und Fünffache von ihrer Grenze zurückziehen würden.

Prof. Dr. Exner: Ist dieser Vorschlag gemacht worden?

Jodl: Der Vorschlag ist dem Führer gemacht worden. Der Führer hat ihn aber abgelehnt...

Prof. Dr. Exner: Meinten Sie, daß damals irgendwelche Angriffsabsichten mit dieser Aktion verbunden seien?

Jodl: Nein, von Angriffsabsichten konnte gar keine Rede sein.

Prof. Dr. Exner: Warum nicht?

Jodl: Ich kann nur sagen, in dieser Lage hätte uns allein die französische armée de couverture hinweggeblasen ...«[7]

Mit drei Bataillonen hatte also Deutschland die gesamte Militärmacht des Versailler Konzerns »herausgefordert« und einen »Angriffskrieg« vorbereitet. Das Rheinland wurde »besetzt« – wie das gesamte Reichsgebiet.

Der damalige Reichsaußenminister von Neurath schilderte als Zeuge den politischen Hintergrund der deutschen Entscheidung, das Rheinland von der Diskriminierung und Schutzlosigkeit zu befreien. Am 16. Januar 1936 habe der französische Außenminister Laval angekündigt, er werde nach seiner Rückkehr aus Genf den russisch-französischen Pakt der Französischen Kammer zur Ratifizierung vorlegen. Hitler habe damals vergeblich versucht, in einem Interview mit Herrn de Jouvenel vom »Paris Midi« auf die Gefahren dieses Paktes für das deutsch-französische Verhältnis hinzuweisen.

Hitlers Korrektur

Das Interview wurde am 21. Februar 1936 veröffentlicht. Hitler erklärte dabei u. a.:

»Ich will meinem Volke beweisen, daß der Begriff der Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland ein Unsinn ist. Das deut-

sche Volk hat dies verstanden. Es ist mir gefolgt, als ich eine viel schwierigere Versöhnungsaktion unternahm, als ich zwischen Deutschland und Polen versöhnend eingriff.«

Bertrand de Jouvenel erwiderte, die Franzosen läsen zwar mit Freude seine Friedenserklärungen, seien aber beunruhigt wegen des Widerspruchs zwischen diesen Äußerungen und gewissen Texten in seinem Buche »Mein Kampf«, das man als eine Art politische Bibel ansehe. Hitler antwortete:

»Als ich dieses Buch schrieb, war ich im Gefängnis. Es war die Zeit, als die französischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Es war im Augenblick der größten Spannung zwischen unseren beiden Ländern ... Ja, wir waren Feinde, und ich stand zu meinem Lande, wie es sich gehört, gegen Ihr Land, genau wie ich zu meinem Lande gegen das Ihre 4½ Jahre lang in den Schützengräben gestanden habe! Ich würde mich selbst verachten, wenn ich nicht im Augenblick eines Konfliktes zunächst einmal Deutscher wäre. Aber heute gibt es keinen Grund mehr für einen Konflikt.

Sie wollen, daß ich mein Buch korrigiere wie ein Schriftsteller, der eine neue Bearbeitung seiner Werke herausgibt. Ich bin kein Schriftsteller, ich bin Politiker. Meine Korrekturen nehme ich in meiner Außenpolitik vor, die auf Verständnis mit Frankreich abgestellt ist! Wenn mir die deutsch-französische Verständigung gelingt, so wird das eine Korrektur darstellen, die würdig ist.

Meine Korrektur trage ich in das große Buch der Geschichte ein!«

Im weiteren Verlauf des Gespräches wurde Deutschlands Haltung zum französisch-sowjetrussischen Beistandspakt erörtert. Hitler ließ keinen Zweifel daran, daß er diesen als eine starke Belastung der gegenseitigen Beziehungen betrachte. Er warnte Frankreich davor, sich in das diplomatische Spiel der Sowjetmacht hineinziehen zu lassen:

»Man darf die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, daß Sowjetrußland ein politischer Faktor ist, dem eine explosive revolutionäre Idee und gigantische Rüstung zur Verfügung stehen.«[8]

Dieser letzte Versuch Hitlers, Frankreich vor dem Paktieren mit der Sowjetunion zu warnen, war, wie Neurath feststellte, vergeblich. Dabei gab es in Frankreich selbst eine starke Opposition in jenen Kreisen des

französischen Volkes, die unter der Führung der Frontsoldaten-Organisation »Union nationale des Combattants« stand. Die französische Kammer hatte dennoch am 27. Februar 1936 den Pakt ratifiziert. Von Neurath ergänzte dann seine Aussage:

»Ich habe bereits in meinen vorausgegangenen Antworten dargelegt, warum wir in dem französisch-russischen Pakt und in dem übrigen Verhalten der französischen Politik die stärkste Bedrohung seitens Frankreichs erblicken mußten; denn, daß diese Anhäufung von Macht in der französischen Hand durch seine verschiedenen Beistandspakte sich nur gegen Deutschland richten konnte, war unzweifelhaft.«

Im Falle kriegerischer Verwicklungen hätten aber die Westgrenzen Deutschlands infolge der Entmilitarisierung des Rheinlandes vollkommen offen gelegen. Das sei nicht nur eine diskriminierende, sondern jene die deutsche Sicherheit am meisten bedrohende Bestimmung des Versailler Vertrages gewesen: »Sie war aber hinfällig geworden durch den am 11. Dezember 1932 erfolgten Beschluß der fünf Mächte in Genf [über die deutsche Gleichberechtigung].«

Gleichzeitig sei mit dem Memorandum der Reichsregierung vom 7. März 1936 eine Reihe von Vorschlägen für eine Verständigung mit Frankreich, Belgien und den übrigen Unterzeichnern des Locarno-Vertrages gemacht worden. Auch sei die Bereitschaft zum Abschluß eines allgemeinen Luftpaktes bekundet und die Bereitschaft, wieder in den Völkerbund einzutreten, erklärt worden: »Ich bin auch heute noch der festen Überzeugung, daß Hitler damals an keinen Krieg dachte.«[9]

Die Reaktion in England war verhältnismäßig ruhig, vergleicht man sie mit Aldermans nachträglicher Behauptung einer »militärischen Herausforderung« und »Aggression«. Neurath erwiderte: »Außenminister Eden hat im Unterhaus erklärt, daß das Vorgehen Deutschlands keine feindselige Drohung in sich schließe und hat im übrigen eine loyale Prüfung der deutschen Friedensvorschläge zugesagt.«[10]

Zwei Tage nach dem angeblichen Bruch des Versailler Vertrages und des Locarno-Paktes erklärte Premierminister Baldwin im Unterhaus, man könne zwar die Handlungsweise Deutschlands nicht entschuldigen, es läge aber kein Grund zu der Annahme vor, daß diese Aktion eine Drohung mit Feinseligkeiten beinhalte.

Zehn Tage nach dem »Vertragsbruch« legten die Signatarmächte dem Völkerbundsrat ein Memorandum vor, wonach die deutschen Truppen im Rheinland auf 36 500 Mann beschränkt werden sollten, womit man de facto und de jure die Wiederherstellung der Wehrhoheit auch für das Rheinland anerkannt hatte.[11]

Der frühere Staatssekretär im Reichsaußenministerium, Hans Dickhoff, erklärte als Zeuge am 26. Juni 1946 in Nürnberg, er sei im Auftrage der Reichsregierung in der zweiten Hälfte des März 1936 in London gewesen. Er habe bei dieser Gelegenheit mit vielen Engländern sprechen und in weiten Kreisen die Auffassung feststellen können, daß man »Deutschland, dem man das Recht der Gleichberechtigung zugestanden hat, nun das Recht zur Remilitarisierung des Rheinlandes nicht verweigern könne. Ich habe sogar in einigen Kreisen die Auffassung gefunden, daß man erleichtert sei, daß die Remilitarisierung des Rheinlandes, die ja sowieso früher oder später einmal gekommen wäre, so rasch und verhältnismäßig schmerzlos abgeschlossen worden sei.«[12]

Jackson blamiert sich

Unvereinbar mit den Vorstellungen des Nürnberger Tribunals war die Aussage aller Tatzeugen, daß sich Hitler in wenigen Tagen zur Sicherung des Rheinlandes entschlossen habe. Dies widersprach der Nürnberger Konstruktion einer deutschen Verschwörung zur Eroberung der Weltherrschaft durch Angriffskriege. Der amerikanische Hauptankläger Jackson glaubte indes, nachweisen zu können, der deutsche Entschluß sei nicht spontan erfolgt, sondern von den Konspiratoren auf lange Sicht vorbereitet gewesen. Er hatte sich diese Sensation für die Vernehmung des Hauptangeklagten Hermann Göring aufgespart.

Es sollte ein peinlicher Reinfall werden. Schon am 26. Juni 1935 hätten sich die militärischen und politischen Führer Deutschlands zum Angriff auf das Rheinland verschworen. Er verfüge, wie Jackson mit wichtiger Miene vortrug, über ein Protokoll der zehnten Sitzung des Arbeitsausschusses des Reichsverteidigungsrates. Dann zitierte er die inkriminierte Stelle, die bereits Angriffsvorbereitungen zeige:

»*Jackson:* Unter diese Vorarbeiten fallen im besonderen . . . c) Vorbereitung zur Befreiung des Rheins.

Göring: »O nein, hier irren Sie sich außerordentlich. Das Originalwort in deutsch, und um das allein handelt es sich hier, ist: ›Vorbereitung der Freimachung des Rheins.‹ Es ist eine rein technische Vorbereitung; es hat mit der Befreiung des Rheinlandes nicht das allergeringste zu tun . . .«

Göring erläuterte dann, daß hier nur Mobilmachungsmaßnahmen für den Ernstfall gemeint seien, damit der Rhein nicht von Frachtkähnen, Schleppern usw. überbelastet wäre, was den militärischen Fahrweg behindere.

»*Jackson:* Nun, dies waren Vorbereitungen für eine bewaffnete Besetzung des Rheinlandes, nicht wahr?

Göring: Nein, das ist durchaus falsch; sondern, wenn Deutschland in einen Krieg gekommen wäre, ganz gleichgültig von welcher Seite . . . so mußten im Gesamtreich Mobilmachungsmaßnahmen durchgeführt werden . . . Aber nicht zum Zwecke der Befreiung des Rheinlandes.

Jackson: Sie meinen, diese Vorbereitungen waren nicht militärische Vorbereitungen?

Göring: Das waren allgemeine Mobilmachungsvorbereitungen, wie sie jedes Land trifft und nicht zum Zwecke der Besetzung des Rheinlandes.

Jackson: Aber sie waren solcher Art, daß sie absolut dem Auslande gegenüber geheimgehalten werden mußten.

Göring: Ich glaube mich nicht zu erinnern, die Veröffentlichung der Mobilmachungsvorbereitung der Vereinigten Staaten jemals vorher gelesen zu haben.«[13]

Das hatte Jackson nicht erwartet. Mit rotem Kopf und heißerer Stimme wandte er sich an den Vorsitzenden, um den Gerichtshof ergebenst darauf aufmerksam zu machen, daß dieser Zeuge wenig guten Willen beweise. Er lege auf dem Zeugenstand wie auf der Anklagebank ein arrogantes und hochmütiges Benehmen an den Tag. Der Vorsitzende wollte Jackson beruhigen und vertagte die Sitzung.

Um von seiner sachlichen Niederlage abzulenken, wiederholte Jackson am nächsten Tag seine Beschwerde. Er wurde wiederum vom Vor-

sitzenden mit der Feststellung vertröstet, daß die Antwort »unerheblich« gewesen sei. Noch zweimal wiederholte Jackson seine Vorwürfe, bis ihn der Vorsitzende deutlich darauf hinwies, daß die Antwort Görings nicht so unberechtigt gewesen sei, denn jedes Land halte gewisse Dinge geheim. Um seine Blamage zu vollenden, antwortete Jackson erregt, es schiene ihm, »daß die Kontrolle des Verfahrens uns aus den Händen zu gleiten beginnt, wenn wir – ich darf wohl so sagen – dieser Situation nicht Herr werden ...«[14]

In der »Sunday Times« hat der englische Richter Sir Norman Birkett, Stellvertreter von Lord-Richter Lawrence, 1963 den Eindruck geschildert, den er von Göring gewonnen hat:

»Die Vernehmung hatte kaum 10 Minuten gedauert, da war es schon offenbar geworden, daß der Angeklagte den Richter Jackson vollkommen beherrschte. Geschmeidig, schlau, geschickt, souverän in der Beweisführung, wurde Göring bald Herr der Situation. Wie sein Selbstvertrauen sich steigerte, so wurde seine Meisterschaft mit der Dauer seiner Verteidigung immer klarer. Seine Kaltblütigkeit war beachtlich und neben allen anderen Fähigkeiten, die er im Laufe der Debatte bewies, wirkte er auf den Höhepunkten durch die metallene Stimme und eindrucksvolle Gebärden«.

Die wichtigste Beobachtung sei jedoch folgendes gewesen:

»Das Tribunal erwies sich als machtlos bei dem Versuch, Görings Rede zu unterbrechen, der das Auditorium beherrschte. Es gelang nicht, das Verfahren wieder unter Kontrolle zu bringen: Göring beherrschte die Szene ohne Unterbrechung und vollendete unbestreitbar die Aufgabe, die er sich gestellt hatte«.

Auch den übrigen angeklagten deutschen Politikern und Offizieren bescheinigt ihr ehemaliger englischer Richter: »Man kann eine gewisse Bewunderung nicht unterdrücken gegenüber der Seelenkraft, die sie angesichts solcher Umstände bezeugt haben.«

Gebrochener Vertrag gebrochen

Der fast komisch wirkende Eifer, mit dem Jackson sich abmühte, die Rheinlandbefreiung in die Kausalreihe einer Verschwörung gegen den

Weltfrieden zu stellen, zeigt, wie schwach die völkerrechtliche Argumentation der Anklage gewesen ist. Wie beim Versailler Diktat so war es auch beim Locarno-Vertrag schwierig, einen Vertragsbruch gegenüber einem Vertrag zu begründen, dessen Grundlage durch die alliierten Signatarmächte bereits zerstört worden war.

Formaljuristische Klügeleien wirken bei politischen Abkommen noch weniger überzeugend als bei Privatverträgen. Die Geschichte kennt kaum ein Beispiel, daß sich politische Mächte länger an Verträge gehalten hätten, als deren machtpolitische Voraussetzungen wirksam waren. In politischen Pakten werden Machtkonstellationen juristisch fixiert, und solche Verträge überleben sich, wenn sich ihre politischen Bedingungen ändern. Solange es keine juristisch anerkannte, autoritative Instanz gibt, die über Gültigkeit und Einhaltung politischer Verträge zu entscheiden vermag, wird ihre Verbindlichkeit von den souveränen Interessen der Vertragspartner bestimmt.

Der Völkerbund konnte weder über Verletzungen des Versailler Diktates noch über die Gültigkeit des Locarno-Vertrages als objektive richterliche Instanz entscheiden, weil er selbst von einer der Parteien beherrscht war, eben von den Mächten, die ihn geschaffen hatten, von Frankreich und England. Wo kein Gericht ist, da kann auch kein Recht eingeklagt werden. Solange kein objektives Gericht über Gerechtigkeit zwischen den Staaten zu entscheiden vermag, wird jeder politische Vertrag unter dem Vorbehalt der clausula rebus sic stantibus geschlossen. Von Freytagh-Loringhoven, ehemaliger preußischer Staatsrat und Rechtswissenschaftler, stellt hierzu fest:

Diese clausula rebus sic stantibus besagt nach einer in der Wissenschaft des Völkerrechts weit verbreiteten Lehre, daß jedem internationalen Vertrage ein Vorbehalt inne wohnt, kraft dessen der Vertrag nur so lange in Geltung bleiben soll, als die Umstände, unter denen er geschlossen wurde, und die Voraussetzungen, von denen die Parteien ausgingen, sich nicht geändert hätten. Diese Lehre ist in der Theorie freilich umstritten. In der Praxis ist sie jedoch immer dann angewendet worden, wenn ein Staat die tatsächliche Möglichkeit hatte, einen ihm aufgezwungenen Vertrag umzustoßen.«[15]

Wir müssen diese Lehre des Völkerrechts hier festhalten, weil wir

für die Beurteilung der deutschen Revisionspolitik bis zum Kriegsausbruch und damit für die Kriegsschuldfrage entscheidende Bedeutung beizumessen ist.

Die Einbeziehung der Sowjetmacht in das europäische Kräftespiel hatte die Konstellationen von Versailles und Locarno grundlegend verändert. Der französisch-sowjetische Kriegspakt widersprach zugleich dem gesamten bisherigen Vertragsgefüge. Der Völkerbund konnte seine Aufgabe nur erfüllen, wenn seine Mitglieder ihre Interessenkonflikte in seinem Rahmen austrugen. Verträge und Pakte einzelner Mitglieder unter sich, die darauf beruhten, daß sie ihre Machtpolitik ohne die Liga, notfalls sogar gegen sie verfolgten, sprengten seine Grundlagen. Dies galt umsomehr, wenn der Hauptträger dieses Sicherheitssystems, Frankreich, dem mächtigsten, wenn auch jüngsten Mitglied der Liga, der Sowjetunion, vertraglich das Recht und die Möglichkeit einräumte, mit ihm gemeinsam die Völkerbundssatzung an dieser entscheidenden Stelle zu verletzen.

Der amerikanische Präsident Wilson, der Vater der Genfer Liga, hat in seiner entscheidenden Rede vom 27. September 1918 im Punkt drei die Forderung aufgestellt, es dürfe innerhalb des Völkerbundes »keine Bündnisse oder Verbindungen, Sonderabkommen oder Sonderverständigungen« geben. Von diesem Grundsatz ausgehend, forderte Artikel 20 der Völkerbundssatzung die Aufhebung aller »Verpflichtungen..., die mit ihren Vorschriften unvereinbar sind« und verbot zugleich, künftig solche Verpflichtungen einzugehen.

Der französisch-sowjetrussische Militärpakt stand also auch juristisch im Widerspruch zu den Grundlagen der Genfer Liga. Er hat darüber hinaus gegen Artikel III der Völkerbundssatzung verstoßen. Zwar verpflichteten sich Frankreich und die Sowjetunion, im Angriffsfalle zunächst die Hilfe des Artikels 16 zu beanspruchen, wonach der Rat Empfehlungen zum Schutz gegen den Angreifer auszusprechen habe.

Diese Verpflichtung hatte aber nur theoretischen Wert. Denn gleichzeitig vereinbarten Frankreich und die Sowjetunion, daß sie, wenn der Rat diese Hilfe versage, sich sofort selbst gegenseitig Beistand leisten würden. Dies konnte nur bedeuten, daß die Kontrahenten dann, wenn der Völkerbund aus der Erkenntnis, daß die beiden Mächte sich zu

Unrecht als angegriffen betrachteten, sich weigerte, Sanktionen zu beschließen, dann Frankreich und die Sowjetunion ohne und auch gegen den Willen des Völkerbundes Kriege beginnen konnten. Dies widersprach nicht nur der Völkerbundssatzung, sondern hob auch den Kellogg-Pakt aus den Angeln, den beide unterzeichnet hatten.

Ganz eindeutig lag beim Locarno-Vertrag die Entscheidung über Vertragsverletzungen bei den Garantiemächten und nicht – wie bei der französisch-sowjetrussischen Militärallianz – bei den Vertragspartnern. Die im Locarno-Vertrag durch die Garantiemächte England und Italien vorgesehene Sicherung war untrennbar verbunden mit den Bestimmungen über die Entmilitarisierung des Rheinlandes. Sie wurden von deutscher Seite nur aus dem Grunde freiwillig anerkannt, weil sie gleichzeitig der deutschen Westgrenze einen vertraglichen Schutz boten, der durch England und Italien garantiert war. Die beiden Garantiemächte konnten aber diesen Schutz im Ernstfalle nicht gewähren, sobald ihnen mit der Verbindung von Frankreich und der Sowjetunion eine ursprünglich nicht vorgesehene Mächtezusammenballung gegenüberstand, gegen die sie sich nicht hätten durchsetzen können.

Ein bewaffneter Zwischenfall an der deutsch-französischen Grenze konnte nach diesem Militärpakt zu einem Angriff der Sowjetunion auf Deutschland führen, bei dem Frankreich sofort durch den ungehinderten Einmarsch in das Rhein-Ruhrgebiet die Sowjetunion hätte unterstützen können. Ein deutsch-russischer Konflikt hätte Frankreich sofort veranlassen müssen, seinem sowjetischen Partner dadurch zu helfen, daß es zunächst über die offene Grenze in das Rheinland einmarschierte.

Die mit dem Locarno-Vertrag freiwillig hingenommene Entmilitarisierung mußte sich nun noch viel schlimmer und gefährlicher auswirken als nach den Bestimmungen des Versailler Diktats. Nachdem Frankreich und die Sowjetunion den Rheinpakt von Locarno ausgehöhlt und entwertet hatten, konnte Deutschland diesem Raum nicht länger den notwendigen Schutz vorenthalten, wenn es nicht auf das Recht zur Verteidigung seiner Grenzen überhaupt verzichten wollte.

Schon am 25. Mai 1935 hat die Reichsregierung in einer Protestnote an die Unterzeichner des Locarno-Vertrages auf die Unvereinbarkeit der beiden Verträge hingewiesen. Um beurteilen zu können, ob hier Deutschland um eine existentielle Notwendigkeit kämpfte, muß man sich vergegenwärtigen, wie weit die vertraglichen Fesseln gingen, die Deutschland mit dem Locarno-Vertrag übernommen hatte: Deutschland übernahm die Bestimmungen des Artikels 42 und 43 des Versailler Vertrages, durch die ihm untersagt war, auf dem linken Ufer des Rheines und innerhalb einer 50 km breiten Zone auf dem rechten Ufer Befestigungen anzulegen oder Truppen zu unterhalten. Der Widerstand, den die nationalen Parteien damals gegen die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages leisteten, richtete sich gerade gegen diesen Punkt, da hier die schwerwiegendsten Klauseln des Versailler Vertrages, die 1919 nur unter Zwang und Protest hingenommen worden waren, nun freiwillig anerkannt wurden. Wer diese Bindung ernst nimmt, kann nicht daran zweifeln, daß sie mit der Wehrhoheit unvereinbar waren und eigentlich aufgekündigt hätten werden müssen, als die Wiederherstellung der Wehrhoheit verkündet wurde. Seit dem 16. März 1935 mußten sich die Alliierten darüber klar sein. Nun aber waren diese Ketten durch die französisch-sowjetrussische Militärallianz unerträglich geworden, und Deutschland mußte sie zerbrechen.

Das Paktieren zwischen Rußland und den Westmächten hatte 1914 den Ersten Weltkrieg herbeigeführt. Nun wiederholte sich 1936 eine ähnliche Einkreisung, ein Vorspiel des Zweiten Weltkrieges, der dann 1941 unabwendbar werden sollte. Aus diesem Grunde, wir müssen es immer wiederholen, ist die Darstellung und Aufklärung dieses Stadiums der Vorkriegsgeschichte von so entscheidender Bedeutung.

Als die Verlegung deutscher Truppenteile in das deutsche Rheinland in der französischen Kammer behandelt wurde, beendete Ministerpräsident Sarraut seine Anklagerede mit dem pathetischen Ruf: »Wir sind nicht gewillt, zuzulassen, daß Straßburg im Schußbereich der deutschen Kanonen liegt!« Er scheint sich nicht des Widerspruches bewußt gewesen zu sein, daß er mit Straßburg von einer deutschen Stadt sprach. Sarraut

glaubte dabei als selbstverständlich voraussetzen zu dürfen, daß seit 18 Jahren die meisten Städte des deutschen Westens ungeschützt im Schußbereich der belgischen und französischen Geschütze leben mußten. Durfte dieser Zustand auch noch andauern, nachdem sich Frankreich mit dem aggressiven Bolschewismus verbündet hatte?

Wie gefährlich die Lage tatsächlich gewesen war, wird einem erst bewußt, wenn man die schon vor jener Militärallianz entwickelten Pläne kennenlernt, die damals den französischen Generalstab beschäftigten. Es hat trotz des Flottenabkommens oder gerade wegen der deutsch-englischen Verständigung konkrete Pläne gegeben, den Einfall von 1923 in das Ruhrgebiet auch im schutzlosen Rheinland zu wiederholen. Als Zeuge unter Eid hat der ehemalige Reichsaußenminister von Neurath in Nürnberg bekundet:

»Im Laufe des Winters 1936 hatten wir durch unseren militärischen Nachrichtendienst in Erfahrung gebracht, daß der französische Generalstab bereits einen militärischen Plan für einen Einmarsch nach Deutschland ausgearbeitet hatte, und zwar sollte dieser Einmarsch über das Rheinland, entlang der sogenannten Mainlinie, nach der Tschechoslowakei zur Vereinigung mit dem russischen Bundesgenossen geführt werden.«[16]

Sein Verteidiger hat am 24. Juli 1946 nochmals auf diese gefährlichen Planungen hingewiesen, die den offensiven Charakter des französisch-sowjetrussischen Paktes eindeutig enthüllten. In Frankreich selbst wurde besonders unter den Frontsoldaten diese militärische Konsequenz des Paktes erkannt und bekämpft. Der Abgeordnete Montigny hat am 13. Februar 1936 in der französischen Kammer heftig dagegen protestiert. Er stellte fest, der Pakt reiße die Kluft zwischen Frankreich und Deutschland noch mehr auf; Deutschland müsse mehr denn je den Eindruck der Einkreisung haben, wenn eine von Moskau abhängige Partei – wie die kommunistische – gemeinsam mit der Regierung die Politik der Revanche und des russisch-französischen Bündnisses wiederhole. Dies sei die größte Kriegsgefahr, daß Frankreich den Eindruck erwecke, als stehe es unter dem verborgenen Protektorat Moskaus.

Dr. Lüdinghausen wies zugleich darauf hin, daß der einzige Schutz der entmilitarisierten Zone in der im Locarno-Vertrag verankerten

Garantie Englands und Italiens lag. Es sei eine Angelegenheit auf Leben und Tod gewesen, daß dieser vertragliche Schutz nicht verfälscht würde. »Eine solche Verfälschung seines Sinnes und innersten Wesens des in ihm liegenden Schutzes Deutschlands trat aber in dem Augenblick ein, in dem sich die zur Zeit des Abschlusses des Vertrages vorhanden gewesenen politischen Verhältnisse und Konstellationen grundlegend veränderten.« Die politische Konstellation Europas sei durch den Pakt mit der Sowjetunion, der damals offen revolutionären und größten Militärmacht der Welt, eine völlig andere, ja eine entgegengesetzte geworden. Gegen diese ungeheure Gefahr habe sich die deutsche Staatsführung dadurch wehren müssen, daß es die Verteidigungslinie gegen einen Angriff vom Westen an die tatsächliche Grenze des Reiches vorverlegte.[17]

Gleichberechtigung im Westen

Einen wesentlichen Vorschlag zur Überwindung der Krise wegen der Befreiung des Rheinlandes hat man aber in Nürnberg ebenso verschwiegen wie in der bundesdeutschen Hofhistorie. Die Reichsregierung hat das Rheinland nicht darum militärisch gesichert, weil sie grundsätzlich gegen eine Entmilitarisierung dieses Raumes gewesen wäre. Sie hat im Gegenteil vorgeschlagen, die Zone der Entmilitarisierung zu erweitern, allerdings gleich groß nach dem Westen hin. Man war also nur gegen die einseitige und damit diskriminierende Schutzlosigkeit auf deutschem Gebiet. Dies hätte die Möglichkeit geboten, zwischen den beiden Völkern eine tatsächliche Friedenszone zu schaffen. Für Frankreich wäre dabei noch ein entscheidender Vorteil erhalten geblieben. Während die deutsche Westgrenze noch unbefestigt war, hätte sich Frankreich hinter oder neben der entmilitarisierten Zone auf die gepanzerte Grenze der Maginotlinie stützen können.

Deutschland hat aber nicht nur eine wirksamere, weil gerechte Entmilitarisierung angeboten, sondern auch den Locarno-Vertrag nicht für beendet erklärt, vielmehr ihn erneuern wollen, und zwar auf einer gerechteren und damit stabileren Grundlage. Das war gerade der konstruktive Sinn der Rede Hitlers vor dem Reichstag am 7. März 1936.

Ein 25 jähriger Vertrag sollte den Frieden im Westen sichern; für die gegenwärtige und auch für die kommende Generation, die bereits in dieses Freundschaftsverhältnis hätte hineinwachsen können. Da auch dieser erneuerte und erweiterte Locarno-Vertrag unter die Garantie von Italien und Großbritannien gestellt werden sollte, wären denkbar starke Sicherungen für seine Dauer und Verbindlichkeit eingebaut worden. Das war wirklich aus dem beschworenen »Geist von Locarno« gedacht. Unter diesen Voraussetzungen war Deutschland auch bereit, wieder in den Völkerbund zurückzukehren, der nun endlich seine eigentliche Aufgabe hätte erfüllen können.

Doch das Echo aus Paris war enttäuschend. Noch immer schien der Geist Clemenceaus den Quai d'Orsay zu beherrschen. Wie Hitlers Interview mit de Jouvenel so stieß auch der leidenschaftliche Friedensappell vom 7. März 1936 auf verstopfte Ohren.

Mit dem Interview vom 21. Februar hatte man sich übrigens einen schmutzigen Trick erlaubt, der kennzeichnend ist für die damaligen Tendenzen: Das Interview sollte am 23. Februar im »Paris-Midi« erscheinen, um noch rechtzeitig vor der Parlamentsabstimmung über den französisch-sowjetrussischen Pakt der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu kommen. Doch erst fünf Tage später, am Tage *nach* der Abstimmung, am 28. Februar 1936, wurde der Wortlaut veröffentlicht. Als der französische Botschafter anschließend im Auftrage seines Außenministers Hitler in Berlin aufsuchte, erhielt François-Poncet eine scharfe Abfuhr:

»Ich werde antworten, so wie man auf einen Betrug antwortet. Denn man hat mich betrogen; man hat mich zum besten gehabt. Mein Interview mit Herrn de Jouvenel war keine Zustimmung zu Ihrem Sowjetpakt, sondern eine letzte ernste Warnung vor dem Abschluß. Ich habe de Jouvenel vor mehr als acht Tagen empfangen. Er hat sehr gut verstanden, worum es ging. Aber man hat in Paris und wohl auch in Ihrer Botschaft das Erscheinen des Artikels verzögert, um das französische Volk über meine Absichten zu düpieren.«[18]

Man sollte dabei den kommunistischen Einfluß in Frankreich nicht unterschätzen, der durch den Militärpakt neuen Auftrieb erhielt und für Deutschland die bolschewistische Bedrohung auch von dieser Seite her verstärkte. Letzten Endes hat sich die Befreiung des Rheinlandes in erster

Linie gegen jene Gefahr im Osten gerichtet. In der schon erwähnten entscheidenden Sitzung in der französischen Kammer am 27. Februar 1936 hat der Abgeordnete Herriot offen von der drohenden Bolschewisierung Frankreichs gesprochen, von der ständigen Einmischung der Komintern und von den Geldern, die aus Moskau in die Kassen der französischen Bruderpartei geflossen seien. Mit einer knappen Mehrheit von rund 60 % entschied sich die Kammer dann dennoch für die Ratifizierung des verhängnisvollen Paktes.

Sarraut will Krieg

Den Grad der Erstarrung der französischen Politik zeigt die Tatsache, daß man jedem Versuch ausgewichen ist, die deutschen Friedensvorschläge auch nur zu diskutieren. Sie wurden ignoriert. Es begann das Spiel mit dem Zweiten Weltkrieg, die Erneuerung der »Entente cordiale«, es begannen wieder die Fühlungnahmen der französischen und englischen Generalstäbe. England und Italien wurden offenbar aufgefordert, gegen Deutschland militärische Maßnahmen zu ergreifen. Die Gespenster von 1914 traten aus ihren Grüften und verscheuchten die Hoffnung auf einen europäischen Völkerfrieden. Man schreckte nicht davor zurück, aus einem zweitrangigen Anlaß wiederum eine Weltkatastrophe auszulösen. Zum Unterschied von 1914 wurden die Politiker durch die Militärs auf den Boden der Wirklichkeit zurückgeholt. Kleist schildert die groteske Szene zwischen Sarraut und Gamelin in Paris:

»Die Militärs erscheinen. Sarraut springt ihnen mit seinen Fragen entgegen: Was tun wir? Welche militärischen Schritte unternimmt Frankreich als Maßregel gegen die deutschen Provokationen? Wie ist der Zustand des französischen Heeres, und wann können seine Aktionen beginnen?

Was er zur Antwort erhält, ist niederschmetternd. Jawohl, die Truppen an der Grenze sind im Alarmzustand. Die Maginotlinie ist besetzt. Dahinter marschieren die farbigen Truppen aus dem Süden auf. Das ist aber auch alles. ›Es würde nicht den Interessen Frankreichs entsprechen, über die Maginotlinie hinauszugehen‹, stellt mit seiner leisen zögernden Stimme der Generalstabschef Gamelin abschließend fest.«[19]

In Paris beschlossen die Vertreter Englands, Belgiens, Italiens und Frankreichs, Deutschland aufzufordern, das Rheinland sofort wieder zu räumen, widrigenfalls Sanktionen verhängt würden. Man faßt den Beschluß, zu diesem Zweck den Völkerbundsrat am 14. März nach London einzuberufen. England bremst den französischen Fanatismus. Am 18. März erklärte dort Eden:

»Der Einmarsch deutscher Truppen in die Rheinzone stellt eine Verletzung des Versailler Vertrages dar. Allerdings bedroht er nicht den Frieden und fordert nicht jene unmittelbare Aktion heraus, die der Locarnovertrag unter gewissen Umständen vorsieht. Der deutsche Einmarsch bedroht zwar Frankreichs Macht, aber nicht Frankreichs Sicherheit.«

Weitere Abkühlung bringt der italienische Delegierte Grandi, der es ablehnt, nach der bisherigen Sanktionspolitik gegen Italien jetzt zugleich in der Rolle des Angeklagten und des Richters aufzutreten. Wiederum verhindern Differenzen zwischen den Alliierten die Wiederherstellung jener Einheitsfront, die 1914 den Ersten Weltkrieg verursacht hat. Dennoch bewegt man sich hart am Rande der Katastrophe, und zwar aus einem Anlaß, der überhaupt in keinem Verhältnis steht zu dem Risiko, dem man sich nähert. Auch in diesem Sinne sind jene Ereignisse im Frühjahr 1936 ein makabres Vorspiel der Katastrophe vom September 1939.

Ribbentrop vor dem Völkerbund

Vor der 91. Sitzung des Völkerbundrates in London hatte Botschafter von Ribbentrop noch einmal Gelegenheit, den deutschen Friedensplan zu erläutern und die Stellungnahme der Reichsregierung zu begründen. Er erklärte am 19. März 1936 u. a.:

»1. Dieses Bündnis bedeutet die Zusammenfügung zweier Staaten, die, eingerechnet der für militärische Hilfeleistung in Frage kommenden kolonialen Gebiete, etwa 275 Millionen Menschen umfassen.

2. Die beiden vertragschließenden Parteien gelten jede für sich zur Zeit als die stärksten Militärmächte der Welt.

3. Dieses Bündnis richtet sich ausschließlich gegen Deutschland.
4. Sowjetrußland, das an sich, durch weite Räume von Deutschland getrennt, von diesem gar nicht angreifbar wäre, hat sich durch einen analogen militärischen Bündnisvertrag mit der Tschechoslowakei indirekt an die deutsche Grenze vorgeschoben.
5. Frankreich und Rußland erheben sich nach diesem Bündnis zum Richter in eigener Sache, indem sie gegebenenfalls auch ohne einen Beschluß oder eine Empfehlung des Völkerbundes selbständig den Angreifer bestimmen und somit gegen Deutschland nach ihrem eigenen Ermessen zum Kriege schreiten können.«

Von Ribbentrop faßt dann die einzelnen Vorschläge und Angebote der deutschen Regierung in folgenden Punkten zusammen:

»Der deutsche Reichskanzler konnte auf die Dauer einer solchen Entwicklung gegenüber nicht untätig zusehen. Immer hat er in den Jahren seit seinem Regierungsantritt Frankreich die Hand zur Versöhnung hingestreckt. Er hat der Welt eine ganze Anzahl Angebote zur Befriedung gemacht.

Das Angebot zur absoluten Abrüstung: Es wurde abgelehnt.

Das Angebot eines allgemein gleichen 200 000-Mann-Heeres: Es wurde abgelehnt.

Das Angebot eines 300 000-Mann-Heeres: Es wurde abgelehnt.

Das Angebot eines Luftpaktes wurde abgelehnt mit der Begründung, es könne ein solcher Pakt nur im Zusammenhang mit der von Deutschland geforderten Unterzeichnung eines Ostpaktes stattfinden.

Das Angebot zu einer großzügigen Befriedung Europas vom 21. Mai 1935: Es wurde einfach übergangen, ausgenommen jene Proposition, die dann später der englisch-deutschen Flottenabmachung zugrunde gelegt wurde.

Wieder und wieder hat der deutsche Reichskanzler seine Befriedungsangebote unterbreitet, und – ich darf es hier sagen – er und ganz Deutschland hatten gehofft, daß der russisch-französische Vertrag nicht ratifiziert würde. Als diese Ratifizierung vor kurzem dennoch von der französischen Kammer vorgenommen wurde, hat endlich der deutsche Reichskanzler im Bewußtsein der ihm obliegenden schweren Verantwor-

tung für das Schicksal und die Sicherheit des ihm anvertrauten Volkes die einzig mögliche Konsequenz aus diesem Vorgehen Frankreichs gezogen. Er hat daraufhin die volle Souveränität des Reiches über das gesamte Reichsgebiet wiederhergestellt. Maßgebend für diesen Entschluß der Deutschen Regierung war die für sie pflichtgemäße politische Erwägung und Berücksichtigung der Tatsache, daß

1. der Rheinpakt von Locarno durch das einseitige Vorgehen Frankreichs dem Buchstaben und dem geschichtlichen Sinne nach entwertet und damit aufgehoben wurde, und daß
2. im Hinblick auf die neue französisch-russische Militärallianz Deutschland ohne weiteren Verzug die primitivsten Rechte einer Nation zur Sicherung ihres eigenen Territoriums wiederherstellen mußte.

Die Deutsche Reichsregierung muß daher den Vorwurf, den Vertrag von Locarno einseitig verletzt zu haben, als unrecht und unbillig zurückweisen. Es war ihr gar nicht mehr möglich, einen Vertrag zu verletzen, der de facto durch die Handlungsweise des anderen Partners als erloschen zu betrachten war.«[20]

Auch Ribbentrop hat vergeblich gesprochen. Die Entscheidung war bereits gefällt. Man war nicht mehr bereit oder auch nicht in der Lage, den deutschen Gründen die alliierten Argumente gegenüberzustellen – Demokratien, die nicht debattieren, sondern diktieren . . . 17 Jahre nach Versailles!

Der deutsche Friedensplan

Daß es nicht schon 1936 zum Zweiten Weltkrieg kam, lag weniger an den Wünschen und Absichten Frankreichs und seiner Bundesgenossen im Süden und Osten Europas. Nur die Entfremdung zwischen Italien und Frankreich–England durch den Abessinien-Konflikt hemmte die Kriegstreiber.

Darauf war auch der Zeitpunkt der deutschen Aktion berechnet. Die Erfahrungen seit 1919 ließen der Reichsregierung keine andere Wahl und Möglichkeit offen. Da sich Verhandeln als zwecklos erwiesen hatte, blieb nur noch das Handeln. Dazu allerdings zeigte sich die neue Regierung im

Unterschied zu ihren Vorgängerinnen fähig und entschlossen. Sie hatte die Tat vom 7. März 1936 dennoch mit einem Angebot verbunden, das gegenüber Frankreich den gleichen Friedenswillen bekundete wie der Flottenvertrag gegenüber England. Es war der letzte Versuch, Frankreich von jenem verhängnisvollen Weg zurückzureißen, den es durch das Paktieren mit dem stalinistischen Imperium zu beschreiten begann.

In nüchterner Einschätzung dieser Gefahr für Deutschland und Europa unterbreitete die Reichsregierung trotz aller Enttäuschungen den letzten, großangelegten Friedensplan vom 31. März 1936, der als geschichtliches Dokument noch lange nicht hinreichend gewürdigt worden ist. Er wiederholt die Vorschläge im Memorandum der Reichsregierung vom 7. März 1936. Hitler hatte darin den Schwerpunkt bewußt auf die Veränderung der europäischen Machtverhältnisse gelegt, auf die Einbeziehung eines »unberechenbaren osteuropäisch-asiatischen Faktors in das europäische Gleichgewichtsfeld«. Er wandte sich gegen alle Versuche, diese Entwicklung zu verharmlosen, und konnte sich dabei auf die Ausführungen von Ministerpräsident Herriot in der französischen Kammer vom 20. Februar 1936 berufen. Der französische Regierungschef hatte damals zugegeben, daß die russische Armee eine Friedensstärke von 1 350 000 Mann und eine Kriegsstärke mit Reserven von 17,5 Millionen Mann besitze, mit der größten Panzerwaffe ausgestattet sei und über die größte Luftwaffe der Welt verfüge:

»Die Heranziehung dieses gewaltigsten militärischen Faktors, der auch in seiner Beweglichkeit und in seiner Führung als ausgezeichnet und jederzeit einsatzbereit geschildert wurde, in das mitteleuropäische Spielfeld zerstört jedes wirkliche europäische Gleichgewicht.«[21]

Hitler hat bei dieser Gelegenheit auch präzisiert, was er unter »Verzicht auf territoriale Forderungen in Europa« verstanden haben wollte. Der Wortlaut dieser Erklärung wurde vom amerikanischen Ankläger Alderman nur ungenau und verstümmelt wiedergegeben. Die betreffende Stelle lautet:

»Wir haben in Europa keine territorialen Forderungen zu stellen. Wir wissen vor allem, daß alle die Spannungen, die sich entweder aus

falschen territorialen Bestimmungen oder aus den Mißverhältnissen der Volkszahlen mit ihren Lebensräumen ergeben, in Europa durch Kriege nicht gelöst werden können. Wir hoffen aber, daß die menschliche Einsicht mithelfen wird, das Schmerzliche dieser Zustände zu mildern und Spannungen auf dem Wege einer langsamen evolutionären Entwicklung in friedlicher Zusammenarbeit zu beheben.«[22]

Das bedeutet doch, daß die europäischen Spannungen und Probleme nicht durch Krieg gelöst werden sollen. Es wird aber genauso deutlich gesagt, daß die schmerzlichen Zustände und Spannungen behoben werden müßten, wenn auch auf dem Wege einer langsamen evolutionären Entwicklung. Damit sind die deutschen Revisionsforderungen nicht preisgegeben, sondern ausdrücklich aufrechterhalten.

Die Verwirklichung dieses Friedensplanes auf der Grundlage politischer Vernunft und Gleichberechtigung hätte für Generationen Sicherheit, Frieden und Wohlstand ermöglicht. Nie zuvor war Europa eine solche Chance geboten worden; nie wurde sie leichtfertiger verspielt. Der Friedensplan bedeutete die höchste und, wie wir heute wissen, auch die letzte Hoffnung, die Weltstellung unseres alten Kontinents zu retten.

Seiner Wichtigkeit wegen seien hier einige wesentliche Teile wiedergegeben. In Form und Inhalt stellt dieser Plan ein Meisterwerk diplomatischer Strategie und Taktik dar. Wenn es auch nahezu aussichtslos erschien, bei den Machthabern in Paris, London und Italien ein positives Echo zu finden, so wollte man doch über die Regierenden hinweg an das Gerechtigkeitsgefühl und den Friedenswillen der Völker appellieren, auf jeden Fall aber die geschichtliche Verantwortung für die weitere Entwicklung dokumentarisch festlegen. Auch auf die Gefahr hin, einige Argumente zu wiederholen, zitieren wir einige Stellen, die bis in unsere Zeit geschichtliche Bedeutung haben:

»Die Deutsche Regierung möchte weiter in Anlehnung an ihre, in der vorläufigen Note vom 24. 3. 1936 schon mitgeteilte grundsätzliche Einstellung noch folgendes bemerken:

A. Deutschland hat im Jahre 1918 den Waffenstillstand abgeschlossen auf Grund der 14 Punkte Wilsons. Diese sahen keinerlei Einschränkung der deutschen Souveränität im Rheinland vor. Im Gegenteil: Der hauptsächlichste Grundgedanke dieser Punkte war, durch eine neue Völ-

kerordnung einen besseren und dauerhaften Frieden aufzubauen. Er sollte in weitestem Umfange dem Selbstbestimmungsrecht gerecht werden, und zwar ohne Rücksicht auf Sieger oder Besiegte!

B. Der Königlich Britische Außenminister hat in seiner Rede vom 26. März über die entmilitarisierte Zone mitgeteilt, daß diese letzten Endes nur als Ablösung für eine eigentlich von Frankreich im Jahre 1918 angestrebte Lostrennung des Rheinlandes von Deutschland errichtet wurde. Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß die entmilitarisierte Zone selbst nur als Folge der vorausgegangenen Verletzung einer auch die Alliierten bindenden Verpflichtung entstanden ist ...«

Besonders eindringlich warnt die Reichsregierung vor einer Wiederholung der Einkreisungspolitik von 1914: »Es ist kein Zweifel, daß die Tendenz, Europa mit Militärbündnissen zu durchziehen, überhaupt dem Geist und Sinn der Aufrichtung einer wirklichen Völkergemeinschaft widerspricht. Es wächst die große Gefahr, daß aus dieser allgemeinen Verstrickung in militärische Allianzen ein Zustand entsteht, der jenem gleicht, dem die Welt den Ausbruch ihres furchtbarsten und sinnlosesten Krieges mit in erster Linie zu verdanken hatte.«

Gegenüber einer solchen Gefahr wäre jede Verstärkung der Rüstung gerechtfertigt gewesen. Am 8. April 1938 hat Chamberlain für die ungleich günstigere englische Lage gefordert: In einer bewaffneten Welt, muß man selbst bewaffnet sein. Man müsse seine »Verteidigungs- und Angriffswaffen« so aufbauen, daß niemand in Versuchung gerate, einen Angriff zu wagen.[23]

Deutschland hat dennoch wiederholt versucht, ein solches Wettrüsten zu stoppen. Die deutschen Friedensvorschläge gipfelten in einem konkreten Abrüstungsprogramm:

»Die Deutsche Regierung schlägt daher für diese Konferenz zunächst als praktische Aufgaben vor:

1. Verbot des Abwurfs von Gas-, Gift- und Brandbomben.
2. Verbot des Abwurfes von Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich außerhalb der Reichweite der mittleren schweren Artillerie der kämpfenden Fronten befinden.
3. Verbot der Beschießung von Ortschaften mit weittragenden Kanonen außerhalb einer Gefechtszone von 20 Kilometern.

4. Abschaffung und Verbot des Baues von Tanks schwerster Art.
5. Abschaffung und Verbot schwerster Artillerie ...«

»Die Deutsche Reichsregierung glaubt, mit dem oben niedergelegten Friedensplan ihren Beitrag geleistet zu haben zum Aufbau eines neuen Europas auf der Basis der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zwischen souveränen Staaten. Manche Gelegenheiten zu dieser Befriedung Europas, zu der Deutschland in den letzten Jahren so oft die Hand bot, sind versäumt worden. Möge dieser Versuch einer europäischen Verständigung endlich gelingen.«[24]

Hält man den heutigen Hofhistorikern solche Dokumente entgegen, dann antworten sie mit ähnlichen Argumenten wie die damaligen Exponenten der Versailler Politik in Paris und London. Sie unterstellen dabei sowohl den Westmächten wie der deutschen Führung Auffassungen, die beiden nicht gerecht werden. Wäre die deutsche Reichsregierung so töricht gewesen, sich in offiziellen Vorschlägen und Dokumenten nur zum Schein solchen Bedingungen zu unterwerfen, dann hätte sie ihren Partnern eine einzigartige Gelegenheit geboten, durch Eingehen auf ihre Vorschläge derartige Manöver zu durchkreuzen und die Reichsregierung als unglaubwürdig und damit als verhandlungsunfähig zu entlarven. Und man sollte auch den alliierten Staatsmännern nicht einen solchen Grad von Naivität und Unfähigkeit unterstellen, daß sie sich eine solche Gelegenheit hätten entgehen lassen.

Zurück zur Militärallianz

In Wirklichkeit waren sich Paris und London der inneren Schwäche ihrer Argumentation durchaus bewußt und haben deshalb konsequent verhindert, daß über die Pläne und Angebote der Reichsregierung überhaupt diskutiert werden konnte. Eine große Stunde europäischer Verständigung wurde so für immer verspielt. Am 8. April 1936 antwortete Frankreich mit der abgestandenen Phrase von der Heiligkeit jener Verträge, deren Voraussetzungen es selbst zerstört hatte, mit den Argumenten aus der Versailler Mottenkiste von der »kollektiven Sicherheit«, die nur die französische Hegemonie garantieren sollte. Man wollte das

Rad der geschichtlichen Entwicklung auf das Jahr 1919 zurückdrehen, und zwar ohne Rücksicht darauf, daß sich zumindest die Lage in Osteuropa grundlegend gewandelt hatte. Der unglaubwürdige Inhalt der französischen Antwort wurde durch ihre beleidigend arrogante Formulierung nicht überzeugender.

Das Friedensgerede in der französischen Stellungnahme wurde gerade dadurch unglaubwürdig, daß man die einseitige Entmilitarisierung des Rheinlandes verewigen wollte, die nur aggressiven Zielen der Versailler Mächte dienen sollte. Die entmilitarisierte Zone hätte wenig Wert gehabt zur Verteidigung gegenüber einem deutschen Angriff; sie konnte nur militärisch sinnvoll sein für Angriffszwecke Frankreichs. Man müßte die Intelligenz der treibenden Kräfte am Quai d'Orsay unterschätzen, wollte man annehmen, sie wären von der Wahrhaftigkeit und Logik ihrer Argumente selbst überzeugt gewesen. Übrig bleibt also nur eine andere Deutung: Frankreich hatte längst selbst erkannt, daß die Versailler Konstruktion nicht mehr tragfähig war. Seine Hegemonie konnte darauf nicht mehr länger gestützt werden. Der Sanktionsmechanismus hatte sich gegenüber Italien als unzureichend erwiesen. Darum kehrte man zum System der Militärallianzen von 1914 zurück, diesmal allerdings im Bunde mit einer Macht, die viel gefährlicher geworden war, für Freunde und Feinde, bedrohlicher als das zaristische Rußland: mit dem stalinistischen Imperialismus.

Laval scheint etwas von den unheimlichen Folgen geahnt zu haben: »Die Sowjets wollen einen Vertrag, um Krieg zu führen; ich aber, um einen Krieg zu vermeiden.«[25]

Die Reichsregierung hatte in jenen Jahren vor dieser Entwicklung immer wieder gewarnt. Über die ersten Anfänge berichtet der Geschäftsträger der tschechoslowakischen Regierung in Paris, Ibl, am 13. Juli 1934, daß Frankreich »trotz aller offizieller Versicherung der Treue zu Genf sich in Wirklichkeit von Genf abwendet und zu dem Vorkriegssystem der militärischen Allianzen zurückkehrt.«[26] Dies beweist, daß man die französischen Vorwände und Argumente jetzt, nach einem zeitlichen Abstand von Jahrzehnten, nicht mehr ernst nehmen darf.

Nach französischem Vorbild hat man auch in London keine ernsthafte Antwort auf die deutschen Vorschläge versucht. Die englische



Reichstagsrede zur Rheinland-Befreiung
(7. 3. 1936)



Nach Verkündung der Wehrpflicht

SICHERHEIT AUCH FÜR DEUTSCHLAND

Wirtschaft und Rüstung im Wieder-Aufbau. *Hitler, Dr. Schacht, Dr. Todt*

Dollfuß, Diktator von Roms Gnaden

Vox populi, vox dei!

WIEDERVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN

Soldaten aus dem Reich und aus Österreich »erobern« sich

Gouvernante sandte am 6. Mai 1936 einen impertinenten Fragebogen, der eher einem Verhör glich als einer politischen Stellungnahme. Wie in Paris der Geist Clemenceaus alles überschattete, so schien in London erneut Vansittart zu herrschen. Das war wieder die Sprache des Lügenlords, die er dann später im »Black Record« verstärken sollte. Professor Tansill urteilt über die damalige Entwicklung: »Die britische Politik hatte sich plötzlich von der Verständigung zur Drohung gewendet: ... Eden vollzog die politische Wendung gegen Deutschland trotz der wohlbekannten Tatsache, daß die deutsche militärische Stärke das Hauptbollwerk gegen den Bolschewismus war, der dauernd Europa zu überfluten drohte.«[27]

Hätten die Regierungen in Paris und London die Rückwendung zur Versailler Politik in jenen Tagen der Zustimmung oder Ablehnung ihrer Völker unterbreitet wie die Reichsregierung die Rheinlandbefreiung bei der Reichstagswahl am 29. März 1936, dann hätten sie kaum 99 % Jastimmen erreicht. Wie die deutschen Truppen auf rheinischem Boden begeistert begrüßt und mit Blumen überschüttet wurden, so hatte auch die anschließende Volksabstimmung gezeigt, daß die Reichsregierung hier die Vollstreckerin des Volkswillens gewesen war.

Polen wollte Krieg

Die Mehrzahl der Wähler ahnte damals freilich nicht, wie gefährlich der Weg war, den die Regierung beschreiten mußte, um die deutsche Gleichberechtigung zu erreichen. Frankreich hatte bereits die Teilmobilisierung beschlossen, war mit einer motorisierten Armee von 250 000 Soldaten aufmarschiert, es stellte zugleich an England eine Forderung, deren Erfüllung den Weltkrieg entfesseln hätte müssen, es verlangte von London, zu Wasser, zu Lande und in der Luft militärische Maßnahmen zu ergreifen.

Die osteuropäischen Satelliten wurden gleichfalls aufgefordert, militärische Aktionen zu beginnen, um die Brandfackel des Krieges auch nach Süd- und Osteuropa zu werfen. Die in Versailles gelegten Zeitminen drohten rechtzeitig zu explodieren. Am weitesten hatte sich dabei jener

Staat vorgewagt, der dem deutschen Sieg über das zaristische Rußland 1917 seine Wiedererstehung verdankt, dem das neue Deutschland als erstem Nachbarn 1934 die Hand zur Versöhnung entgegengestreckt hat: Polen. Unter Bruch des Nichtangriffspaktes vom 24. Februar 1934 bot die polnische Regierung der französischen sofortige militärische Hilfe an, wenn Frankreich Deutschland mit Krieg überfallen werde.

Schon 1933 war Polen jener Staat, der als erster die Keime einer deutschen Wiedergesundung durch Krieg niederwalzen wollte. Der tschechoslowakische Gesandte in Warschau, Girsa, berichtete am 10. Mai 1933, in polnischen Offizierskreisen herrsche die Ansicht vor, daß der Krieg zwischen Polen und Deutschland unvermeidlich sei. Der Gedanke eines Präventivkrieges habe Anhänger »nicht nur in Marschall Pilsudski, sondern auch im Generalstab, der schon gewisse Maßnahmen an den Grenzen getroffen hat.«[28] Der gleiche Gesandte berichtete am 15. Januar 1934, also wenige Wochen vor dem Abschluß des deutschen Nichtangriffspaktes, aus Warschau, daß die polnischen Militärkreise kein Vertrauen zu irgendwelchen Verhandlungen mit Deutschland hätten. Er habe herausgehört, »daß die polnischen Militärkreise die Möglichkeit eines Konfliktes einzig und allein mit Deutschland sehen und daß sie sich auf diesen Konflikt tatkräftig vorbereiten«.[29]

Professor Hoggan kommt bei der Untersuchung der Akten und Dokumente jener Zeit zu dem Ergebnis, Pilsudskis Pläne für einen Präventivkrieg gegen Deutschland seien von 1933 ab ein umstrittenes Thema gewesen. Erst 1958 seien diese Zweifel endgültig beseitigt worden: »Damals enthüllte Vansittart mit Genehmigung der englischen Regierung die Authentizität der Pilsudskischen Kriegspläne von 1933, 25 Jahre nach ihrer Entstehung.«[30]

Richard Breyer kommt zu ähnlichen Feststellungen. Pilsudski habe 1933 versucht, »Frankreich zu einem Präventivkrieg gegen Deutschland zu bewegen«.[31] Er weist darüber hinaus nach, daß ein unmittelbarer Zusammenhang bestand zwischen der Entmilitarisierung des Rheinlandes und den französisch-polnischen Beistandsverpflichtungen: Die polnische Politik habe ein Doppelspiel getrieben, um nach außen die Verpflichtungen des Nichtangriffspaktes vorzutäuschen, gleichzeitig aber die alten militärischen Bindungen an Frankreich aufrechtzuerhalten. Das Rhein-

land sei sogar »der Angelpunkt der polnisch-französischen Militärkonvention« gewesen. Nur vom entmilitarisierten Rheinland aus »konnte eine offensive Hilfestellung Frankreichs für Polen wirksam werden«. Die »Besetzung der Rheinbrücken« galt schon in Versailles, wie das französische Gelbbuch beweise, als »unerläßlicher Schutz für die neuen Staaten, die die Alliierten im Osten und Süden Deutschlands ins Leben gerufen hatten.«[32]

So hat Polen den Nichtangriffspakt verstanden und gehalten. Den Dank für die deutsche Versöhnungsbereitschaft von 1934 hat es 1936 abgestattet. Der polnische Außenminister Beck hatte rechtzeitig erkannt, daß der französisch-russische Pakt eine direkte Bedrohung Deutschlands darstelle. Er erwartete sogar eine deutsche Gegenaktion im Rheinland. Seine Konsequenzen waren indes erstaunlich. Er hoffte auf einen gemeinsamen Krieg mit Frankreich gegen Deutschland:

»Er glaubte, daß die nicht sehr beliebte polnische Regierung durch einen militärischen Sieg über Deutschland ungeheueres Ansehen und zahlreiche Vorteile gewinnen würde.«

Niemand versteht Polens Haltung im Herbst 1939, der nicht die polnischen Aggressionspläne von 1933 und 1936 kennt.

Professor Hoggan stellt zum 7. März 1936 fest:

»Beck zögerte nunmehr keinen Augenblick. Er dachte nicht daran, eine französische Bitte um militärische Hilfe gegen Deutschland abzuwarten. Vielmehr hoffte er, Frankreich durch das Angebot unbegrenzter polnischer Hilfe zum Handeln z w i n g e n zu können. Beck bat, nach einer eiligen Unterredung mit Eduard Rydz-Smigly, den französischen Botschafter Leon Noël am Nachmittag des 7. März zu sich. Er überreichte dem Botschafter eine eindeutige Erklärung und erklärte, Polen würde Deutschland im Osten angreifen, wenn Frankreich bereit sei, nach Westdeutschland einzumarschieren.«[33]

Becks Kriegsbegeisterung

Beck hatte es so eilig, daß er mit Rydz-Smigly nur noch telefonisch konferierte. Er war schwer enttäuscht, in Frankreich nicht die sofortige Kriegsbegeisterung und den Dank für das polnische Angebot zu finden.

Noch in seinen Erinnerungen beschwert er sich: »Unglücklicherweise gab es in diesem Moment niemand im Quai d'Orsay, der der Größe der Situation gewachsen gewesen wäre. Außenminister war damals N. Flandin, die traurigste Figur unter meinen ehemaligen Kollegen; er war weit davon entfernt, die Bedeutung unserer Entscheidung zu erfassen . . .«

Ein ähnliches Angebot wollte Beck dem belgischen Gesandten aufdrängen: »Wenn Belgien marschiert, marschieren sofort auch wir.« Er bat den belgischen Gesandten in Warschau dringend, diese Kriegsofferte sofort seiner Regierung zu übermitteln.[34]

Der polnische Außenminister prahlte auch gegenüber seinen Mitarbeitern, daß große Dinge bevorstünden. Er würde im Kriegsfalle das Ministerium verlassen und den Befehl eines Regimentes übernehmen.[35]

Die polnische Kriegstreiberei war so stürmisch, daß sich Frankreich weigerte, die Angebote Becks zu veröffentlichen. Man muß sie dennoch als Beweis für die Bedrohlichkeit der Lage und für die Kriegsbereitschaft der Versailler Mächte ernst nehmen. Verbunden mit der französischen Teilmobilisierung und der Forderung an England, zu Wasser, zu Lande und in der Luft militärische Operationen zu beginnen, brachten sie Europa an den Rand des Zweiten Weltkrieges.

Hitler war sich des Ernstes dieser Lage bewußt. Vor den Gauleitern erklärte er 1936 » . . . meine Nächte sind voll ernstester Unruhe, mein Schlaf ist mir genommen, wenn ich an dieses Unisonokonzert der Weltmächte gegen uns denke.«[36]

Polen hätte sich dabei allerdings selbst in die größte Gefahr begeben. Seine Kriegsvorbereitungen von 1936 stürzten es in ein ungleich größeres Risiko als die Präventivkriegspläne Pilsudskis 1933. Inzwischen war der polnische Staat durch den französisch-sowjetrussischen Militärpakt in eine bedrohliche Zange geraten. Im Ernstfall hätte die Rote Armee ihre Beistandsverpflichtungen gegenüber Frankreich nur erfüllen können, wenn sie in Polen einmarschiert wäre. Es hätte keinen anderen Weg zum Angriff auf die deutsche Ostgrenze gegeben. Das Schicksal Polens von 1945 hätte es schon 1936 ereilt. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen mit dem zaristischen wie mit dem bolschewistischen Rußland konnte kein nüchterner Politiker und Militär erhoffen, daß die Rote Armee, wenn sie jemals den polnischen Raum, gleichgültig unter welchen Vor-

wänden, besetzen konnte, dieses Polen wieder aus der bolschewistischen Umklammerung entlassen hätte. Die polnischen Amokläufer wären bereits 1936 in das selbstgeschaufelte Grab getaumelt. Die englische Regierung mußte diesen polnischen Chauvinisten nur noch 1939 eine Blankovollmacht für den Krieg ausstellen, und sie begannen jenen Marsch auf Berlin, der ihnen 1933 und 1936 verweigert worden war!

Es ist kennzeichnend für den Tiefstand der offiziellen zeitgeschichtlichen Literatur, daß einer der Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München in seiner Schrift »Das dritte Reich – Grundlagen und politische Entwicklung« noch nach 20 Jahren indirekt bedauert, daß die Rheinlandbefreiung nicht zu einem europäischen Krieg führte.

Der Verfasser, Heinz Buchheim, schreibt über die Lage im Spätherbst 1936: »Frankreich konnte sich nicht zur Mobilmachung entschließen, und England tat nichts, es zu ermutigen. Beide Mächte zeigten, daß sie nicht bereit waren, mit Taten für die von ihnen selbst errichtete Ordnung einzutreten, und ließen die letzte Gelegenheit vorübergehen, Hitler mit verhältnismäßig geringem militärischem Einsatz zum Stehen zu bringen.«[37]

Herr Buchheim vergißt nur zu erwähnen, daß diese »Ordnung« das Versailler Unrechtssystem gewesen ist und der mächtigste Garant dieser »Ordnung« nun die Sowjetunion gewesen wäre, die in dem von Buchheim vermißten Ernstfall als der gefährlichste Feind Europas diesen »militärischen Einsatz« beherrscht hätte.

Um den Grad der Verwirrung durch zeitgeschichtliche Verfälschung ermessen zu können, muß man hier unbedingt wissen, daß dieses Buch in einem Handbuch des Bundesministeriums für Verteidigung als »Grundlage für den staatsbürgerlichen Unterricht der Truppe« empfohlen wird.[38]

Um die Gefahr zu begreifen, die jene von Buchheim zitierte »Ordnung« für das Deutsche Reich bedeutete, muß man bedenken, in welche Lage die Bundesrepublik geriete, wäre sie von einem ähnlichen Einkreisungsring umschlossen, würde sie von Frankreich, England, den USA und dem Sowjetblock gemeinsam von allen Seiten bedroht.

An der Stelle der Ost-West-Spaltung, die dem westdeutschen Staat überhaupt erst eine relative Selbständigkeit und damit eine gewisse

Wiedererstarkung ermöglichte, stünde dann die Morgenthau-Politik, wie sie durch Roosevelt und Stalin geplant war und von ihren Nachfolgern durchgeführt worden wäre. Niemand wird bezweifeln, daß dies eine deutsche Wiedergesundung vorzeitig gelähmt haben würde. Nur die Spaltung der Kriegsalliierten hat Westdeutschland eine Frist zur wirtschaftlichen Erholung erlaubt.

Diese Gnadenfrist müßte zur Erforschung der Kriegsschuldursachen von 1939 und 1941 benützt werden, um rechtzeitig zu verhindern, daß eine kommende politische »Ordnung« auf der zweiten Kriegsschuldlüge errichtet werden kann. Um so wichtiger ist auch der hier behandelte Abschnitt der Vorkriegsgeschichte, in welchem die Gleise für die Fahrt in die Katastrophe von 1939 gelegt worden sind.

Eduard VIII. bremst Baldwin

1936 konnten die Kriegstreiber in Warschau, Paris und London in letzter Stunde gebremst werden. Kaum einer hat in Deutschland in jenen Tagen geahnt, wie groß die Gefahr gewesen war. Fritz Hesse, 1935/36 Pressebeirat in London, schildert, wie sich die Entwicklung auch in London dramatisch steigerte. Die englische Regierung sei ursprünglich keineswegs abgeneigt gewesen, die französische Forderung auf sofortige Mobilisierung der britischen Land-, See- und Luftstreitkräfte zurückzuweisen. Zwar habe Lloyd George in der »Times« zugegeben, Hitler sei zu seinem Vorgehen provoziert worden. Lord Lothian habe sogar festgestellt, Hitler sei lediglich in den ihm gehörenden Garten hineingegangen. Doch die Kriegstreiber und Panikmacher unter Führung von Vansittart, Churchill und Duff Cooper versuchten, auf die britische Regierung »einen Druck auszuüben, doch noch im französischen Sinne zu handeln«.

An den deutschen Botschafter von Hoesch wurde um Mitternacht eine Information weitergegeben, »wonach die Generalmobilmachung in England entsprechend den französischen Forderungen unmittelbar bevorsteht«.

Als Hesse sich bei von Hoesch mit dieser Hiobsbotschaft meldete,

hatte dieser bereits ähnliche Warnungen von englischen Freunden erhalten, darunter vom Luftfahrtminister Lord Swinton.

Botschafter von Hoesch sah keinen anderen Ausweg mehr, als, entgegen allen diplomatischen Regeln, sich an den König, an Eduard VIII., zu wenden, später Herzog von Windsor, mit dem er eng befreundet war. Eduard VIII. soll daraufhin den Ministerpräsidenten Baldwin zu sich bestellt haben, um sich in aller Schärfe gegen die Kriegstreiber zu wenden. Hesse berichtet darüber, und wir müssen ihm die Verantwortung für seine beinahe phantastisch wirkende Darstellung überlassen. In Gegenwart von Hesse habe der König den Botschafter angerufen:

»Ich habe meinen Premier empfangen und habe ihm gehörig meine Meinung gesagt, ich sagte dem alten ......, daß ich zurücktreten werde, wenn er Krieg machen sollte. Es hat eine furchtbare Szene gegeben. Sie können beruhigt sein, es gibt keinen Krieg.«

Hesse folgert daraus:

»Die Rücktrittsdrohung des Königs machte es dem Kabinett und der ganzen kriegslüsternen Gruppe unmöglich, zum Äußersten zu schreiten, denn es war klar, daß ein Rücktritt des Königs im Augenblick der Kriegserklärung die öffentliche Meinung in England bis in alle Tiefen gespalten hätte.«[39]

Nach dem Rücktritt Eduards VIII. hatte die Kriegspartei in London einen solchen Widerstand nicht mehr zu überwinden.

Den sinnlosen Kriegsausbruch 1939 kann nur verstehen, wer bedenkt, wie nichtig der Anlaß war, der bereits 1936 zum Krieg in Europa und vielleicht schon damals auch zum Zweiten Weltkrieg zu führen drohte. Deutschland hatte nichts getan, als die Souveränität auch im deutschen Rheinlande wiederhergestellt. Das Versailler Unrechtssystem sollte durch eine europäische Friedensordnung auf der Grundlage politischer und militärischer Gleichberechtigung überwunden werden.

Aus geschichtlichem Zwang mußte zunächst seine Westgrenze, wenn auch unter dem schmerzlichen Verzicht auf Elsaß-Lothringen, geschützt werden. Seit jenem 7. März 1936 stand wieder fest und treu »Die Wacht am Rhein«.

Churchill schmähte später Frankreich, weil es nicht die »allgemeine Mobilmachung befohlen« hatte, um alle anderen zu zwingen, »ihm zu

folgen«. Es hätte sich »um Sein oder Nichtsein« gehandelt, prahlte er wegen der Rheinlandbefreiung. In Frankreich tobte Flandin. Zur »Vorbereitung eines Eingreifens« ließ man die Maginotlinie auf Kriegsstärke besetzen, die nordafrikanischen Divisionen aus dem Süden an die deutsche Westgrenze werfen, für ganz Frankreich Alarmzustand befehlen. Von England forderte Flandin: »Wenn England jetzt handelt, kann es sich an die Spitze Europas setzen ... das ist eine letzte Chance...« Polen und die Kleine Entente waren kriegsbereit: »Und jedes dieser Länder hatte eine Armee, die stärker war als die deutsche Wehrmacht von 1936. Auf diese Weise war ein Geschehen in Gang gesetzt worden, das sehr leicht in einen allgemeinen Krieg ausmünden konnte.«[40]

V

Wiedervereinigung mit Deutsch-Österreich

Die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit im Rheinlande war keine Revision, sondern die Antwort auf die Verletzung der wehrpolitischen Vereinbarungen des Versailler Vertrages. Die Entmilitarisierungs- und Rüstungsklauseln waren hinfällig geworden, weil die alliierten Signatarmächte sie de facto außer Kraft gesetzt hatten. Selbstverständlich hatte diese Rehabilitierung neben einer rechtlichen auch eine politische Seite. Diese doppelte Wirkung hatte auch die deutsche Revisionspolitik. Sie sollte mit der Beseitigung des Versailler Unrechts zugleich die gesamte deutsche Kraft zusammenfassen zu einem großdeutschen Reich, um eine Macht aufzubauen, die stark genug war, die bolschewistische Expansion in Osteuropa zu stoppen.

Für dieses Ziel kämpfte Deutschland gleichzeitig auf dem Boden des Rechtes und der Macht. Weil die Kriegsschuldlüge die politische und juristische Basis des Versailler Diktats gewesen ist, wurde ihre Widerlegung zur Grundlage der politischen und juristischen Wiedergutmachung.

Es erwies sich als unmöglich, die verlogenen Rechtstitel der Pariser Vorortsverträge auf dem Verhandlungsweg zu beseitigen. Die Geschichte der Kriegsschuldlüge und ihrer Überwindung beweist überzeugend, daß die Wahrheit erst zu siegen vermochte, als sie sich auf Macht stützen konnte. Alle anderen Versuche, Appelle an Gerechtigkeit und Gewissen, waren gescheitert. Niemals hätte die deutsche Reichsführung die Unterschrift unter den Artikel 231 widerrufen dürfen ohne die Wiederherstellung der Wehrhoheit und ohne ein Mindestmaß an Rüstung und militärischer Kraft. Nur die Verbindung von moralischen und materiellen Waffen zwang die Alliierten, den Widerruf der Kriegsschuldlüge

hinzunehmen. Die Versailler Diktatoren erkannten die Gefahr, daß diese Rehabilitierung Deutschlands ihren Länderraub, die Erpressungen und Reparationen als rechtswidrig erweisen mußte. Jene wurden dann als verbrecherisch entlarvt, die durch die Verurteilung Deutschlands von ihrer Schuld ablenken wollten. Die Verbrechen, deren man Deutschland angeklagt hatte, mußten nun die Ankläger belasten.

Bis 1914 war die Entscheidung über Krieg und Frieden ein Grundrecht nationaler Souveränität. Der Verlierer hatte die Folgen seiner Niederlage zu tragen; er wurde aber nicht zum Verbrecher erniedrigt. Sieg oder Niederlage blieben eine Machtentscheidung ohne moralische Glorifizierung oder Verdammung. Erst in Versailles hat man den Unterlegenen als die Inkarnation alles Bösen aus der Gemeinschaft der Guten ausgestoßen. Zum ersten Male in der Geschichte wurde über ein weißes Kulturvolk das moralische Todesurteil gefällt. Die Anklage lautete auf Massenmord an 7 Millionen Menschen, auf Gewaltverbrechen an 20 Millionen Menschen. Einziges Motiv der Untaten: die deutsche Welteroberung. Kein Verlust an Land und Menschen, auch nicht die härtesten Reparationen konnten hart genug sein, um dieses größte Verbrechen aller Zeiten zu sühnen. »Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos«, heißt es in der berüchtigten Note der Alliierten vom 16. Juni 1919. So mußte auch die Sühne beispiellos sein.

Die Verurteilung konnte sich nur auf Lüge und Fälschung stützen. Dennoch zwang man den zu Unrecht Verurteilten, dieses Schandurteil auch noch selbst zu unterzeichnen. Dies erniedrigt das Versailler Diktat noch unter den Karthagischen Frieden.

1933 berichtet der amerikanische Historiker Sherwood Eddy, daß von 67 Historikern aus 11 Ländern nur einer die Versailler Beschuldigung aufrecht erhielt.[1]

Lloyd George, neben Clemenceau einer der Hauptschuldigen am Versailler Verdikt, hat bereits am 7. Oktober 1928 in einer Rede in der Guild-Hall in London ein Geständnis abgelegt:

»Die gesamte Dokumentation, die uns Gewisse unserer Alliierten vorgelegt haben, war erlogen und erschwindelt. Wir haben aufgrund von Fälschungen entschieden.«[2]

Vielleicht wiegt noch schwerer die Feststellung des späteren US-Außenministers John Foster Dulles, der 1919 Mitglied der amerikanischen Reparationskommission war. Im November 1938 hatte er eine Erkenntnis niedergeschrieben, deren Veröffentlichung er gegenüber einem Experten der Kriegsschuldforschung, Hermann Lutz, freigab:

»Im Lichte späterer Entwicklungen mag es sein, daß dieser Artikel (§ 231) der wichtigste Einzelartikel in dem Vertrag war. Durch ihn wurde in den deutschen Augen Deutschland mit der moralischen Schuld am Weltkrieg gebrandmarkt, und das deutsche Volk wurde, unter Androhung massenweisen Verhungerns und militärischer Verwüstung, gezwungen, dieses Urteil als wahr anzuerkennen. Es war die Auflehnung des deutschen Volkes gegen diesen Vertragsartikel, die vor allem anderen den Grund legte, für das Deutschland, das wir heute vor uns haben.«[3]

Gegen den einseitigen Schuldspruch protestierten damals auch Ebert und Scheidemann. Sechs Tage nach der alliierten Anklage der deutschen Alleinschuld an sieben Millionen Toten und 20 Millionen Verletzten erwiderte die Reichsregierung in der Note vom 22. Juni 1919:

»Deutschland legt weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß es den Artikel 231 des Friedensvertrages, der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen kann und durch seine Unterschrift nicht deckt.«

Ohne Macht kein Recht

Unterzeichnet wurde dennoch. Unter dem Druck des erwachenden Widerstandes und der Auswirkungen des Diktates hat die neue Regierung dann den Kampf gegen die Alleinschuldlüge, wenn auch defensiv, aufgenommen. Als man am 3. März 1921 zum erstenmal versuchte, in der damaligen Ohnmacht eine Revision des Kriegsschuldurteils durchzusetzen, stieß man auf schroffe Ablehnung.

Lloyd George, damals Ministerpräsident, entgegnete, »daß die deutsche Verantwortung für den Krieg von den Alliierten als chose jugée behandelt werden muß«.[4]

Durch den immer stärker werdenden Widerstand der nationalen

Bewegung sah sich die Reichsregierung am 29. August 1924 veranlaßt, wiederum feierlich gegen die Schuldlüge zu protestieren: »Die Reichsregierung kann ... diesen bedeutsamen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne in der Kriegsschuldfrage, die seit 1919 mit schwerem Drucke auf der Seele des deutschen Volkes lastet, klar und unzweideutig ihren Standpunkt darzulegen. Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden.«

Die Alliierten blieben taub. Statt zu widerrufen, wurden in England und Frankreich neue Anklagen erhoben. Der englische und der französische Botschafter in Berlin übergaben Protestnoten. Am 31. August veröffentlichte der Quai d'Orsay ein Kommuniqué, die deutsche Erklärung widerspreche nicht nur den Tatsachen, sondern sei auch mit den formalen Bestimmungen des Versailler Vertrages unvereinbar. Es hagelte Proteste aller Mitglieder des Versailler Kartells. Doch nicht Paris, sondern London, nicht Poincaré, sondern der smarte MacDonald drohte Berlin, »daß bei tatsächlicher Überreichung der Kriegsschuldnote alles, was bisher geschehen sei, um Deutschlands Situation günstiger zu gestalten, vernichtet wäre. Frankreich und seine Vasallen-Staaten seien entschlossen, den Kriegsschuldspruch erneut bekräftigen zu lassen. Schärfstes Mißtrauen gegen Deutschland werde die Folge sein... Der ganze von Deutschland beabsichtigte Schritt sei für Deutschland und die Welt eine Katastrophe.«[5]

Welch ein Friede, der durch die Wahrheit in eine »Katastrophe« gestürzt werden kann!

Eine weitere Möglichkeit, den Schuldartikel zurückzuweisen, schien sich der Reichsregierung zu bieten, als die Weimarer Republik in den Völkerbund aufgenommen werden sollte. Die Berliner Regierung nahm die Einladung an, richtete aber an die zehn Mitgliedsmächte der Genfer

Liga am 26. September 1925 ein »Verbalmemorandum«. Unter Bezugnahme auf die Erklärungen von 1924 wurde darin festgestellt:

»... daß der etwaige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht so verstanden werden darf, als ob damit die zur Begründung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands aufgestellten Behauptungen anerkannt würden, die eine moralische Belastung des deutschen Volkes in sich schließen...«

Auch dieser Versuch scheiterte. Die französische, die belgische und die englische Regierung entgegneten unzweideutig, daß die beabsichtigte Verhandlung über den Eintritt in den Völkerbund und den Locarnovertrag »den Vertrag von Versailles oder ihr Urteil über die Vergangenheit nicht zu ändern vermag«.[6]

Frankreich weigerte sich, die Note der Reichsregierung entgegenzunehmen; England lehnte sie mit wenigen schroffen Sätzen ab. Die Reichsregierung glaubte dennoch, in Locarno erscheinen zu müssen. Sie hat damit im Kampfe gegen die Kriegsschuldlüge eine ernste Schlappe hingenommen. Zwei Jahre später hat der angeblich so deutschfreundliche französische Außenminister Briand im Februar 1927 diese fatalen Folgen des Locarno-Vertrages im französischen Parlament dankbar bestätigt:

»In Locarno ist der Versailler Vertrag von den Deutschen aus freien Stücken anerkannt worden. Bedenken Sie doch, freie Anerkennung des Versailler Vertrages! Durch den Locarno-Vertrag und die letzten Genfer Abmachungen über die deutsche Entwaffnung haben wir längs der ganzen deutschen Grenze im Westen und im Osten eine entmilitarisierte Zone geschaffen, wie sie nicht einmal der Vertrag von Versailles vorgesehen hatte. Seien wir doch stolz auf das Erreichte!«[7]

In ihrer Ohnmacht und Hilflosigkeit wandte sich die Regierung am 3. Oktober 1925 mit der Erklärung an die Öffentlichkeit, daß »das deutsche Volk sich moralisch nicht an das Versailler Schuldbekenntnis gebunden fühlt«. Den Versailler Mächten genügte natürlich die juristische und politische Bindung!

1927 wandte sich der Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, bei der Einweihung des Tannenberg-Denkmals selbst an die Weltöffentlichkeit:

»Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller

Kriege, weisen wir, weist das Deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück! Der Krieg war für uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber... Deutschland ist jederzeit bereit, dies vor unparteiischen Richtern nachzuweisen.«

Auch die moralische Autorität des Reichspräsidenten konnte an den juristischen Bindungen nichts ändern. Sein Appell verhallte wirkungslos.

Da kein Ruf nach Recht und Gerechtigkeit ein Echo fand, versuchte es 1932 der neue Reichskanzler von Papen mit einem wirtschaftlichen Opfer. Während der Konferenz von Lausanne bot er als Abschlußzahlungen der Reparationen zwei Milliarden Reichsmark an unter der Voraussetzung, daß die Artikel des Versailler Vertrages, die sich auf die deutsche Kriegsschuld bezogen, aufgehoben würden. Der englische Premier MacDonald schien bereit zu sein, das Angebot zu akzeptieren; doch sein französischer Kollege Herriot lehnte entrüstet ab.[8]

Hitlers Wagnis

Der Nationalsozialismus stand von Anbeginn an der Spitze des Kampfes gegen die Kriegsschuldlüge. Ohne Clemenceau und ohne Lenin kein Hitler! Seine Regierung hat dann den Bruch des Versailler Vertrages durch seine Urheber in den Abrüstungsverpflichtungen nachgewiesen und die militärische Gleichberechtigung hergestellt. Sie zerstörte auch das moralisch-juristische Fundament der alliierten Vergeltungspolitik, den Kriegsschuldartikel. Am 30. Januar 1937 wagte es zum erstenmal ein deutscher Staatsmann, vor der Weltöffentlichkeit die erzwungene Unterschrift zu widerrufen und das Schandurteil zu zerreißen.

Wenige Monate vorher, schildert Hermann Lutz, wurde durch den amerikanischen Vertreter beim Völkerbund, Gilbert, dem amerikanischen Außenminister Cordell Hull berichtet, das britische Kabinett sei bereit, die Schuldklauseln aus dem Versailler Vertrag zu entfernen, wenn Deutschland seine Ansprüche auf die geraubten Kolonialgebiete preisgebe.[9]

Die Regierung Seiner Majestät glaubte also, mit der Kriegsschuldlüge ein Kompensationsgeschäft machen zu können, ein eigenartiges Verhält-

nis zur geschichtlichen Wahrheit!Damit wurde endlich bestätigt, daß man auf englischer Seite den Kriegsschuldartikel nur als politische Zwecklüge benützte. Ein Grund mehr für die neue Reichsregierung, endlich das moralische Todesurteil gegen Deutschland vor der Weltöffentlichkeit und vor der Geschichte aufzuheben. Am 30. Januar 1937, 18 Jahre nach der Unterzeichnung der Versailler Lüge, verkündete Hitler im Reichstag:

»Ich ziehe damit vor allem aber die deutsche Unterschrift feierlich zurück von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepreßten Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege besitze.«[10]

Jetzt stand hinter Wahrheit und Recht auch die Macht einer sittlich, politisch und militärisch erstarkenden Nation. Die Erklärungen der vorangegangenen Regierungen waren mit höhnischen Noten der alliierten Regierungen zurückgewiesen worden. Nun wagte keine der Versailler Mächte zu protestieren. Sie nahmen die Zerstörung der »Basis« des Versailler Unfriedens verlegen und stillschweigend zur Kenntnis.

Die französische Presse indes versuchte noch den Einwand, die deutsche Unterschrift könne nur im gegenseitigen Einvernehmen zurückgezogen werden. Als ob diese Unterschrift jemals im gegenseitigen Einvernehmen geleistet und nicht mit Gewalt und Hungerblockade erzwungen worden wäre! Die Brandmarkung Deutschlands war zum Schandmal seiner Widersacher geworden.

Um zu ermessen, welche Entscheidung damit gefallen war, muß man sich nochmals die Feststellung des englischen Premierministers Lloyd George vergegenwärtigen, die er vor der Reparationskonferenz am 3. März 1921 getroffen hatte:

»Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn die Anerkennung versagt oder aufgehoben wird, so ist der Vertrag zerstört...«[11]

»Versailles war tot«, urteilt jetzt der französische Politiker und Historiker Baron Benoist-Méchin. Er würdigte den Widerruf des deutschen Reichskanzlers mit allen Konsequenzen:

»Mit diesen wenigen Worten wurden die Artikel 227–231 des Versailler Vertrages von deutscher Seite zerrissen. Das hört sich unwichtig an, ist aber in Wirklichkeit von außerordentlicher Bedeutung. Denn die deutsche Schuldanerkenntnis war die einzige Rechtfertigung des gesamten Vertrages.«[12]

Sowjets erneuern Kriegsschuldlüge

Erst in den letzten Jahren gibt es wieder »Historiker« und publizistische Nachbeter, die mit der Versailler Lügen-Mumie Wiederbelebungsversuche anstellen. Diese historisierenden Geißelbrüder sollten wissen, daß sie mit ihrem Masochismus im Westen keinen objektiv und gerecht urteilenden Menschen mehr irreführen können. Sie stellen sich jetzt nur noch in den Dienst der bolschewistischen Kriegsschuldlüge. Denn die Sowjets haben von ihren westlichen Bundesgenossen gelernt, wie man mit historischen Lügen Politik macht. So erfrecht sich die Sowjetregierung noch am 10. September 1954 zu behaupten: Man bräuchte sich nur an die letzten 50 Jahre der Geschichte Europas zu erinnern, um festzustellen, daß dieses militaristische Deutschland »in dieser Zeit zweimal einen Krieg entfesselt hat, der den Völkern Europas unermeßliches Leid brachte«.[13]

In einer Note an die Westmächte vom 23. Oktober 1954 wiederholte die Sowjetregierung die doppelte Kriegsschuldlüge des Ersten und Zweiten Weltkriegs, wenn sie behauptet, nach einer deutschen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung werde Deutschland in die Hände »der geschworenen Feinde des Friedens« – der deutschen »Militaristen und Revanchepolitiker« fallen. Auf der sogenannten europäischen Sicherheitskonferenz vom 29. 11. bis 2. 12. 1954 wiederholte Außenminister Molotow die alten Lügen. Die Welt dürfte unter keinen Umständen die Wiedergeburt des deutschen Militarismus zulassen, »der den Ersten und den Zweiten Weltkrieg entfesselt hat«.

Um die letzten Zweifel darüber zu beseitigen, welchem Zweck die sowjetische Kopie der westlichen Kriegsschuldlüge dienen soll, hat die Sowjetregierung in ihren »Entwurf für einen Friedensvertrag« 1959

einen neuen Kriegsschuldartikel eingebaut. Wie der Artikel 231 legt die Präambel zum Friedensvertragsentwurf des Kreml die deutsche Allein- und Kollektivschuld fest. Schuld sei »Hitler-Deutschland« (also nicht nur Hitler) und die »Aggression gegen die Völker Europas, die vom deutschen Militarismus« begangen worden sei. Der sowjetische Kriegsschuldartikel fordert, daß die Nürnberger Geschichtsfälschungen und die darauf basierenden Urteile vertraglich anerkannt werden sollen. Der betreffende Artikel 19 lautet:

»Deutschland erkennt das Urteil des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg und die Urteile anderer Gerichte hinsichtlich der sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands begangenen Verbrechen an, die das Statut dieses Tribunals vorsieht.«[14]

Als die Bundesregierung im Zuge der Aufweichung der »Freien Welt« an die Sowjetregierung eine gutgemeinte »Friedensnote« richtete, erhielt sie am 7. Mai 1966 eine Antwort, in der die Machthaber des Kreml versichern, Deutschlands Alleinschuld am Kriege sei die Grundlage ihrer Politik gegenüber der Bundesrepublik. Wie Chruschtschow 1959, so erklären die Moskauer Diktatoren 1966, daß die »hitlerfaschistische Aggression« und die »Heimtücke des Deutschen Reiches« die rechtliche und politische Grundlage abgäben für die Raubgrenzen im Osten und die Zerstückelung Deutschlands.[15]

Die Herren im Kreml scheinen vergessen zu haben, daß sich Lenin und seine Revolutionäre 1918 und 1919 mit schärfsten Ausdrücken gegen die alliierten »Imperialisten« und ihren Versailler Vertrag gewandt hatten. Nach den Erfahrungen in Nürnberg, wo man gemeinsam mit den »imperialistischen« Anklägern und Richtern anklagen und verurteilen durfte, haben sie inzwischen gelernt, wie man durch historische Fälschungen von den eigenen Verbrechen ablenken und den militärisch Unterlegenen moralisch hinrichten und politisch erpressen kann.

Die Sowjets bestätigen hier auf ihre Weise, daß die Auseinandersetzung mit der Kriegsschuldfrage des Ersten wie des Zweiten Weltkrieges eine wichtige Waffe im Kalten Krieg geworden ist. Schon jetzt soll dadurch auch die Schuldlüge des Dritten Weltkrieges vorbereitet werden. Zunächst aber soll noch vor Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland die Kriegsschuldlüge des Zweiten Weltkrieges festge-

legt werden. Diesen erneuten Anschlag auf die deutsche Ehre und Existenz gilt es nun abzuwehren, ehe es zu spät ist.

Eine der Voraussetzungen dafür ist der Nachweis, daß der Zweite Weltkrieg und die ihm vorausgehende Revisionspolitik eine Folge des Versailler Unrechts gewesen waren und eine Notwehr gegen die bolschewistische Weltgefahr.

Reich und Österreich

Unter Berufung auf die Kriegsschuldlüge und im Namen des Selbstbestimmungsrechtes hat man 1918/1919 die Habsburger Monarchie zerschlagen. Die nichtdeutschen Teile ihrer Bevölkerung wurden entweder in neue Staaten verwandelt oder anderen Staaten angeschlossen. Nur dem Kernland des alten Österreichs wurde diese Selbstbestimmung verweigert; es durfte sich nicht mit den übrigen Gebieten Deutschlands vereinigen.

1866 schied die Habsburger Monarchie aus dem Bund der deutschen Staaten aus. Da der österreichische Staat auch Millionen Slawen und Ungarn umfaßte, blieben die deutschen Teile dieses Reiches auch 1870/71 vom Bismarckreich getrennt. Mit der Aufteilung der Völkerschaften Österreich-Ungarns war dann die geschichtliche Gelegenheit und Notwendigkeit gegeben, den deutschen Rest des ehemaligen Habsburger Reiches mit dem übrigen Deutschland zu vereinigen. Diese Forderung war so selbstverständlich, daß mit Ausnahme der Kommunisten auf beiden Seiten der alten Grenzen die gesamte Bevölkerung und alle ihre Parteien die sofortige Wiedervereinigung forderten.

Die gleichen Friedensmacher, die sich zur Zerschlagung des Osmanischen wie des Habsburger Reiches auf das Selbstbestimmungsrecht beriefen, verweigerten es den Deutschen und verboten im Artikel 88 des Vertrags von Saint Germain und im Artikel 80 des Versailler Vertrages den Zusammenschluß der Deutschen.[16]

Die Vereinigung der Österreicher mit den übrigen Stämmen des deutschen Volkes aber war nicht nur ein volkliches Naturrecht, sondern zugleich eine politische Notwehr gegenüber dem panslawistischen Superstaat im Osten, der im Zusammenspiel mit Frankreich die slawischen

»Brüder« auf dem Balkan und in Osteuropa bald an die Moskauer Kette legen wollte.

Es galt mit der Vorstellung von Selbstbestimmung der Politiker von Saint Germain als vereinbar, daß gleichzeitig die Sudetendeutschen von Deutschösterreich getrennt und einem neukonstruierten tschechischen Zwangsstaat unterworfen wurden. Sie betrachteten es nicht als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht, daß in der Sowjetunion eine russische Minderheit über zahlreiche nichtrussische Völker und Stämme herrschte. Nur die Deutschen in Österreich und im Sudetenland durften mit den übrigen Deutschen keine gemeinsame politische Heimat finden.

Diese Verletzung des deutschen Selbstbestimmungsrechtes wurde umgefälscht in die Wahrung der österreichischen »Unabhängigkeit«. Als ob man eine Bevölkerung zur Unabhängigkeit z w i n g e n könnte! In Wirklichkeit wollte man nur die dauernde Abhängigkeit Restösterreichs von den Versailler Mächten erzwingen. Gegen diese widernatürliche Abhängigkeit richtete sich die Einigungsbewegung auf beiden Seiten der alten Grenzen. Sie bekämpfte jenes Unrecht, das sich später wiederholte, als ein deutscher Teilstaat »DDR« konstruiert wurde, dessen »Freiheit« in der Knechtschaft Moskaus und dessen »Unabhängigkeit« in der Unterwerfung unter die Politik des Kremls besteht.

Auch eine nur oberflächliche Einsicht in die geschichtlichen Zusammenhänge Europas hätte die Machthaber von 1918/19 davor bewahren müssen, eine derart geschichtsfremde und geschichtsfeindliche Entscheidung zu fällen. Das gemeinsame deutsch-österreichische Schicksal geht zurück bis in die Zeit Karls des Großen, der zum Schutze seines Reiches die erste Ostmark geschaffen hatte. Der Sieg Ottos I. auf dem Lechfelde (955) war zugleich eine Entscheidung für Österreich, das dann drei Jahrhunderte unter den Babenbergern das Reich gegen den Osten schützte. Als Österreich durch das alemannische Haus Habsburg regiert wurde, stand es wiederum im Dienste der Reichsidee; Wien wurde Hauptstadt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Die Verteidigung und Befreiung Wiens 1683 war eine gesamtdeutsche Tat.

Der deutsche Dualismus, verkörpert im tragischen Gegensatz zwischen Maria Theresia und Friedrich dem Großen, bedeutete, geschichtlich gesehen, doch nur eine kontrapunktische Spannung innerhalb eines ge-

meinsamen Schicksals. Nach dem staatlichen Ende der alten Reichsform ging 1806 die Reichsidee nicht unter. In den Freiheitskämpfen gegen den korsischen Usurpator kämpften die meisten deutschen Stämme, auch Preußen und Österreicher, unter Gneisenau, Blücher, Scharnhorst und Schwarzenberg für die gemeinsame Nation. Vor der konstituierenden Nationalversammlung am 11. Januar 1849 bekannte der österreichische Abgeordnete Karl Wagner aus Steyr:

»Lassen Sie eine Lücke für uns, daß wir hereinkommen, wir werden kommen, leider vielleicht nicht mehr alle. Wir Deutschen Österreichs kommen, wie und wann, wer kann es sagen? Wer kann im Buche der Zukunft lesen? Wir kommen aber!«

Ludwig Uhland hatte vor ihm 1848 in der Paulskirche erklärt:

»Mag immerhin Österreich den Ruf haben, eine Laterne für den Osten zu sein, es hat einen höheren Beruf, Pulsader zu sein im Herzen Deutschlands!«

Aus geschichtlichem Zwang mußte Bismarck 1866 den Reichsraum zweigeteilt lassen. Doch Königgrätz sollte keine endgültige Entscheidung sein. Paul de Lagarde schrieb 1875: »Nicolsburg kann nicht trennen, was Geographie und Geschichte zum Zusammensein bestimmt haben, auch wenn dieses Zusammensein noch lange nicht eine Einheit sein wird.«

Als nach 1918 das Habsburger-Reich aufgeteilt wurde, war die geschichtliche Stunde gekommen, Deutsch-Österreich für immer zu vereinigen. Erst 20 Jahre später, vielleicht schon zu spät, wurde dann eine nicht nur reichsfremde, sondern auch antieuropäische Spaltung überwunden. 1945 begann man die Vereinigung Europas dadurch vorzubereiten, daß man die vereinigte Mitte des Kontinents erneut aufspaltete.

Bereits am 29. Mai 1919 wurde in der Mantelnote der deutschen Friedensdelegation den Alliierten erklärt:

»Sollte aber die Bevölkerung Österreichs, dessen Geschichte und Kultur seit 1000 Jahren auf das engste mit dem deutschen Stammland verbunden ist, wünschen, den erst in jüngster Zeit durch kriegerische Entscheidung gelösten staatlichen Zusammenhang mit Deutschland wieder herbeizuführen, so kann Deutschland sich nicht verpflichten, dem Wunsche seiner deutschen Brüder in Österreich sich zu widersetzen, da das

Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein und nicht lediglich zuungunsten Deutschlands gelten muß.

Ein anderes Verfahren würde den Grundsätzen der Kongreßrede des Präsidenten Wilson vom 11. Februar 1918 widersprechen.«

1919 aber durfte nicht gelten, was Wilson versprochen hatte. Die im Ersten Weltkrieg besiegelte Kampfgemeinschaft aller deutschen Stämme sollte für alle Zukunft zerschlagen werden.

Die alliierten Architekten des neuen Europa begannen ihr Einigungswerk damit, daß sie 20000 km neue Zollgrenzen, 13 neue Währungen und 9 neue Zollgebiete konstruierten.

Präsident Wilson hatte in seiner Kongreßrede vom 8. Januar 1918 versprochen: »Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Völkern wir sichergestellt und zugesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.«

Verrat an Europa

Im Vertrauen darauf hat einer der führenden Politiker der österreichischen Sozialdemokraten, Dr. Bauer, am 2. November 1918 gefordert:

»Dieses Deutsch-Österreich ist auf sich gestellt, für sich allein kein möglicher Staat ... darum müssen wir für uns das Recht beanspruchen, den Anschluß dort zu suchen, wo wir ihn finden können, wo wir von der Natur aus hingehören und wo man uns nur künstlich vor ein paar Jahrhunderten abgetrennt hat, den Anschluß an das Deutsche Reich zu suchen.«

Am 12. November 1918 hat die »Provisorische Österreichische Nationalversammlung« beschlossen: »Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik, alle öffentlichen Gewalten werden vom Volk eingesetzt. Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.« Der sozialdemokratische Bundeskanzler Dr. Karl Renner hat diesen Beschluß mit den Worten begründet: »Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft!«

Die deutsche Bevölkerung der Weimarer Republik bekundete ihren Willen zur Wiedervereinigung im Artikel 61, Abs. 2 ihrer Verfassung:

»Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimme.«

Diese beiden im wahrsten Sinne des Wortes demokratischen Entscheidungen wurden von den westlichen Demokratien nicht anerkannt, im Gegenteil, der von 200 Abgeordneten der österreichischen Nationalversammlung einstimmig beschlossene Anschluß wurde verboten. Clemenceau fauchte im Auswärtigen Ausschuß des französischen Senats: »Wir werden diese Annektion niemals zulassen«! Die Weimarer Regierung wurde gezwungen, im Versailler Vertrag durch den Artikel 80 ein Anschlußverbot zu unterschreiben. Artikel 61 Abs. 2 der Weimarer Verfassung mußte unter Androhung der Besetzung des rechten Rheinufers am 5. September 1919 außer Kraft gesetzt werden.

Am 6. September 1919 protestierte Bundeskanzler Dr. Renner gegen diese Erpressung:

»Die Nationalversammlung erhebt vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen, daß der Friedensvertrag von Saint Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs zu schützen, dem Deutsch-Österreichischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung mit dem Deutschen Mutterlande, verweigert.«

Die österreichische Nationalversammlung beschloß am 1. Oktober 1920, eine Volksabstimmung durchzuführen. Die Durchführung dieses Beschlusses wurde von den Alliierten durch erneute Androhung jener Hungerblockade verhindert, der in den Jahren 1918/19 bereits 800 000 Deutsche zum Opfer gefallen waren. Sogar der amerikanische Außenminister Lansing erklärte damals:

»Eine klarere Verleugnung des angeblichen Selbstbestimmungsrechtes ist kaum zu denken als dieses Verbot des fast vom einmütigen Wunsche des deutsch-österreichischen Volkes getragenen Anschlusses an Deutschland.«[17]

Eindeutiger konnten die Alliierten nicht beweisen, daß sie 1918, statt einen wirklichen Frieden vorzubereiten, den Krieg mit Raub, Erpressung und Reparationen fortsetzten.

Alle Drohungen reichten nicht aus, um den Volksentscheid im gesamten österreichischen Staatsgebiet zu verhindern. Am 24. April 1921 stimmten 1805 Tiroler gegen und 145 302 für den Anschluß. Am 18. Mai 1921 wurde im Salzburger Land abgestimmt. 877 stimmten gegen, 98 546 für den Anschluß.[18]

Erst im März 1938 sollte jene Entscheidung, die Tirol 1921 gemeinsam mit Salzburg vorweggenommen hatte, vom ganzen deutschen Volke vollzogen werden. Schon in der genannten Rede vom 12. November 1928 hatte Bundeskanzler Dr. Renner vorhergesagt:

»... laßt Österreichs Bürger frei abstimmen, und sie werden mit 99 von 100 Stimmen die Wiedervereinigung mit Deutschland beschließen ...«[19]

17 Jahre später wurde in Nürnberg der gleiche Anschluß zum Verbrechen erklärt, zu einer Teileroberung auf dem Wege zur Welteroberung. Der Anschluß erscheint dort im Urteil unter dem Titel »Der gemeinsame Plan zur Verschwörung und der Angriffskrieg«. Zu Beginn der Verurteilung wegen »Angriffsvorbereitung« wird entrüstet festgestellt, daß Hitler bereits auf der ersten Seite seines Buches die Erklärung abgegeben habe, daß ... Deutsch-Österreich wieder zum großen Deutschen Mutterlande zurück müsse, »und zwar nicht aus irgendwelchen wirtschaftlichen Erwägungen heraus, sondern mit der Begründung, daß gleiches Blut in ein gemeinsames Reich gehöre ...«[20]

Rückschauend läßt sich unschwer erkennen: Die Zwangsregelung von Saint Germain enthielt soviel Sprengstoff, daß der Separatismus unter Dollfuß und Schuschnigg zu einem europäischen Krieg hätte führen können. Die Westmächte haben alles versäumt, was die durch sie geschaffene Krise hätte entschärfen können. Sie haben durch wirtschaftliche und militärische Gewalt und Erpressung diesen gefährlichen Zustand aufrechterhalten und ständig verschlimmert.

Um die aus freiem Willen geforderte Vereinigung von Wien und Berlin zu verhindern, wurde Österreich der Vormundschaft Roms unterworfen. Die separatistische Zwangsgrenze wurde politisch vermint. Man

versuchte die wirtschaftlichen Folgen abzuschwächen, ohne die Ursachen zu beseitigen. Eine Zollunion sollte den damaligen »Eisernen Vorhang« durchbrechen. Dieser Plan hätte als der Keim einer europäischen Neuordnung verstanden werden können.

Am 19. März 1931 hatten sich die Regierungen in Wien und Berlin auf den Zollunionsplan geeinigt und ihn am 21. März den Regierungen in London, Paris und Rom unterbreitet. Man stieß auf schroffe Ablehnung. Die französischen »Paneuropäer« vom Schlage eines François-Poncet und Briand zeigten sofort, daß sie unter Europa nur die französische Vorherrschaft über Europa zu begreifen vermochten. Briand verurteilte den deutsch-österreichischen Plan einer Zollunion als »Rücksichtslosigkeit gegenüber Frankreich«. Damit war auch der wirtschaftliche Ausweg aus dem Notstandsgebiet von Saint Germain endgültig verbaut. Eine nicht nur gesamtdeutsche, sondern europäische Lösung wurde blockiert. Rückblickend stellte der damalige Außenminister Dr. Curtius fest:

»Es ist meine Überzeugung, daß die ganze europäische Entwicklung anders verlaufen wäre, wenn die Staatsmänner Frankreichs, der Tschechoslowakei und Italiens, Briand, Benesch und Grandi, unseren Plan nicht zerstört hätten...«

Auch der »Internationale Gerichtshof« versagte gegenüber einem Plane, der seinen eigentlichen und höheren Aufgaben hätte dienen können. Am 4. September 1931 beugten sich Außenminister Curtius und Bundeskanzler Dr. Schober der Gewalt.

Die Alliierten hatten damit den historischen Beweis erbracht, daß die Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs niemals durch ihre Einsicht und das »Vertrauen des Auslandes« zu erreichen war.

Ein Jahr später zeigte der österreichische Außenhandel bereits ein Defizit von 613 Millionen Schilling. Um den Bankrott der österreichischen Wirtschaft zu vermeiden, hatte Bundeskanzler Dr. Dollfuß am 15. Juli 1932 in Lausanne ein Abkommen unterzeichnet, das Österreich eine Anleihe von 300 Millionen Schilling unter der Bedingung gewährte, daß der Anschluß auf weitere 10 Jahre verboten bleibt. Am 30. August 1932 unterwarf sich der österreichische Nationalrat mit 82 gegen 80 Stimmen dieser Erpressung.

Damit war der Weg eingeschlagen, der in wenigen Jahren zur Kata-

strophe führen mußte. Mußte man sich 1918/19 durch militärischen Zwang, Hunger und Verzweiflung einem solchen Verbot unterwerfen, so sollte nun eine gegen den Volkswillen regierende Diktatur freiwillig durchsetzen, was vorher die Feindmächte aufgezwungen hatten. Die Regierung kämpfte nicht mehr gegen die Urheber von Saint Germain, sondern funktionierte als deren Vollzugsorgan.

Dollfuß verteidigt Saint Germain

Dollfuß und seine Helfershelfer erhoben den Kampf gegen das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Österreich zum Regierungsprogramm, und zwar im bewußten Gegensatz zum demokratischen Willen der Bevölkerung. Um das Diktat von Saint Germain aufrechterhalten zu können, mußten alle Möglichkeiten eines demokratischen Widerstandes beseitigt werden. Niemals hätte die Mehrheit der deutschen Bevölkerung einer Erklärung zugestimmt, wie sie von der Dollfuß-Regierung am 17. Februar und am 27. September 1934 abgegeben wurde: »die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs gemäß den geltenden Verträgen aufrechtzuerhalten.«

Eine solche Festlegung gegenüber den ehemaligen Feindmächten konnte die Wiener Diktatur nur wagen, weil bereits seit 4. März 1933 das parlamentarische Forum, der Nationalrat, ausgeschaltet worden war. Während das Ermächtigungsgesetz in Berlin mit Zustimmung der gewählten Parteien (mit Ausnahme der Sozialdemokraten) nach der Weimarer Verfassung legal beschlossen worden war, hat Dollfuß seine Diktatur auf ein Kriegsgesetz vom 24. Juli 1917 zu stützen versucht. Auf dieser Grundlage verfügte Dollfuß am 24. April 1934 eine neue Verfassung. Um dem autoritären Regime einen demokratischen Mantel umzuhängen, sollte seine »Verfassung« durch den Nationalrat bestätigt werden. Von den 165 Abgeordneten waren nur 76 erschienen, deren Zustimmung nicht rechtskräftig war, weil nach der bisher geltenden alten Verfassung vom 1. Oktober 1920 für eine derartige Verfassungsänderung die Anwesenheit von mindestens der Hälfte sämtlicher Abgeordneten erforderlich gewesen wäre. Die neue Verfassung war also ebenso verfassungs- und rechtswidrig wie das ganze System.

Der austro-faschistische Diktator hat die nur eine Minderheit umfassende Christlichsoziale Partei in seine Staatspartei umgewandelt, ohne auch dabei die Zustimmung der Wähler einzuholen. Die Dollfuß-Diktatur begab sich damit auf die abschüssige Bahn der Illegalität und konnte von diesem Zeitpunkt an auch nur noch mit illegalen Mitteln bekämpft werden. Die Versailler Demokratien bedienten sich also eines autoritären Systems, um in Österreich die demokratische Selbstbestimmung unterdrücken zu können.

Es gab keine echten Parteien mehr. Schon am 19. Juni 1933 war die nationalsozialistische Partei verboten worden. Am 12. Februar 1934 erfolgte das Verbot der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei.

Die Verhinderung des Anschlusses war zum Hauptzweck der Innen- und Außenpolitik geworden. Es lag auf der gleichen Linie, daß am 25. Januar 1934 im Militärpakt zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei gegen den Anschluß militärische Drohungen vereinbart wurden.

Diese illegale Unterdrückung des Volkswillens von außen durch die Alliierten und von innen durch ihren Vasallen Dollfuß führte 1934 zu blutigen Explosionen. Der Aufstand der Arbeiter wurde niederkartätscht. Über 500 Tote und 1000 Verwundete waren die Opfer. Auch die zur Verteidigung einer volksfremden Diktatur mißbrauchten Soldaten und Heimwehr-Angehörigen verloren über 200 Mann.

Bereits am 23. September 1933 hatte Dollfuß begonnen, seine politischen Gegner in Konzentrationslager zu sperren. Die Mehrzahl seiner Opfer waren patriotische Kämpfer für die deutsch-österreichische Wiedervereinigung. Während im Großdeutschen Reich Ende 1939 insgesamt 21 000 Gefangene in Konzentrationslagern festgehalten wurden, von denen bis zu 90% Kriminelle und Asoziale waren, hatte die Dollfuß-Diktatur eine hundertfach höhere Zahl von ausschließlich politischen Gegnern in den sogenannten Anhaltelagern konzentriert. (Rund 20 000 unter 70 Millionen reichsdeutschen, rund 15 000 unter sieben Millionen österreichischen Staatsbürgern.)

Nach der blutigen Niederschlagung des Arbeiter-Aufstandes wurde auch von nationaler Seite versucht, die anschlußfeindliche Regierung zu beseitigen. Fünf Monate nach der Rebellion der Linken wollte eine

Gruppe von Nationalsozialisten gegen den klerikal-faschistischen Polizeistaat revoltieren. Über die Hintergründe der Aktion des Landesinspekteurs Theo Habicht hat Göring in Nürnberg als Zeuge ausgesagt, Habicht habe dem Führer vorgetäuscht, die österreichische Wehrmacht sei entschlossen, die Regierung zum Anschluß zu zwingen oder zu stürzen. Hitler habe daraufhin erklärt, wenn die österreichische Armee eine solche Aktion unternähme, sollte sie politisch von der Partei gestützt werden. In Wirklichkeit sei das nur eine sogenannte Wehrmachtstandarte gewesen, die aus ehemaligen Angehörigen der österreichischen Armee bestand, die der Partei beigetreten waren.

Mit diesem Täuschungsversuch habe Habicht sein Unternehmen begonnen. Hitler habe in Bayreuth Habicht zu sich gerufen und ihm »die allerschwersten Vorwürfe« gemacht und gesagt, »daß er ihn falsch unterrichtet, hintergangen und betrogen hat«. Den Tod von Dollfuß habe Hitler sehr bedauert, auch aus außenpolitischen Gründen, besonders im Hinblick auf Italien... »Man darf nicht vergessen, daß folgende etwas absurde Lage sich schon im Laufe der Jahre ergeben hatte, nämlich, daß ein rein deutsches Land wie Österreich nicht etwa von der Seite des Deutschen Reiches am stärksten regierungsmäßig beeinflußt wurde, sondern von der italienischen Regierung aus. Ich erinnere nur an den Ausspruch Churchills, daß Österreich praktisch eine Filiale Italiens wäre...«[21]

Durch tragische Verkettung unvorhersehbarer Umstände wurde Dollfuß selbst das bedauerliche Opfer der von ihm begonnenen Gewaltpolitik. Die Rache seiner Nachfolger war eher alttestamentarisch als christlich. 13 Nationalsozialisten starben am Würgegalgen.

Die militärische Rückendeckung suchte man weiterhin in Rom. Der Wiener Miniaturdiktator begab sich immer weiter in die Abhängigkeit seines römischen Vorbildes. Wie Ulbricht sich nur halten kann, solange er von seinen Protektoren im Kreml gehalten wird, so konnten sich auch die Wiener Machthaber nur auf jene Macht stützen, die sie in Paris und besonders in Rom geborgt hatten. Den Versailler Demokratien war jetzt die anschlußfeindliche Diktatur viel sympathischer als vorher die anschlußfreundliche Demokratie deutschbewußter Staatsmänner wie Dr. Renner auf sozialdemokratischer oder Dr. Schober und Dr. Ignaz Seipel auf christlichsozialer Seite.

Rom sah im klerikal-faschistischen »Stände-Staat« zunächst Vorteile, die es jedoch sofort gegen höhere Interessen austauschte, als es im Krieg gegen Abessinien auf die deutsche Hilfe angewiesen war. Besonders nach Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges trat das Zusammenwirken gegen den gemeinsamen Feind in den Vordergrund gegenüber der Blokkierung des Anschlusses. Die Zeit war nun vorbei, in der Italien das Land Österreich wie die einstige römische Provinz Noricum behandeln durfte.

Schuschnigg spürte, daß die römischen Stützen nachzugeben begannen. Der damalige österreichische Außenminister Guido Schmidt hat als Zeuge in Nürnberg diese Lageveränderung eingehend beschrieben. Nach den Juliereignissen 1934 hätten England, Frankreich und Italien in Stresa eine Dreimächteerklärung unterschrieben, welche die sogenannte österreichische »Unabhängigkeit« sichern sollte. Auch noch 1935 hätte die Stresa-Front für Österreich diese Funktion erfüllt. Das ging 1936 zu Ende: »Der Zusammenbruch der Stresa-Front, die Folge des abessinischen Unternehmens Mussolinis bedeutete für Österreich den Verlust der einzigen praktischen internationalen Garantie und für Bundeskanzler Schuschnigg die Schaffung einer völlig neuen Situation.« Außenpolitischer Zwang also und nicht bessere Einsicht hat Schuschnigg veranlaßt, »den Weg zu einer Verbesserung der Beziehungen, das heißt, der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich, zu gehen.«

Um die Jahreswende 1937/38 sei dann erneut eine Verschlechterung der außenpolitischen Lage Österreichs eingetreten. Italiens Einsatz zugunsten Francos in Spanien hatte die Gewichte erneut verschoben. »Was wir die ›Wacht am Brenner‹ nennen, hatte praktisch zu bestehen aufgehört, und Deutschland hatte wohl weitgehend freie Hand gegenüber Österreich bekommen.« Schuschnigg klammerte sich nun an die Hoffnung, »diese schwierige Zeit überbrücken und Zeit gewinnen« zu können.[22]

Natürlich gab es auch wirtschaftliche Gründe. Schuschniggs innenpolitische Experimente waren ebenso gescheitert wie das benachbarte

Deutschland sozial und wirtschaftlich immer gesünder und kräftiger wurde. 1936 kamen zum Beispiel in Österreich auf 1000 Einwohner 0,1, im Dritten Reich 7,2 Geburten.

Flucht nach vorne

Aus all diesen Gründen sah sich Schuschnigg zu einer zeitgebundenen Verständigung mit dem bisher verleumdeten und bekämpften deutschen Nachbarn gezwungen. Das Abkommen vom 11. Juli 1936, durch Botschafter von Papen auf lange Sicht vorbereitet, berechtigte zu der Hoffnung, daß es zu einer allmählichen Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen kommen könne. Die Regierung Schuschnigg verpflichtete sich darin, »ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere dem Deutschen Reiche gegenüber, stets nach jener grundsätzlichen Linie zu halten, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht.« Das Verbot der NSDAP blieb weiter bestehen. Nur in Österreich wohnende Reichsdeutsche durften nationalsozialistischen Organisationen angehören. Die Hemmungen des Wirtschaftsverkehrs fielen weg.

Die wichtigste Auswirkung war die Milderung der Gewaltherrschaft. Im Laufe der kommenden Monate wurden 15 583 österreichische Patrioten aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern befreit. Diese Zahl kennzeichnet den Polizeistaat des »österreichischen Menschen«. Zeichen des Wandels war auch die Ernennung von Dr. Seyß-Inquart als Mittelsmann zwischen der Regierung und der nationalen Bewegung. Der 1937 zum österreichischen Staatsrat ernannte Politiker war kein Angehöriger der nationalsozialistischen Partei, ist aber stets für den Anschluß eingetreten.

Die befreiten Nationalisten kehrten in ihre heimatlichen Städte und Dörfer nicht als Umerzogene zurück, sondern als glühende Bekenner ihrer großdeutschen Ideale. Für die nächste Zukunft aber waren jene Hoffnungen entscheidend, die in einem Zusatzabkommen erweckt wurden, wonach zu einem gegebenen Zeitpunkt »eine Volksabstimmung über die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich« durchgeführt werden sollte.[23] Die Unterdrückung hatte jene nationalen Kräfte nur gestaut, die

sich nun durch die vereinbarten Erleichterungen stärker denn je auszuwirken begannen.

Die Wirtschaftslage vermochte Schuschnigg kaum zu bessern. Es gelang ihm zwar, die italienische Diktatur mehr oder weniger zu kopieren, die wirtschaftlichen Leistungen des Faschismus und des Nationalsozialismus vermochte er nicht nachzuahmen.

Mit immer neuen Schikanen versuchte er die lawinenartig anwachsende nationale Welle zu stoppen und mit allen erdenklichen Winkelzügen das Abkommen von 1936 zu umgehen oder auszuhöhlen. Die innen- und außenpolitische Lage verschlechterte sich von Monat zu Monat. Schließlich wählte er nach den Vorschlägen des Botschafters von Papen als letzten Ausweg einen nochmaligen Verständigungsversuch mit Deutschland. Am 27. Januar 1938 berichtete von Papen nach Berlin, Schuschnigg sei sich der »Unmöglichkeit« der Fortdauer der bisherigen Zustände bewußt geworden und er wünsche »dringend die beabsichtigte persönliche Aussprache«.[24]

Ausschlaggebend war für Schuschnigg immer noch jener Grund, den sein Außenminister Schmidt in Nürnberg verraten hat: »diese schwierige Zeit zu überbrücken und Zeit zu gewinnen.« Er war nicht ehrlich bereit, die Konsequenzen aus seiner verfehlten Innen- und Außenpolitik zu ziehen und die seit 1919 zum ersten Mal gebotene Gelegenheit, die Fesseln von Saint Germain zu sprengen, zu ergreifen, wie das Männer vom nationalen Format eines Dr. Johannes Schober oder Dr. Ignaz Seipel sicher getan hätten. Es ist nur aus einer ideologischen und lokalpatriotischen Beschränktheit zu erklären, daß er sich in dieser katastrophalen Lage noch immer der Illusion hingab, mit Ausweichmanövern und einem schlechtgetarnten Spiel auf Zeitgewinn sein überlebtes System konservieren zu können.

Der durchaus nicht unintelligente Mann hatte sich aber auch über den Abstand im persönlichen Format zwischen sich und dem deutschen Kanzler ziemlich verschätzt. Nach einem kühlen Empfang in Berchtesgaden ging Hitler sofort zum Angriff über und hielt Schuschnigg das Sündenregister des austro-faschistischen Separatismus vor. Schuschnigg wurde in die Verteidigung gedrängt, ohne sich ernsthaft rechtfertigen zu können. Hitler rechnete ihm alle Folgen seiner anti-deutschen Politik vor,

die sich statt auf den deutschen Nachbarn auf jene Schuldigen von Saint Germain stützte, die Österreich verstümmelt und abgetrennt hatten.

Wie schwer es Schuschnigg gewesen sein mußte, sich gegen solche Vorwürfe zu verteidigen, geht auch aus den »Prager Akten« hervor. Sie belegen, wie weit er sich in die Abhängigkeit von Paris begeben hatte. Schuschnigg identifizierte die Rolle Österreichs mit der des tschechischen Zwangsstaates, der dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche von Österreich getrennt und seiner Fremdherrschaft unterworfen hatte. Am 1. März 1938 berichtete der Wiener Gesandte, Künzl-Jizersky, nach Prag, aus Gesprächen mit Schuschnigg gehe dessen »unbedingtes Vertrauen zu Frankreich« hervor. Schuschnigg habe über das »gemeinsame Schicksal Österreichs und der Tschechoslowakei« gesprochen. Dann kommt eine kennzeichnende Feststellung über das Zusammenspiel Schuschniggs mit seinem französischen Freunde Puaux: »Im Sinne der Erhaltung eines Widerstandes Österreichs arbeitet hier der französische Gesandte Puaux zäh, und wie es scheint, mit gutem Erfolg.«[25]

Schuschniggs Angst

Diese Hintergründe bestimmten den harten Verhandlungston Hitlers. Um von den Tatsachen abzulenken, hat die alliierte Propaganda vor, in und nach Nürnberg Einzelheiten krampfhaft dramatisiert.

Der Wiener Duce soll sich durch die Gegenwart einiger Generale eingeschüchtert gefühlt haben, die zwar nur am Frühstückstisch teilnahmen, aber durch ihre Erscheinung Schuschnigg und seinen Begleiter so sehr in Furcht und Schrecken versetzten, daß sie um ihr Leben bangten. Wir können uns auf den amerikanischen Ankläger Dodd berufen:

»Dodd: Hatten Schuschnigg und Sie Angst? Dachten Sie einmal, daß Sie in Haft genommen oder erschossen werden sollten?

Schmidt: Daß wir eventuell nicht wegkommen, die Besorgnis hatten wir, daß wir erschossen würden, nein.

Dodd: Erinnern Sie sich noch daran, daß Schuschnigg Ihnen auf der Rückreise nach Wien sagte, er hätte Angst gehabt, als Keitel hereingerufen wurde, und geglaubt, er würde erschossen werden oder daß ihm sonst

etwas Schreckliches zugefügt werden sollte und daß Sie Schuschnigg erzählten, daß auch Sie damals Besorgnis hatten, daß das Ende gekommen sei oder so was ähnliches?

Schmidt: Nein, an diese Unterhaltung erinnere ich mich nicht. Von Erschießen war nie die Rede, sondern wir hatten, wie ich schon gesagt habe, nur Angst. Der Kanzler war auch der Meinung, daß wir eventuell, wenn die Verhandlungen nicht gut gehen, wir nicht mehr wegkommen.«[26]

Der ehemalige Außenminister von Ribbentrop berichtet andere Eindrücke:

»Die ganze Atmosphäre bei den Unterredungen auf dem Berghof war durchaus vertrauensvoll, und alle Abmachungen mit Schuschnigg wurden im beiderseitigen Einvernehmen und ohne Druck abgeschlossen. Die später viel zitierten Militärs waren nur beim Frühstück anwesend.«[27] Seine Darstellung wird durch den engen Vertrauten Schuschniggs, Guido Schmidt, in Nürnberg bestätigt: »Jedenfalls hatte Ribbentrop damals nicht an diesem Druck sich beteiligt. Er hat die deutschen Forderungen mit vertreten, aber nicht etwa in einer unangenehmen und drückenden Form...«[28]

Botschafter François-Poncet berichtet dagegen mit französischem Charme, man habe Schuschnigg mit »unerhörter Brutalität« empfangen, »schließt ihn mehrere Stunden ein und bedroht ihn und sein Land mit den schlimmsten Gewaltmaßnahmen«.[29]

Der damalige Botschafter von Papen, politisch und persönlich ein Gegner Ribbentrops, bestätigt dessen Aussage:

»Unhaltbar ist Schuschniggs Behauptung, er sei auf dem Berghof überraschend in eine völlig neue Lage gestellt worden. Schon aus den Göring-Briefen mußte er die Forderungen Hitlers kennen, und ein Vergleich seiner Punktation mit dem Hitlerschen Programm wird zeigen, wie gering die Unterschiede tatsächlich sind... Der Vergleich ... ergibt, daß nur in der Frage der Neubesetzung des Innenministeriums samt der Polizei ein wesentliches Zugeständnis gemacht worden war, das über die von Schuschnigg vorgesehenen Konzessionen hinausging.«

Auch Sir David, der englische Ankläger, konnte Ribbentrop keine gegenteilige Aussage abgewinnen:

»Sir David Maxwell-Fyfe: Zeuge! Wollen Sie uns sagen, daß am



Bild oben:
Jubel im nächtlichen Linz
Balkon des Rathauses: Guderian, Dr. Seyss-Inquart, Hitler

EIN VOLK —
EINE WEHRMACHT

Bild Mitte:
General Doehla begrüßt Tiroler Offiziere

Bild unten:
Vereidigung der Tiroler Jäger in Innsbruck





VON 20 JÄHRIGER
TSCHECHENHERRSCHAFT BEFREIT

Jubelnde Begrüßung im mährischen Brünn

Der »Blumenkrieg« der deutschen Soldaten

12. Februar weder Druck noch Drohungen gegen Herrn von Schuschnigg angewandt worden waren?

von Ribbentrop: In dem Sinne, nein. Ich glaube, daß die überragende Persönlichkeit des Führers auf Schuschnigg einen solchen Eindruck machte, und die Argumente, die er vorbrachte, daß er sich schließlich einverstanden erklärte mit den Vorschlägen, die Adolf Hitler machte.

Sir David Maxwell-Fyfe: Nun, wir werden das genauer betrachten.

von Ribbentrop: Darf ich weiter erklären? Ich persönlich habe mit Herrn Schuschnigg damals nach der ersten Unterredung mit Adolf Hitler eine Unterhaltung gehabt, in der ich sehr genau die Reaktion auf die erste Unterredung spürte. Diese Reaktion war die eines starken Eindrucks von der Person Hitlers und den Argumenten, die Adolf Hitler Schuschnigg unterbreitet hat. Schuschnigg hat mir in dieser Unterredung, die außerordentlich freundschaftlich verlief, gesagt, daß auch er – ich glaube, es waren seine Worte – es als eine historische Mission betrachte, die beiden Völker näher zusammenzubringen.«[31]

Heilsamer Druck

Damit soll nicht bestritten werden, daß Hitler zunächst hart verhandelt hatte. Wie stellt man sich überhaupt vor, daß ein Schuschnigg, der wie Dollfuß gegen die Mehrheit der Deutschen in Österreich mit diktatorischer Gewalt den austro-faschistischen Separatismus verteidigt hatte, plötzlich dafür zu gewinnen sein könnte, die deutsche Wiedervereinigung zu unterstützen? Darf man auch hier darauf hinweisen, mit welchen Methoden die USA, besonders seit 1945, ihre politischen Ziele durchsetzen – bis zur Bomben-Diplomatie in Korea, Indochina und Vietnam? Es ging um unaufschiebbare Entscheidungen in einer lebensgefährlichen Krise, die sich jederzeit zu einem Bürgerkrieg und zu einem europäischen Krieg steigern konnte. Ribbentrop hat in Nürnberg die entscheidende Begründung aus der politischen Wirklichkeit gegeben:

»Sir David Maxwell-Fyfe: Sind Sie der Ansicht, daß es besser wäre,

politischen und militärischen Druck auf Herrn von Schuschnigg auszuüben, wenn dadurch das Problem gelöst würde?

von Ribbentrop: Wenn auf diese Weise eine größere Komplikation, nämlich ein Krieg, tatsächlich verhindert würde, halte ich es für den besseren Weg.«[32]

In dieser Krise konnte nur eine harte und deutliche Sprache heilsam wirken, wenn ein noch viel härterer Eingriff vermieden werden sollte. Schließlich wurden weder Schuschnigg noch sein Begleiter »verhaftet« oder »erschossen«. Er konnte freiwillig unterzeichnen, nachdem man sich über den Inhalt der Vereinbarungen geeinigt hatte. Schuschnigg hat sich nicht gesträubt zu unterschreiben, und seine Unterschrift konnte aus dem einfachen Grunde nicht erpreßt worden sein, weil er sich die Zustimmung seiner Wiener Kollegen und des österreichischen Bundespräsidenten vorbehalten durfte. Er war mit dem Abkommen so wenig das Opfer einer Erpressung, daß er selbst, wie Außenminister Schmidt in Nürnberg aussagte, sowohl vor Beginn der Verhandlungen wie anschließend seine ausländischen Protektoren genau unterrichtete.[33] Der englische Außenminister Eden erklärte noch am 17. und 18. Februar im Unterhaus:

»Österreich hat, nach den mir vorliegenden Informationen, seine Beziehungen zum Deutschen Reich ... in Berchtesgaden in einer, wie wir hoffen können, günstigen und dauerhaften Weise im Wege einer unmittelbaren, eingehenden Aussprache zwischen den Regierungschefs beider Staaten ohne die geringste Erschütterung zu bereinigen vermocht.«[34]

Tatsächlich haben sich die deutschen Forderungen auf folgende Punkte beschränkt:

1. Endgültige und vollständige Durchführung der Amnestie von 1936 für alle politischen Häftlinge der nationalen Opposition.
2. Anerkennung der legalen Existenz des Nationalsozialismus, der die weitaus stärkste politische Bewegung in Österreich war.
3. Ernennung von Seyß-Inquart zum Innenminister als Garantie für die wirkliche Durchführung der beiden ersten Forderungen.

Keinesfalls war bereits die Wiedervereinigung gefordert worden. Auch war die Unterschrift Schuschniggs noch nicht entscheidend.

Es stand ihm frei, entweder seinen Rücktritt anzubieten, um dadurch das ganze Abkommen zu Fall zu bringen, oder dem Bundespräsidenten zu

empfehlen, die Unterschrift zu verweigern. Beides hat Schuschnigg nicht getan. Er übertraf sogar Hitlers Erwartungen. Der Reichskanzler hatte seinen österreichischen Verhandlungspartner gebeten, die Entscheidung seines Bundespräsidenten innerhalb von sechs Tagen, also bis zum 18. Februar, mitzuteilen. Überraschenderweise erhielt Hitler bereits am 15. Februar, also drei Tage vorher, die offizielle Mitteilung aus Wien, Bundespräsident Dr. Miklas habe die Berchtesgadener Vereinbarungen unterzeichnet. Ohne Vertrauen in die freiwillige Zustimmung Schuschniggs und seines Bundespräsidenten hätte Hitler niemals am 20. Februar 1938 vor dem Reichstag und der Weltöffentlichkeit Schuschniggs Anteil an der Berchtesgadener Verständigung derart positiv darstellen können:

»Ich möchte an dieser Stelle vor dem deutschen Volke dem österreichischen Bundeskanzler meinen aufrichtigen Dank aussprechen für das große Verständnis und die warmherzige Bereitwilligkeit, mit der er meine Einladung annahm und sich bemühte, gemeinsam mit mir einen Weg zu finden, der ebensosehr im Interesse der beiden Länder wie im Interesse des gesamten Deutschen Volkes liegt, jenes gesamten Deutschen Volkes, dessen Söhne wir alle sind, ganz gleich, wo die Wiege unserer Heimat stand.«

Um so größer waren Überraschung und Enttäuschung, als Schuschnigg vier Tage später, am 24. Februar, in einer vom Rundfunk übertragenen Rede behauptete:

»Wir wissen genau, daß wir jetzt bis zu jener Grenze gingen, hinter der ganz klar und eindeutig ein ›bis hierhin – und nicht weiter‹ steht. Es scheint unerläßlich, die wesentliche Feststellung nochmals zu wiederholen, damit an unserem unerschütterlichen Willen zur Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit kein Zweifel sei...«

Das war das Gegenteil des Inhalts der Berchtesgadener Vereinbarungen, und zwar in einem Grade, daß diese Verhandlungen, hätten sie nur ein solches Ergebnis bezweckt, sinnlos gewesen wären. Mit dem üblichen falschen Pathos schloß Schuschnigg seine die ganze Lage verfälschende Rede mit dem Ruf: »Rot-Weiß-Rot bis in den Tod!«

Von Erpressung wagte Schuschnigg zwar öffentlich nicht zu reden; diese Ausrede ist ihm erst viel später eingefallen. Doch das »bis hierhin und nicht weiter« war genau das Gegenteil dessen, was man in Berchtes-

gaden erreichen wollte. Die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes sollte auf evolutionärem Wege vorbereitet wenden. Die neuen Parolen Schuschniggs deuteten an, daß er noch hinter das Abkommen von 1936 zurück wollte. Die weit überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung wünschte aber nicht »Rot-Weiß-Rot« zu sterben, sondern gesamtdeutsch zu leben.

Wozu hatte man den nationalen Kräften endlich wieder ein Mindestmaß demokratischer Rechte eingeräumt, wenn die als Unabhängigkeit getarnte Abhängigkeit von den ehemaligen Feindmächten weiterbestehen sollte? Wozu wurde Dr. Seyß-Inquart als Minister berufen, der überzeugte Vertreter der Wiedervereinigung?

Wie wenn die westliche Presse auf Schuschniggs Stichwort gewartet hätte, begann nun ein allgemeines Kesseltreiben gegen die sich bereits abzeichnende Überwindung des Unrechtes von Saint Germain.

Da Schuschnigg die italienischen Stützen bereits entzogen waren, versuchte er sich auf französischen Krücken weiterzubewegen. Der Westen, nach Berchtesgaden bereit, die deutsche Wiedervereinigung, wenn auch widerstrebend, hinzunehmen, ermunterte den österreichischen Satelliten auf dem Wege ins Verhängnis. Nicht mehr in Rom, sondern in Paris bemühte man sich nun, im Status quo von Saint Germain zu verharren. Der französische Gesandte in Wien, Puaux, belehrte Schuschnigg, daß Frankreich »die Unabhängigkeit Österreichs als unentbehrlich für den Frieden und die Stabilität Europas ansehe.«[35] Der tschechische Gesandte in Wien hatte ähnlich berichtet. Man ging in Paris noch weiter und versuchte ein gemeinsames Vorgehen mit England zu organisieren. Das Echo aus England ließ nicht lange auf sich warten. Der »Daily Express« fälschte die in Berchtesgaden begonnene Politik um in ein »direktes Ultimatum«.

In einer Geheimsitzung des außenpolitischen Ausschusses in London wurde die Stimmung angeheizt, und Churchill erhob die Forderung: »Es ist jetzt Zeit, halt zu rufen!« Die Übereinstimmung seiner Parole mit Schuschniggs »bis hierhin und nicht weiter« dürfte kaum zufällig gewesen sein. Die meisten Mitglieder des außenpolitischen Ausschusses waren bereit: »Jetzt und hier den Kampf gegen Hitler aufzunehmen, wenn sie nur die kleinste Ermunterung erhielten.«[36]

Nun, da die bisher vergeblich erwartete Unterstützung aus London

und Paris anscheinend zu erwarten war, setzte Schuschnigg wie ein politischer Hasardeur alles auf eine Karte. Nachträglich hat er die chaotische Lage geschildert, in die er sich selbst hineinmanövriert hatte:

»Gesamtsituation:

a) Polizei und Exekutive machtlos; denn seit dem 12. Februar, als dem Tag von Berchtesgaden, erfolgte keine politische Bestrafung...
b) Teile der Beamtenschaft, der Hoheits-, Finanz- und Schulverwaltung... verweigerten offen den Gehorsam und beriefen sich dabei auf Minister Seyß – und das von mir seinerzeit eingerichtete volkspolitische Referat der Vaterländischen Front.
c) Minister Seyß sagte Ordnung zu, ohne sie durchzusetzen.
d) Wirtschaftliche Beunruhigung, Demonstrationen und ohne Sicherheit der Lage: Wehrlosigkeit der Vaterländischen Front, deren regierungstreue Anhänger nicht mehr zum Wort kamen und daher zunehmender Mutlosigkeit verfielen.«[87]

Spiel mit dem Kriege

Der wortbrüchige Schuschnigg faßte in seiner Verwirrung einen Plan, den man nur als Selbstmord aus Angst vor dem Tod begreifen kann. Gegen den Willen auch des Bundespräsidenten Miklas, ohne seine Minister rechtzeitig zu unterrichten, faßte er den einsamen Entschluß, sich in eine »Volksbefragung« zu flüchten. Als Forum für die Ankündigung wählte er eine Kundgebung der sogenannten Vaterländischen Front in Innsbruck am 9. März 1938. In einer viel zu kurzen Frist von vier Tagen sollte die Bevölkerung sich zu folgendem Wortlaut bekennen:

»Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich. Für Friede und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen.«

Dieser wirre und in sich selbst zusammenhanglose Wortlaut verrät schon die innere Unsicherheit und Verlegenheitslösung. Nur der französische »Temps« lobte die »besonders geschickte Formulierung«.

Dieses gefährliche Spiel mit dem Bürgerkrieg, das Schuschnigg nunmehr begann, drängt den Verdacht auf, daß er bewußt einen Zustand

herbeiführen wollte, der den Westmächten als Vorwand für ein militärisches Eingreifen dienen konnte. Schließlich stand der Zweck dieser »Volksbefragung« so eindeutig im Widerspruch zum Berchtesgadener Abkommen, daß Schuschnigg damit wohl erreichen wollte, die österreichische Bevölkerung an seinem Vertragsbruch mitschuldig werden zu lassen.

Das Manöver war also so miserabel vorbereitet, daß man diesem Wahlbetrug sogar in London und Paris den Segen verweigerte. Die letzte Warnung erhielt Schuschnigg dann dort, wo der austro-faschistische Separatismus bisher die stärkste Unterstützung erwartet und bekommen hatte, von Rom. Mussolini warnte seinen ehemaligen Wiener Satrapen mit den drastischen Worten:

»Diese Bombe wird euch in den Händen explodieren!«

Um den »legalen« und »demokratischen« Stil seiner Volksbefragung zu demonstrieren, begann Schuschnigg offen mit Bürgerkriegsvorbereitungen. Die Armee wurde in Bereitschaft gesetzt und in ihren Kasernen zusammengefaßt. Der Jahrgang 1915 wurde zwar von der Abstimmung ausgeschlossen, zugleich aber, um den Widerstand der Jugend auszuschalten, als Bürgerkriegsreserve einberufen. In Wien und in anderen Städten bewaffnete man marxistische Verbände. Österreich wurde in Kriegsstimmung versetzt.

Berlin fürchtete keineswegs eine Volksabstimmung in demokratischen Formen. Man verlangte nur ihre Verschiebung, genügend Zeit für eine ausreichende Vorbereitung, Aufklärung der Stimmberechtigten und für die Einhaltung der Abstimmungs-Modalitäten.

Eine solche Abstimmung war doch schon im Abkommen von 1936 vorgesehen!

Die Reichsregierung wäre mit einer demokratischen Volksbefragung nach dem Vorbild der Saar-Abstimmung sofort einverstanden gewesen.

Der Sturm bricht los

Nun überschlugen sich die Ereignisse, die Erregung der Volksmassen war kaum noch zu bändigen. Die zögernden Rufe, »Heil Schuschnigg!«,

wurden auf den Straßen Wiens bald überschrien vom gellenden »Heil Moskau!«. Die nationale Bewegung wiederholte den Aufruf Andreas Hofers: »Mander – s' isdit an der Zeit!«

In letzter Stunde zögerte Schuschnigg, sich selbst in die Luft zu sprengen. Die Bombe wurde entschärft, die unglaubwürdige Volksbefragung abgesagt.

Die ihm allein noch verbliebene anständige Folgerung zog er allerdings nicht. Er weigerte sich, nach dem totalen Scheitern seiner Innen- und Außenpolitik endlich zurückzutreten. Von der eigenen Bevölkerung abgelehnt, vom Ausland verlassen, drohte er ins Bodenlose zu stürzen. Ein letzter Anstoß, die Aufforderung der Reichsregierung, aus seinem Vertragsbruch die Konsequenzen zu ziehen und endlich abzutreten, veranlaßte ihn dann, um 20 Uhr seinen Rücktritt zu verkünden. Nach einigem Sträuben zog Bundespräsident Miklas die Konsequenzen: die Demission Schuschniggs. Zugleich ernannte er den noch amtierenden legalen Vertreter der Regierung, Dr. Seyß-Inquart, zum Bundeskanzler. Dieser handelte sofort, um das Schlimmste, den Bürgerkrieg, zu vermeiden.

Wie nahe diese Gefahr war, beweist die Aussage von Außenminister Schmidt in seinem »Hochverratsprozeß« vor dem Wiener Volksgericht 1947. Er bestätigte ungewollt: Schuschnigg wollte den Bürgerkrieg in der Hoffnung provozieren, daß dann die Mächte von Saint Germain eingreifen müßten.

Schuschnigg scheute dabei nicht davor zurück, auch die bisher unterdrückte marxistische Arbeiterschaft – einschließlich der Kommunisten – gegen die deutschbewußten Österreicher zu mobilisieren. Nach Aussage von Staatssekretär und Polizeichef Skubl wurde dies noch unmittelbar vor Schuschniggs Rücktritt vorbereitet. Es sei der Gedanke erwogen worden, ob man dem Druck der nationalen Elemente etwa mit der Mobilisierung der Arbeiterschaft begegnen könne. Die linksgerichteten Kreise wären wohl unter bestimmten Umständen bereit gewesen mitzutun. Praktisch hätte eine Mitarbeit von Elementen außerhalb der Exekutive »das zu erwartende Blutbad« nur vergrößert.[38] Nicht um die Wiedervereinigung zu erzwingen – sie war nicht aufzuhalten –, sondern dieses Blutbad zu verhindern, den Bürgerkrieg zu vermeiden, begrüßte der neu ernannte Bundeskanzler Dr. Seyß-Inquart den Schutz deutscher Truppen.

Was seither über die einzelnen Vorgänge der Wiedervereinigung bekannt geworden ist, bildet eine einzige Beweiskette für das Urteil, daß die Wiedervereinigung sich auch ohne den demonstrativen Einzug deutscher Truppen unaufhaltsam vollzogen hätte. Vielleicht wäre es unter einzelnen österreichischen Truppen, zwischen Nationalen und der Vaterländischen Front oder bewaffneten Einheiten des marxistischen Klassenkampfes zu Zusammenstößen gekommen; das hätte dennoch nichts geändert am einheitlichen Willen der überwältigenden Mehrheit der Deutschen Österreichs.

Da seit dem Nürnberger Prozeß die Gewährung des militärischen Schutzes für den reibungslosen Ablauf des Anschlusses in eine Aggression, ja in einen militärischen Angriff umgefälscht wird, in eine Vorstufe des Kriegsausbruches von 1939, müssen diese Vorgänge gründlich aufgeklärt werden.

Zeuge Dr. Seyß-Inquart

Der wichtigste historische Tatzeuge hierfür ist Dr. Seyß-Inquart, der in Nürnberg unter Eid eine Schilderung der gesamten Entwicklung gegeben hat, die sich durch die zeitgeschichtliche Forschung der letzten Jahrzehnte in allen Einzelheiten als richtig erwiesen hat:

Dr. Seyß-Inquart bestätigt, daß er ein oder zwei Tage vor dem 11. März 1938 an den Bundeskanzler Schuschnigg einen Brief schrieb, in welchem er die geplante Volksbefragung entschieden ablehnte. Er begründete seine Stellungnahme im wesentlichen damit, daß kein reguläres Ergebnis gesichert sein könne, weil es sich nicht »um eine richtige Abstimmung im Sinne der staatlichen Gesetze handelte«. Die Abstimmung sei auch nicht vom Ministerrat beschlossen worden. Dr. Seyß-Inquart unterbreitete den Gegenvorschlag, die Abstimmung zu vertagen und eine regelrechte Wahl nach den gesetzmäßig vorgeschriebenen Modalitäten durchzuführen. Gemeinsam mit Außenminister Schmidt sei er am 10. März bei Schuschnigg gewesen, wobei man sich darauf geeinigt habe, sowohl die Wiener Regierung wie auch die Landesregierungen durch Nationalsozialisten zu ergänzen, also eine Koalitionsregierung zu bilden, die es dann auch den Nationalsozialisten ermöglicht hätte, mit Ja zu stimmen.

Der Zeuge bestätigt zugleich, daß er gemeinsam mit Minister Glaise-Horstenau zu Schuschnigg ging, um ihm den Inhalt eines Briefes Hitlers mitzuteilen. Schuschnigg sei also genau über den Stand der Entwicklung und die Haltung Berlins unterrichtet gewesen. »Ich habe insbesondere darauf verwiesen, daß Adolf Hitler für den Fall der Ablehnung mit Unruhen unter den österreichischen Nationalsozialisten rechnet und daß er bereit sei, wenn es zu Unruhen komme, auf einen Hilferuf hineinzumarschieren. Ich habe also Bundeskanzler Schuschnigg auf die Möglichkeit dieser Entwicklung ausdrücklich aufmerksam gemacht.«

Über die staatsrechtliche Seite bezeugt Seyß-Inquart, daß die Gesamtdemission des Kabinetts vom Bundespräsidenten nicht angenommen worden sei, das heißt, »wir – und auch ich – sind Minister geblieben. Als Dr. Schuschnigg seine Abschiedsrede gehalten hat, hatte er nicht von der Demission und Gesamtdemission gesprochen.« Er habe nur davon gesprochen, »wir weichen der Gewalt«. Das bezog sich also nur auf ihn persönlich. Es sei damals zwischen Schuschnigg und dem Bundespräsidenten Miklas vereinbart worden, »daß ich nicht ausdrücklich zum Bundeskanzler ernannt werde, sondern nach Maßgabe des Einmarsches der deutschen Truppen die Vollzugsgewalt auf mich übergehen soll. Ich war also de facto Innen- und Außenminister nach meiner Meinung.«

Der Blumen-Korso

Über den »Einmarsch« selbst gab der Zeuge dann eine Äußerung Schuschniggs bekannt, die beweist, daß er schon 1937 mit dieser Lösung gerechnet hatte:

»Man kann das nicht als einen Einmarsch bezeichnen. Das war ein stürmisch bejubelter Einzug deutscher Truppen. Es hat kein Dorf gegeben, selbst mit einer stockkatholischen Bevölkerung, das nicht in stürmischen Jubel ausgebrochen wäre, und keinen Arbeiterbezirk, in dem es nicht dasselbe gewesen wäre. Ich war mir übrigens mit Dr. Schuschnigg darüber vollkommen im klaren. Er hat einmal 1937 meinen Worten zugestimmt, der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich könnte durch nichts aufgehalten werden als durch die Ovationen der Bevölkerung.«

Diese wichtige Aussage wird von Dr. Seyß-Inquarts Verteidiger erhärtet durch ein Zitat aus dem Buch des amerikanischen Politikers Sumner Welles »The Time for Decision«. Dort schildert er aus einem Gespräch mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano folgendes:

»Vor der Besetzung Österreichs kam Dr. Schuschnigg nach Rom. Er gab offen zu, daß im Falle einer Besetzung Österreichs durch Deutschland die Mehrheit der Österreicher bei der Besetzung mitmachen werde und daß die Österreicher sich wie ein Mann mit den Deutschen zum Kampf gegen Italien zusammenschließen würden, wenn Italien Truppen nach Österreich schicken sollte, um die Besetzung zu verhindern.«

Als amtierender Innenminister hat Seyß-Inquart dann wie Schuschnigg den Befehl gegeben, dem Einmarsch keinen Widerstand entgegenzusetzen. Er sei dann zum Bundeskanzler ernannt worden – mit Genehmigung seines Ministeriums. Aufschlußreich für das Verhältnis zu Schuschnigg war seine Mitteilung, daß er noch in der gleichen Nacht in seinem Wagen Dr. Schuschnigg nach Hause gebracht habe.

Als der Einmarsch, den der Zeuge nicht für zweckmäßig hielt, bereits im Gange war, hat er Hitler am Flugplatz in Linz darum gebeten, »daß auch österreichische Truppen ins Deutsche Reich einmarschieren«, um die Gleichberechtigung zu symbolisieren. Der Führer hat dem zugestimmt, und tatsächlich sind österreichische Truppenteile in München, Berlin usw. in österreichischen Uniformen einmarschiert.[39]

Sogar die Nürnberger Anklage kann nicht bestreiten, daß Dr. Seyß-Inquart trotz der dramatischen Zuspitzung der Ereignisse auf legalem Wege Bundeskanzler geworden war und als solcher die Wiedervereinigung von der österreichischen Seite her ermöglichte. »Präsident Miklas, der sich zuerst gesträubt hatte, gab schließlich nach und ernannte Seyß-Inquart zum Kanzler.«[40] Seine Entschlüsse und Entscheidungen traf er also in diesen kritischen Stunden als die einzige noch intakte staatliche Autorität.

Auf reichsdeutscher Seite ging die stärkste Aktivität nicht von Hitler, sondern von Göring aus. Mit der Offenheit und dem Freimut, den er vor den Richtern der Feindmächte in jedem Stadium des Prozesses bewiesen hat, schildert er auch als Zeuge unter Eid seinen führenden Anteil an der Entwicklung jener Tage:

Er sei mit dem Berchtesgadener Abkommen nicht ganz einverstanden gewesen, da er diesen Schwebezustand nicht verlängern wollte. Für ihn habe es nur die einzig denkbare Lösung gegeben: Die volle Vereinigung aller Deutschen. Als dann Schuschnigg durch seinen wahnwitzigen Plan einer manipulierten Volksbefragung eine gefährliche Krise heraufbeschwor, sei für Göring die Stunde der Entscheidung gekommen:

»In diesem Augenblick hatte ich ein intuitives Gefühl, daß jetzt die Situation ins Rutschen kam und nunmehr endlich die lang- und heißersehnte Möglichkeit bestand, die ganze und klare Lösung durchzuführen. Und von diesem Augenblick ab muß ich die Verantwortung für das Weitere, was geschah, hundertprozentig auf mich nehmen, denn es war weniger der Führer als ich selbst, der hier Tempo angegeben hat und sogar über die Bedenken des Führers hinwegschreitend die Dinge zur Entwicklung gebracht hat.«

Die Pläne, Hitler als deutsches Staatsoberhaupt gleichzeitig zum Staatsoberhaupt Deutsch-Österreichs zu berufen, sonst aber die Trennung aufrechtzuerhalten, habe er als untragbar angesehen. Die Stunde wäre gekommen, und sie habe genutzt werden müssen. Um England ein klares Bild der tatsächlichen Entwicklung zu geben, hat Göring den Botschafter in London, von Ribbentrop, beauftragt, die englische Regierung zu bitten, sie möchte englische Persönlichkeiten entsenden. »Ich würde alles zur Verfügung stellen, daß diese Personen frei und an allen Stellen in Österreich herumfahren könnten, um sich davon zu überzeugen, daß das österreichische Volk in seiner gewaltigen Mehrheit diesen Anschluß wünschte und begeistert aufnahm.«

Gleichzeitig ließ Göring über Ribbentrop die englische Regierung darauf hinweisen, »daß wir eine Abstimmung machen werden nach dem Statut der Saarabstimmung und daß wir absolut, wie sie auch ausfallen würde, dies anerkennen«.[41]

Feldmarschall Keitel und Generaloberst Jodl, denen ihre Mitwirkung an der Befreiung Österreichs vom austro-faschistischen Terror als Verbrechen gegen den Frieden angelastet wurde, haben darüber vor dem Internationalen Militär-Tribunal als Zeugen ausgesagt. Als Keitel im Februar 1938 zu General Beck kam und ihm sagte, der Führer verlange eine Meldung über die Vorbereitung eines eventuellen Einmarsches in

Österreich, habe ihm General Beck erwidert: »Wir haben gar nichts vorbereitet, es ist nichts geschehen.« Nach dem Befehl vom 11. März 1938 befragt, antwortete Generalfeldmarschall Keitel, der Befehl sei erst herausgegeben worden, als alles bereits im Gange war. »Es war nichts vorbereitet gewesen, sondern es war alles nur improvisiert. . .«

Über die Durchführung der immer noch als »Besetzung« verfälschten Aktion berichtet Keitel, »daß wir in jedem Ort auf das stürmischste begrüßt worden sind und daß die österreichische Bundesarmee auf der gleichen Straße im gleichen Schritt mit deutschen Soldaten marschiert ist«. Nur ein einziger Verband sei nach Wien gefahren, der eine gewisse militärische Bedeutung gehabt hätte.[42]

Generaloberst Jodl gab eine ähnliche Darstellung. Es habe zwar eine Generalstabsarbeit »Otto« gegeben, als aber eine Aktion vorbereitet werden sollte, zeigte sich, »daß praktisch gar nichts vorbereitet war«. Der Einmarsch sei in wenigen Stunden improvisiert worden. Es seien 70 % der Panzerwagen und Kraftfahrzeuge auf der Straße Salzburg–Wien und Passau-Wien liegen geblieben, weil die Kraftfahrer mitten aus der Rekrutenausbildung geholt worden waren. »Es sind tatsächlich nur die Friedensformationen, die für die Parade in Wien bestimmt waren, endgültig eingerückt. Alle eventuellen, für eine militärische Auseinandersetzung, vielleicht auch mit der Tschechoslowakei oder Italien, vorgesehenen Aufstellungen wurden im letzten Augenblick angehalten; sie haben die Grenze nicht überschritten. Es habe sich um einen reinen Friedensmarsch gehandelt, was dadurch gekennzeichnet sei, daß Jodl der Operationsabteilung des Heeres vorgeschlagen habe: »Nehmen Sie die Musik-Korps an die Spitze und lassen Sie alle Kraftfahrer unbedingt Brillen aufsetzen, sonst werden ihnen durch die Blumen die Augen ausgeworfen.« Der »Einmarsch« sei dann wie erwartet durchgeführt worden:

»Es war ein Jubel- und Triumphzug, wie er wahrscheinlich selten in der Geschichte stattgefunden hat, wenn man auch heute recht ungern das noch wissen will. Die Bevölkerung kam in der Nacht schon entgegen, die Zollschranken fielen, die Grenzbäume wurden niedergelegt, und daher nannte die ganze deutsche Truppe diesen Einmarsch nur den ›Blumen-Korso‹.«[43]

Schuschniggs Verdienst

Nur wenn sich die Hetze des Auslandes und die hinter ihr stehenden Kräfte durchgesetzt hätten, wäre es zu einer Katastrophe mit militärischen Folgen gekommen. Hier hat Schuschnigg, ohne es zu wollen, ein historisches Verdienst. Durch den Bruch der Berchtesgadener Vereinbarungen und die plötzliche, unvorhersehbare Kehrtwendung seiner Politik hat er vorzeitig eine Lawine losgelöst, die alle Erwartungen und Befürchtungen seiner ausländischen Freunde überrollte. Es kann heute nicht mehr bestritten werden, daß die gleichen Kräfte, die 1933 und 1936 zum Kriege getrieben haben, die bereit gewesen wären, wegen der Wiederherstellung der Wehrhoheit im Rheinlande einen europäischen Krieg zu riskieren, erst recht in der Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs Gründe genug gesehen hätten, Europa in eine militärische Katastrophe zu stürzen. Dieser Spannungszustand wurde durch den ehemaligen österreichischen Verteidigungsminister General Glaise-Horstenau bezeugt. Am 11. März 1938 habe er Dr. Seyß-Inquart nach seinem Flug von Berlin getroffen. Mit ihm sei er dann um 11 Uhr vormittags zu Schuschnigg gegangen. Dort »... wies ich Schuschnigg, nahe einem Weinkrampfe, auf die großen Gefahren neuer Welt-Komplikationen, eventuell eines neuen Weltkrieges, hin und beschwor ihn nachzugeben, und das Plebiszit für Sonntag zurückzunehmen.«[44]

Nur durch das verantwortungsbewußte und taktische Geschick der »gefährlichen Männer« (Alderman) konnte eine solche Verhärtung rechtzeitig verhindert und der Kriegsgefahr vorgebeugt werden. Wäre es zu einer solchen Katastrophe gekommen, dann hätte die Schuld daran zuerst die Verbrecher von Versailles und Saint Germain getroffen, die seit 1919 alles verhindert und nichts getan hatten, um die widernatürliche und gefährliche Grenze zu beseitigen. Für sie war militärische Gewaltanwendung zur Verhinderung des Selbstbestimmungsrechtes ein Beweis für Moral und Friedfertigkeit, die militärische Sicherung einer demokratischen und gesetzmäßigen Wiedervereinigung aber ein Verbrechen gegen den Weltfrieden. Dieser Eindruck mußte vorgetäuscht werden, um bei der späteren Tschechen- und Polen-Krise darauf zurückweisen zu können, daß bereits das »unabhängige« Österreich ein widerstrebendes Opfer des Angriffs der deutschen Militaristen gewesen wäre.

Der Friedensmarsch über eine praktisch nicht mehr existierende Grenze hatte seine Sicherungsaufgabe erfüllt. Als die deutschen Soldaten ihren »Blumen-Korso« beendet hatten, wurden sie wieder in die übrigen Gebiete des Reiches zurückverlegt. Die dann folgende demokratische Volksabstimmung vollzog sich ohne die Anwesenheit deutscher militärischer Kräfte. Am Abstimmungstag befand sich kein reichsdeutscher Soldat mehr auf österreichischem Boden. Das Abstimmungsergebnis übertraf dann alle Erwartungen, auch jene Befürchtungen, die Schuschnigg 1937 in Rom geäußert hatte.

Am 13. März 1938 war das Anschlußgesetz gemäß Artikel III der österreichischen Verfassung vom 1. Mai 1934 auf legalem Wege erlassen worden. In der geheimen Abstimmung vom 10. April 1938 haben sich in Österreich gegen 11.000 Neinstimmen 4.381.070 Deutsche für die Wiedervereinigung entschieden. Auf österreichischer Seite hat Dr. Seyß-Inquart die entscheidende Rolle gespielt. Als Innenminister war er Chef der Polizei. Für die Wehrmacht war verantwortlich General Glaise-Horstenau. Die polizeiliche und die militärische Gewalt lag also schon vor dem Anschluß bei zwei Ministern, die als »Großdeutsche« die Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs angestrebt hatten. Beide waren legal Handelnde und wurden im Frühlingssturm des März 1938 mitgerissen, um zur Erfüllung ihrer Ideale zu gelangen, schneller als sie ahnen konnten. Der englische Historiker A. J. P. Taylor bestätigt: »Die Krise vom März 1938 war von Schuschnigg provoziert, nicht von Hitler. Es gab keine Vorbereitungen, weder militärische noch diplomatische. Alles wurde in ein paar Tagen improvisiert.«[45]

Dennoch vollzog sich diese wahrhaft revolutionäre Entwicklung in legalen Formen, im Rahmen der noch funktionierenden staatlichen Ordnung. Schuschniggs »Volksbefragung« dagegen war ein Wahlbetrug, der weniger auf den Volkswillen, als auf das Ausland spekulierte. Heute wissen wir, daß dieser halsbrecherische Plan gar nicht Schuschniggs eigener Einfall gewesen ist. Dieser absurde Vorschlag kam vom französischen Gesandten in Wien, Puaux, der mit dem Miniatur-Diktator intim befreundet war. Puaux hatte kalkuliert, daß Schuschnigg durch eine solche »Abstim-

mung« dem Auslande gegenüber gedeckt worden wäre. Frankreich hätte dann »den militärischen Schutz Österreichs« übernehmen können. Darauf konnte nur ein Schuschnigg hereinfallen.[45a] Er schreckte dabei auch nicht davor zurück, Bundespräsident Miklas zu hintergehen. Er hatte das österreichische Staatsoberhaupt vor vollendete Tatsachen gestellt. Wie die übrigen Minister erfuhr auch der Bundespräsident erst durch den Rundfunk von Schuschniggs selbstmörderischem Manöver.

Die Abstimmung am 10. April 1938 gab dann Schuschnigg die endgültige Antwort. Die Bevölkerung im Altreich gab 440 000 Neinstimmen und 44 362 200 Jastimmen ab. Das war eine geschichtlich einmalige Manifestation des demokratischen Prinzips in einer innen- und außenpolitischen Entscheidung.

Vansittarts Enttäuschung

In ihrem Freudenrausch konnte die Bevölkerung allerdings nicht ahnen, daß durch die überwältigende Stärke ihrer plötzlichen Willenskundgebung ihre Widersacher im In- und Ausland derart überrascht wurden, daß sie auf Gegenaktionen verzichten mußten. Das englisch-französische Verfahren, wenn man gegen die Sache nichts mehr einzuwenden vermag, die Form ihrer Verwirklichung zu beanstanden, konnte an einer solchen Entscheidung nichts mehr ändern. Zu ihrem formalen Protest in Berlin waren dann weder England noch Frankreich befugt. Sie hätten sich an den Völkerbund wenden müssen, denn dieser war der Garant der »Unabhängigkeit« Österreichs. Der Völkerbund aber hat, als das Reichsaußenministerium ihn vom Anschluß verständigte, diesen widerspruchslos zur Kenntnis genommen und dem österreichischen Vertreter in Genf, Pflügl, die Pässe zugestellt. Der Haager Schiedsgerichtshof hatte sein österreichisches Mitglied bereits von der Liste gestrichen.

Daß England und Frankreich auf die Beschwerde beim Völkerbund verzichteten, zeigt, wie ohnmächtig der Genfer Klub in allen Fragen der Selbstbestimmung gewesen ist. Er hatte nichts unternommen, um sie zu wahren, und konnte jetzt auch nichts tun, um ihre Verwirklichung zu verhindern. Wie es heute keine Wiedervereinigung geben wird, wenn wir uns

auf die UNO verlassen, so gab es damals für die Deutschen keine Hoffnung, beim Völkerbund Recht und Gerechtigkeit zu finden.

Sämtliche Staaten der Erde stellten sich auf die Tatsachen ein. Weder der Artikel 88 des Vertrages von Saint Germain noch der Artikel 80 des Vertrages von Versailles wurden noch als geltendes Recht betrachtet. »Hierin liegt zumindest ein völkerrechtlicher Verzicht, und die beteiligten Mächte haben sich dadurch jeden Rechtes auf eine nachträgliche Reaktion wegen Vertragsverletzung enthoben...« Auch dies stellte Professor Exner am 19. Juli 1946 in Nürnberg fest. Die vier Gründerstaaten des Internationalen Militär-Tribunals seien überhaupt nicht berechtigt gewesen, in diesem Prozeß österreichische Belange zu vertreten.[46]

Dennoch sollte man nicht daran zweifeln, daß sich der Westen nur gezwungen mit dieser legalen und demokratischen Lösung eines für unlösbar gehaltenen Problems abfand. Die politischen Exponenten des Vansittartismus wurden wie 1936 auch 1938 enttäuscht. Bei dem österreichischen Außenminister Guido Schmidt, mit dem Vansittart wenige Monate vorher in Genf verhandelt hatte, erweckte er den Eindruck, er sei »Österreich von Herzen freundlich gesinnt«. Dem österreichischen Politiker Dr. Matejka gegenüber forderte er, daß der »vorhandene Widerstand gegen den Anschluß nach außen dokumentiert werden müsse«.[47] Diese Dokumentation nach »außen« wollte Schuschnigg mit seiner »Volksbefragung« bewerkstelligen. Nicht zufällig ist auch in diesem Punkte Churchill auf einer Linie mit Vansittart:

»Es besteht jetzt die Möglichkeit, eine Volksabstimmung zu machen, und Österreich könnte seine Situation in Europa klären.«[48]

Das Großdeutsche Reich

Auch im Frühjahr 1938 hatte man sich nur der Übermacht der Realitäten gebeugt. Die französische und die englische Regierung waren von der Dynamik der Entwicklung überrundet worden. Von diesem spontanen Ausbruch des Volkswillens wurden jedoch nicht nur die Feinde der Wiedervereinigung überwältigt; Hitler selbst hatte noch am Tage des Einzuges in Österreich nur eine Union beider Staaten unter einem gemeinsamen

Staatsoberhaupt erstrebt. Erst unter dem Eindruck der leidenschaftlichen Kundgebungen und der positiven Nachrichten aus London und Rom entschloß er sich zur staatlichen Wiedervereinigung.

Am 9. März 1919 hatte die konstituierende Nationalversammlung Österreichs beschlossen:

»Die konstituierende Nationalversammlung wiederholt, bestätigt und bekräftigt feierlich die im Gesetz vom 12. November 1918 ... über die Staats- und Regierungsform von Deutsch-Österreich niedergelegten Beschlüsse der Provisorischen Nationalversammlung wie folgt:

1. Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik...
2. Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches.«

19 Jahre später, am 13. März 1938, beschloß die neue österreichische Regierung auf Grund des Artikels III des Bundesverfassungsgesetzes von 1934:

»Artikel I: Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches...«

Das schien die geschichtliche Wiedergutmachung zu sein. Nicht nur die materielle Rüstung, damals in ihrem Anfangszustand, sondern die seelische Kraft des neuen Deutschland konnte erreichen, was die Weimarer und die Wiener Republik vergeblich anstrebten. Sie hatten nicht die nationalen Willenskräfte zu mobilisieren vermocht. Dollfuß und Schuschnigg versuchten zwar, die Heimatliebe für landfremde Zwecke zu mißbrauchen. Sie mußten schon psychologisch scheitern. Der paradoxe Versuch eines gegen die Einheit der Nation gerichteten österreichischen Nationalismus konnte nur mißlingen. Das faschistische und das päpstliche Rom zogen damals daraus die Konsequenzen. Den tiefsten Sturz erlebte Schuschnigg, als seine stärksten innenpolitischen Stützen, die sechs Bischöfe und Kardinäle, sich am 18. März zur Wiedervereinigung bekannten. Hitlers mächtigster Gegner, Kardinal Innitzer, grüßte »Heil Hitler!«

Gesamtdeutsches Hochgefühl und vaterländischer Überschwang schlugen 1945 um in nationale Würdelosigkeit. Unter den Trümmern Europas wurden die großdeutschen Hoffnungen begraben. Wien, fünf Jahrhunderte lang deutsche Kaiserstadt, wurde wie Berlin eine Beute der Roten Armee. Viele wollten nun als Österreicher keine Deutschen mehr sein.

Dennoch hat sich dieser kleinere Teil des deutschen Volksraumes schneller als die übrigen Gebiete von den Besatzungsmächten befreit. Man hat die Befreiung von den westlichen »Befreiern«, vor allem aber von der östlichen Despotie, in unerwartet kurzer Zeit errungen.

Das ist eine geschichtliche Leistung, was man auch immer gegen die parteipolitischen Kräfte der Zweiten Republik einwenden mag. In dieser gefährlichen Zwangslage, da auch 17 Millionen Deutsche in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Berlin und Brandenburg das Leid der Trennung tragen müssen, bedeutet es schon einen Fortschritt, daß dieser Teil des deutschen Volkes besatzungsfrei werden konnte.

Die neu gezogene Grenze zwischen uns Deutschen erzielte dennoch nicht die von gewissen Kreisen erhoffte Wirkung einer Volksgrenze. Was auf nationalstaatlicher Ebene 1938 erreicht und 1945 verloren wurde, möge einst auf europäischer Grundlage eine andere und dauernde Erfüllung finden. Wenn künftig alle Grenzpfähle zwischen den europäischen Völkern ihre trennende Funktion beenden werden, dann wird auch die Grenze zwischen diesen Teilen des deutschen Volkes ihre hemmende Wirkung verlieren.

Diese Stunde wird uns Deutschen schlagen, wenn wir uns jenen Glauben bewahren, den einer der führenden Männer der Wiedervereinigung vorgelebt hat: Dr. Seyß-Inquart. Er stand auf der Höhe seines Schicksals, als er am 15. März 1938 dem deutschen Reichskanzler melden durfte:

»Wonach Jahrhunderte deutscher Geschichte gerungen haben, wofür ungezählte Millionen der besten Deutschen geblutet haben und gestorben sind, was in heißem Ringen letztes Ziel, was in bittersten Stunden letzter Trost war –, heute ist es vollendet: Die Ostmark ist heimgekehrt!«[49]

Der Einsatz für Großdeutschland und die Verstrickung in das Verhängnis der Niederlande brachten auch diesen Patrioten an den Nürnberger Würgegalgen. Sein Bekenntnis zu Großdeutschland wollte er auch im Schatten des Schafotts nicht ableugnen. In seinem Schlußwort weicht er darum auch der Stellungnahme zu Hitler nicht aus:

»Für mich bleibt er der Mann, der Großdeutschland als eine Tatsache in die deutsche Geschichte gestellt hat. Diesem Mann habe ich gedient. Was dann kam? Ich vermag nicht heute ›kreuzigt ihn‹ zu rufen, da ich gestern ›Hosianna‹ gerufen habe. Mein letztes Wort ist der Grundsatz,

nach dem ich immer gehandelt habe und an dem ich bis zum letzten Atemzug festhalten werde: »Ich glaube an Deutschland!«

Wenn die Deutschen diesem Glauben nicht abschwören, sondern ihn in ein kommendes Europa der Nationen hineintragen, dann wird einst auf höherer Ebene die Wiedervereinigung aller Deutschen verwirklicht werden, auch die Wiedervereinigung mit Deutsch-Österreich.

Die innere Berechtigung dieses Zieles hat sogar Schuschnigg nach dem Scheitern seines Widerstandes anerkannt. Bis heute konnte er nicht widerlegen, daß er in seinen nichtveröffentlichen Erinnerungen »Des Dritten Österreichs Weg zur Ostmark« eingestanden hat, er hätte 1938 selbst mit »Ja« gestimmt, wäre es ihm erlaubt gewesen, abzustimmen (Manus S. 49). Die Heimkehr der Sudetendeutschen bewunderte er als »geschichtliche Leistung allerersten Ranges ...« (Manus S. 45 f).

In der Nr. 11/68 veröffentlichte der »Spiegel» zusammen mit dem Pariser »L'Express« Auszüge aus einem Dokument (RFSS Geheim 6303), einem Schreiben Schuschniggs an Hitler vom 11. Juni 1938. Das Original liegt im Prager Staatsarchiv. Darin bekennt der ehemalige Bundeskanzler:

»Die heutige Lösung ist ebenso zwangsläufig als endgültig, historisch bedingt und begründet. Der Führer, und n u r er konnte sie bringen, hat damit ein Problem gelöst, das seit 1866 offen stand. Er hat damit vollendet, was Bismarck begonnen hat.«

Heute möchte Schuschnigg das wieder ableugnen, ohne überzeugen zu können.

VI

Selbstbestimmung oder Krieg?

Die alliierten Ankläger erkannten richtig, daß die österreichische Frage und das sudetendeutsche Problem untrennbar miteinander verbunden waren. Dieser Zusammenhang war keine Konstruktion Hitlers, sondern durch Geschichte, Natur und Kultur vorherbestimmt. Raum und Volkstum verbinden die Deutschen in Österreich, Böhmen und Mähren, in den Alpen, an der Donau, an der Moldau, an der Eger und im Sudetenland.

Wurden die Österreicher 1919 daran gehindert, sich mit den übrigen Deutschen zu vereinigen, dann sind die Sudetendeutschen nicht nur von ihren deutschen Nachbarn getrennt, sondern der tschechischen Fremdherrschaft unterworfen worden. Ribbentrop hat als Zeuge diese Tatsachen den geschichtsfremden Nürnberger Anklägern entgegengehalten. Das sudetendeutsche Problem sei nicht erst von Hitler oder vom Auswärtigen Amt aufgeworfen worden; es habe sich selbst gestellt. Der amerikanische Ankläger bedauere die Vergewaltigung und Zerstörung des »tschechoslowakischen Volkes«. Man könne jedoch nicht von einem tschechoslowakischen Volke sprechen, weil es sich um einen Nationalitätenstaat der verschiedensten Völkergruppen handele: Tschechen, Deutsche, Ungarn, Polen, Ruthenen, Karpaten-Ukrainer und Slowaken. Vergeblich hätten die Tschechen versucht, diese unterschiedlichen Völkerschaften mit einem eisernen Ring zusammenzuschließen. Dieser Druck habe nur Gegendruck erzeugt und schon lange vor 1933 – als ein Unruheherd – das Foreign Office vor ernste Aufgaben gestellt.

Was er bei seinem Aufenthalt in London feststellen mußte, sei auch im Auswärtigen Amte als das bewußte »unheimliche Problem« be-

zeichnet worden, da man die durch das eigene Volkstum entwickelte Dynamik durch die normalen Mittel der Außenpolitik nicht habe bewältigen können.[1]

Mit der Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs war dieses Problem noch »unheimlicher« geworden und zugleich schwerer oder leichter lösbar. Hätten die tschechischen Machthaber die neuen Realitäten anerkannt und daraus vernünftige Folgerungen gezogen, dann wäre eine neue, harmonische Ordnung in diesem Raume möglich gewesen. Hitler hatte dies zunächst erhofft. In der schicksalhaften Nacht des 11. März 1938 antwortete er Außenminister Neurath auf dessen besorgte Fragen, er hoffe, »daß durch den Einmarsch oder durch die Besetzung Österreichs die Beziehungen zur Tschechoslowakei sich jetzt erheblich bessern würden«.[2]

Wenn die Machthaber auf der Prager Burg jedoch nach der Methode Schuschniggs sich gegen die Forderung des Tages und den Zug der Zeit stemmten, mußten sie unaufhaltsam einer Katastrophe zusteuern. Die geopolitische Lage der Tschechei hatte sich entscheidend verschlechtert. Durch die neuen Grenzen war der tschechische Raum nahezu von allen Seiten vom Reichsgebiet umschlossen.

Zugleich deckte sich das sudetendeutsche Recht auf Selbstbestimmung mit den politischen und militärischen Zielen des Reiches. Sollte nun die deutsche Führung auf die Wahrung dieser vitalen Interessen verzichten, weil sie zugleich der Verwirklichung der demokratischen Selbstbestimmung dienten?

Ein nach 1945 durchaus hitlerfeindlicher Historiker, Michael Freund, nannte den Bindestrich-Staat Tschecho-Slowakei einen auf das Herz Deutschlands gerichteten Dolch, »eine feindliche Festung mitten im deutschen Raum, eine Einbruchspforte aller Gegner des Reiches«.[3]

Sollte es die Reichsführung unterlassen, den Versailler Einkreisungsmächten diesen Dolch aus der Hand zu schlagen, nur weil damit zugleich das in Versailles proklamierte Selbstbestimmungsrecht deutlich auch für die Sudetendeutschen verwirklicht werden konnte?

Schon im Memorandum Nr. 1 bot sich die tschechische Friedensdelegation den Alliierten mit der Feststellung an,

»daß die allgemeine Lage der Tschecho-Slowakei diese notwendigerweise zum Todfeind der Deutschen macht«.[4]

Der französische Luftfahrtminister Pierre Cot hat von der Perspektive Frankreichs aus die Tschechoslowakei als das »Flugzeugmutterschiff« des Westens gekennzeichnet. Noch gefährlicher wurde dieser Raum, sobald er durch den französisch-tschechisch-sowjetrussischen Militärpakt im Sinne von Pierre Cot für Frankreich und für Sowjetrußland zur Verfügung stand. Hitler sprach von einem »russischen Flugzeugträger mitten in Deutschland«. Aufgrund von Nachrichten, wonach auf tschechischen Flugplätzen russische Flieger und sowjetische Militärmissionen operierten, nannte er diesen Staat den »feindlichen tschechischen Pfahl im deutschen Fleische«.[5]

Nicht zufällig deckten sich die deutschen Volkstumsgrenzen mit den stärksten Befestigungsanlagen des tschechischen Polizei- und Militärstaates, einem Festungswerke, das relativ noch stärker war als die für unüberwindlich geltende Maginotlinie. Gründe genug für die Tschechen, sich gegen alle Prinzipien der Demokratie in diesen Gebieten militärisch festzukrallen; keine Gründe für die Deutschen, die Sudetendeutschen rechtlos ihrem Schicksal zu überlassen.

Es begann mit Raub und Mord

Die Masaryk und Benesch hatten die Donaumonarchie jahrzehntelang als abschreckendes Beispiel der Vergewaltigung nationaler Minderheiten hingestellt. Hätten sie doch wenigstens einen Teil jener Selbstverwaltung, die das Habsburger Reich seiner Bevölkerung gewährte, in ihrem eigenen Staat verwirklicht!

Sie hatten gar nicht erst abgewartet, bis ihre Protektoren in Versailles und Saint Germain Europas demokratische Neuordnung verkün-

deten. Die aus Deserteuren zusammengewürfelten Horden der Tschechischen Legion, die man voreilig als kriegführende Macht und Verbündete anerkannt hatte, besetzten viele Monate vor Versailles Teile dieses deutschen Volksraumes, als sie noch österreichisches Staatsgebiet waren. Bereits am 29. Juni 1918 waren sie von der Entente anerkannt worden. Masaryk bildete schon am 26. September 1918 eine »Provisorische Tschechoslowakische Regierung«, und am 28. Oktober 1918 wurde in Prag eine »Tschechoslowakische Republik« ausgerufen.

Die gleichen Tschechen, die bisher nur von der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes geredet hatten, um die Donaumonarchie zerschlagen zu können, haben sofort, als sie über militärische Machtmittel verfügten, dieses Recht unterdrückt. Ihre Opfer, die auf die Versprechungen der westlichen Demokratien vertrauten, versuchten im Rahmen der Österreichischen Republik ihre eigene Selbstverwaltung aufzubauen. Am 29. Oktober 1918 bildete Dr. Lodgeman von Auen eine Regierung »Deutsch-Böhmen«. Für »Sudetenland« und »Süd-Mähren« wurden weitere deutsche Landesregierungen eingesetzt. Am 4. März 1919 kam es in Brüx, Mies, Arnau, Karlsbad usw., als die Sudetendeutschen für ihr Recht auf Selbstbestimmung demonstrierten, zu blutigen Zusammenstößen mit der tschechischen Soldateska, die, zum Teil sogar von alliierten Offizieren geführt, die deutschen Städte und Dörfer überfallen hatte. Die Leichen von 54 deutschen Männern, Frauen und Kindern lagen um die Wiege des Wechselbalges »Tschechoslowakische Republik«.

Von allen Nachbarn hatte man das tschechische Miniatur-Imperium zusammengeraubt. Böhmen und Mähren bildeten das Hauptgebiet, zu dem noch Österreichisch-Schlesien, das Hultschiner Ländchen, die von Ungarn abgetrennte Slowakei, Karpaten-Ukraine und das Industriegebiet von Teschen geschlagen wurden.

Dieses räumlich so buntscheckige Gebiet war auch von einer Bevölkerung bewohnt, die sich aus so verschiedenen Bestandteilen zusammensetzte wie kein anderer Staat Europas. Das war kein Nationalstaat, wie Benesch und Masaryk den westlichen Demokratien vorgegaukelt hatten, sondern ein Nationalitätenstaat mit nichttschechischer Mehrheit. Die einzelnen Volkssplitter teilten sich auf in 48 % Tschechen, 23 % Deutsche, 16 % Slowaken, 5 % Ungarn, 4,5 % Juden, 3 % Ruthenen und 0,5 %

Polen. Dies war das von den Nürnberger Anklägern so tief bemitleidete »Tschechoslowakische Volk«.

Vom ehemals deutschen Prag aus wurde nun gegen Volkstum, gegen Geschichte und damit auch gegen europäische Kultur regiert. Dieses Experiment war geschichtswidrig und verfehlt, weil man dem Vorbild eines demokratischen Kleinstaates hätte folgen können, der sich aus drei Nationalitäten zusammensetzt: der Schweiz. Von Neurath mußte am 24. Juni 1946 das Internationale Militär-Tribunal darüber belehren. Er wies darauf hin, daß den Deutschen 1919 bei ihrer Zuteilung zum tschechoslowakischen Staat »die Autonomie nach dem Muster der Schweizer Kantone« zugesichert worden war, wie das Lloyd George noch 1940 im englischen Unterhaus ausdrücklich bestätigt hat. Als Neurath dann die Tschechisierungspolitik schildern wollte, wandte sich der Gerichtsvorsitzende sofort dagegen, daß der Angeklagte »all die Ereignisse um 1919« erzähle.[6]

H. S. Hegner berichtet in seinem Buch »Die Reichskanzlei« über ein Gespräch zwischen einem sudetendeutschen Sozialdemokraten und einem führenden französischen Politiker in Paris über Benesch. Der sozialdemokratische Emigrant nennt Benesch »nicht nur dumm. Er ist auch niederträchtig, wortbrüchig und gemein.« Trotz seines demokratischen Gehabes sei Benesch »ein Imperialist reinsten Wassers«.[7]

Der verhängnisvolle Mann sollte nicht beschuldigt werden, weil er ein tschechischer Nationalist gewesen ist. Die Erfüllung der tschechischen Sehnsucht nach einem eigenen Staat lag 1919 durchaus im Sinne einer gerechten Neuordnung Europas. Doch dadurch, daß er mit einem slawischen Kleinvolk über Bestandteile großer europäischer Kulturvölker herrschen wollte, hat er jenes Prinzip verraten, nach dem er angetreten war.

In einer zwanzigjährigen Unterdrückungs- und Entnationalisierungspolitik, die 1919 damit begann, 40 000 deutsche Staatsangestellte und Beamte verfassungswidrig zu entlassen, hat man auch vor schwerster kultureller Unterdrückung nicht zurückgeschreckt. 354 Volksschulen und 47 Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten wurden geschlossen. 15 300 deutsche Schüler wurden daran gehindert, deutsche Schulen zu besuchen.

Die Verwendung des Wortes »Sudetendeutschland« wurde mit mehrjährigen Kerkerstrafen geahndet.

Die Reste demokratischer Organisation, die man den nichttschechischen Nationalitäten gewähren mußte, durfte man auch der sudetendeutschen Bevölkerung nicht verweigern. Deutsche Parteien wurden geduldet, besonders solange sie sich durch ihre eigenen Gegensätze wechselseitig um eine geschlossene Wirkung brachten. Trotz ihrer organisatorischen Schwäche haben sie alles versucht, um beim Völkerbund ihre Rechte zu fordern und gegen die Unterdrückung zu protestieren. »22 Beschwerden und Denkschriften wurden von den befugten Vertretern des Sudetendeutschtums nach Genf gerichtet. Keine einzige gelangte vor den Dreierausschuß, keine einzige kam vor den Völkerbundsrat, keine einzige wurde erledigt.«[8]

Politische Willensbildung

Erst durch den Aufstieg in Deutschland und Österreich gewann das Sudetenland wieder Hoffnung und Selbstvertrauen. Konrad Henlein, der Obmann der stark nationalpolitisch ausgerichteten »Deutschen Turnerschaft«, die noch im Geiste Jahns Körperertüchtigung, kulturelle Erziehung und Volkstreue vereinigte, gründete am 1. Oktober 1933 die »Sudetendeutsche Heimatfront«. Den Stamm dieser neuen politischen Gemeinschaft stellte die Turnerschaft. Doch mehr und mehr gelang es ihr, auch politische Kräfte aus allen anderen Parteien zu gewinnen, um dann 1935 auf dieser Grundlage die »Sudetendeutsche Partei« aufzubauen. Bei den Parlamentswahlen am 19. Mai 1935 gelang es Henlein, auf seine neue Partei 70 % aller deutschen Stimmen zu vereinen.

Statt diese demokratische Entscheidung zu respektieren, versuchte Prag den Aufstand des deutschen Volkswillens durch verstärkten Terror zurückzudrängen. Da jedes demokratische Ventil verschlossen wurde, trieben die Kräfte zur Explosion. Nach 20 Jahren vergeblicher Versuche schienen alle Mittel einer legalen Ordnung und Aussöhnung erschöpft zu sein.

Von Anbeginn konnte sich die staatliche Fehlkonstruktion nicht aus eigener Kraft erhalten. Jene ausländischen Mächte, die sie schufen, mußten sie künstlich stützen. Dennoch gelang es sudetendeutschen Politikern, England über ihre Lage zu unterrichten und dort ein gewisses, wenn auch nur theoretisches Verständnis zu finden. Schon vor 1933 erhielten sie Zusicherungen der britischen Regierung, daß man ihre Forderungen nach Autonomie unterstützen werde.

Nicht erst 1938 oder nach der deutsch-österreichischen Wiedervereinigung, sondern bereits 1937 hatte sich in England die Erkenntnis der Unhaltbarkeit dieser Zustände so weit durchgesetzt, daß Halifax bei seinem Besuch in Berlin von sich aus das sudetendeutsche Problem aufgriff. Er schien erkannt zu haben, daß die geschichtliche Aufgabe des Reiches als Bollwerk gegen die bolschewistische Expansion auch eine Revision der Zustände in der Tschechoslowakei, dem »Flugzeugträger der Russen« erforderte. Zu Beginn seines Gespräches mit Hitler auf dem Obersalzberg am 19. November 1937 erklärte der Lordsiegelbewahrer:

»Er und andere Mitglieder der englischen Regierung wären davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne.«

Im weiteren Gespräch deutete Halifax an, daß die Engländer als Volk der Realitäten überzeugt seien, daß »die Fehler des Versailler Diktates richtiggestellt werden müssen«. Halifax erklärte konkret: »Danzig und Österreich und die Tschechoslowakei« seien damit gemeint. »England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden.«[9]

Nach seiner Rückkehr nach London zeigte es sich jedoch rasch, daß Halifax nur taktische Zugeständnisse und Erkundungsgespräche für eine Politik mit anderen Fernzielen beabsichtigt hatte.

Bereits sechs Tage später, am 25. November 1937, berichtete der tschechische Außenminister Krofta in einem Vortrag, sein Gesandter in

London, Masaryk, habe ihm versichert, der englische Außenminister Eden sei mit dem Ergebnis der Reise von Halifax deshalb zufrieden gewesen, weil sie »keine positiven Ergebnisse gebracht hat. Mit dieser Frage hängt das Verhältnis Englands zu uns sowie seine Absichten in Mitteleuropa zusammen.«[10]

Dieses »unheimliche Problem« vertrug aber keine diplomatischen Winkelzüge mehr. Es mußte so oder so gelöst werden. Noch am 17. März 1939 hat der damalige Premierminister Chamberlain zugegeben, daß das Problem der Verwirklichung der sudetendeutschen Selbstbestimmung seit Versailles existiert habe und längst hätte gelöst werden sollen, wenn bloß die Staatsmänner die letzten 20 Jahre eine großzügigere und aufgeklärtere Auffassung von ihrer Pflicht gehabt hätten. »Es war wie ein langvernachlässigtes Übel geworden, ein chirurgischer Eingriff wurde notwendig, um das Leben des Patienten zu retten.«[11]

Diese Erkenntnis kam, wie so vieles, zu spät. Jedenfalls steht die Verantwortung fest, welche die Versailler Mächte durch die Konstruktion des tschechoslowakischen Zwangsstaates übernommen hatten. Sie hatten sich dabei auf ein Recht berufen, dessen ehrliche Anwendung zur Selbstzerstörung eben dieses Staates führen mußte. Der tschechoslowakische Außenminister Krofta hatte am 11. September 1937, also 2 Monate vor dem Besuch von Halifax in Berlin, offen zugegeben, daß die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes das Ende des Benesch-Staates herbeiführen müßte. Es müsse von neuem und nachdrücklich der Londoner und Pariser Regierung zum Bewußtsein gebracht werden, »daß ein Plebiszit für uns ganz unannehmbar ist und daß es überdies fast unabwendbar zum Kriege führen würde, den man dadurch abwenden will«. Eine solche Volksabstimmung wäre ein »Angriff auf die Integrität des Staates«: »Jede Regierung, die es zuließe, würde im Augenblick weggefegt sein. Aller internationaler Druck würde dabei nichts helfen.«[12]

Wenn sich Krofta dabei auch hinter die angebliche Meinung der tschechoslowakischen Staatsbürger verschanzt, so wird aus seiner Erklärung deutlich, daß sich die Benesch-Demokratie sowenig wie die Schuschnigg-Diktatur einer freien Abstimmung aussetzen durfte. Wie die sogenannte »Österreichische Nation« war auch das »tschechoslowakische Volk« nur durch die Stützen ausländischer Militärmächte existenzfähig.

Noch am 14. März 1938 berichtete der tschechische Gesandte in Paris, Osusky, der französische Außenminister Paul-Boncour habe ihm versichert, daß Frankreich »die Sache der Tschechoslowakei als eigene ansehe«.[13]

Frankreich hat sich damit noch zu einem Zeitpunkt, an dem sich auch nach Auffassung seines englischen Bundesgenossen eine Lösung des tschechoslowakischen Problems als unaufschiebbar erwiesen hat, zum tschechischen Unrechtsstaat bekannt.

»Punkt des Widerstandes«

Osusky berichtete am 2. Dezember 1937, die Mitglieder der englischen Regierung seien besserer Stimmung gegenüber der Tschechoslowakei als die englische Öffentlichkeit. Chamberlain und Eden bejahten die französische Allianz mit der Prager Regierung und sähen in der Tschechoslowakei »einen Punkt des Widerstandes gegen die Expansion Deutschlands im Donaugebiet«.[14] Der Gesandte in Warschau, Slavik, berichtete am 10. Dezember 1937, daß Halifax nach Mitteilungen des französischen Botschafters Noël keine konkreten Ergebnisse aus Berlin mitgebracht habe, womit die Feststellung von Eden, er sei befriedigt, weil in Berlin nichts Positives herausgekommen wäre, nun auch von tschechischer Seite ergänzt wird. Hitler habe in der Unterredung mit Halifax keine Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei erhoben, auch nicht über eine Autonomie gesprochen:

»Darüber wurde in London sehr konkret gesprochen, und man erklärt die Unterredungen mit dem Bestreben, Zeit zu gewinnen. England muß Zeit gelassen werden, gründlich aufzurüsten, wozu es wirklich mit Anspannung aller Kräfte geschritten ist.« Es sei selbstverständlich, daß Frankreich »unter allen Umständen« seinen Bündnisverpflichtungen nachkäme und England »bedingungslos« mit Frankreich gehen werde. »Niemals war das englisch-französische Bündnis fester und aufrichtiger, wie es in London neuerlich bewiesen wurde.«[15]

Der tschechische Gesandte in Berlin dagegen, Mastny, der mit offenen Augen die deutsche Wirklichkeit zu beobachten vermochte, warnte

am 23. März 1938 mit beredten Worten vor dieser illusionistischen Verkrampfung. Angesichts der im Ausland weit verbreiteten Auffassung, daß den Deutschen tatsächlich Unrecht geschehe, sei es in der jetzigen Situation eine unerläßliche Notwendigkeit, »daß es möglichst schnell zu einem Ausgleich mit unseren Deutschen kommt«. Auch der französische Botschafter neige jetzt der Auffasung zu, daß man den tschechoslowakischen Staat nach dem Vorbild der Schweizer Verfassung umbilden solle, weil »sonst ein Zerfall unserer Republik zugunsten Deutschlands, Polens und Ungarns« vorauszusehen sei.

Diese Ansicht ergänzt Mastny mit der Auffassung des englischen Botschafters in Berlin, Henderson. England sei zwar ein guter Freund der Tschechoslowakei, werde sich immer bemühen, ihr zu nützen, es könne sich jedoch direkt zu keiner Garantie verpflichten: »England und Frankreich haben unter Eden eine schlechte Politik gemacht. Mit unaufrichtigen Versprechungen, die unmöglich einzuhalten waren, unterstützten sie den Widerstand Abessiniens gegen Italien, den Widerstand Spaniens gegen Franco und den Widerstand Österreichs gegen Deutschland. Frankreich machte einen Fehler dadurch, daß es die Tschechoslowakei gegen Deutschland aufhetzte und von einer Übereinkunft mit ihm abhielt, die für sie die beste und eigentlich einzige politische und wirtschaftliche Lösung ist.«

Die kleine Tschechoslowakei mit ihren Minderheiten könne sich für eine weitere Zukunft nicht anders halten als durch Erkenntnis dieser Situation und daraus folgend einer Harmonisierung ihres Verhältnisses zu Deutschland ebenso wie zu Frankreich. Es sei der Tschechoslowakei durch 20 Jahre nicht gelungen, die Fragen ihrer Minderheiten zu lösen. Durch diese Dauerbelastung bedrohe die Tschechoslowakei ernsthaft ihre Zukunft. Die Deutschen hätten innerhalb der Republik bisher ihre Rechte nicht erhalten. England habe darüber ernsthafte Informationen, Henderson selbst habe die Verhältnisse in Karlsbad und anderswo kennengelernt:

»Die Deutschen müssen in irgendeiner Form eine Autonomie erhalten, warum nicht lieber rechtzeitig das Schweizerische System mit einer eventuellen Änderung der Benennung des Staa-

tes ... durchführen? Die Autonomie wünschen nicht nur die Deutschen, sondern auch die übrigen Minderheiten und namentlich die Slowaken.«[16]

Mit diesem Unterschied zwischen der Auffassung Hendersons und der Vansittartisten im Foreign Office bestätigt Mastny wiederum die Doppelbödigkeit der englischen Politik.

Spät kam allerdings diese Einsicht Hendersons, vielleicht schon zu spät. Jedenfalls wäre es jetzt höchste Zeit gewesen, nun jene Lösung mit 20jähriger Verspätung zu verwirklichen, die man 1918 versprochen hatte, eine Föderation nach Schweizer Vorbild. Da man wieder alles unterließ und nichts Konstruktives unternahm, mußte jene Lage entstehen, die Professor Taylor mit den Worten kennzeichnet: »Tatsächlich war das Problem mit den Methoden des Kompromisses unlösbar geworden. Jede Stufe in den Verhandlungen machte dies klarer. Während die Engländer eine Krise zu verhindern versuchen, haben sie diese herbeigeführt. Die Engländer haben nicht das tschechoslowakische Problem geschaffen, jedoch die tschechische Krise von 1938.«[17]

Auf keinen Fall war diese Aufgabe mit dem traditionellen Doppelspiel zu bewältigen. Man erweckte bei den Sudetendeutschen unrealistische Hoffnungen und sabotierte gleichzeitig deren Erfüllung. Am 10. Oktober 1937 war Henlein in London gewesen. Sogar Vansittart täuschte ihm vor, England werde sich für eine »weitestgehende Autonomie der Sudetendeutschen einsetzen«.[18] Henlein ließ sich beeindrucken und behauptete anschließend, »daß von englischer und wohl auch von französischer Seite keine ernsthaften Interventionen zugunsten der Tschechen zu besorgen seien«.[19]

Der um das Schicksal der armen Sudetendeutschen so besorgte Vansittart verstand es gleichzeitig, Henlein von den deutschfreundlichen Politikern in London fernzuhalten, die ihn vielleicht über die wirklichen Absichten seiner Clique aufgeklärt hätten. Sicher war man im Foreign Office längst darüber unterrichtet, daß der nunmehrige tschechoslowakische Ministerpräsident Hodža wiederholt erklärt hatte, eine sudetendeutsche Autonomie sei für diesen Staat »gleichbedeutend mit Selbstmord«.[20] Am 23. März 1938 lüftete auch Halifax sein Visier. Er spielte auf Zeitgewinn. Er schrieb an Phipps, »der Augenblick ist ungünstig,

und unsere Pläne sowohl für den Angriff als auch die Verteidigung sind noch nicht weit genug gediehen«.[21]

Er räumte nur ein, daß man in die Verhandlungen um das Problem der deutschen Minderheit die deutsche Regierung mit einbeziehen müsse.

Litwinow intrigiert

Das »unheimliche Problem« wurde dann diabolisch, als sich Litwinow-Finkelstein einschaltete. Am 17. März 1938 richtete er einen aufrichtigen Appell an die westlichen Regierungen, sich des sowjetischen Friedensstifters zu bedienen. Die Sowjetregierung sei wie immer bereit, »an kollektiven Maßnahmen mitzuwirken«, die mit ihr beschlossen würden und das Ziel verfolgten, die weitere Entwicklung der Aggression, nicht der sowjetischen, zu hemmen und die erhöhte Gefahr eines neuen »Weltmassakers« zu beseitigen. Die Bolschewisten seien bereit, sogleich im Völkerbund oder außerhalb Besprechungen über praktische Maßnahmen zu beginnen.[22]

Das empfanden auch die Engländer als ein gefährliches Rezept: das tschechische Problem auf jenes Gremium zurückzuschieben, das die Hauptschuld an seiner Entstehung, Verzögerung und Vergiftung traf, den Völkerbund. Nach 20jährigen Erfahrungen ließ sich das Ergebnis vorausberechnen; es hätte sicher Litwinows Erwartungen entsprochen: kollektive und einseitige Verurteilung Deutschlands als Alibi für eine kollektive Kriegführung gegen die antibolschewistische Widerstandsfront in Mitteleuropa.

Solche Pläne ließen sich erst in einigen Jahren realisieren, als die Sowjets den europäischen Bürgerkrieg dazu ausnützen konnten, die bolschewistisch-imperialistische Expansion in westlicher Richtung voranzutreiben.

Taylor ironisiert die edlen Absichten Moskaus mit der Bemerkung, Halifax habe dieser Idee keinen großen Wert beigemessen.[23] Die Methoden der kollektiven »Sicherheit«, in Wirklichkeit der kollektiven Einkreisung, ließen sich damals militärisch kaum realisieren. Die in diesem Spiel wichtigste Macht im Osten, Polen, war damals noch konsequent

antisowjetisch eingestellt, auch antitschechisch, weil polnische Volksangehörige den Tschechen unterworfen worden waren und die Tschechen das industriell sehr wertvolle Gebiet von Teschen geraubt hatten.

Rumänien und Jugoslawien waren zwar Partner der Tschechen in der Kleinen Entente und hätten als solche für den tschechischen Zwangsstaat marschieren müssen. Doch die Tschechei war gleichzeitig im Militärpakt mit den Sowjets, die ihre Prager Freunde militärisch nur unterstützen konnten, wenn sie die Möglichkeit erhielten, durch Rumänien und Jugoslawien zu marschieren. Diese Staaten waren damals noch nicht blind genug, um zu verkennen, daß eine Öffnung ihres Raumes für die Rote Armee nur bedeuten konnte: die Einladung zur dauernden bolschewistischen Expansion nach Süd- und Mitteleuropa. Grünes Licht für die Rote Armee gab es erst 1940 bis 1945.

Die wirkliche Lage hat damals der französische Außenminister Bonnet klar umrissen: »Die Grenznachbarn standen dem Land feindlich oder gleichgültig gegenüber. Polen, Ungarn und Jugoslawien erklären offen ihre Feindschaft gegenüber der Prager Regierung. Rumänien lehnt den Durchmarsch russischer Truppen ab. Auf diese Weise waren die von Rußland für sein Eingreifen gestellten Bedingungen nicht erfüllt.«[24]

Das Schutzrecht des Reiches

England konnte kaum noch ignorieren, daß die Sudetendeutschen im Gegensatz zu den Jahren 1918–1933 nicht mehr hilf- und schutzlos der Willkür der Prager Diktatoren und ihrer Versailler Protektoren ausgeliefert waren. Das neue Deutschland zerstörte die Fiktion, daß es sich bei den Sudetendeutschen um eine »Minderheit« handele. Das etatistische Denken des 19. Jahrhunderts war durch eine neue, wissenschaftlich fundierte Wertung des Volkstums längst überholt. Nicht mehr die formale S t a a t s bürgerschaft, sondern die biologisch-historisch-kulturell bedingte V o l k s zugehörigkeit war die Grundlage modernen Denkens und Handelns geworden.

In seiner schicksalhaften Rede vom 20. Februar 1938 hatte Hitler klar das deutsche Schutzrecht gegenüber allen nur staatsrechtlich vom Deutschen Reich abgetrennten Angehörigen des deutschen Volkes prokla-

miert. Das war eine schöpferische Ausgestaltung des Völkerrechtes, das bisher eigentlich mehr ein Staatenrecht geblieben war denn ein wirkliches Recht der Völker.

Man wird diesen rechtschöpferischen Fortschritt jetzt nicht mehr als »nazistisch« abtun können, seit Israel als Staat sich zugleich als die nationale Heimat aller Juden der Welt deklariert. Nach zionistischer Auffassung hat jeder Jude zwei Vaterländer, als Bürger Israels und Bürger seines jeweiligen Staates. Das Weltjudentum hat sich in den Dienst Israels gestellt, wie sich Israel als die nationale Basis des Weltjudentums versteht. Auch die Mehrzahl der deutschen Juden betrachtet sich nicht als jüdische Deutsche, auch nicht als deutsche Juden, sondern als Juden in Deutschland.

Dabei läßt sich das Verhältnis des Judenstaates zur jüdischen Diaspora kaum vergleichen mit der tausendjährigen unmittelbaren biologischen, kulturellen und räumlichen Einheit zwischen Österreich, Sudetenland und dem übrigen Reichsgebiet.

Hitler hat dennoch nach der Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs und vor den Karlsbader Beschlüssen vom 24. April 1938 keine Forderung auf Wiedervereinigung mit dem Sudetenland gestellt, das 1919 den Tschechen unterworfen wurde und nur aus diesem Grunde im März 1938 nicht auch ins Reich heimkehren durfte.

Am 29. März 1938 war Henlein zusammen mit anderen sudetendeutschen Politikern im Auswärtigen Amt in Berlin. Die taktische Einstellung der Sudetendeutschen Partei zur Prager Regierung wurde besprochen. Die Lösung des Nationalitäten-Problems sollte im Rahmen des tschechoslowakischen Staatsverbandes in Form einer weitgehenden Autonomie versucht werden. Es sollte der tschechoslowakischen Regierung überlassen werden, die letzten Chancen einer konstruktiven Neuordnung wahrzunehmen.

Man beurteilte die Lage in Berlin nicht schärfer als der englische Vertreter in Prag, Newton, der am 13. März, also 16 Tage vorher, nach London berichtete: »Wenn es stimmt, daß die gegenwärtige politische Lage der Tschechoslowakei auf die Dauer nicht haltbar ist, so tut man ihr letztlich keinen Gefallen, wenn man sich bemüht, diesen Zustand aufrechtzuerhalten.«[25]

Am 12. April 1938 hatte sogar »Temps« einen Artikel veröffentlicht, der in beschwörenden Worten davor warnte, daß Frankreich sich um der Tschechoslowakei willen in einen Krieg verstrickte, bei dem drei Millionen Franzosen geopfert würden, damit drei Millionen Deutsche unter tschechischer Herrschaft blieben. Am 22. April 1938 ging Newton so weit, Benesch aufzufordern, die Erkennntis zu akzeptieren, daß die einzelnen Bestandteile der Bevölkerung des tschechoslowakischen Staates keine »Minderheiten« seien, sondern »ethnische Gruppen«, die einen aus verschiedenen Völkerschaften zusammengesetzten Staat bildeten. Er schlug darum eine Art »Vereinigter Staaten von Böhmen und Slowakien« vor. Benesch wich aus, mußte jedoch zugeben, daß die Tschechoslowakei kein Nationalstaat sein könne.

Prag glaubte indes, sich immer noch mit billigen Tricks den existentiellen Notwendigkeiten entziehen zu können. Um eine Lösung vorzutäuschen, bereitete Krofta reichlich verspätet ein »Minderheitenstatut« vor, das aber praktisch nur den vorhandenen Zustand legalisiert und eine »Kodifikation des Unrechts« dargestellt hätte.

Doch für solche Ausflüchte war es nun endgültig zu spät. Der sudetendeutsche Führer Konrad Henlein durchkreuzte diese hinterhältigen Manöver und verkündete auf dem Parteitag in Karlsbad am 24. April 1938 das »Karlsbader Programm«. Es enthielt keine Bestimmungen, die sich nicht mit dem bisherigen verfassungsmäßigen Rahmen vereinbaren ließen, und stützte sich sowohl auf die 14 Punkte Wilsons, auf die Denkschriften der tschechoslowakischen Friedensdelegation, die Note von Benesch vom 20. Mai 1919 wie auf den Staatsvertrag von Saint Germain vom 10. September 1919. Noch forderten die Sudetendeutschen keine Loslösung vom tschechischen Nationalitätenstaat. Erst nach einem nahezu 30jährigen Abstand kann man ganz ermessen, welche Möglichkeiten in diesem Angebot auch für Prag noch enthalten waren. Auch aus diesem Grunde sei das Karlsbader Programm hier wörtlich wiedergegeben:

»Wenn es zu einer friedlichen Entwicklung im tschechoslowakischen Staate kommen soll, dann ist nach Überzeugung des Sudetendeutschtums folgende Staats- und Rechtsordung zu schaffen:

1. Herstellung der vollen Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit mit dem tschechischen Volk.

2. Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit zur Wahrung dieser gleichberechtigten Stellung im Staate.
3. Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes.
4. Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiet, in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, soweit es sich um Interessen und Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe handelt.
5. Schaffung gesetzlicher Schutzbestimmungen für jene Staatsangehörigen, die außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes ihres Volkstums leben.
6. Beseitigung des dem Sudetendeutschtum seit 1918 zugefügten Unrechts und Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden.
7. Anerkennung und Durchführung des Grundsatzes: im deutschen Gebiet deutsche öffentliche Angestellte.
8. Volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung.«

Nicht zuletzt unter dem Eindruck dieses Angebotes haben Daladier und Bonnet bei ihren Verhandlungen in London am 28. und 29. April gemeinsam mit der englischen Regierung beschlossen, ihren Prager Gesandten den Rat zu erteilen, den Forderungen der nationalen Volksgruppen so weit nachzugeben, wie es mit der bisherigen Staatlichkeit zu vereinbaren wäre.

Lage äußerst ernst

Die Gefährlichkeit der Entwicklung zwang sogar Hore-Belisha zur Vorsicht, den Chamberlain bereits im Juni 1937 zum Kriegsminister erkoren hatte, obgleich er wußte, daß dieser schon aus rassischen Gründen unversöhnlicher Deutschenhasser war. Masaryk berichtete am 28. April 1938, Hore-Belisha habe führenden Vertretern der USA vertraulich erklärt, nichts werde die Tschechoslowakei vor der deutschen Herrschaft schützen, die vielleicht auch ohne direkte Invasion erreicht werde: »Das Schicksal der Tschechoslowakei ist besiegelt.«[27]

Am 14. Mai berichtete Osusky aus Paris eine ähnliche Stimmung und riet dringend zu einem Kompromiß, ehe es endgültig zu spät sein könnte.

François-Poncet habe ihm versichert, Henderson sei überzeugt, daß Ribbentrop keine Aufrichtigkeit vorspiegele, sondern wirklich aufrichtig wäre. Henderson sei überzeugt, Deutschland bemühe sich, die Sudetendeutschen zu beruhigen und nicht aufzureizen. Ribbentrop glaube, Benesch wolle nur Zeit gewinnen, um sich die Hilfe Rußlands, Frankreichs und anderer für den Krieg zu sichern. Benesch sei nicht bestrebt, dem Krieg auszuweichen: »In seinem Bericht nach London zieht Henderson den Schluß, daß Berlin guten Willen habe, daß es dem Krieg vorbeugen will und daß es möglich ist, ein Einvernehmen zu erzielen auf der Grundlage der Autonomie der Sudetenkreise oder der Föderalisation der Tschechoslowakischen Republik.«

Osusky warnte davor, daß die tschechoslowakische Politik Frankreich überzeugen könnte, Prag wünsche nicht eine endgültige Lösung, sondern den Krieg. Die Lage sei äußerst ernst. Es sei erforderlich, daß die tschechische Regierung sich unverzüglich entschließt und »mit den Sudetendeutschen wirklich verhandelt«.[28]

Niemand kann nach Kenntnis der Dokumente bestreiten, daß sich für Prag nur noch eine letzte Chance bot und daß man diese im Bewußtsein der unausweichbaren Konsequenzen versäumt hat.

Eine Note der polnischen Regierung an die europäischen Regierungen vom 25./26. Mai 1938 beweist, wie vermessen die tschechisch-russischen Pläne waren, die damalige polnische Regierung in eine kollektive Aktion gegen ihren deutschen Nachbarn einzuspannen. Polen erklärte, »daß die Tschechoslowakei ein willkürliches Kompositum zahlreicher einander äußerst feindlicher Minderheiten, ein zum Tode verurteiltes Land sei«.[29]

Benesch macht mobil

Statt zu verhandeln, versuchte Prag den europäischen Krieg zu provozieren. Als die Gemeindewahlen vom 21. März 1938 nicht nur, wie befürchtet, eine sudetendeutsche Mehrheit, sondern 90 % aller Stimmen für die deutschen Gemeindevertreter erbrachten, respektierte Prag diesen demokratischen Volksentscheid nicht, sondern antwortete mit der Mobilmachung der Streitkräfte und besetzte die deutschen Gebiete. Generaloberst Jodl bezeugte in Nürnberg:

Am 21. Mai habe sich ein ungeheuerlicher Zwischenfall ereignet: »Die Tschechoslowakei machte nicht nur mobil, sondern sie marschierte sogar an unseren Grenzen auf. Der tschechoslowakische Generalstabschef begründete das Toussaint gegenüber damit, daß 12 deutsche Divisionen in Sachsen aufmarschiert seien. Ich kann nur feststellen, und meine Tagebucheinträge beweisen das, es war nicht ein deutscher Soldat bewegt worden. Es war nichts, aber auch gar nichts geschehen.«[30]

Jodls Aussage wird vom englischen Historiker Taylor bestätigt: »Keine deutschen Truppen wurden bewegt; keine Vorbereitungen für Aktionen wurden unternommen.«[31]

England war schockiert – nicht über die Tschechen– über die Deutschen, die angeblich die friedliebenden Tschechen durch militärischen Aufmarsch zur Mobilmachung gezwungen hätten. Der englische Botschafter in Berlin, Henderson, erscheint im Auswärtigen Amt, um in ungewöhnlicher Erregung vor einem gewaltsamen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei zu warnen; der französische Botschafter François-Poncet unternimmt eine ähnliche Demarche. Das Foreign Office sandte Mr. Strang nach Prag und Berlin, um die Lage am Gefahrenpunkt unmittelbar zu erkunden.

Seine Ratschläge widersprachen den Absichten der Prager Abenteurer. Die Tschechoslowakei müsse ihre bisherigen Allianzen auflösen und ein deutscher Satelliten-Staat werden; die sudetendeutschen Gebiete sollten autonom oder vielleicht sogar in Deutschland eingegliedert werden. Sollten die Tschechen widerspenstig bleiben, müßten sie von der englischen Regierung dazu gezwungen werden. Eine der Ursachen der europäischen Unrast, dieser Gefahrenpunkt Europas, müßte beseitigt werden.

Deutschland hätte in dieser Situation das Recht gehabt, Benesch mit gleicher Münze zurückzuzahlen; es hätte dem tschechischen Zwergstaat eine militärische Lektion über den Umgang mit einer europäischen Großmacht erteilen können. Nichts geschah, Berlin blieb ruhig. Die Kriegstreiber in London, Paris, Washington und Moskau wurden enttäuscht.

Sie logen nun die verantwortungsbewußte deutsche Zurückhaltung um in einen Rückzug, in ein feiges Ausweichen vor der tschechischen Kühnheit.

In große Verlegenheit war der englische Botschafter in Berlin geraten.

Er hatte nicht nur pflichtgemäß im Auswärtigen Amt interveniert. Der tschechische Gesandte berichtet, »daß sein letzter Schritt eine große Blamage war, denn der Bericht, den er von uns über Truppenbewegungen erhalten hat, erwies sich als ganz unwahr.« Er sowohl wie François-Poncet seien nun in bezug auf die Bereitschaft Englands und Frankreichs, für die Tschechen zu marschieren, sehr pessimistisch geworden.[32]

Der deutsche Botschafter in London hatte Außenminister Halifax aufgesucht, um ihn über die tatsächliche Lage aufzuklären. Inzwischen war auch Henderson unsicher geworden. Noch mehrere Monate nach Kriegsausbruch, am 12. März 1940, berichtete er im »Daily Herald«, er habe sich nach dem Auftrag aus London, bei der Reichsregierung zu protestieren, über die Richtigkeit der angeblichen deutschen Mobilmachung vergewissern wollen. Henderson schrieb:

»Am Morgen des 21. Mai sandte ich beide britischen Militärattachés zu ausgedehnten Erkundungsfahrten durch Sachsen und Schlesien... Sie konnten keine Anzeichen irgendeiner ungewöhnlichen oder bedeutsamen deutschen militärischen Tätigkeit entdecken, und ebenso wenig konnte es einer der Militärattachés der anderen fremden Missionen in Berlin. Aber das Öl war damit in das Feuer gegossen. Man hatte nicht unnatürlicherweise den tschechischen Geschichten vollen Glauben geschenkt, und ich verbrachte den größten Teil des 21. Mai im Auswärtigen Amt, in dem ich Proteste seitens der britischen Regierung zur Kenntnis brachte und offiziell die Warnung bestätigte, die der Premierminister am 24. März im Unterhaus gegeben hatte.«

Eines hatte Benesch immerhin erreicht, jene Alarmstimmung anzuheizen, die sich bis zum Kriegsbeginn nicht mehr abkühlen konnte. In einem Zirkularerlaß hat der tschechische Außenminister Krofta am 20. Mai 1938 die Mobilisierungsmaßnahmen verkündet und sich dabei nicht gescheut zuzugeben: »... nach entschiedener Widerlegung dieser Nachrichten durch die deutsche Regierung schritt man nur zu den oben erwähnten wichtigsten Maßnahmen...«[33] Er wußte offenbar bereits, daß die Meldungen über deutsche Aufmarschbewegungen gegen die Tschechei erlogen waren.

Der französische Außenminister bestätigt selbst, der englische Botschafter habe ihn gefragt, ob die tschechoslowakische Regierung die fran-

zösische vor der Mobilisierung informiert habe. »Er fügte hinzu, daß die Mobilisierung der Tschechoslowakei eine Mobilisierung Deutschlands rechtfertigen könne.« Das berichtet der tschechische Gesandte in Paris, Osusky, am 22. März 1938.[34]

Nach allen geschichtlichen Erfahrungen, besonders seit 1914, mußte man auch in Prag wissen, daß die Mobilmachung jener Zustand ist, in dem sich der Kalte Krieg in den heißen verwandelt.

Nun glaubte Vansittart, seine Stunde sei gekommen. Masaryk berichtete am 22. Mai 1938 aus London, Halifax habe Corbin empfangen und ihm gesagt, die Situation sei »ständig für ungemein ernst« anzusehen. Masaryk habe mit Vansittart und Cadogan gesprochen, die allgemein pessimistisch seien: »Unsere Entschlossenheit imponiert hier unstreitig sehr; es ist außergewöhnlich wichtig, daß kein taktischer Fehler gemacht wird, der den Deutschen und auch den Engländern Gelegenheit gibt, die Schuld auf uns zu wälzen.«[35]

Auch Vansittarts Pariser Freunde konnten ihre Begeisterung nicht mehr verbergen. Der tschechische Gesandte Vierlinger berichtete am 27. Mai aus Moskau, der spätere französische Botschafter, Coulondre, habe ihm mitgeteilt, »die entschiedene und ruhige Politik des Herrn Präsidenten Benesch imponiert in Paris ungemein«.[36]

Die Versailler Bastion

Die Tschechei sollte nach 20 Jahren die Rolle zu Ende spielen, die ihr der französische Marshall Foch bereits in Versailles zugedacht hatte. Sie sollte der Ersatz sein für die von Foch beanspruchten linksrheinischen Gebiete. Er erklärte damals: »Sehen Sie hier [in der Tschechoslowakei] ist eine große Bastion. Sie wollen mir nicht erlauben, die Grenzen an den Rhein vorzuschieben, doch lassen Sie mir wenigstens diese Bastion.«[37]

Nun gab es allerdings 1938 kein Deutschland mehr, das sich damit abgefunden hätte, mitten im Reichsraum eine Tschechoslowakei zu dulden, die sich zur feindlichen Bastion berufen glaubte.

Prag erhitzte sich weiter am Spiel mit dem Feuer. Erst Mitte Juni hatte man die am 20. Mai einberufenen Reservisten wieder entlassen. England und Frankreich duldeten diese provokatorischen Manöver wohlwollend.

Hitler hatte die tschechische Herausforderung nicht mit einer militärischen Gegenaktion beantwortet, wie das die USA später in Kuba, Korea und Vietnam mit viel weniger Recht und Notwendigkeit getan haben. In der Einleitung zum Eventualplan »Grün«, dem Generalstabsplan für einen Ernstfall, hieß es noch am Tage der tschechischen Mobilmachung, am 20. Mai, Hitler habe nicht die Absicht, in nächster Zeit gegen die Tschechoslowakei vorzugehen.

Nach der tschechischen Herausforderung aber wollte er das Großdeutsche Reich nicht noch einmal einer derartigen Bedrohung und Blamage aussetzen. Jodl notierte in seinem Tagebuch:

»Die Absicht des Führers, das tschechoslowakische Problem noch nicht anzurühren, wird durch den tschechischen Aufmarsch vom 21. Mai, der ohne jede deutsche Bedrohung und ohne jeden auch nur scheinbaren Anlaß vor sich geht, beendet. Er führt in seinen Folgeerscheinungen durch das Stillhalten Deutschlands zu einem Prestigeverlust des Führers, den er nicht noch einmal hinzunehmen gewillt ist. Daher ergeht am 30. Mai die neue Weisung für ›Grün‹.«[38]

Doch auch diese bedeutete, wie jeder Eventual-Plan, noch keine unumstößliche politische Entscheidung. Dies wird einfach durch die Tatsache erwiesen, daß dieser Plan nie verwirklicht wurde. Seine Berechtigung wird man allerdings nach dem Vorangegangenen nicht mehr leugnen können, wie selbst Bonnet bestätigt. Gerade weil aber die Weisung »Grün« nicht durchgeführt wurde, klammerten sich die Nürnberger Ankläger um so hartnäckiger an gewisse Anhaltspunkte. Zunächst wird seit Nürnberg behauptet, die Bestimmung des Zeitpunktes auf den 1. Oktober und die Unterzeichnung des Münchner Abkommens am 29. September bewiesen, daß Hitler spätestens am 1. Oktober das Problem mit militärischer Gewalt gelöst hätte. In Wirklichkeit beweist der Originaltext, daß es nicht heißt a m 1. Oktober, sondern a b 1. Oktober. Es war also ein größerer Zeitraum vorgesehen. Als Zeuge hat Jodl in Nürnberg nachgewiesen, daß Hitler geplant hatte, ab 1. Oktober eine günstige

Gelegenheit auszunützen, um das tschechoslowakische Problem zu lösen. Doch nur, wenn Frankreich nicht angreife oder marschiere und auch England nicht:

»Ich stelle damit fest, daß es in keinem Befehl für das Auslösen eines Krieges gegen die Tschechoslowakei einen Termin gibt, sondern die Weisung vom 30. Mai ließ den Termin überhaupt offen.«[39]

»In der Tat ist vor dem 14. September militärischerseits gar nichts geschehen.«[40]

Der Termin ab 1. Oktober bezog sich überhaupt nicht auf eine Angriffsplanung zu diesem Zeitpunkt. Er hing einfach damit zusammen, daß am 1. Oktober in der Generalstabsplanung das neue Mobilmachungsjahr begonnen hatte. Jodl betont unter Eid, daß »es überhaupt in keinem Befehl einen Termin gibt, in dem die Auslösung eines Feldzuges gegen die Tschechoslowakei zeitlich festgelegt war«.[41]

Die Ursachen jener Spannung, die zum Kriege hätten führen können, lagen tiefer, und zwar im tschechischen Raum. Dagegen hatten die aktuellen Anlässe nur sekundäre Bedeutung. Um so wichtiger war es für die alliierten Ankläger, von den Ursachen auf den Anlaß abzulenken. Sie schreckten dabei auch in diesem Fall vor einer groben Fälschung nicht zurück. US-Ankläger Alderman behauptete am 26. November 1945 zum Plan »Grün«, das Dokument als Ganzes zeige, daß die Verschwörer die Schaffung eines Zwischenfalles planten, um vor der Welt ihren Angriff auf die Tschechoslowakei rechtfertigen zu können. »Es wurde also, wie ich mir erlaube darzulegen, erwogen, den deutschen Gesandten in Prag zu ermorden, um den erforderlichen Zwischenfall vorzubereiten.« Eine Story, wie sie der Gangster-Phantasie der Ankläger aus jenem Lande, in dem dieser Begriff erfunden wurde, entsprochen hätte.

Unter dem Titel »Angriffsversuche« wiederholte der amerikanische Hauptankläger Jackson die gleiche Moritat: »Wir werden nachweisen, daß die Nazi-Regierung zu jener Zeit die Pläne für den Angriff bis in die Einzelheiten ausgearbeitet hatte. Wir werden Ihnen die Schriftstücke vorlegen, nach denen die Verschwörer planten, einen Zwischenfall zu schaffen, um den Angriff zu rechtfertigen. Sie erwogen sogar die Ermordung ihres eigenen Gesandten in Prag, um einen genügend dramatischen Zwischenfall zu schaffen.«[42]

Wie so oft spielten auch hier Jackson aus den USA und Pokrowsky aus der UdSSR verständnisvoll zusammen. Am 9. Februar 1946 brüllte der Funktionär der sowjetischen Klassenjustiz in das Nürnberger Forum: »Ich möchte nur einen Punkt hervorheben, nämlich, daß die Mörder und Eindringlinge nicht nur kaltblütig die Pläne ihrer Verbrechen gegen den Staat ausarbeiteten, sondern auch bestrebt waren, sie unter Bedingungen auszuführen, die möglichst günstig für sie sind. Darüber hinaus brauchen sie einen von ihnen selbst hervorgerufenen Zwischenfall, der es ihnen ermöglichen sollte, ihre schmutzigen Verbrechen wenigstens in den Augen ›eines Teiles der Welt zu rechtfertigen‹.« Das OKW trage die unmittelbare Verantwortung für den verbrecherischen Charakter dieser Handlungen.[43]

Generaloberst Jodl, den Pokrowsky damit beschuldigen wollte, hatte als Zeuge die wirklichen Zusammenhänge nachgewiesen. Um den Befehl vom 30. Mai gegebenenfalls durchführen zu können, mußte zwischen dem Anlaß und dem Einsatz mindestens eine Frist von vier Tagen liegen. Anders sei die Aufgabe generalstabstechnisch nicht zu lösen gewesen. Um einen solchen Anlaß zu haben, hätte es allerdings keiner Aktion bedurft. Damals hätten sich jeden Tag Zwischenfälle ereignet. Schon bei der ersten tschechoslowakischen Mobilmachung seien die sudetendeutschen Wehrpflichtigen geflüchtet: »über die Grenze nach Deutschland, und der tschechoslowakische Grenzschutz hat auf sie geschossen. Täglich kamen die Einschläge der Geschosse auf deutsches Gebiet. Im ganzen sind etwa 200 000 Sudetendeutsche auf diese Weise über die Grenze geflüchtet.« Der Begriff eines Zwischenfalles sei unter solchen Bedingungen »nicht eine kriminelle Gemeinheit«. Die tieferen Kriegsursachen hätten im Fall der Tschechoslowakei offen zutage gelegen. »Ich brauche den Zustand mit den 3½ Millionen Deutschen nicht zu schildern, die hier gezwungen werden sollten, gegen ihr eigenes Volk zu kämpfen.« In einer solchen Lage hätte er auch allerdings keine Bedenken gehabt, einen dieser Zwischenfälle in der Abwehr entsprechend auszuweiten.

Bei dieser Gelegenheit konnte Prof. Dr. Exner der Anklage wieder einen der vielen ebenso typischen wie zufälligen Übersetzungsfehler

nachweisen. Im Original heißt es »die Aktion ›Grün‹ wird ausgelöst durch einen Zwischenfall in der Tschechei, der Deutschland den Anlaß zu militärischem Eingreifen gibt«. In die englische Sprache wurde nicht »Anlaß« übersetzt, also »occasion«, sondern »provocation«.[44]

Dann antwortete Jodl auf die Beschuldigung, das OKW hätte geplant, den deutschen Gesandten in Prag zu ermorden, um einen entsprechenden Anlaß vortäuschen zu können:

»Das ist natürlich grotesk. Dieses Beispiel, das der Führer gegenüber dem Feldmarschall Keitel gebraucht hat, daß der deutsche Gesandte durch den Prager Pöbel ermordet wird, kannte ich überhaupt nicht. Das hat mir der General Keitel gar nicht erzählt, das habe ich hier erst gehört. Im übrigen ist es, glaube ich, müßig, darüber weiter zu reden, denn wir haben genau das Gegenteil gemacht. Wir haben General Toussaint den Befehl gegeben, die deutsche Gesandtschaft in Prag in Verteidigungszustand zu setzen und das Leben aller Insassen zu schützen, denn sie war tatsächlich ernsthaft bedroht.«

Toussaint, der deutsche Militärattaché, hatte dies dann noch ausführlich bestätigt. Jodl ergänzte die Aussage dieses Zeugen noch mit dem Hinweis, daß überhaupt kein Zwischenfall vorbereitet worden sei; es wäre auch gar nicht notwendig gewesen. »Die Zwischenfälle überschlugen sich überhaupt von Tag zu Tag.« Schließlich sei die Lösung eine politische gewesen, und die Entwürfe seien darum theoretischer Natur geblieben. Die einzige Sorge sei es vielmehr gewesen, tschechischen Provokationen auszuweichen.[45]

Daß auch im Kalten Krieg Kriegslist erlaubt ist, scheint nur den Nürnberger Anklägern unbekannt geblieben zu sein. Prof. Exner konnte nicht darauf verzichten, das erlauchte Forum auf solche Möglichkeiten hinzuweisen. »Ich sehe in Jodls Verhalten auch nichts Unmoralisches; schließlich gelten im Verkehr der Staaten doch etwas andere Moralgrundsätze als in Erziehungsinstituten für christliche junge Mädchen.«[46]

Auch Generalfeldmarschall Keitel wurde in dieser Sache ausführlich vernommen. Die Frage, die in Nürnberg als so bedeutend angesehen werde, die Ermordung des deutschen Gesandten in Prag, sei eine Situation, die ihm nie ins Bewußtsein gekommen wäre. Keitel weist nach, daß hier eine Befürchtung deutscherseits genau ins Gegenteil verdreht worden

ist. Damals sei von Hitler nur gesagt worden: »Es kann ja auch passieren, daß der Gesandte ermordet wird.« Keitel habe darauf gefragt: »Welcher Gesandte?«. Hitler antwortete: »Der Krieg 1914 ist doch auch durch einen Mord in Sarajewo entstanden. Solche Zwischenfälle können doch passieren.«[47]

Tatsächlich war die Lage nach der tschechischen Provokation im Mai 1938 noch erheblich ernster als im Juni 1914 in Sarajewo. Die tschechischen Machthaber hatten in dieser Gefahrenzone Europas bereits so viel Sprengstoff angehäuft, daß ein solcher Funke genügt hätte, den europäischen Frieden zu sprengen.

Politisch und völkerrechtlich entscheidend ist, wie Generaloberst Jodl betonte, daß der Plan »Grün« »reine Papierarbeit« geblieben ist. Man könnte allerdings daraus auch eine andere, geschichtlich wichtigere Schlußfolgerung ziehen: Welch eine politisch-diplomatische Leistung, den militärischen Ernstfall zu verhindern, eine friedliche Lösung der gefährlichsten Spannung seit 1919 herbeizuführen und dennoch das strategische Ziel zu erreichen: die Beseitigung der tschechisch-französisch-sowjetischen Gefahr. Vielleicht wäre es für Strategen und Taktiker des gegenwärtigen Kalten Krieges ratsam, an diesem geschichtlichen Vorbild zu lernen, wie man es vermeidet, daß der Kalte Krieg in den heißen umschlägt, handelt es sich doch grundsätzlich um den gleichen Gegner.

Die militärische Bedeutung dieses Raumes interessierte die englische Kriegspartei in der tschechischen Krise. Durch die Beseitigung der von Foch gewünschten »Bastion« in der Mitte des Reichsraumes war zu befürchten, daß zum Schutze des deutschen Westens mindestens 12 deutsche Divisionen frei würden. Die Neutralisierung des tschechischen Militärstaates verringerte das Potential der alliierten Einkreisungsmächte nach Churchills Rechnung um 35 Divisionen: »Durch den Fall der Tschechoslowakei erlitten wir einen Verlust von etwa 35 Divisionen.« »Wir«, meinte Churchill![48]

Was bedeutete dagegen die kulturelle Unterdrückung und wirtschaftliche Verelendung einiger Millionen Deutscher unter dem tschechischen Joch? Die Enteignung des deutschen Grundbesitzes, die massenhafte Entlassung deutscher Beamter und Arbeiter, die auf Vernichtung der sudetendeutschen Industrie ausgerichtete Steuer- und Zollpolitik, die Schlie-

ßung der Schulen usw. Nirgends in Europa war die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der Selbstmorde so groß wie im Sudetenlande; von den 800 000 Arbeitslosen dieses Staates waren 500 000 Sudetendeutsche.

Sicher hätte Churchill diesen »Flugzeugträger« gemeinsam mit der Sowjetunion so lange wie möglich verteidigt, bis zum letzten Rumänen, bis zum letzten Polen. Doch gerade das militärisch entscheidende Polen war so unzuverlässig vorsichtig, sich gegen den Durchmarsch der Roten Armee heftig zur Wehr zu setzen, in der damals noch klaren Erkenntnis, daß die Sowjetunion, wenn es ihr gelänge, in den polnischen Raum einzumarschieren, diesen freiwillig nie wieder räumen würde. Auch die Partner der Kleinen Entente waren trotz guten Zuredens von London und von Paris nicht zum Selbstmord zu verführen.

Lord Runciman erkundet

In erster Linie diese militärischen Enttäuschungen hatten London veranlaßt, Frankreichs Eifer zu dämpfen und dann selbst eine Maßnahme zu ergreifen, die in der europäischen Geschichte ein Novum darstellt. England plante, in das Gebiet des immer noch als souverän geltenden Benesch-Staates einen Beauftragten zu entsenden, um zu erkunden, wie man der Prager Regierung eine Lösung des Sudeten-Problems aufzwingen könnte, die auch den englischen Interessen entspräche. So erfreulich dieser Plan sein konnte, wenn dadurch das Los der deutschen Opfer tschechischer Willkür erleichtert wurde, er zeigt doch zugleich, wie dreist sich die englische Gouvernante anmaßte, sich in die inneren Verhältnisse europäischer Staaten einzumischen.

Henlein war im Mai nochmals nach London gereist, um Verständnis für seine Forderungen zu suchen. Sogar Churchill schien sich nun nicht mehr der Notwendigkeit entziehen zu könnnen, gewisse Konzessionen in Richtung einer Autonomie gutzuheißen. Die Führung der Sudetendeutschen Partei verhandelte anschließend weiter mit dem Präsidenten Benesch und seinem Ministerpräsidenten Hodža, ohne ein Entgegenkommen im Sinne der Karlsbader Beschlüsse zu erreichen. Vergeblich versuchten auch die englischen und französischen Botschafter, die Prager Regierung vor weiterer Verzögerungstaktik zu warnen, die Sir Eric

Phipps zu der Mahnung veranlaßte: »Die tschechoslowakische Regierung geht der Katastrophe entgegen!«

Wahrscheinlich hatten auch die Aufklärungsversuche Henleins in London dazu beigetragen, den Plan zu beschleunigen, einen englischen »Vermittler« in den tschechoslowakischen Raum zu entsenden. Der erste Vorschlag soll bereits am 30. April im Foreign Office aufgetaucht sein. Am 8. Mai meinte auch Halifax, dieser Plan sei eine Überlegung wert. Man dachte auch an die Entsendung einer internationalen Kommission. Schließlich wollte England aber doch dieses Experiment in eigener Regie durchführen. Erst am 25. Juli übergab Botschafter Henderson in Berlin britische Vorschläge, einen »Privatmann«, den ehemaligen englischen Handelsminister Lord Runciman, als »inoffiziellen« Vermittler zwischen der sudetendeutschen Führung und der Prager Regierung zu entsenden.

England hatte sich damit erstmals mit dem politischen Schicksal eines »fernen Landes« verbunden. Am 26. Juli unterrichtete Chamberlain das Unterhaus über die bevorstehende Reise Lord Runcimans nach Prag. Er versuchte noch den Schein aufrechtzuerhalten, daß der Lord Untersuchungen aus eigener Verantwortung anstellen werde.

Runciman scheint sich als ehrlicher Makler bemüht zu haben, nach seinem Besuch beim Präsidenten Benesch auch bei der sudetendeutschen Führung die Lage objektiv zu prüfen und die Klagen der entrechteten Nationalitäten ernst zu nehmen. Es waren dabei auch einige Pannen passiert. So soll sein Sekretär Geoffrey Peto großes Verständnis für die ablehnende Haltung der Sudetendeutschen gegen die Juden in der Tschechoslowakei bekundet haben, die er »als mit den englischen Juden nicht vergleichbar« bezeichnete.

Noch peinlicher war Lady Runciman auf dem diplomatischen Parkett ausgeglitten, als sie ein bemerkenswertes Verständnis für die Sudetendeutschen zeigte und ihre Sorgen über »den bolschewistischen Einfluß in der Tschechoslowakei« nicht verheimlichte.[49]

Spiel um Zeitgewinn

Die englischen Fernziele waren dabei sehr rasch und mit erschreckender Deutlichkeit erkennbar geworden. Der Kausalzusammenhang mit

dem Kriegsausbruch 1939 verpflichtet uns, diese Schatten hier in aller Schärfe nachzuzeichnen.

Frankreich ließ der tschechoslowakischen Regierung durch Bonnet und Léger die Annahme des englischen Vorschlages empfehlen. Die Begründung ist nicht uninteressant. Die Mission Runciman werde als das wirksamste Mittel betrachtet, »das Manöver mit dem Volksentscheid zu beseitigen« und Deutschland aus dem Konflikt auszuschalten.

Die Versailler Musterdemokratien waren also schon sehr früh bemüht, Zeit zu gewinnen, um demokratische Methoden zu verhindern.[50]

Die Fernziele Englands wurden deutlicher in einem Bericht des Gesandten Masaryk aus London vom 26. Juli 1938. Runcimans Mission gefiele ihm gar nicht. Chamberlain befürchte bei einem eventuellen Scheitern der Verhandlungen einen »Ausbruch«. Der Premier »will um jeden Preis Zeit gewinnen«, wie ihm Halifax angedeutet habe.[51]

Osusky berichtete am 30. Juli 1938 aus einem Gespräch mit Außenminister Bonnet, daß es die Engländer angeblich in der Hand hätten, »die Sache so lange hinauszuschieben wie sie wollen. Zu Bonnet soll Lord Runciman gesagt haben, wenn es notwendig sei, werde er in Prag auch sechs Monate bleiben«.[52]

Zwei Tage später, am 1. August 1938, ergänzte Osusky, Runciman sei ein Mann, bei dem die britische Staatsraison entscheide. Wenn er sich überzeugen werde, daß es im Interesse Englands wäre, die Tschechoslowakei zu opfern, werde er sie ohne Gewissensbisse opfern.[53]

Noch deutlicher wurde Osusky in seinem Bericht aus Paris am 5. August 1938. Das Kriegsgespenst wurde sichtbar. Im Qai d'Orsay bezeichnete René Massigli die Entsendung Lord Runcimans »als eine gute Sache«. Die Engländer wüßten, »daß es zum Kriege kommen wird«. Sie bemühten sich mit allen Mitteln, ihn hinauszuzögern. Im »Interesse des Zeitgewinns« werde Lord Runciman etwas vorschlagen, was der Tschechoslowakei außerordentlich schädlich sein könnte.

Noch aufschlußreicher war, was Osusky von einer »Getreidekonferenz« in London berichtete, die zwischen Engländern, Vertretern der Dominions, Amerikas und Frankreichs abgehalten worden war. Aus den

Reden und dem Verhalten der englischen Partner habe der französische Delegierte den positiven Eindruck gewonnen, die Engländer interessierten sich in der Organisierung der Getreideversorgung nicht für die »Verhütung des Konfliktes«, sondern dafür, »den Konflikt zu gewinnen«.

Die Minister Elliott und Morrison sollen »beide an die Eventualität des Krieges glauben«. Dann enthüllte Osusky, warum England auf Zeitgewinn spielte. Zeitgewinn wozu? Für den Krieg!

»Sir Arthur Street sagte, daß er in sechs Monaten die englische Luftfahrt in Ordnung haben wird. Daher legt man in England dem Zeitgewinn eine solche Wichtigkeit bei.«

Die Frage des Zeitgewinns spiele eine bedeutende, wenn nicht die »entscheidende Rolle in der Entsendung Lord Runcimans nach Prag«.[54]

Schließlich hatte das auch Benesch begriffen. Am 9. August 1938 schrieb er an Osusky nach Paris: »Über Deutschland hat tatsächlich weder er noch Lady Runciman irgendwelche Illusionen. Ich stimme mit Ihnen überein, daß Zeit zu gewinnen sowohl in London als auch bei ihm der wichtige, wenn nicht entscheidende Faktor ist.«[55]

Während der Friedensapostel durch die tschechischen Gefilde pilgerte, wurden in Paris bereits handfeste Kriegspläne durchgespielt. Am 20. August 1938 berichtete Osusky, der Generalstabschef der französischen Luftwaffe, Vuillemin, habe versichert, »daß im Frühjahr des kommenden Jahres die französische Luftwaffe erneuert sein wird. Auch die Engländer rechneten damit, daß sie in sechs Monaten ihre Luftwaffe in Ordnung haben werden.« Man erinnere sich daran, daß Runciman sich bereit erklärt hatte, auch sechs Monate in Prag zu bleiben. General Vuillemin habe weiter erklärt, dies bedeute, »daß bis zum kommenden Frühjahr die Engländer und Franzosen im Verhältnis zu Deutschland gewinnen«.

Zwar könne sich auch Deutschland bis zum Frühjahr verstärken, Hitler könne jedoch nicht mehr als zwei Millionen ausgebildeter Männer einsetzen. »Reserven hat er keine.« Also werde Deutschland im Verhältnis zu Frankreich und England »nur verlieren, und so arbeitet die Zeit gegen Deutschland«. Auch auf dem Balkan verschlechtere sich die Stellung Deutschlands, während die Aufrüstung Englands und der Auf-

bau sowohl der französischen wie der englischen Luftwaffe beschleunigt werde.[56]

In einer Aufzeichnung des Prager Außenministeriums vom 22. August 1938 wurde durch einen Mitarbeiter Runcimans dessen Mission erläutert. Sie sei darauf gerichtet, »Zeit zu gewinnen« und »durch Verhandlungen fürs Auge« ein etwaiges deutsches Einschreiten hinauszuschieben.[57]

Krieg erst im Frühjahr ...

Alles wird dem Hauptzweck des Zeitgewinns untergeordnet – bis zur englisch-französischen Kriegsbereitschaft. Symptomatisch für dieses Manöver war die Aufregung bei Vansittart. Er war jetzt plötzlich mit unenglischer Hast dabei, seine lieben Tschechen zur sofortigen Kompromißlösung zu zwingen. Masaryk berichtete am 31. August 1938 aus London, Vansittart habe in einem sehr dramatischen Gespräch den Herrn Präsidenten und ihn mit den bittersten Vorwürfen überhäuft. Er werde von Prag enttäuscht, obgleich er sich hundertprozentig für die Tschechen exponiert hätte. Man müsse den Sudetendeutschen endlich geben, was die öffentliche Weltmeinung fordere, damit sie sich hinter die tschechoslowakische Republik stellen könne. So urteile auch Runciman. Masaryk habe Vansittart kaum zu beschwichtigen vermocht. »... niemals früher habe ich ihn im Zustande derart hysterischer Aufregung gesehen.«[58]

Letzte Klarheit über die Rolle, die sich Runciman ausgesucht hatte, und über den Zweck des Ringens um Zeitgewinn bietet eine Aufzeichnung seines Gespräches mit Präsident Benesch am 27. August 1938. Lord Runciman habe dem Präsidenten gesagt, »daß die Entwicklung der Lage zum Krieg führt, den man um jeden Preis vermeiden muß...« Das sei sein Auftrag für beide Parteien. Gleichfalls sei er beauftragt zu betonen, daß die englische Regierung den guten Willen der Tschechen schätze, hauptsächlich den »guten Willen des Präsidenten der Republik und des Ministerpräsidenten«.

Dann kam der entscheidende Satz, mit dem Lord Runciman die Nebel beseitigte und den Blick auf das Endziel freigab: »Als Information teilte er dem Herrn Präsidenten mit,

daß England im Frühjahr zum Kriege vorbereitet sein wird.«[59]

Das taktische Ringen um Zeitgewinn durfte auch nicht durch jene Angebote aus Moskau gestört werden, auf die Benesch so begierig war. Ein sowjetischer Historiker, A. I. Nodoresow, berichtete darüber 1961:

»Die sowjetische Regierung, die schon früher erklärt hatte, den sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag über gegenseitige Hilfe zu erfüllen, bestätigte Mitte Mai 1938 entschlossen ihre Bereitschaft, die Tschechoslowakei gegenüber einer Aggression zu verteidigen, sogar dann, wenn Frankreich seine Hilfe verweigert.«

Zwei andere Sowjethistoriker, Bondarenko und Resonowa, berichteten 1962 das gleiche. Die Sowjetunion sei bereit gewesen, der Tschechoslowakei sogar dann Hilfe zu leisten, wenn dies Frankreich nicht tun sollte, was eine Bedingung der sowjetischen Hilfe gewesen war. Auch wenn Polen und Rumänien sich weigern sollten, sowjetische Truppen durch ihr Land marschieren zu lassen, sollte das sowjetische Hilfsangebot gelten. Die einzige Bedingung sei es gewesen, daß die Tschechoslowakei sich selbst verteidigen und sowjetische Hilfe erbitten sollte.[60]

»Anstiftung zum Kriege«

Die Skrupellosigkeit, auch gegen den Willen Rumäniens und Polens die Tschechenkrise als Vorwand für einen europäischen Krieg zu mißbrauchen, veranlaßt sogar den amerikanischen Botschafter in Paris, Bullitt, in einem Schreiben an Präsident Roosevelt vor einer solchen Hasardpolitik zu warnen. Die tschechische Mobilmachung müsse als »Anstiftung zum Kriege in Europa« aufgefaßt werden, die nur ein Ergebnis haben könnte: »die Errichtung des Bolschewismus auf dem ganzen Kontinent«.[61] Mögen die sowjetischen Historiker aus durchsichtigen Gründen die damalige Einsatzbereitschaft Stalins für die Tschechoslowakei überbetonen, in Prag war man jedenfalls bereit, auf solche Zusicherungen hin jedes Risiko einzugehen.

Mit dieser Rückenstärkung wagte es Benesch, die letzten Verständigungsversuche auf autonomer Grundlage zu sabotieren. Unter dem

Druck von Frankreich und England werden zwar nochmals Verhandlungen mit der deutschen Volksgruppe aufgenommen, doch die Konzessionen, die man anbietet, sind so unzureichend, daß alle Hoffnungen auf eine wirkliche Verständigung aufgegeben werden mußten.

Zufällig oder organisiert wurde die letzte Konferenz durch die Nachricht gesprengt, daß sich in Mährisch-Ostrau blutige Zusammenstöße zwischen der tschechischen Polizei und der deutschen Bevölkerung ereignet hätten. Sudetendeutsche Abgeordnete wurden tätlich angegriffen und mißhandelt. Auch in anderen Gebieten begann sich der hussitische Terror auszutoben, dem in Eger und Tachau 13 Sudetendeutsche zum Opfer fielen.

Benesch befahl die Verhängung des Standrechtes.

Am 14. September wurden die Verhandlungen von der sudetendeutschen Führung als aussichtslos abgebrochen. Der politische Ausschuß der Sudetendeutschen Partei hatte am 13. September vergeblich die Aufhebung des Standrechtes, die Zurückziehung der Staatspolizei und die Kasernierung der Truppen gefordert. Die Tschechen antworteten mit verschärften polizeilichen und militärischen Maßnahmen und Massenverhaftungen. Am 16. September wurde die Sudetendeutsche Partei aufgelöst, die gesamte deutsche Volksgruppe verlor damit ihre freigewählte, demokratische Vertretung.

Der tschechische Terror sollte die Sudetendeutschen einschüchtern. Das war zugleich Beneschs Antwort auf Hitlers Rede auf dem Parteitag am 12. September 1938. Der deutsche Reichskanzler hatte damit zum erstenmal offiziell gegen die Entrechtung der Sudetendeutschen Stellung genommen:

»Ich werde unter keinen Umständen gewillt sein, einer weiteren Unterdrückung der deutschen Volksgenossen in der Tschechoslowakei in endloser Ruhe zuzusehen. Ich habe nicht die Forderung gestellt, daß Deutschland 3½ Millionen Franzosen unterdrücken darf, oder die, daß uns etwa 3½ Millionen Engländer zur Unterdrückung ausgeliefert werden; aber ich stelle die Forderung, daß die Unterdrückung der 3½ Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei aufhört und an deren Stelle das freie Recht der Selbstbestimmung tritt... Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos, noch sind sie verlassen...«

Die Verhängung des Standrechtes raubte Henlein die letzte Hoffnung. Hitler hatte in seiner Rede noch vorausgesetzt, »im übrigen ist es Sache der tschechoslowakischen Regierung, sich mit den berufenen Vertretern der Sudetendeutschen auseinanderzusetzen und eine Verständigung so oder so herbeizuführen«.

Es war vergeblich! Am 15. September wandte sich Konrad Henlein mit einem Aufruf an die Sudetendeutschen und an die Weltöffentlichkeit:

»Als Träger Eures Vertrauens und im Bewußtsein meiner Verantwortung stelle ich vor der gesamten Weltöffentlichkeit fest, daß mit dem Einsatz von Maschinengewehren, Panzerwagen und Tanks gegen das wehrlose Sudetendeutschtum das Unterdrückungssystem des tschechischen Volkes seinen Höhepunkt erreicht hat. Dadurch hat das tschechische Volk aller Welt vor Augen geführt, daß ein Zusammenleben mit ihm in einem Staat endgültig unmöglich geworden ist. Die Erfahrungen einer zwanzigjährigen Gewaltherrschaft und vor allem die schweren Blutopfer der letzten Tage verpflichten mich, zu erklären:

1. Im Jahre 1919 wurden wir bei Vorenthaltung des uns feierlichst zugesicherten Rechts auf Selbstbestimmung gegen unseren Willen in den tschechischen Staat gezwungen.
2. Ohne jemals auf das Selbstbestimmungsrecht verzichtet zu haben, haben wir unter schwersten Opfern alles versucht, im tschechischen Staat unser Dasein zu sichern.
3. Alle Bemühungen, das tschechische Volk und seine Verantwortungsträger zu einem ehrlichen und gerechten Ausgleich zu bewegen, sind an ihrem unversöhnlichen Vernichtungswillen gescheitert.

In dieser Stunde sudetendeutscher Not trete ich vor Euch, das deutsche Volk und die gesamte zivilisierte Welt und erkläre: Wir wollen als freie deutsche Menschen leben! Wir wollen wieder Friede und Arbeit in unserer Heimat! Wir wollen heim ins Reich! Gott segne uns und unseren gerechten Kampf.«

Nun verlor Prag die letzten Hemmungen. Rund 20000 Sudetendeutsche wurden verhaftet und in Konzentrationslager geworfen. In wenigen Tagen flohen 30000 Sudetendeutsche vor dem tschechischen Terror über die Reichsgrenze.

Es war ein Hohn auf die blutige Wirklichkeit, als Masaryk am 13. September aus London berichtete, Chamberlain sei fest davon überzeugt, daß die Tschechen im Recht sind. Er habe zwar behauptet, daß Recht und Wahrheit nicht mehr existierten. Er würde indes gerne helfen, wenn dies auch im Interesse der englischen Politik läge.[62]

Benesch hatte sein Land in eine solche Gefahr gestürzt, daß sogar Churchill, um die tschechische »Bastion« zu retten und das »größere Übel« eines Plebiszits zu verhindern, einem Kompromiß zuneigte. Das war am 7. September 1938, am gleichen Tage, an dem die Londoner »Times« in einem Leitartikel die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete vorschlug.

Hitler und Chamberlain

Auch Frankreich drängte nun zu einer Entscheidung. Am 13. September telegraphierte Daladier an Chamberlain, man solle »Hitler unverzüglich eine Dreimächte-Konferenz vorschlagen, und zwar Deutschland für die Sudeten, und Frankreich und England für die Tschechen«.[63] Jetzt erst, nachdem durch die englisch-französische Einmischung, durch Intrigen, Drohungen und Versprechungen der Bürgerkrieg ausgebrochen war, entschloß sich Chamberlain, einen Frieden zu retten, den er selbst gefährdet hatte. Es war eingetreten, was der österreichische Kanzler Renner bereits 1919 befürchtet hatte: durch die Auslieferung des Sudetenlandes an die Tschechei werde ein Feuerherd geschaffen, »der gefährlicher ist als der Balkan von 1914«.

Unter Daladiers Ausschaltung richtete Chamberlain am 14. September folgendes Telegramm an Hitler:

»Im Hinblick auf die zunehmende kritische Lage schlage ich vor, sofort zu Ihnen herüberzukommen, um zu versuchen, eine friedliche Lösung zu finden. Ich schlage vor, auf dem Luftwege zu kommen, und bin morgen zur Abreise bereit.

Teilen Sie mir bitte den frühesten Zeitpunkt mit, zu dem Sie mich empfangen können, und geben Sie mir den Ort der Zusammenkunft an. Ich wäre für eine sehr baldige Antwort dankbar.«[64]

Unvorstellbar, daß sich ein englischer Premier gegenüber dem Kanzler einer Regierung der Weimarer Republik zu einem solchen Besuch herabgelassen hätte!

Es wäre indes falsch, dies als ein Zeichen der Aufweichung der englischen Haltung zu verstehen. Chamberlain war nicht der sentimentale Pazifist, als den ihn eine gewisse Geschichtsschreibung immer noch hinstellen möchte, sondern ein zäher, harter und konsequent taktierender Tory. Daß er einen solchen Entschluß fassen konnte, hängt vielmehr damit zusammen, daß Chamberlain die reale Machtverschiebung nüchterner einschätzte. Er war sich bewußt, daß er einem neuen Deutschland gegenüberstand, das sich aus der Verbindung von Recht und Macht, von kühner Strategie und elastischer Taktik zu einem Partner entwickelt hatte, der mit den bisherigen Methoden der Alliierten nicht einzuschüchtern war.

Unzweifelhaft bewies dieser Besuch: Deutschland hatte eine neue Stellung errungen. Hitler, dem man noch im Mai ein schwächliches Zurückweichen vor der tschechischen Mobilisierung vorwarf, gewann nun ein Prestige wie kein deutscher Staatsmann seit Bismarck.

Die Verhandlungen von Berchtesgaden und Godesberg sind inzwischen weitgehend geklärt worden. Weniger bekannt ist ihre Vorgeschichte, die wir hier ausführlich behandeln, weil ohne ihre Kenntnis die schließlich 1939 doch scheiternden Friedensversuche kaum beurteilt werden können. Nur mit diesen Vorkenntnissen kann man die Frage beantworten, ob Chamberlain damals wirklich einen dauernden Frieden wollte oder nur bestrebt war, den Krieg auf jenen Zeitpunkt zu verschieben, an dem England und Frankreich genügend vorbereitet waren und sich die ausschlaggebende Hilfe der USA gesichert hatten.

Hitler war sich der Stärke seiner Verhandlungsposition infolge der provozierenden Haltung Beneschs bewußt. Er operierte auf der Grundlage, daß Deutschland das Selbstbestimmungsrecht der sudetendeutschen Volksgruppe notfalls auch mit Gewalt verwirklichen werde, wenn es Benesch weiterhin mit Gewalt verletzte.

Die erste Unterredung zwischen Chamberlain und Hitler fand auf dem Obersalzberg statt, in jenem Raum, in dem ihn ein Jahr zuvor der Herzog von Windsor und zwei Jahre zuvor der ehemalige Premier-

minister Lloyd George besucht hatten. Dieser englische Staatsmann hatte anschließend nicht verborgen, wie stark er von der Persönlichkeit Hitlers beeindruckt worden war. Lloyd George sah damals, wie Gilbert und Gott zugeben, in Hitler »den größten lebenden Deutschen«. Nach seinem Besuch berichtete er der englischen Öffentlichkeit im »Daily Express«: »Er ist der geborene Führer – eine magnetische, dynamische Persönlichkeit, von einem einzigen Zweck erfüllt.«[65]

Ein Jahr später schrieb er von »der Bewunderung, die ich persönlich für Hitler empfinde ... ich wünschte nur, daß wir heute einen Mann von seinen Eigenschaften in der Führung der Angelegenheiten unseres Landes hätten«.[66]

Hitler begann das Gespräch mit der Feststellung, Deutschland sei nunmehr entschlossen, keine weitere Entrechtung und Drangsalierung der Sudetendeutschen mehr zu dulden. Wenn Chamberlain bereit wäre, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes eine gerechte Lösung anzustreben, verpflichte er sich, bis zu einer gegenseitigen Verständigung auf militärische Aktionen zu verzichten. Während dieses »Burgfriedens« solle die Selbstbestimmung auf demokratischem Wege durch eine Abstimmung der Beteiligten verwirklicht werden.

Erstaunlicherweise wandte sich Chamberlain gerade gegen diese demokratische Methode und behauptete, »die Schwierigkeiten wären ungeheuer«. Warum eigentlich? Chamberlain wußte also schon damals, daß die tschechische Fehlkonstruktion nicht überleben könnte, wenn man das Selbstbestimmungsrecht einer Volksgruppe gewährte, weil die anderen Volksgruppen dann sofort das gleiche Recht beanspruchten. Chamberlain hatte sicher längst erkannt, daß dann die erzwungene Einheit eines tschechischen Nationalitätenstaates in ihre Bestandteile zerfallen müßte.

Unter dem Vorwand, daß er, obwohl er prinzipiell das Selbsbestimmungsrecht bejahe, die Frage einer Volksabstimmung erst mit Lord Runciman besprechen, seinem Kabinett und der französischen Regierung unterbreiten müsse, schlug Chamberlain vor, die Verhandlungen zu unterbrechen, wobei Hitler zusicherte, daß er inzwischen keine militärischen Aktionen unternehmen werde.

Am 16. September 1938 erklärte er nach seiner Ankunft in London:

»Gestern nachmittag habe ich eine lange Unterredung mit Herrn Hitler gehabt. Es war eine offene, aber freundschaftliche Aussprache, und ich bin darüber zufrieden, daß jeder von uns jetzt voll versteht, was der andere meint...

Ich werde heute abend mit meinen Kollegen und anderen, besonders mit Lord Runciman, die Unterredung erörtern.

Später, vielleicht in einigen Tagen, werde ich eine weitere Aussprache mit Herrn Hitler haben, dieses Mal aber, so hat er mir gesagt, beabsichtigt er, mir auf halbem Wege entgegenzukommen. Herr Hitler wünscht, einem alten Mann eine so lange Reise zu ersparen.«[67]

Inzwischen trieb Benesch sein Land weiter in die Katastrophe. Er wollte lieber ganz Europa in Brand setzen als eine Befriedung auf demokratischer Grundlage hinnehmen. In der Notwehr gegen den tschechischen Polizei- und Militärterror stellte Henlein das sudetendeutsche Freikorps auf.

Angst vor der Abstimmung

Am 19. September trafen sich in London der französische Ministerpräsident Daladier und sein Außenminister Bonnet mit der englischen Regierung, um Chamberlains Bericht zu hören und Vorschläge zu beraten, die an die tschechoslowakische Regierung gerichtet werden sollten. Während Chamberlain vorübergehend schwankte, ob man Hitlers Forderung einer Volksabstimmung entgegenkommen solle oder nicht, kam er durch den französischen Widerstand zu der Erkenntnis, daß dies die schlimmste aller möglichen Lösungen wäre. Benesch und Hodža hatten inzwischen in Paris jeden Zweifel ausgeräumt, daß eine demokratische Abstimmung den »demokratischen Musterstaat« (Churchill) sprengen müßte.

Osusky berichtete am gleichen Tage aus Paris, daß Runciman nicht nach Prag zurückkehren werde, da eine Vermittlung unmöglich geworden sei: »Die Tschechen und die Deutschen könnten in einem Staat nicht zusammenleben.« Als er vor acht Tagen Bonnet die Unannehmbarkeit eines Volksentscheides erläutert habe, sei auch dieser entschieden dagegen gewesen, weil »dann auch die übrigen Minderheiten diesen fordern würden, was das Ende der Tschechoslowakei bedeutete«.

Darum sei man in London zu dem Ergebnis gekommen, »es bleibe nichts anderes übrig als eine unmittelbare Überleitung des Gebietes«. Man habe sich für diese Lösung um so mehr entschieden, als de Lacroix durch Depesche vom 7. September meldete, »der Herr Präsident Benesch hätte ihm dargelegt, er erwäge selbst die Abtretung des Sudetengebietes an Deutschland«.[68]

Am 20. September berichtete der tschechische Gesandte Vierlinger aus Moskau, das Vorgehen Frankreichs werde dort als »aufgelegter Verrat charakterisiert«. Der Großteil des Diplomatischen Korps in Moskau stimme darin überein. Der stellvertretende Volkskommissar des Äußeren, Potemkin, habe mitgeteilt, »daß Bonnet in London die größte Feigheit an den Tag legte...«[69]

Noch nach 25 Jahren hat sich Bonnet zu seiner damaligen Auffassung bekannt. Man sei der Überzeugung gewesen, »wenn man unter den Deutschen eine Volksabstimmung abhält, dann verlangen die anderen Minderheiten, Polen, Ruthenen, Slowaken und Ungarn genau das gleiche. Daher haben wir, den Wünschen Beneschs selbst entsprechend, die Gebietsabtretung einer Volksabstimmung vorgezogen.«[70]

Das wußten die englischen und französischen Politiker bereits seit Jahren, vermutlich schon seit Versailles. Es wäre reichlich naiv anzunehmen, sie hätten erst durch die tschechischen Proteste und den Bericht von Runciman auf eine Erkenntnis gestoßen werden müssen, zu der jeder gelangen mußte, der sich auch nur die Zahlenverhältnisse der Volksgruppen vor Augen hielt. Runciman konnte sie nur noch über die äußerste Zuspitzung einer Lage aufklären, die seit zwei Jahrzehnten bestand.

Endlich wurde sein Abschlußbericht in London vorgelegt. Das Ergebnis seiner Beobachtungen und Untersuchungen wirkte nicht nur wie eine großartige Rechtfertigung der bisherigen sudetendeutschen und reichsdeutschen Haltung, sondern enthielt auch ein vernichtendes Urteil über Benesch und den kleinkarierten tschechischen Chauvinismus. Zugleich wurden jene französischen und englischen Politiker verurteilt, die in Versailles diese Fehlkonstruktion geschaffen und jetzt noch mit allen Mitteln aufrecht erhalten wollten, sogar um den Preis eines europäischen Krieges.

Darum ist Runcimans Bericht ein historisches Dokument, das bis in unsere Tage nichts von seiner Bedeutung eingebüßt hat, besonders in einer Zeit, in der die Verzichtspolitiker durch Preisgabe des Münchener Abkommens auf die schiefe Ebene geraten, auf der es keinen Halt mehr gibt. Die wichtigsten Feststellungen Runcimans seien darum wörtlich wiedergegeben:

Runciman klagt an!

»Tschechische Beamte und Polizisten ohne deutsche Sprachkenntnisse wurden in größerer Zahl in rein deutschen Bezirken angestellt. Tschechische Siedler, die Land aus der Bodenreform erhielten, wurden ermutigt, sich mitten unter der deutschen Bevölkerung anzusiedeln; für die Kinder dieser tschechischen Eindringlinge sind tschechische Schulen in größerer Zahl gebaut worden; allgemein herrscht die Überzeugung, daß tschechische Firmen den deutschen bei der Vergebung von Staatsaufträgen vorgezogen werden und der Staat Tschechen bedeutend leichter Arbeit und Unterstützung gewährt als Deutschen. Ich glaube, daß diese Klagen in der Hauptsache gerechtfertigt sind. Sogar jetzt noch zur Zeit meiner Mission, habe ich bei der tschechischen Regierung keinerlei Bereitwilligkeit gefunden, diesem Sachverhalt in erschöpfendem Maße abzuhelfen.«

»Für mich ist es völlig klar geworden, daß diese Grenzbezirke zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland, in denen die Sudetenbevölkerung eine beträchtliche Mehrheit hat, unverzüglich das Recht völliger Selbstbestimmung erhalten müssen. Falls eine Abtretung unvermeidlich wird, und ich glaube, daß dem so ist, dann ist es besser, wenn sie raschestens und ohne Aufschub stattfindet.

Wird der Status der Ungewißheit fortgesetzt, so entsteht eine wirkliche Gefahr, nämlich die Gefahr eines Bürgerkrieges.

Demzufolge bestehen sehr gewichtige Gründe für eine Politik des sofortigen und energischen Handelns. Nach meiner Meinung wäre jede Form einer Volksabstimmung oder Volksbefragung in diesen Zonen, in denen die Deutschen überwiegen, eine einfache Formalität. Eine ganz große Mehrheit ihrer Bewohner wünscht die Verschmelzung mit Deutschland. Die nicht zu vermeidenden Fristen, die eine Volksabstimmung mit

sich bringt, werden die Gefühle des Volkes mit sehr gefährlichen Folgen nur in Erregung bringen. Darum bin ich der Meinung, daß diese Grenzbezirke ungesäumt von der Tschechoslowakei an Deutschland übertragen werden müßten.«

Zusammenfassend sagt Runciman:

»Kein Vermittlungsversuch zwischen Tschechen und Sudetendeutschen bietet noch die geringste Aussicht auf Erfolg. Der einzig mögliche Ausweg liegt in der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, und es ist künftig vergeblich, zu hoffen, daß Sudetendeutsche und Tschechen innerhalb eines gleichen Staates zusammenarbeiten könnten.«

Der Runciman-Bericht gab den letzten Ausschlag für die Entscheidung, die Daladier und Bonnet gemeinsam mit der englischen Regierung trafen. Einen Tag später, am 19. September, wurde der Prager Regierung der Inhalt dieses Entschlusses ultimativ mitgeteilt:

»Wir sind überzeugt, daß nach den jüngsten Ereignissen nunmehr der Punkt erreicht ist, wo das weitere Verbleiben der hauptsächlich von Sudetendeutschen bewohnten Distrikte innerhalb des tschechoslowakischen Staates tatsächlich nicht länger andauern kann, ohne die Interessen der Tschechoslowakei selbst und des europäischen Friedens zu gefährden...« Es wurde gefordert, »diese Gebiete werden nunmehr dem Reich übertragen«.

Dieses als »englisch-französische Vorschläge« umschriebene Ultimatum stellte zweifellos einen sehr weitgehenden Eingriff zweier Regierungen in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates dar. Wenn irgendwann und irgendwo, dann ist jetzt und hier der Ausdruck »Ultimatum« berechtigt. Die Prager Regierung beugte sich nach zwei Tagen, nicht ohne den ultimativen Charakter dieser »Vorschläge« und den Druck zu betonen, unter den man sie gesetzt hatte:

»Die tschechoslowakische Regierung hat sich unter dem unwiderstehlichen Druck der britischen und französischen Regierung gezwungen gesehen, schmerzerfüllt die in London ausgearbeiteten Vorschläge anzunehmen.«

VII

Der Friede von München

Man würde den moralischen Standard der damaligen alliierten Politiker überschätzen, nähme man an sie hätten plötzlich als Fanatiker des Selbstbestimmungsrechtes gehandelt. In Wirklichkeit sind sie der militärischen Entscheidung zunächst nur ausgewichen, weil sie noch nicht genügend vorbereitet waren, einen Krieg zur Aufrechterhaltung des Versailler Unrechtes riskieren zu können.

Welche Motive auch für die westlichen Protektoren ausschlaggebend gewesen sein mögen, Benesch konnte nach diesem Ultimatum nicht zweifeln, daß England und Frankreich nicht mehr bereit waren, für die Erhaltung seines Systems Krieg zu führen. Er fühlte sich vom Westen verlassen und in den Zustand manövriert, allein gegen Deutschland antreten zu müssen, und zwar mit einer Truppe, die zur Hälfte für einen Staat kämpfen und sterben sollte, der sie seit 20 Jahren unterdrückt hatte.

Dennoch: Benesch gab sein halsbrecherisches Spiel noch nicht auf und enthüllte in der nun beginnenden Zeit die heimtückische Verschlagenheit seiner politischen Taktik, auch gegenüber seinen bisherigen Verbündeten und Schutzmächten.

Chamberlains Kriegsdrohung

Vom Erfolg seines Ultimatums überzeugt, fuhr Chamberlain am 22. September wieder zu Hitler, diesmal nach Bad Godesberg. Der englische Premier schilderte und erläuterte dem Reichskanzler das fran-

zösisch-englische Ultimatum, das von der Lage vom 15. September ausgegangen war. Hitlers Erwiderung versetzte Chamberlain in Enttäuschung und wachsende Erregung. Hitler erklärte ihm: »Es tut mir leid, Herr Chamberlain, daß ich darauf nicht mehr eingehen kann. Nach der Entwicklung der letzten Tage geht das nicht mehr. Die Besetzung der abzutretenden Gebiete muß sofort erfolgen.«

Chamberlain zeigte sich überrascht, daß die veränderten Zustände veränderte Maßnahmen erforderten. Hitler begründete seine Einwände zunächst mit den verschärften Problemen der ungarischen und polnischen Volksgruppen. Das hätte Chamberlain eigentlich nicht sosehr überraschen müssen, denn die ungarische und die polnische Regierung hatten sich deutlich genug gemeldet. Noch wichtiger waren für Hitler die chaotischen Zustände in der Tschechoslowakei, die unaufhaltsam dem Bürgerkrieg zutrieben. Hitler berichtete über die terroristischen Ausschreitungen und die Erschießung 12 deutscher Geiseln durch Tschechen. Diese Gefahren erforderten schnellstes Handeln. Das Tempo hatten die Tschechen angegeben, nicht Hitler.

Chamberlain lief rot an: Nach heftigen Vorwürfen gegen Hitler, der seine Mission erschwere, brach er die Verhandlungen ab.

Am nächsten Morgen setzte er die Auseinandersetzungen schriftlich fort, schrieb einen Brief an Hitler, darin er endlich wiederum mit Krieg drohte:

»Falls deutsche Truppen, Ihrem Vorschlag gemäß, in die Gebiete einmarschieren, würde der tschechischen Regierung zweifellos nichts anderes übrigbleiben, als ihren Streitkräften den Befehl zum Widerstand zu geben, und das wäre gleichbedeutend mit einer Zerstörung der Grundlage, über die Sie und ich uns vor einer Woche geeinigt hatten, nämlich eine in ruhiger Ordnung durchzuführende Regelung dieser Frage, im Gegensatz zu einer Gewaltregelung.«

Chamberlain schien noch im Zustand »ruhiger Ordnung« zu leben. Er hielt es für selbstverständlich, daß die Tschechen militärische Gewalt anwandten, um die Übernahme der bereits abgetretenen Gebiete zu verhindern, bestritt aber Deutschland das Recht, die vereinbarte Rückkehr durch militärische Besetzung zu sichern.

Hitlers Antwortbrief wies ihn eindringlich auf den Widerspruch hin,

daß Paris und London die Rückgabe grundsätzlich beschlossen hatten, die inzwischen auch von den Tschechen akzeptiert wurde, und daß er nun wegen der jetzt notwendig gewordenen beschleunigten Verwirklichung vereinbarter Grundsätze Widerstand leiste, ja mit Krieg drohe. Hitler interessierte sich nicht mehr für die Anerkennung des beschlossenen Grundsatzes, sondern für dessen Realisierung, die in »kürzester Frist den Leiden der unglücklichen Opfer der tschechischen Tyrannei ein Ende bereitet« und zugleich der Würde einer Großmacht entspräche.

Sollte wegen unterschiedlicher Termine der europäische Friede geopfert werden?

Chamberlain antwortete wieder schriftlich: »In meiner Eigenschaft als Vermittler ist es augenscheinlich jetzt meine Pflicht, da Eure Exzellenz den gestern nacht eingenommenen Standpunkt vollkommen aufrechterhalten, Ihre Vorschläge der tschechoslowakischen Regierung zu unterbreiten.

Ich bitte daher Eure Exzellenz, die Freundlichkeit zu haben, mir ein Memorandum zu übermitteln, in dem diese Vorschläge auseinandergesetzt sind, sowie eine Karte, die das nach Maßgabe des Ergebnisses des vorgeschlagenen Volksentscheides zu übergebende Gebiet aufzeigt. . .«

Chamberlain wünschte noch die Aufrechterhaltung des »Burgfriedens« bis zum Abschluß seiner Mission.

Nach kurzer Beratung diktierte Hitler das gewünschte Memorandum: »Die von Stunde zu Stunde sich mehrenden Nachrichten über Zwischenfälle im Sudetenlande beweisen, daß die Lage für das Sudetendeutschtum völlig unerträglich und damit zu einer Gefahr für den europäischen Frieden geworden ist. Es ist daher unerläßlich, daß die von der tschechoslowakischen Regierung anerkannte Abtrennung des Sudetenlandes nunmehr ohne jede weitere Verzögerung erfolgt. . .«

Wer das englisch-französische Ultimatum vom 18. September mit Hitlers Memorandum vom 23. September vergleicht, wird feststellen, daß in der Sache keine wesentlichen Unterschiede bestanden. Hitler hatte nur die Modalitäten den neuen Realitäten angepaßt. Es scheint jedoch kennzeichnend zu sein für die englische Diplomatie, daß sie immer dann Unterschiede in den Methoden überbetont, wenn sie die Sache erschweren oder verhindern möchte.

»Das ist ein Ultimatum!«, rief Chamberlain mit vor Erregung zitternder Stimme. Er schien vergessen zu haben, daß er und Daladier wenige Tage vorher ihren Prager Freunden ein Ultimatum gestellt hatten. Benesch war »unwiderstehlichem Druck« ausgesetzt worden.

Der englische Gesandte in Prag, Newton, war ehrlich genug, den Ausdruck »Ultimatum« zu verwenden, wenigstens in einem Schreiben an Halifax vom 20. September 1938: »Wenn ich Präsident Benesch am Mittwoch eine Art Ultimatum überreichen kann, dann werden sich er und seine Regierung imstande fühlen, sich der höheren Gewalt zu beugen.«[1]

Glaubte man, nun auch den deutschen Verhandlungspartner unter ähnlichen Druck setzen zu können? Hitler wiederholte, daß der Ernst der Lage ihn zu sofortigen Maßnahmen zwinge, er hege gegenüber den Tschechen tiefes Mißtrauen. Sie wollten jede Verzögerung nur dazu mißbrauchen, den alten Zustand aufrechtzuerhalten und lieber einen internationalen Konflikt heraufbeschwören als den Sudetendeutschen die 20 Jahre lang vorenthaltene Freiheit zurückgeben. Chamberlain blieb unbeweglich. Henderson und Wilson sekundierten und behaupteten, die von Hitler verlangten kürzeren Fristen seien zu knapp, es werde zu Gewalttätigkeiten kommen, die den europäischen Krieg entfesseln müßten.

Benesch torpediert Godesberg

Das von den englischen Vertretern beschworene Kriegsgespenst ließ nicht lange auf sich warten. Es kam jedoch nicht von der deutschen, es drohte aus der tschechischen Richtung. Mitten in die festgefahrene Verhandlung schlug Beneschs Torpedo. Ein Adjutant erschien und legte Hitler eine Mitteilung vor, die er für Chamberlain übersetzen ließ:

»Soeben hat Benesch über den Rundfunk die allgemeine Mobilmachung der tschechoslowakischen Armee verkünden lassen.«

Diese Sabotage der Verhandlungen, auch über die Köpfe seiner englischen und französischen Freunde hinweg, zeigte eindringlich, wie gefährlich deren Verzögerungstaktik in einer so brisanten Lage werden

konnte. Hitlers Drängen auf beschleunigte Rückgabefristen wurde schneller und überzeugender gerechtfertigt als er selbst erwarten konnte. Benesch wollte die Brücken hinter sich verbrennen, seine westlichen Protektoren vor vollendete Tatsachen stellen, ihnen den Rückzug abschneiden und Europa in den Krieg hineinreißen. Hitler hätte nun auf keinen Anlaß mehr warten müssen, um militärisch handeln zu dürfen. Benesch hätte Jodl und der Armeeführung den »Zwischenfall« geliefert. Der Plan »Grün« wäre fällig gewesen.

Jetzt hätte Hitler die von der Prager Regierung zugestandene Rückgliederung der deutschen Gebiete militärisch erzwingen können. Wie bei der tschechischen Provokation im Mai beherrschte er sich auch jetzt noch. Minutenlang lastete ein unheimliches Schweigen zwischen Hitler und dem erstarrten Chamberlain.

Der Premier befürchtete das Ende des »Burgfriedens«. Doch Hitler erklärte ruhig: »Meine Zusage, daß ich während der Verhandlungen nicht gegen die Tschechoslowakei vorgehen werde, halte ich trotz dieser unerhörten Provokation selbstverständlich aufrecht, zumindest solange Sie, Herr Chamberlain, sich noch auf deutschem Boden befinden.«

Hitler war sogar noch bereit, die Räumungsfristen den westlichen Vorstellungen anzupassen. Auch die Formulierungen wurden an einigen Stellen gemildert. Chamberlain wollte das Memorandum nun in dieser Form der tschechoslowakischen Regierung übermitteln, lehnte es jedoch ab, dessen Annahme zu empfehlen.

Nach dem Bericht Chamberlains habe ihm Hitler zum Abschied versichert, er wünsche Freundschaft mit England, und nähme mit Freude die Verhandlungen wieder auf, wenn die sudetendeutsche Frage endlich auf dem Wege des Friedens gelöst worden wäre.

Halifax sabotiert Chamberlain

Doch nicht Benesch allein, wie man bis heute behauptet, wollte die Godesberger Konferenz zerschlagen.

Benesch schoß den Torpedo ab, doch Halifax hatte ihn geliefert.

Tatsächlich begann England anschließend mit gewaltiger Verstärkung seiner Kriegsrüstung

»Niemals Krieg gegeneinander«!

We, the German Führer and Chancellor and the British Prime Minister, have had a further meeting today and are agreed in recognising that the question of Anglo-German relations is of the first importance for the two countries and for Europe.

We regard the agreement signed last night and the Anglo-German Naval Agreement as symbolic of the desire of our two peoples never to go to war with one another again.

We are resolved that the method of consultation shall be the method adopted to deal with any other questions that may concern our two countries, and we are determined to continue our efforts to remove possible sources of difference and thus to contribute to assure the peace of Europe.

A Hitler

Neville Chamberlain

September 30. 1938.

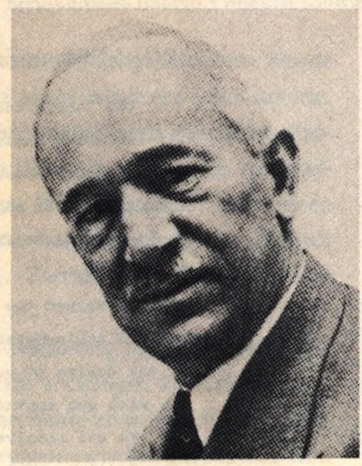
Chamberlain in München
ur auf Zeitgewinn gespielt







Hitler auf dem Reichsparteitag
12. 9. 38:
»Ich stelle die Forderung, daß die Unterdrückung der dreieinhalb Millionen Deutschen in der Tschecho-Slowakei aufhört und an dessen Stelle das freie Recht der Selbstbestimmung tritt!«



Eduard Benesch,
tschechischer Staatspräsident:
»Ich war überzeugt, daß es zu einem allgemeinen Krieg mit Deutschland kommen müsse . . .« (23. 9. 38)
»Ich wünschte ihn mir sofort . . .!« (22. 9. 38)

DEUTSCHE GEBIETE IN BÖHMEN UND MÄHREN

Sudetendeutsches Siedlungsgebiet

EUTSCHES REICH

TSCHECHO-SLOVAKE

DEUTSCHES REICH

I II III IV

BRESLAU
DRESDEN
RUMBURG
WARNSDORF
BODENBACH
TETSCHEN
ZITTAU
JOSEFSTHAL
REICHENBERG
KÖNIGSWALD
RUSSIG
KATHARINABERG
TEPLITZ
BRÜX
LEITMERITZ
TRAUTENAU
KAADEN
KOMOTAU
EGER
MASCHAU
ELBE
PRAG
BERAUN
PARDUBITZ
MARIENBAD
WESERITZ
MIES
PILSEN
GRULICH
GRUMBERG
ZORKAU
FREUDENTHAL
JÄGERNDORF
BRAUNDORF
OLMÜTZ
IGLAU
WALDMÜNCHEN
MOLDAU
BRÜNN
STUBENBACH
REHBERG
WALLERN
ANDREASBERG
BUDWEIS
KRUMAU
KAPLITZ
ZNAIM

Die Hauptschuld liegt dabei bei Halifax und Daladier, besonders bei Halifax, der über den Kopf seines mit schweren Entscheidungen ringenden Regierungschefs den Tschechen den Weg in den Krieg freigab. Während der Premier verhandelte, handelte der Außenminister, und zwar gegen ihn.

Noch ehe Chamberlain in Godesberg ankam, hatte Halifax die Wünsche Beneschs erfüllt. Bereits am 22. September empfahl er der tschechischen Regierung die Mobilmachung. Henderson erreichte einen kurzen Aufschub. Am nächsten Tag durften die Tschechen mobilisieren. Auch Daladier befreite Benesch von den letzten Hemmungen.

Der tschechische Gesandte in Paris, Osusky, bemühte sich am 24. September, den Verdacht zu beseitigen, Prag hätte ohne den Westen gehandelt:

»Lasset durch den Rundfunk darauf hinweisen, daß gegen die Tschechoslowakei eine Kampagne geführt wird, sie hätte mobil gemacht, um ein Abkommen Chamberlains mit Hitler zu vereiteln.

Verkündet, daß die Mobilmachung mit vollem Wissen Englands und Frankreichs erfolgte...«[2]

Am gleichen Tage sagte er den Journalisten, »daß wir die militärischen Maßnahmen in Übereinkunft mit Frankreich und England getroffen haben«.[3]

Aus den Akten des tschechischen Außenministers geht hervor, Chamberlain sei überrascht gewesen, »daß wir eine Zurückziehung des Militärs aus den Befestigungen nicht beabsichtigten. Ich betonte, daß gestern die Befestigungen auf englischen und französischen Rat besetzt wurden und daß wir sie heute nicht wieder räumen können.« Chamberlain habe das nicht zu begreifen vermocht. Dann bedankte sich Masaryk beim englischen Premier:

»Es ist ein Unglück, daß dieser dumme, uninformierte, kleine Mensch englischer Premier ist, und ich bin überzeugt davon, daß er es nicht mehr lange sein wird.«[4]

Selbstverständlich war Halifax über den Verlauf der Verhandlungen und ihre gefährliche Zuspitzung durch seine Gehilfen in Godesberg unterrichtet worden. Umso schwerer wiegt seine Verantwortung für diese

gezielte Sabotage. »Halifax ... sah den Krieg als unmittelbar bevorstehend an. Fern vom Einfluß Chamberlains rechnete er nicht mehr mit weiteren Befriedungsversuchen«, schreiben die englischen Nachwuchs-Historiker, verschweigen jedoch, daß Halifax selbst die letzten Möglichkeiten der Befriedung zerstörte.

Sie fahren fort: »Halifax trat nun als der Wortführer einer kleinen Gruppe von Politikern auf, für die der Gedanke, daß Chamberlain in Godesberg versagen könnte, etwas Abschreckendes hatte. Diese Gruppe hatte sich auf Geheiß Simons zusammengefunden. Sie bestimmte Halifax, die tschechische Mobilmachung trotz der Proteste Chamberlains durchzusetzen.«[5]

Am 23. September um 22 Uhr telefonierte Halifax mit Chamberlain, er müsse dem deutschen Reichskanzler jetzt endlich klarmachen, daß nach dem Zugeständnis der tschechoslowakischen Regierung eine Zurückweisung der Möglichkeit einer friedlichen Lösung »ein unverzeihliches Verbrechen gegen die Menschheit sein würde«. Das sagte der englische Erzheuchler, der fünf Stunden zuvor die Tschechen zum Kriege treiben ließ, ohne Chamberlain zu unterrichten.[6]

Als Chamberlain gegen die Mobilisierung protestierte, mußte er über die Kriegsgefahr informiert gewesen sein. Umso weniger läßt sich begreifen, daß er Hitlers Forderung auf kürzere Fristen so hartnäckig ablehnte.

Bereits in der Nacht vom 22. zum 23. September mußte er Halifax' gefährliches Spiel durchschaut haben. Die Tschechen erhielten die Startgenehmigung noch v o r dem entscheidenden Gespräch zwischen Hitler und Chamberlain. Aus einer Aufzeichnung des Prager Außenministeriums geht hervor, daß der britische Gesandte am 23. September 1938 um 17.15 Uhr die Genehmigung erteilte:

»Die britische Regierung ist mit der französischen Regierung übereingekommen, daß die tschechoslowakische Regierung davon in Kenntnis gesetzt werden soll, daß die französische und britische Regierung weiterhin nicht mehr die Verantwortung für den Rat, nicht zu mobilisieren, übernehmen können.«[7] Am gleichen Tag gab auch Frankreich den Startschuß. Aus Prag berichtete der französische Gesandte, de Lacroix habe am 23. September auf Anweisung aus Paris der tschechoslowakischen

Regierung mitgeteilt, daß die französische Regierung ihren früheren Rat, die Mobilisierung zu vermeiden, nicht aufrechterhalte.[8]

Auf die kriegslüsterne tschechische Regierung mußte die plötzliche englisch-französische Kriegstreiberei wie Rauschgift wirken. Außenminister Krofta schrieb in einem Erlaß vom 24. September 1938: »Weitere Zugeständnisse sind nach der Durchführung der Mobilisation unmöglich. Die militärische Situation ist gut.« Daß Berlin bisher Zurückhaltung übe, sei »ein Zeichen von Schwäche«.[9]

Die Hauptschuld an der Vorbereitung des Prager Totentanzes trägt Benesch. Wer aber ist an Benesch schuld? Die Versailler Intriganten in Paris und London und ihre Moskauer Kumpane! Sir Eric Phipps richtete den Scheinwerfer auf die Dunkelmänner im Hintergrund. Am 24. September sandte er Halifax ein Telegramm:

»Die Regierung Seiner Majestät sollte sich der äußersten Gefahr bewußt sein, in die sie sich begibt, wenn sie auch nur dem Anschein nach die kleine, sehr geräuschvolle und korrupte Kriegsgruppe hier ermutigt. Alles, was zur Elite in Frankreich gehört, ist fast um jeden Preis gegen den Krieg.« Auf eine empörte Gegenfrage von Cadogan erläuterte Phipps, »ich meinte die Kommunisten, die im Solde Moskaus stehen und seit Monaten für den Krieg arbeiten«.[10]

Vansittart, Duff Cooper, Hore-Belisha, die »Kriegsgruppe«, die War Monger schienen am Ziele zu sein. Sie mußten dann dennoch warten bis zum 3. September 1939.

Litwinow möchte nachhelfen

Wie die Mai-Krise hat Litwinow auch die durch die westliche Verzögerungstaktik und die Prager Provokationen heraufbeschworene Kriegsgefahr im September mit wachsendem Interesse verfolgt. Endlich schien sich seit Beginn des spanischen Bürgerkrieges eine ähnliche Gelegenheit anzubieten, den europäischen Bruderkrieg zu schüren, um ihn für sowjetpatriotische Interessen und weltrevolutionäre Ziele auszunützen. Stalin verstärkte das »Hilfsversprechen« vom Mai 1938. Anregend dürfte auf ihn auch Churchill gewirkt haben, der schon Ende August

forderte, »die Flotte in der Nordsee zu konzentrieren und eine Teilmobilisierung durchzuführen«.[11]

Wozu hatte man 1935 den französisch-sowjetrussischen Militärpakt durch ein ähnliches Abkommen mit der Prager Satelliten-Regierung vervollständigt? Wenige Tage nach Churchills Forderung, am 2. September, schlug Litwinow dem französischen Geschäftsträger in Moskau vor, unmittelbare Stabsgespräche zwischen den sowjetischen, französischen und tschechischen »Fachleuten« zu beginnen.[12] Frankreich und die Sowjetunion sollten sofort eine gemeinsame Warnung an Hitler richten. Noch lagen allerdings Rumänen und Polen als schwer zu überwindende Hindernisse auf dem Wege nach dem kapitalistischen Westen. Nach Berichten von Phipps weigerten sich die Rumänen unverzeihlicherweise immer noch, rumänisches Gebiet durch sowjetische Flugzeuge überfliegen zu lassen.

Das waren politische Barrieren; im Ernstfall allerdings konnte man in der allgemeinen Kriegspsychose den polnischen und rumänischen Widerstand schnell überrollen. In Prag operierten bereits sowjetische Militärmissionen, und das Agentennetz war lückenlos. Rumänien allein hätte sich nicht wehren können. Polen war das unlösbare Problem, besonders solange Paris und London noch glaubten, auf diesen klerikal-reaktionären und feudal-faschistischen Staat Rücksicht nehmen zu müssen.

England war auch in dieser Frage gespalten. Butler und Henderson leisteten besorgt Widerstand; Churchill, Hore-Belisha und Vansittart waren dagegen schon damals bereit, die osteuropäischen Staaten zu opfern, um den Weltkrieg gegen Deutschland beginnen zu können. Halifax schien noch zu schwanken.

Beneschs Sympathie für die panslawistische Sowjetmacht im Kreml wurde um so stärker, je mehr sich ihr Einfluß auf den Westen vergrößerte. Als er 1935 am Ziel seiner Geltungssucht stand und Präsident jenes Staates wurde, den er vorbereiten geholfen hatte, versuchte er, wie er in seinen Memoiren berichtet, sein »äußerstes, einen geraden Kurs mit der Sowjetunion auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite zu steuern«.[13] Noch in seinen Erinnerungen denkt er melancholisch an die damaligen Möglichkeiten zurück, mit Moskau und Paris gemeinsam den deutschen Erzfeind zunächst einzuschüchtern, dann einzukreisen und

schließlich zu zerschlagen. Die fehlende gemeinsame Landgrenze erschien ihm durch die Luftwaffe nicht mehr so hemmend wie früher.

Die Tschechei als sowjetischer Flugzeugträger war längst mehr als ein propagandistischer Begriff:

»Rußland hatte bereits 300 Kriegsflugzeuge an die Tschechei geliefert, und außerdem standen mehrere Geschwader sowjetischer Flugzeuge auf tschechischen Flugplätzen.«[14] Bei der engen Bindung an Frankreich hatte diese Bastion die doppelte Funktion als Flugzeugträger für die Zwecke von Litwinow und Pierre Cot. Berlin lag, wie berichtet, nur eine halbe Stunde Flugzeit von Prag entfernt.

In der Krise der Verhandlungen Chamberlains in Godesberg sah Benesch seine letzte Chance. In England schienen die prosowjetischen die antibolschewistischen Kräfte zu überrunden. Der christliche Halifax sondierte am 23. September die Stärke möglicher Kriegsfreunde. Er hatte alle Hemmungen verloren und telegraphierte – während der Godesberger Verhandlungen – an Butler in Genf:

»Es wäre nützlich, wenn Sie mit Mister Litwinow über die gegenwärtige Situation sprechen könnten und sich bemühten, aus ihm etwas über die Ansichten und Absichten seiner Regierung herauszukriegen.« In Genf, der Stätte der kommunistisch-kapitalistischen Begegnung, unterhielten sich Butler und de la Warr mit Litwinow und Maisky. Litwinow versicherte, daß der tschechoslowakische Pakt in Kraft trete. »Er habe seit langem diese Hoffnung auf ein Gespräch zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland genährt...«. Am Morgen des 24. September informierte Butler Außenminister Halifax über das Angebot des sowjetischen Beistandes. Jetzt wollte dieser das Äußerste riskieren:

»Halifax trat nun als der Wortführer einer kleinen Gruppe von Politikern auf, für die der Gedanke, daß Chamberlain in Godesberg versagen könnte, etwas Abschreckendes hatte... Sie bestimmte Halifax, die tschechische Mobilmachung trotz der Proteste Chamberlains durchzusetzen.«[15] (Vgl. S. 226)

Genau dies wollte Litwinow erreichen. Maisky, der sowjetische Botschafter in London, bestätigt:

»Die Tschechoslowakische Regierung lehnte das ›Godesberger Programm‹ Hitlers ab [22. bis 23. September 1938]. Bei dieser Entscheidung der Tschechoslowaken spielte die wenige Tage vorher von sowjetischer Seite erhaltene Zusicherung eine Rolle, der Tschechoslowakei in jedem Fall Hilfe zu leisten, auch im Fall eines Verrates von seiten Frankreichs.«[16]

Udo Walendy hat sehr verdienstvoll die russischen Quellen auch für diesen Tatbestand erschlossen. Die durch Litwinow gewünschten ostwestlichen Generalstabsbesprechungen sollten davon ausgehen, daß es sowjetischen Kräften erlaubt werde, durch rumänisches Gebiet vorzustoßen. Die Mitteilung von Maisky wird ergänzt durch die Feststellung von Nedoresow, der sich dabei auf Chruschtschow berufen kann:

»In diesen Tagen bestätigte die Regierung der Sowjetunion aufs neue ihre Bereitschaft, unverzüglich den Völkern der Tschechoslowakei Hilfe zu leisten, und billigte entsprechende praktische Maßnahmen.

30 Schützen- und einige Kavallerie-Divisionen der Sowjetischen Armee wurden an der westlichen Grenze der UdSSR zusammengezogen. Die Luftwaffe und Panzereinheiten wurden in Kriegsbereitschaft versetzt.«[17]

Neben diesen sowjetischen Angeboten und der Aktivität der Londoner »Kriegsgruppe« hatte sich auch ausgewirkt, was von Vansittarts deutschen »Feind-Freunden« unternommen wurde, deren Verdienst es nicht ist, daß ihr »Widerstand« damals nicht genügend glaubwürdig erschien und mehr Verachtung als Beachtung fand. Man sollte die hitlerfeindliche militärische und diplomatische Konspiration weder über- noch unterschätzen. Ihr Einfluß konnte in jenen Tagen, beim Gleichstand der Waagschalen in London, auch durch ihr minimales Gewicht den Ausschlag geben.

Dennoch wäre es übertrieben, die englisch-französische Kriegsentscheidung hauptsächlich auf solche Verrätereien zurückzuführen. Daß Eng-

land den Krieg 1939–40 unter ungünstigeren Bedingungen begann und fortsetzte, auch noch, als die Versprechungen des »Widerstandes« nicht eingehalten wurden, zeigt: Englands Kriegspartei war mit oder ohne Hilfe des militärischen und diplomatischen Verrats zur Niederwerfung Deutschlands unter allen Umständen entschlossen.

Der konspirative Klüngel, das Zusammenwirken der Londoner »Kriegsgruppe« und der Berliner Verschwörergruppe hat Deutschland mehr geschadet als England genützt. (Sie haben auch Benesch getäuscht wie ein Jahr früher Schuschnigg.)

Die Ehrlichen unter ihnen wollten zwar den Frieden, oder was sie sich darunter vorstellten; in ihrer Auswirkung erreichten sie das Gegenteil. Sie verstärkten Englands Entschluß, den Krieg nur so lange aufzuschieben, bis man ihn unter günstigeren Bedingungen glaubte riskieren zu können.

Wie lächerlich abstrakt wirkt gegenüber diesem Ursachengeflecht die simple Anklage von Nürnberg, die das tschechoslowakische Problem nur auf eine Stufe des »Angriffs auf das Ausland« und auf Welteroberungspläne der Reichsregierung reduzierte.[18] Die tschechoslowakische Krise wurde von allen realen Bedingungen isoliert, von der geschichtlichen Mit- und Umwelt abgetrennt und politisch beziehungslos dem pseudojuristischen Urteil unterworfen. In Wirklichkeit blieb nur ein »Stück Papierarbeit« übrig, der Plan »Grün«. Um das Papier »Grün« noch stärker aufzubauschen, hat der sowjetische Hauptankläger Rudenko das Wort »zerschlagen« in bezug auf die tschechische Fehlkonstruktion auch noch in »erschlagen« umgefälscht.[19]

Bei den Einmärschen deutscher Soldaten in den alten böhmisch-mährischen Reichsraum wurde nicht der Plan »Grün« ausgeführt; das waren Sicherungsmaßnahmen für die 1938 von den Westmächten und der Prager Regierung und 1939 zwischen der Prager und der Reichsregierung getroffenen Vereinbarungen. Professor Dr. Exner hat schon in Nürnberg festgestellt, diese beiden Einmärsche seien keine nach der (Nürnberger) Charta strafbaren Taten: »Das waren keine Angriffe, dazu gehört Gewaltanwendung, noch weniger Kriege, dazu gehört Waffenkampf, geschweige denn Angriffskriege...« Kriegspläne, die Pläne blieben, seien nicht völkerrechtswidrig, Angriffspläne, die unausgeführt

blieben, fielen nicht unter die Charta. »Das Völkerrecht kümmert sich nicht um das, was in den Köpfen und Büros geschieht.«[20]

Benesch aber glaubte es sich leisten zu dürfen, innerhalb von 3 Monaten zweimal zu mobilisieren.

Zur Ablehnung empfohlen

Chamberlains übereilte Rückkehr von Godesberg nach London dürfte auch von jenem Flurschaden veranlaßt worden sein, den sein Außenminister inzwischen auf dem Felde der europäischen Politik angerichtet hatte. »Die Krise wurde nicht besser, sondern schlimmer«, bezeugt Ribbentrop am 29. März 1946.[21] Am 25. September trafen sich Daladier und Bonnet erneut mit der Londoner Regierung. Chamberlain schilderte das Ergebnis seiner letzten Verhandlungen mit Hitler. Man beschloß, Hitlers Memorandum zwar an Benesch weiterzuleiten, doch dessen Annahme nicht zu empfehlen. Wozu dann überhaupt weiterleiten? Nicht empfehlen, das konnte in dieser Spannung doch nur bedeuten, daß Benesch dafür, daß er durch seine Kriegsprovokation die Godesberger Verhandlung torpediert hatte, nun belohnt werden sollte. Nach dem Vorangegangenen konnte Benesch die Nichtempfehlung der Annahme nur so verstehen, daß ihm die Ablehnung empfohlen wurde. Die Ablehnung aber konnte nur Krieg bedeuten, jetzt nicht nur zwischen Deutschen und Tschechen, sondern auch zwischen Deutschland, Frankreich und England, den europäischen Bruderkrieg. Und wofür? Weil Hitler den katastrophalen Zuständen entsprechend kürzere Rückgabefristen verlangte!

Als hätte Chamberlain diese grauenvolle Alternative erkannt, aus ihr jedoch keine Konsequenzen ziehen wollen, schrieb er am 26. September 1938 erneut an Hitler. Dieser wußte noch nicht, daß Halifax die tschechische Mobilmachung empfohlen hatte. Hitler wußte auch nichts von Halifax' Aufforderung an Litwinow, mit den Westmächten gemeinsam gegen Deutschland militärisch vorzugehen. Hitler war nach der Verschärfung der Krise immer noch bereit, weiter auf dem Verhandlungswege zu bleiben. Er warnte allerdings noch einmal vor einer weiteren Verzögerung, die die Tschechoslowakei in den Bürgerkrieg und Europa

in den Krieg stürzen könnte. Ohne konkrete Informationen über die Konspiration zwischen Halifax, Benesch und Litwinow durchschaute er ihre unverantwortlichen Manöver. In seinem Antwortbrief schrieb er dem britischen Premier:

»Unter diesen Umständen muß ich annehmen, daß die Regierung in Prag den Vorschlag der Besetzung durch deutsche Truppen nur benutzt, um durch Entstellung des Sinnes und Zweckes meiner Vorschläge diejenigen Kräfte in dritten Ländern, insbesondere in England und Frankreich, mobil zu machen, von denen sie eine bedingungslose Unterstützung ihrer Absichten und damit die Möglichkeit einer allgemeinen kriegerischen Konflagration erhofft.« Hitler glaubte immer noch an den ehrlichen Makler Chamberlain und dankte ihm für seine Bemühungen, derartige Machenschaften zu durchkreuzen und die Prager Regierung in letzter Stunde zur Vernunft zu bringen.[22]

Am 28. September wandte sich Hitler an die Sudetendeutschen, die Deutschen und an die Weltöffentlichkeit in seiner schicksalsträchtigen Rede in Berlin, die Bonnet in seinen Erinnerungen als »ebenso geschickt wie heftig« charakterisiert: Hitler bekräftigte wiederum seine Bereitschaft zur Verständigung mit Frankreich und England. Diese habe er England bewiesen, als er die deutsche Flottenrüstung freiwillig auf ein Drittel der englischen begrenzte, und gegenüber Frankreich, als er auf die deutsche Selbstbestimmung in Elsaß-Lothringen verzichtete:

»Ich habe Großbritannien die Hand geboten, und ich habe freiwillig darauf verzichtet, mit ihm jemals in einen Wettlauf um die Aufrüstung einzutreten, um zwischen beiden Völkern einen dauerhaften Frieden sicherzustellen.« Frankreich habe er davon in Kenntnis gesetzt, daß es nach der Rückkehr des Saargebietes keine Zwistigkeiten mehr zwischen den beiden Völkern gebe. Das Problem Elsaß-Lothringen existiere nicht mehr. »Wir wollen keinen Krieg mehr mit Frankreich. . .«

Um so schärfer griff er Benesch an:

»Die Frage, die uns in diesen letzten Monaten und Wochen aufs tiefste bewegt, ist altbekannt, sie heißt nicht sosehr Tschechoslowakei, sie heißt Herr Benesch. . . . . Die Deutschen treibt er jetzt aus! Und das ist der Punkt, an dem das Spiel aufhört! Er hat jetzt die Entscheidung in seiner Hand, Krieg oder Frieden! Er wird entweder dieses Angebot ak-

zeptieren und den Deutschen jetzt endlich die Freiheit geben, oder wir werden uns diese Freiheit selbst holen! ...«

Dann stellte er England nochmals vor die Alternative. Es gehe nicht an, daß der eine Teil sage: »Ich will mit dir nie wieder Krieg führen, und zu diesem Zweck biete ich dir eine freiwillige Begrenzung meiner Waffen auf 35 % an«, dagegen der andere Teil erkläre: »Wenn es mir paßt, werde ich von Zeit zu Zeit schon wieder Krieg führen.« Der Kriegsverzicht sei moralisch nur gerechtfertigt, wenn er für beide Seiten gelte: Deutschland habe diesen Willen. »Wir alle wollen hoffen, daß im englischen Volk diejenigen die Oberhand bekommen, die des gleichen Willens sind!«[23]

Am nächsten Tage wandte sich Chamberlain über den Runfunk an die Öffentlichkeit und gab eine Erklärung ab, die vermutlich auch gegen die Machenschaften hinter und neben ihm gerichtet sein sollte: Man könne nicht ohne weiteres verstehen, daß sich das britische Reich um dieser einen kleinen Nation willen in einen Krieg stürzen solle.

»Wenn wir uns schlagen müssen, so muß es sich wirklich um die große Sache handeln.«[24]

Diese große Sache (»great issue«) wäre eine Nation, die durch Furcht und Gewalt die Welt beherrschen wollte. (Natürlich meinte Chamberlain nicht die britische Weltherrschaft.) Nicht der Krieg als solcher war es, den er unbedingt vermeiden wollte, nur der Kriegsanlaß erschien ihm noch zu gering. Für Deutschland jedoch ging es um das Schicksal von 3½ Millionen Angehörigen des eigenen Volkes und um den Schutz der deutschen Ostgrenze.

»Clevere Lüge«

Chamberlain wandte sich damit auch an die Londoner Kriegspartei. Nach der provokatorischen Mobilmachung der tschechischen Regierung hatte ein Verschworener jener Clique ohne Wissen oder gegen den Willen Chamberlains ein Kommuniqué des britischen Außenministeriums veröffentlicht, das sofort als Schwindel entlarvt werden konnte. Es stammte von Reginald Leeper, einem Berufs-Intriganten im Dienste Vansittarts.

Diese »amtliche« Erklärung nahm den Kriegsentschluß Frankreichs, Englands und bereits Sowjetrußlands dreist vorweg. Weder Frankreich noch Rußland waren gefragt worden. Im gefälschten Kommuniqué für die Presse wurde behauptet:

»Wenn trotz aller vom britischen Premierminister unternommenen Bemühungen ein deutscher Angriff auf die Tschechoslowakei stattfindet, so muß die unmittelbare Folge sein, daß sich Frankreich zu ihrem Beistand genötigt sieht, und Großbritannien und Rußland werden sicherlich auf seiten Frankreichs stehen.«

Der französische Außenminister vermutete, daß dieses Kommuniqué »offensichtlich das Werk Vansittarts« gewesen sei. Dieser Leeper war immerhin der Leiter der Presseabteilung des Foreign Office! Churchill bestätigt erfreut, daß diese gezielte Intrige des späteren Sir Reginald durch Halifax genehmigt und sofort veröffentlicht worden sei. Die Einbeziehung der Sowjetunion wird von Churchill nicht nur zugegeben, sondern ausdrücklich für notwendig erklärt. Er hatte damals in seiner Wohnung eine größere Gruppe Tories um sich versammelt. Man war leidenschaftlich erregt, und alles richtete sich auf das eine Ziel: »Wir müssen Rußland dazu bekommen.« (We must get Russia in.)

Churchill war überrascht gewesen über die Intensität, mit der diese Gentlemen die Vorurteile ihrer Klasse und ihre ideologischen Interessen von sich geworfen hatten, und bis zu welchem Grade sich ihre Kampfstimmung steigerte.

Er gibt auch zu, daß dieses dubiose Kommuniqué in der nationalen französischen Presse mit Mißtrauen und Verachtung behandelt worden sei. »Matin« habe es eine »clevere Lüge« genannt.

In der gleichen Nacht dinierte Churchill mit Duff Cooper in der Admiralität. Dieser erzählte ihm, daß er vom Premier die sofortige Mobilisierung der Flotte fordere. »Ich erinnerte mich an meine eigenen Erlebnisse vor einem Vierteljahrhundert, als sich ähnliche Umstände angeboten hatten.« Mit keinem Wort bedauert Churchill, daß »ähnliche Umstände« zum Verbrechen des Ersten Weltkrieges geführt hatten.[25]

Nun war man wieder bereit, aus einem Anlaß, der in keinem verantwortbaren Verhältnis zu

seinen Folgen stand, den Zweiten Weltkrieg heraufzubeschwören.

Für die Churchill-Partei war Chamberlains »große Sache«, »the great issue«, bereits im September 1938 fällig.

Bis zum Rand des Zweiten Weltkrieges hatte jedoch auch Chamberlain die »ähnlichen Umstände« treiben lassen. Er unterschied sich von Churchill nur darin, daß er nicht bereit war, den Teufelspakt mit den Sowjets zu schließen, um ihnen für die Hilfe bei der Zerschlagung Deutschlands Süd- und Osteuropa auszuliefern. Davor schreckte Chamberlain noch zurück. Am 27. September erklärte er abends im Rundfunk:

»Wie furchtbar, phantastisch, unglaublich ist es, daß wir hier Schützengräben ausheben und Gasmasken aufsetzen sollen, weil sich in einem fernen Land ein Streit zwischen Menschen abspielt, von denen wir nichts wissen.«[26]

Militärische Gründe

Fast zu spät legte Chamberlain sich und dem englischen Volke diese Frage vor. Krieg, und wozu? Nicht weil Hitler, wie Rudenko fälscht, den Benesch-Staat »erschlagen« wollte. Die Reichsregierung forderte nicht den Krieg gegen die Tschechoslowakei, sondern nur die militärische Sicherung jener deutschen Gebiete, deren Rückgabe an das Reich zwischen Paris, London und Prag nach dem 18. September 1938 vereinbart worden war. Auf keinen Fall wollte Hitler einen Krieg gegen die Westmächte. Die Entscheidung für einen europäischen Krieg lag ausschließlich bei der französischen und englischen Regierung: Die beiden Westmächte hatten, ohne im geringsten bedroht zu sein, von sich aus am 28. September mobilisiert. Bereits am 24. September begannen in Frankreich die militärischen Vorbereitungen. Am 27. September wurde in England der Ausnahmezustand verkündet, die Flotte mobilisiert, auch die Luftwaffe, die weibliche Territorialmiliz aufgerufen.

In London wurden Flakbatterien in Stellung gebracht, Gasmasken an die Bevölkerung verteilt, Schutzgräben ausgehoben, Kinder aus den Großstädten evakuiert. Paris bot das gleiche Bild, ebenso Prag. Benesch

drohte den 20000 Sudetendeutschen, die er in KZ' gesperrt hatte, sie bei Kriegsbeginn ermorden zu lassen.[26a]

»Nur in Berlin ist von Maßnahmen nichts zu vermerken.«

Wer wollte also den Krieg, wer bereitete sich darauf vor, wer mißbrauchte die Differenz zwischen Rückgabeterminen als Vorwand, um Europa in die Katastrophe zu treiben?

»Die beiden Westmächte sind zum Angriff entschlossen. Das bedeutet nicht nur Krieg, das bedeutet einen neuen Weltkrieg!«[27]

Die deutsche Wehrmacht hätte, auch wenn er geplant gewesen wäre, damals keinen europäischen Krieg führen können. Wollte Churchill eben aus diesem Grunde den Krieg bereits im September 1938 und nicht erst ein Jahr später erzwingen? Generaloberst Jodl hat in Nürnberg als Zeuge beeidet: »Es war ganz ausgeschlossen, mit fünf aktiven Divisionen und sieben Reservedivisionen in einer Westbefestigung, die nur eine große Baustelle war, 100 französischen Divisionen standzuhalten. Das war militärisch unmöglich.«[28]

Das war die Lage im Westen. Über das Stärkeverhältnis an der tschechoslowakischen Grenze bezeugte Generalfeldmarschall Keitel:

»Wir waren außerordentlich glücklich, daß es zu einer militärischen Operation nicht gekommen war, weil wir in der Zeit der Vorbereitung niemals von der grundsätzlichen Auffassung heruntergegangen sind, daß unsere militärischen Angriffsmittel gegen die Grenzbefestigungen der Tschechoslowakei unzureichend seien, also rein militärisch gesehen ein Angriff, der ein Durchstoßen der Grenzbefestigungen notwendig gemacht hätte, dazu fehlten uns die Angriffsmittel. Infolgedessen waren wir außerordentlich befriedigt, daß eine friedliche politische Lösung gefunden war.«

Keitel verweist ferner darauf, wie gefährlich die engen Verbindungen gewesen seien, die damals zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei bestanden, durch welche die Tschechoslowakei militärisch und strategisch eine Bedrohung hätte werden können.[29]

Der militärische Aufmarsch gegen die Tschechoslowakei hat nach der Zeugenaussage von General Jodl erst nach der tschechischen Mobilmachung vom 23. September 1938 begonnen. Er sollte nur dem Zweck

dienen, für den Fall bereit zu sein, »daß die Tschechoslowakei sich irgend einer Vereinbarung, die wir mit den Westmächten getroffen hatten, nicht beugen würde. Denn der Führer hatte ja klipp und klar ausgedrückt, daß er nur handeln würde, wenn ihm Frankreich und England politisch und militärisch nicht in den Arm fällt.«[30]

Die Heuchelei und Unvernunft der französischen und der englischen Regierung in jenen Wochen wird noch deutlicher, vergleicht man, wie sie sich Polen gegenüber verhielten. Warschau wurde alles erlaubt, was für Berlin als verboten galt. Die polnische Minderheit in der Tschechoslowakei umfaßte kaum 2 % des polnischen Volkes. Im Teschener Land waren von den 230 000 Einwohnern nur 30 % polnischer Abstammung. Dennoch durfte es Prag mit dem militärischen Einmarsch drohen und mit einem Ultimatum erpressen. Es wollte sein »Selbstbestimmungsrecht« für 80 000 Polen dadurch erzwingen, daß es weitere 150 000 Nichtpolen annektierte. Ohne Druck seitens der Westmächte, ohne ein Runciman-Memorandum hatte Prag vor Warschau bedingungslos kapituliert. In den Tagen, in denen sich Paris, London und Prag auf den Angriff gegen Deutschland vorbereiteten, erging ein Erlaß des tschechoslowakischen Außenministers Krofta vom 26. September 1938:

»Nach Übereinkunft mit dem Militär, dem Generalstab und den politischen Parteien teilten wir heute in der Antwort auf die polnische Note mit, daß wir das Prinzip der Berichtigung der Grenzen annehmen. Soweit möglich, halten wir das geheim. Betonen Sie dieses unser neues Opfer einerseits, um die Polen zu gewinnen, andererseits wegen guter Beziehungen in der Zukunft.«[31]

Bereits am 23. September standen die polnischen Truppen zum Einmarsch in die Tschechoslowakei bereit. Frankreich empfahl den Tschechen, das Teschener Land an Polen abzutreten.

Deutschland dagegen hatte bis zum 28. September keinen Soldaten mobilisiert. Jodl hat bewiesen, wie wenig Deutschlands militärische Macht bis 1938 entwickelt war. Er wird durch den englischen Historiker Taylor 16 Jahre später bestätigt: »Die tschechoslowakische Armee war eine enorme Macht, ihre gut ausgerüsteten 34 Divisionen wären wahrscheinlich allein bereits eine Gefahr für die halbausgebildete deutsche Armee von 1938 gewesen.«[32]

Diese relativ starke Macht hatte am 23. September erneut mobilisiert. Das mit ihr verbündete Frankreich zog in der Nacht vom 23. zum 24. September zusätzlich eine Million Reservisten ein. Wie Churchill schildert, hatte wenige Tage später der britische Marineminister Duff Cooper von sich aus der Flotte den Mobilmachungsbefehl erteilt, und zwar nach der »Friedensrede« Chamberlains.

Professor Rothfels bescheinigt den englischen Kriegstreibern dankbar anerkennend, daß man am Morgen des 28. September die englische Flotte mobilisiert und andere Maßnahmen wie Evakuierungen, begonnen hatte, die auch nach seiner Auffassung »die Entschlossenheit am Rande des Krieges bezeugten.«[33]

Angst vor der Courage

Doch nur einige Tage regierte Mars die Stunde in London und Paris. Das kriegerische Selbstbewußtsein Daladiers wurde um so schwächer, je näher die militärische Entscheidung heranrückte. Sein Außenminister Bonnet erklärte in der Nacht vom 27. zum 28. September dem englischen Partner, beiden gezieme es, äußerst vorsichtig zu sein und die wahrscheinlichen und möglichen Feinde zu zählen, ehe man sich auf irgendeine offensive Maßnahme einlasse.[34]

Auch hatte Hitler am gleichen Vormittag Wilson gegenüber versichert, er wolle keinen Krieg gegen den Westen, es sei denn, der Westen greife ihn zuerst an. »Die Gefahr eines englisch-deutschen Krieges, der auf deutsche Initiative ausbrechen würde, war auf diese Weise abgewehrt.«[35]

Noch am 25. September hatte Daladier gegenüber Chamberlain erklärt, wenn Hitler in die sudetendeutschen Gebiete einmarschiere, werde Frankreich Deutschland den Krieg erklären. Daladier entwarf großzügige Pläne für den Einsatz der französischen Landstreitkräfte und der Luftwaffe und stellte in Aussicht, daß nach der Konzentration der französischen Truppen eine Landoffensive gegen Deutschland unternommen werden sollte.[36] Harmlose Sandkastenspiele, verglichen mit dem Plan »Grün«!

Etwas vorsichtiger äußerte sich der Generalstabschef des französischen Heeres, Gamelin: Der Aufbau der französischen Armee sei gegenüber der Zeit der Rheinlandbesetzung verstärkt worden, »die Armee ist bereit«. Admiral Darlan behauptete ähnliches für die Flotte.

Doch zum modernen Krieg war auch noch die Luftwaffe erforderlich. Ihr Generalstabschef, Vuillemin, orakelte: »Wenn morgen der Krieg beginnt, dann haben wir nach 14 Tagen kein einziges Flugzeug mehr.« Peter Kleist: »Daladier eilt mit einem Hilferuf nach London: Wenn England außer einem starken Expeditionskorps für die Nord-Westfront auch noch eine sehr massive Luftflotte nach Frankreich herüberwerfen würde, so könnte Frankreich in den Krieg ziehen. Aber die Herren in London müssen ihn enttäuschen. Die englische Luftflotte reicht wohl für den Schutz der Insel; sie ist aber nicht imstande, auch nur eine einzige Maschine auf anderen Kriegsschauplätzen zu verwenden.«[37]

Blieben noch die Land- und Luftstreitkräfte der Tschechoslowakei und der Sowjetunion. Doch diese Rechnung schien für Chamberlain nur im Unendlichen aufzugehen.

Die Pariser Schwächeanfälle konnten London nicht anregen, weiterhin militärisch aufzutrumpfen. Chamberlain stieß plötzlich Kassandrarufe aus – über eine Kriegsgefahr, die seit Monaten auch durch ihn vorbereitet worden war.

Roosevelt ist noch nicht soweit

Die Prager Provokationen, die noch ungenügende Bereitschaft der französischen Luftwaffe und des englischen Landheeres, reale Gründe, die Chamberlain veranlaßten, im letzten Augenblick von der Weltkriegsvorbereitung nochmals auf Friedensreden umzuschalten. Ein entscheidender Grund mußte noch hinzukommen: Statt der erwarteten Unterstützung Roosevelts trafen aus den USA Absagen, ja Warnungen ein. Dies dürfte die Entscheidung zwischen einem vorzeitigen Weltkrieg und der Duldung der sudetendeutschen Selbstbestimmung in London, Paris und Prag wesentlich erleichtert haben.

In seinem Zirkularerlaß vom 29. September 1938 berief sich Außenminister Krofta ausdrücklich auf den Präsidenten der USA, Roosevelt,

der an der Spitze würdiger Häupter verschiedener Staaten empfohlen habe, noch vor der Münchener Konferenz weitere Zugeständnisse zu machen.

Der amerikanische Botschafter in Paris, Bullit, der am 4. September auf einer französisch-amerikanischen Kundgebung den Kriegseintritt Amerikas in Aussicht gestellt hatte, war bereits am 9. September durch Roosevelt berichtigt worden: Die Vereinigten Staaten unterstützten keine Front hitlerfeindlich eingestellter Demokratien. Die auf sichere Hilfe der Vereinigten Staaten in einem europäischen Kriege rechneten, täuschten sich.

Paris war entsetzt, und Bonnet nannte die Erklärung des Präsidenten eine Sensation. Sie zeige, wie stark die isolationistische Bewegung in den USA noch sei, Roosevelt wäre ohne Rücksicht auf seine persönlichen Gefühle gezwungen, Amerika aus dem tschechoslowakischen Konflikt herauszuhalten:

»Dieser plötzliche Umschwung, der die Stellung unserer Gegner stärkte, bestürzte mich... Wir waren uns gewiß im klaren darüber, daß wir einen unmittelbaren Kriegseintritt Amerikas an unserer Seite nicht erwarten konnten.«[38] Man mußte noch warten.

Der Schweizer Historiker Friedländer, als Jude dankenswert objektiv, bestätigt Bonnet. Während der Sudetenkrise seien die Vereinigten Staaten abseits geblieben. Der Anschluß Österreichs dagegen habe in Washington viel lebhaftere Reaktionen hervorgerufen als in London und Paris. Als der Krieg im September 1938 unvermeidbar schien, habe sich Roosevelt von den westlichen Demokratien distanziert. Am 26. September, Chamberlain war am Rande des Krieges angelangt, habe Roosevelt Hitler die Einberufung einer Konferenz aller unmittelbar beteiligten Mächte vorgeschlagen. Schließlich begrüßte man in Amerika das Münchener Abkommen. Mit Ausnahme der »jüdischen Presse« hätten alle die politische Geschicklichkeit des Führers bewundert.[39]

Die Beweggründe Roosevelts sind nicht durchschaubar: die Stärke der Isolationisten, Rücksicht auf die Wähler, sein Geltungsbedürfnis, das es kaum ertrug, nicht dabei sein zu können, noch stärker die Einsicht, daß nur durch einen Kompromiß die Staatskonstruktion Masaryks, der seinerzeit auf Wilson großen Einfluß ausgeübt hatte, erhalten bleiben

könnte. Für seinen Vorschlag einer Mammutkonferenz dürfte jedoch entscheidend gewesen sein, daß in diesem vergrößerten Rahmen Deutschlands Stellung zwangsläufig negativ relativiert worden wäre. Darum wollte Roosevelt die Sowjetunion einbeziehen, wodurch sich das Gewicht eindeutig auf die Seite der Gegner Deutschlands verlagert hätte. Friedländer meint, es sei interessant, festzustellen, daß Roosevelts Projekt einer internationalen Konferenz, »das auch der Sowjetunion unterbreitet wurde, von der Moskauer Regierung günstig aufgenommen wurde«.[40]

Roosevelt kam zu spät, Hitler verwies ihn so verbindlich wie entschieden auf Benesch. Auch die Wirkung auf Chamberlain entsprach nicht den Erwartungen des Präsidenten. Wenn schon ein Kompromiß durch eine Konferenz unvermeidbar war, dann wollte sie Chamberlain selbst herbeiführen. Auf jeden Fall wurde durch Roosevelts Initiative Hitlers Position verstärkt und sein Prestige erhöht. Nun gab es keine Alternative mehr.

Man stand am Abgrund, zögerte aber, sich hinunterzustürzen.

Chamberlain spielt Theater

Chamberlain wählte den Umweg über Mussolini, um Hitler wissen zu lassen, daß man jetzt doch wieder verhandeln möchte, und zwar auf der Grundlage der bisherigen deutschen Vorschläge. Mit einem für einen typischen Tory erstaunlichen Sinn für theatralische Effekte wurde von Chamberlain jene Unterhausrede, von der England und die Welt die Entscheidung für den Zweiten Weltkrieg erwarteten, dazu auserkoren, Hitlers Einladung zu einer Konferenz in München bekanntzugeben.

Nach den ständigen Zusicherungen Hitlers, er wolle keinen Krieg gegen Frankreich und England, konnte es über seine Verhandlungsbereitschaft keinen Zweifel geben. Chamberlain wußte mit 99% Sicherheit, der Vermittlungsvorschlag Mussolinis würde angenommen.

Hitlers Zusage war so wichtig, daß Chamberlain in dieser Spannung eine solche Rede niemals hätte halten dürfen, ehe er dessen Ent-

scheidung kannte. Man weiß, daß die Einladung Hitlers an diesem Tag um 15.05 Uhr schriftlich in London vorlag. Am späten Vormittag des gleichen Tages war sie aber bereits telefonisch bekannt geworden.

Eine amerikanische Journalistin, Helen Kirkpatrick, bezweifelt, daß die Überraschung, die Chamberlain dem Unterhaus vorführte, echt war. »Amerikanische Korrespondenten entdeckten, daß Hitlers Einladung zu der Konferenz, die von Chamberlain vorgeschlagen worden war, tatsächlich in London um 12 Uhr bei der Deutschen Botschaft einging. Sie hatte die Depesche sofort dechiffriert und sie sogleich in die Downing Street Nr. 10 geschickt... Chamberlain ... hatte daher schon am späten Vormittag gewußt, daß Hitlers Zusage praktisch gesichert war.«[41]

In dieser weltpolitischen Hochspannung konnte er die entscheidende Unterhausrede nicht halten, ehe Hitlers Antwort, die er sich selbst bestellt hatte, vorlag.

In den damaligen und auch in den bisherigen Schilderungen spielte er seine Rolle folgendermaßen:

Chamberlain hält seine für die ganze Menschheit schicksalhafte Rede. Just in dem Augenblick, da er mit der Entscheidung für den Krieg enden will, wird ihm ein Zettel überreicht, der ihn über Hitlers Einladung nach München unterrichtet. Chamberlain unterbricht seine Rede. Eine unerträgliche Spannung liegt über dem Raum. Dann spricht er stockend und in verändertem Tonfall:

»Ich habe soeben die Mitteilung erhalten, daß der deutsche Reichskanzler Herrn Daladier, Herrn Mussolini und mich zu einer Besprechung der sudetendeutschen Frage nach München eingeladen hat. Ich brauche dem Unterhaus nicht mitzuteilen, was meine Antwort sein wird.«

Nun löst sich plötzlich die gestaute Spannung. Ein Beifallssturm bricht los, wie ihn dieses nüchterne Haus seit der Kriegsrede von Edward Grey im August 1914 nicht mehr erlebt hat. Sogar die Opposition erhebt sich, beteiligt sich an den stürmischen Ovationen für Chamberlain.

Sitzen bleiben nur Amery, Eden und – last not least – Winston Churchill... –

Wie man über diesen Theater-Coup auch denken mag, die spontane Begeisterung des englischen Parlaments zeigte immerhin, daß die wirk-

liche Auffassung der Mehrheit elementar zum Durchbruch kam, und sie bewies zugleich, wie klein jene Clique der »warmonger« damals noch gewesen ist, wenn sie auch hinter den Kulissen über eine gefährliche Macht verfügte.

Was geschah in München?

Als Chamberlain am 29. September zum Flug nach München startete, versammelte sich erstmalig das gesamte Kabinett am Flughafen. Mit Chamberlain reisten Lord Dunglass, Wilson, Ashten-Gwatkin und Strang. Dieser Aufwand konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die eigentliche Entscheidung längst vor Beginn der Konferenz gefallen war. Grundlage der Besprechungen waren die deutschen Vorschläge vom 23. September und damit die Rückgabe des Sudetenlandes. Nur aus technischen Gründen wurden die Räumungstermine bis zum 10. Oktober verlängert Der Differenzpunkt war bereits auf ein Minimum reduziert.

Es ist eine Geschichtsfälschung, wenn 8 Jahre später vom Internationalen Militär-Tribunal über die Münchener Verhandlungstage behauptet wird: »Nachdem die Nazi-Verschwörer mit Krieg gedroht hatten, schlossen das Vereinigte Königreich und Frankreich mit Deutschland und Italien am 29. September 1938 in München einen Vertrag, der die Abtretung des Sudetenlandes durch die Tschechoslowakei an Deutschland zur Folge hatte. Die Tschechoslowakei wurde aufgefordert, sich zu fügen.«[42]

An dieser Beschuldigung ist kaum ein Wort wahr:

1. Niemals hat Deutschland mit Krieg gedroht, sondern nur mit der militärischen Besetzung jener Gebiete, deren Rückgabe bereits vereinbart worden war.
2. Mit Krieg gedroht haben England und Frankreich, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion.
3. Die Rückgabe der Gebiete wurde ohne Beteiligung Deutschlands von England und Frankreich bereits am 19. September ultimativ gefordert und von der tschechoslowakischen Regierung am 21. September zugestanden.

Unwiderlegbar beweist das die Präambel des Vertrages von München:

»Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte...«

England und Frankreich, die beiden Mächte, die in Nürnberg mit der zitierten Geschichtsfälschung angeklagt haben, beweisen in der Präambel, daß die Entscheidung über die Abtretung sie selbst vorher erzielt hatten.

Als Chamberlain die Einladung Hitlers im Unterhaus bekanntgab und ihn ein Sturm von Ovationen umbrauste, beendete er seine dramatisierte Rede mit der Erklärung:

»Das britische Volk wäre uns nicht gefolgt, wenn wir es in einen Krieg hätten stürzen wollen, nur um zu verhindern, daß eine Minderheit ihre Autonomie erhält oder unter die Herrschaft einer anderen Regierung übergeht.«

Als Chamberlain in der Entscheidung zwischen Krieg und Frieden 1938 noch den Frieden wählte, blieben Benesch nur noch zwei Freunde: Stalin und Churchill. Der bolschewistische Diktator lauerte im Hintergrund. Churchill reiste im letzten Augenblick nach Paris, um gegen den kompromißbereiten Daladier zu intrigieren. Er versuchte es beim Präsidenten der Kammer, bei Herriot. Churchill kam zu spät. Die Entscheidung über die Rückgabe war bereits gefallen, über die Räumungstermine begann man sich zu einigen. Wie notwendig die beschleunigte Rückgabe nach dem deutschen Zeitplan gewesen war, beweist nachträglich der Bericht des Kabinettchefs im Prager Außenministerium, Dr. H. Masaryk. Als er von einem Mitglied der französischen Delegation in München nach den innenpolitischen Rückwirkungen des Abkommens gefragt wurde, antwortete er, »daß ich auch das Ärgste nicht ausschließen könne und daß man mit den ernstesten Eventualitäten rechnen müsse«.[43]

Am Morgen des 29. September fuhr Hitler Mussolini entgegen und traf ihn in Kufstein, um auf dem letzten Stück der Reise das gemeinsame Vorgehen zu beraten und den Vorschlag zu entwerfen, den Mus-

solini dann auf der Konferenz als seinen eigenen unterbreitete. Man war sich klar, daß nur noch über Modalitäten verhandelt werden mußte.

Nachdem sich Daladier und Chamberlain geeinigt hatten, den Krieg zu vertagen, bis sich ein besserer Anlaß unter günstigeren Umständen fände als jenes »far-away country«, verzichteten sie gegenüber ihren tschechischen Freunden, für die sie noch wenige Tage zuvor Europa in Brand hatten setzen wollen, auf jede Rücksicht. Daladier drängte zu einer sofortigen Entscheidung. Auf die Frage Hitlers, was geschähe, wenn die Tschechen mit der Besetzung des Sudetenlandes nicht einverstanden wären, antwortete Daladier: »Dann werden wir sie dazu zwingen!«[44]

Chamberlain und Daladier gingen so weit, ihre tschechischen Freunde von gestern in München als Verhandlungspartner überhaupt nicht zuzulassen.

Ihre Vorgänger hatten 1919 die Deutschen den Tschechen ausgeliefert, ohne sie zu fragen, jetzt wurden die Deutschen von den Tschechen befreit, ohne mit den Tschechen darüber zu verhandeln. Deutlicher als der Vertragstext bewies das Benehmen der westlichen Verhandlungspartner, daß die Tschechen nur als Mittel für ihre Zwecke dienen sollten, und als sie sich dazu nicht mehr eigneten, ließ man sie bedenkenlos fallen.

Aus dem bereits erwähnten Bericht von Dr. Masaryk geht hervor, daß man die Tschechen wie Verurteilte behandelte. Als sich der tschechische Gesandte Mastny mit den englischen Schutzherren unterhielt, stellte er fest, »Chamberlain gähnte ununterbrochen, ohne sich im mindesten zu genieren«. Auf die erregte Frage der Tschechen, ob man eine Erklärung der Prager Regierung zu dem Abkommen erwarte, schwieg Daladier, und Léger belehrte sie, »daß die Staatsmänner nicht viel Zeit hätten. Er fügte ausdrücklich hinzu, daß keine Antwort von unserer Seite erwartet werde, daß sie den Plan als angenommen ansehen... Die Atmosphäre fange an, für die ganze Welt gefährlich zu werden. Er hatte uns in ziemlich rücksichtsloser Art – und das ein Franzose – mitgeteilt, daß es sich um eine Verurteilung ohne Appellationsrecht handele... Nach der Verlesung des Textes übergab man uns eine zweite, leicht korrigierte Landkarte. Dann war man mit uns fertig, und wir konnten gehen. Die Tschechoslowakische Republik, wie sie durch die Grenzen von 1918 bestimmt war, hatte aufgehört zu bestehen...«[45]

Von diesem neuen Stil im Umgang mit Tschechen abgesehen, hatte sich in München kaum etwas ereignet, was nicht schon vorher entschieden worden wäre. Allein die Friedenserklärung zwischen Hitler und Chamberlain, die Chamberlain vorgelegt hatte, konnte als Überraschung gelten. Die Formulierung stammt übrigens nicht von Chamberlain, sondern vom Leiter der Zentral-Abteilung im Foreign Office, Strang. Nur die Bezugnahme auf das deutsch-englische Flottenabkommen wurde durch Chamberlain hinzugefügt. Den Vorschlag Strangs, eine so wichtige Erklärung zuerst seinem Bundesgenossen Daladier vorzulegen, lehnte Chamberlain strikt ab.

Diese Freundschaftserklärung hätte Chamberlain auf jeden Fall verpflichtet – wenn man gegen Deutschland keinen Krieg mehr wollte –, nicht gegen Deutschland zu rüsten. Da der Premier sofort nach der Rückkehr von München das Gegenteil tat, dürfte ihm das Friedenspapier mehr als Alibi für seine Rückkehr nach London gedient haben, zur Beschwichtigung der Opposition. Gerade die Bezugnahme auf das Flottenabkommen hätte erwarten lassen, daß man nun nicht mit einem Wettrüsten gegen Deutschland, besonders in der Luftwaffe, begänne.

Chamberlains plötzliches Friedensbekenntnis wird leichter verständlich, wenn man sein schizophrenes Verhältnis zu Hitler im Persönlichen berücksichtigt. Während der damaligen Verhandlung bewegten ihn eigenartige Gedanken. Wie er nach seiner Rückkunft von Berchtesgaden am 17. September 1938 äußerte, hatte er damals folgende Meinung über seinen »dear Kanzler«: »Hitler wäre anormal, unberechenbar und von bösen Ratgebern umgeben...« Als er nach Godesberg zurückfuhr, sagte der britische Premier, »er mache sich nun auf, um mit einem bösen Tier zu kämpfen«.[46]

Nach seiner Rückkehr von Berchtesgaden, wo man sich so freundschaftlich verabschiedet hatte, schilderte Chamberlain seinen Partner als »den gewöhnlichsten kleinen Hund«.[46a] Wie mußten sich Lloyd George, der Herzog von Windsor, Lord Rothermere und andere prominente Engländer, ja selbst Churchill über Hitler getäuscht haben! Außer Vansittart hat sich kein Engländer derart gehässig geäußert.

Freytagh-Loringhoven urteilt, Chamberlains damaliges Verhalten sei nicht leicht als Untreue gegen sich selbst und Unaufrichtigkeit gegen den deutschen Partner zu erkennen gewesen. Erst nach seinem Tode, am 9. November 1940, wäre manches klargeworden: »In zahlreichen amtlichen Nachrufen und insbesondere in einer Rede, die der frühere Berliner Botschafter, Sir Nevile Henderson, am 18. November in Ipswich hielt, wurde hervorgehoben, daß Mister Chamberlain das Münchener Abkommen von vornherein nur als einen Waffenstillstand aufgefaßt habe, der im Hinblick auf Englands ungenügende Rüstung notwendig gewesen sei. England hätte Zeit gewinnen müssen, und das sei durch jenes Abkommen erreicht worden.«[47]

Gewiß, Hitler konnte damals Chamberlain nicht restlos durchschauen. Chamberlain wußte freilich auch nicht, daß Hitler während der Godesberger Auseinandersetzungen über Ferngespräche zwischen London und Prag, besonders über die Forderung an die tschechische Regierung, die deutschen Gebiete sofort abzutreten, unterrichtet war, ehe sich Chamberlain gegen die gleichen deutschen Forderungen so heftig gesträubt hatte. Hitler erzählt später, Chamberlain habe am 22. September bei den Besprechungen in Godesberg »ein Mords-Theater aufgeführt und sogar mit der Abreise gedroht«, ehe er sich zu jenem Zugeständnis bereit fand, das er vorher von den Tschechen selbst verlangt hatte.[48]

Es wäre jedenfalls an der Zeit, das sentimentale Porträt jenes nur mit dem Regenschirm bewaffneten Friedensapostels zu berichtigen, das unsere Umerziehungslegenden immer noch verbreiten.

Auch Hoßbach bestätigt

Ohne es zu wollen, haben die Regierungen von Prag, Paris, London und Moskau den Beweis erbracht, daß Hitler mit Recht annahm, die Tschechoslowakei würde in einem europäischen Konflikt dem Reich in den Rücken fallen und daß sie darum bei der ersten Gelegenheit militärisch entmachtet werden müsse. Eine solche Möglichkeit wird auch im Hoßbach-»Protokoll« vorausgesetzt: »Zur Verbesserung unserer militärisch-politischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Entwicklung unser erstes Ziel sein, die Tschechei und Österreich niederzuwerfen,

um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten.«[49]

Der Wortlaut ist zwar unzuverlässig, weil der Verfasser weder beauftragt noch fähig war, ein wirkliches Protokoll anzufertigen, sondern nur nachträglich private Aufzeichnungen aus der Perspektive eines Widerstandsoffiziers verfaßt hatte. Dennoch ist auch aus diesem subjektiv gefärbten Fragment erkennbar, daß Hitler wegen der Tschechei keinen Krieg beginnen wollte, jedoch dann, wenn ohne seine Initiative ein europäischer Krieg ausbräche, z. B. zwischen Italien, Frankreich, England wegen Abessinien oder Spanien, daß er dann die gefährliche Bedrohung mitten im Reichsraum ausschalten müsse. Der Sinn des »Protokolls« ist also das Gegenteil dessen, was die IMT-Ankläger hineinlesen wollten. Das bestätigen sogar Hoßbachs Aufzeichnungen. Als »Fall 3« sollte vorausgesetzt werden:

»Wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt ist, daß es gegen Deutschland nicht vorgehen kann«, dann müsse die tschechische Flankenbedrohung ausgeschaltet werden:

»Bei einem Konflikt mit Frankreich sei wohl nicht damit zu rechnen, daß die Tschechei am gleichen Tage wie Frankreich uns den Krieg erklären würde. In dem Maße unserer Schwäche würde jedoch der Wille zur Beteiligung am Kriege in der Tschechei zunehmen, wobei ihr Eingreifen sich durch einen Angriff nach Schlesien, nach Norden oder nach Westen bemerkbar machen könne.«[50]

Es wird also ein unabhängig von Deutschland entstandener Krieg vorausgesetzt. Bei jedem solchen Konflikt wäre die Tschechoslowakei, als Bundesgenosse Frankreichs wie der Sowjetunion, jene »Flankenbedrohung« geworden, der Hitler zuvorkommen wollte. Das wäre dann der eigentliche Fall »Grün« gewesen.

Er ist nie eingetreten, und die für diesen Fall geplanten Maßnahmen sind nie notwendig geworden. An der Größe der Kriegsgefahr aber, die im Mai und September 1938 wegen dieser Konstellation entstanden war, kann man ermessen, welche politisch-taktische Leistung die deutsche Führung vollbrachte, um einen solchen Krieg zu verhindern.

Nur wer über der geschichtlichen Wirklichkeit steht, kann sich vorstellen, daß eine so schwierige Lösung gefunden und eine solche Gefahr

abgewehrt werden könnten ohne harte Methoden. Verglichen mit den demokratisch-bolschewistischen Völkerschlächtereien von Jalta und Potsdam, wandte der Münchener Friede immer noch homöopathische Mittel an. In Jalta und Potsdam wurde nicht – wie in München – einem Räuber seine Beute abgenommen und dem rechtmäßigen Eigentümer zurückerstattet. Dort wurden »mindestens 7 ganze Staaten verkauft und die Hälfte zweier Kontinente zynisch verraten«. (Nicoll)

Das Münchener Vorbild der Überwindung einer gefährlichen Krise durch Anwendung völkerrechtlicher und demokratischer Prinzipien wurde zum Nachteil aller Beteiligten bis heute weder begriffen noch anerkannt. Wann und wo wäre es nach 1945 gelungen, ähnliche Schwierigkeiten auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung mit der Kunst des politisch Möglichen zu meistern?

Von München nach Potsdam

Der einzige Differenzpunkt waren die Räumungsfristen, deren Beschleunigung Prag nachträglich als notwendig erwiesen hat. Daß auch ein europäischer Krieg zur Verteidigung unhaltbarer Grenzen nicht einen Zustand wieder hätte herstellen können, der sich 1919 bereits als unerträglich erwiesen hatte, darüber konnte Newton am 27. September 1938 die Prager Regierung aufklären. Die tschechoslowakische Regierung müsse einsehen, daß auch bei einem allgemeinen Konflikt, der zu unübersehbaren Menschenverlusten führen könne, keine Möglichkeit bestünde, »daß beim Abschluß dieses Konfliktes, welchen Ausgang er auch immer haben möge, die Tschechoslowakei in ihren gegenwärtigen Grenzen wieder hergestellt wird«.[51]

Newton konnte 1938 nicht wissen, daß sich seine Warnung nach 1945, nach unvorstellbaren Opfern, als nur allzu berechtigt erweisen sollte. Zwar sind die Sudetengebiete erneut geraubt worden, doch der Räuber wurde samt seiner Beute dem Sowjetimperium unterworfen: Die alte sudetendeutsche Grenze ist nun zur Militärgrenze der bolschewistischen Expansion geworden.

Diese Gefahr hat damals nur die deutsche Führung vorausgesehen. Sie mit politischen Mitteln rechtzeitig abgewehrt zu haben war der größte Erfolg der deutschen Außenpolitik zwischen 1919 und 1939.

Ribbentrop hat in Nürnberg nicht gezögert, Hitlers Freude über diese Leistung zu bestätigen. Am 26. März 1946 bezeugte er:

»Der Führer war außerordentlich froh und glücklich über diese Lösung, und ich möchte dies hier nochmals besonders unterstreichen, auch ich war es im Hinblick auf andere Versionen, die mir im Laufe der Vernehmung hier bekannt geworden sind. Wir alle waren außerordentlich glücklich, daß diese Frage auf diese Weise, in dieser Form gelöst worden ist.«[52]

Die Geschichte kennt kaum einen Fall, daß beide Kontrahenten nach einer politischen Konferenz mit gleicher Begeisterung gefeiert worden wären wie die vier Staatsmänner des Friedens von München. Auch im Berliner Kongreß konnte Bismarck nicht alle Beteiligten zufriedenstellen. Wann jemals sind Verhandlungspartner, die noch wenige Tage vorher die Gegenseite mit Krieg und Mobilmachung bedrohten, zwei Tage später von den Vertretern eben dieser Macht in Frieden und Freundschaft geschieden? Als die westlichen Politiker in die Heimat zurückkehrten, umbrauste sie überall der gleiche Jubel. Auf dem Flugplatz von Le Bourget wurde Daladier von einer riesigen Menschenmenge erwartet. Beim Aussteigen schlug er den Mantelkragen hoch, um sein Gesicht gegen die befürchteten faulen Eier zu schützen. Es flogen keine faulen Eier und keine Steine; es gab keine Beschimpfungen, aus tausend Kehlen jedoch schallte ihm der dankbare Ruf entgegen: »Vive Daladier! Vive la paix!«

Daladier sperrte sich innerlich gegen diese Begeisterung. Auf der Treppe des Flughafens murmelt er Léger zu: »Diese Idioten!«[53]

Sein Außenminister Bonnet fragt nachträglich: »Wo waren die ›Antimünchner‹ von gestern und morgen an diesem brüderlichen Tag?«[53a]

Sie waren weniger unter dem Volke als in den Kabinetten und Generalstäben.

Auch Chamberlain kehrte als Triumphator nach London zurück. In der Downing Street 10 jubelten ihm die Engländer zu wie wohl noch keinem Premier. Von seinem Fenster aus winkte er mit einem Stück Papier, seiner Vereinbarung mit Hitler. Doch auch er verriet schon bei

der Ankunft seiner Umgebung, es werde für diese Massen bald ein bitteres Erwachen geben. Das Volk hatte seine Münchener Taktik mißverstanden. Der beste Kenner seines Charakters und seiner Politik, der englische Historiker Professor Feiling, stellte 1946 fest:

»Viele haben es ausgesprochen und geschrieben, Chamberlains erstes Ziel in München sei es gewesen: Zur Rüstung für einen unvermeidbaren Krieg Zeit zu gewinnen! Er wäre in der Tat für seine Position ungeeignet gewesen, hätte er das nicht im Sinn gehabt.«[54]

Mitten im Jubel der Bevölkerung bei seiner Rückkehr von München sagte er noch am Flugplatz in Heston zu Halifax: »Das alles wird in drei Monaten vorüber sein.«[55] Es dauerte kaum noch einen Monat!

Der Herausgeber der »Prager Akten«, Professor Dr. Fritz Berber, kam auf Grund seiner Analyse dieser Dokumente des tschechischen Außenministeriums fünf Jahre vorher zu einem ähnlichen Ergebnis: »Die Westmächte halten sich rüstungsmäßig noch nicht für stark genug, sie möchten um jeden Preis Zeit gewinnen, um den Rüstungsvorsprung Deutschlands aufzuholen, und sind bereit, für diesen Zweck große Opfer zu bringen, freilich nicht eigene Opfer, sondern Opfer der Tschechoslowakei.«[56]

Churchill wollte diesen Krieg schon im Herbst 1938 beginnen. Er hätte nicht gezögert, »die blutbefleckte Hand des Bolschewismus«, wie er sich früher ausdrückte, zu ergreifen. In Stalin und Benesch hätte er die prädestinierten Verbündeten gefunden. Benesch hat uns in seinen Erinnerungen verraten, wie zielbewußt er sein unglückliches Land in den Krieg hineinzerren wollte – und mit ihm Europa. Einen Tag nach der Annahme des englisch-französischen Ultimatums zur Rückgabe der sudetendeutschen Gebiete hatte er in einer Rundfunkrede erklärt:

»Einem Krieg mit Hitlers Deutschland ist unmöglich zu entrinnen. Es kommt entweder jetzt oder später dazu.

Ich wünschte ihn mir sofort...,

es wird zu einem allgemeinen Krieg kommen, der uns alles wieder zurückbringen wird, was wir jetzt verlieren würden.«

Einen Tag später, am 23. September 1938, sieht er sich bereits am

Ziel des großen Krieges, gemeinsam mit der Sowjetunion, am Beginn des Zweiten Weltkrieges:

»Ich berief die Regierung mit Vertretern der politischen Parteien und der Armee auf den Hradschin und forderte die Zustimmung zur Mobilmachung, in dem ich ihnen nicht verheimlichte, daß ... ein allgemeiner europäischer Krieg, in welchem Frankreich, die Sowjetunion und auch Großbritannien an unserer Seite stehen würden, in wenigen Tagen ausbrechen werde ... ich war überzeugt, daß es zu einem allgemeinen Krieg mit Deutschland kommen müßte.«[57]

Der Friede von München zerstörte seine Hoffnung auf den europäischen Krieg. Der Kriegstreiber Benesch trat am 5. Oktober 1938 zurück.

VIII

Vom Protektorat zur Sowjetrepublik

Chamberlains Spiel auf Zeitgewinn blieb Hitler nicht so verborgen, wie man in gewissen Kreisen immer noch glaubt. In den Tagen nach der Münchener Konferenz gelang es, den Funkverkehr zwischen Daladier und Chamberlain, ihre Ferngespräche zwischen London und Paris auf Band aufzunehmen. Ihr Inhalt erweckte in Hitler die Gewißheit, »nur aus Zeitgründen der Gewinner einer Zwischenrunde gewesen zu sein«.[1]

Nachträglich werden auch jene Gründe leichter erkennbar, die Roosevelt veranlaßten, den Münchener Kompromiß vorher gutzuheißen. Er spielte wie Chamberlain auf Zeitgewinn, allerdings in größeren Zeiträumen. Der polnische Botschafter in Washington, Graf Potocki, berichtet am 12. Januar 1939 aus den USA:

»Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin. Wie man hier zu sagen pflegt, hat Hitler Chamberlain die Pistole auf die Brust gesetzt. Frankreich und England hatten also gar keine Wahl und mußten einen schändlichen Frieden schließen.«[2]

Genau diese Mißdeutung hatte Churchill in das Unterhaus geschrien: »Wir haben eine vollständige, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten.«[2a]

Der Halbamerikaner Churchill operierte auf der amerikanischen Generallinie. Einen Tag nach dem vom englischen Volk bejubelten Münchener Abkommen versuchte er einen letzten, unverantwortlichen Anschlag auf die friedliche Durchführung des Münchener Vertrages. Masaryk berichtete am 1. Oktober 1938 aus London: »Churchill rät und

beschwört nach Beratung mit vielen Leuten, wenigstens 48 Stunden die vitalen Befestigungen nicht aus der Hand zu geben. Er ist überzeugt, daß hier eine große Reaktion gegen den an uns verübten Verrat anhebt und wächst.«[3]

Die Machenschaften der von Churchill geführten Kriegsgruppe verstärkten sich. Ribbentrop bekundete am 29. März 1946 als Zeuge:

»Die Enttäuschung war groß, als wenige Tage nach München in England die Aufrüstung um jeden Preis verkündet wurde ...; es waren auch die Fühlungnahmen mit den USA im Gange. Unsere Berichte aus dieser Zeit ... zeigen eine zunehmende, ich möchte sagen, Versteifung der englischen Haltung gegenüber Deutschland, und es war der Eindruck in Deutschland einer Politik, die praktisch auf die Einkreisung Deutschlands hinauslief.«[4]

Chamberlain hatte die Friedensvereinbarung mit Hitler bereits am 3. Oktober gebrochen, als er sein Programm einer enormen Verstärkung der englischen Rüstung verkündete. Rüsten wofür, rüsten gegen wen? Der Friedenspremier erklärte:

»Wir sind in diesem Land bereits während eines langen Zeitraumes mit einem großen Wiederaufrüstungs-Programm beschäftigt, das in Tempo und Umfang ständig zunimmt. Niemand soll glauben, daß wir es uns infolge der Unterzeichnung des Münchener Abkommens zwischen den 4 Mächten leisten können, unsere Anstrengungen im Hinblick auf dieses Programm in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu verringern...«[5]

Darin war sich Chamberlain mit seinem schärfsten Kritiker, Hore-Belisha, durchaus einig. Am 10. Oktober 1938 erklärte der englische Kriegsminister in London: »Es muß aber noch mehr getan werden, um der territorialen Armee als Ganzes volle Stärke und Wirksamkeit zu verleihen.« Er schilderte dann im einzelnen die Verstärkung und Umorganisation des Heeres. Noch deutlicher wurde Winston Churchill am 16. Oktober: »... wir müssen aufrüsten! ...« Er beseitigte alle Zweifel, daß man zum Angriff rüstete, nicht zur Verteidigung. Gegen wen?

Nun konnte auch Hitler nicht mehr länger schweigen. Am 9. Oktober 1938, bei seiner Rede in Saarbrücken, warnte er die englischen Kriegstreiber:

»Es braucht nur in England statt Chamberlain Herr Duff Cooper

oder Herr Eden oder Herr Churchill zur Macht kommen, so wissen wir genau, daß es das Ziel dieser Männer wäre, sofort einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Sie machen gar kein Hehl, sie sprechen das offen aus.«[6]

Am 10. November 1938 kam die Bestätigung aus London. Der Koordinations-Minister für die Rüstung, Inskip, teilte dem Unterhaus mit, die Ausgaben für die Flotte seien seit 1935 verdoppelt, für das Landheer verdreifacht, für die Luftwaffe verfünffacht worden.[7]

Churchills Gleichgewichtsstörungen

Seit der Friedensvereinbarung zwischen Hitler und Chamberlain verschlimmerten sich Old Englands Gleichgewichtsstörungen. Harold Nicolsen von der Churchill-Gruppe griff im Unterhaus diese Vereinbarung gerade wegen ihrer Bezugnahme auf den deutsch-englischen Flottenvertrag scharf an:

»Der Eindruck, den jenes Stück Papier im Ausland macht, ist der, daß England zum ersten Male seit 250 Jahren seiner Politik, in Europa mit allen Mitteln (!) die Vorherrschaft einer einzigen Macht zu unterbinden, untreu geworden sei.«[8]

Das konnte für jeden Kenner der englischen Geschichte nur ein Ziel verraten: Krieg!

Seit Jahrhunderten maßte sich die Insel an, gegen die jeweils stärkste Macht des Kontinents Krieg zu führen oder führen zu lassen, um den Kontinent zu lähmen, politisch-militärisch zu paralysieren: Europas »Englische Krankheit«.

Das war auch Churchills unheilvolle Rolle. Chamberlain notierte im April 1939 nicht ohne Sorge: »Churchills Chancen verbessern sich in dem Maße, wie wir dem Kriege näher kommen und vice versa.«[8a] Am 1. Dezember 1938 klagte Churchill über die »trübseligen Nachwirkungen Münchens« und erging sich in traurigen Betrachtungen über »die kampflose Eroberung und buchstäbliche Aufsaugung der Tschechoslowakei«. Düster stellte er fest: »Frankreichs gesamtes Bündnissystem in Osteuropa ist zusammengebrochen und kann nie mehr hergestellt werden, außer

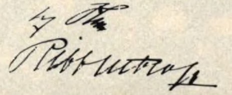
BÖHMEN UND MÄHREN WIEDER REICHSPROTEKTORAT

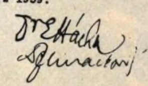
Berliner Abkommen mit der tschechischen Regierung

Der Führer und Reichskanzler hat heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Dr. Hacha und den tschechoslowakischen Außenminister Dr. Chwalkowsky auf deren Wunsch in Berlin empfangen. Bei der Zusammenkunft ist die durch die Vorgänge der letzten Wochen auf dem bisherigen tschechoslowakischen Staatsgebiet entstandene ernste Lage in voller Offenheit einer Prüfung unterzogen worden. Auf beiden Seiten ist übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden, daß das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teile Mitteleuropas sein müsse. Der tschechoslowakische Staatspräsident hat erklärt, daß er, um diesem Ziele zu dienen und um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschlusse Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird.

Zu Urkund dessen ist dieses Schriftstück in doppelter Ausfertigung unterzeichnet worden.

Berlin, den 15. März 1939.





Hitler begrüßt Studenten der deutschen Universität Prag

KRIEG GEGEN DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT

Bild oben:
Deutsche flüchten aus Oberschlesien
Über eine Million Deutsche wurden von 1919—1939 aus ihrer Heimat im polnischen Staatsgebiet vertrieben

Bild Mitte:
Wiedervereinigung mit dem befreiten Danzig

Bild unten:
Polnische Soldaten beendeten vorzeitig den »Marsch auf Berlin«



vielleicht nach einem Zwischenraum von Jahren und in einer völlig veränderten Form.«

Ein neues Bündnissystem wurde zwar hergestellt, im Mittelpunkt stand jedoch nicht mehr Frankreich, sondern die Sowjetunion. Emrys Hughes faßt Churchills Sorgen zusammen: »Das Gebäude des Vertrages von Versailles war eingestürzt wie ein Kartenhaus, der Krieg von 1914/1918 war in jeder Beziehung umsonst geführt worden.«[9] Höchste Zeit, den Weltkrieg zu wiederholen, einen Zweiten Weltkrieg vorzubereiten!

Hitler und Daladier

Der Friede von München hatte den Kalten Krieg gegen Deutschland nicht beendet. Das englische Rüstungsprogramm wirkte überzeugender als alle Friedensreden. In Prag hörte man aufmerksam zu und beobachtete neugierig die englischen Taten. Weniger hoffnungsvoll stimmte die Entwicklung in Frankreich. Chamberlain hatte in München bei seiner Friedensvereinbarung mit Hitler Daladier bewußt ausgeschaltet. Von deutscher Seite wollte man jedoch ein ähnliches Verhältnis auch zwischen Hitler und Daladier herstellen. Widerstrebende Einflüsse wurden zurückgedrängt oder überwunden. Auch die unverantwortliche »Kristallnacht« wirkt nur verzögernd, nicht hemmend. Am 6. Dezember 1938 konnte Ribbentrop das deutsch-französische Abkommen in Paris unterzeichnen.

Bei den Gesprächen ging Frankreich noch weiter als in München, und Außenminister Bonnet gab klar zu erkennen, wie auch Chefdolmetscher Paul Schmidt bezeugt, daß es an der weiteren Entwicklung im Osten, besonders in der Rest-Tschechoslowakei, desinteressiert sei. Hauptsächlich wurde folgendes vereinbart:

»Die deutsche Regierung und die französische Regierung sind übereinstimmend der Überzeugung, daß friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eines der wesentlichsten Elemente der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa darstellen. Beide Regierungen erkennen feierlich die Grenze zwischen ihren Ländern, wie sie gegenwärtig verläuft, als endgültig an. Beide Regierungen sind entschlossen, vorbehaltlich ihrer besonderen Beziehungen zu dritten

Mächten, in allen ihre beiden Länder angehenden Fragen in eine Beratung einzutreten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte.«

Frankreich mußte für seine antideutsche Politik in und seit Versailles keine Revanche mehr fürchten, wie es selbst jahrzehntelang Vergeltung für den Frieden von Frankfurt gefordert und dann 1914/1918 erreicht hatte. Außenminister Bonnet gibt den außerordentlichen Verständigungswillen der Reichsregierung offen zu:

»Als sich Ribbentrop von mir verabschiedet hatte, überdachte ich die Bedeutung des Tages. Wie oft hatte Deutschland zwischen 1870 und 1914 von Frankreich gefordert anzuerkennen, daß es Elsaß-Lothringen unwiederbringlich verloren habe. Nie war Frankreich hierzu bereit gewesen.

Wie groß wäre Bismarcks oder Bülows Freude gewesen, wenn sich ein französischer Minister bereit gefunden hätte, nach Berlin zu kommen, um öffentlich zu den Deutschen mit solchen Worten zu sprechen? Welches Triumphgeschrei hätten die Deutschen bei diesem Schauspiel angestimmt?

Heute, 20 Jahre nach Abschluß des Vertrages von Versailles, kam freiwillig und ohne daß es uns etwas kostete, der Außenminister des Reiches nach Paris, um anzuerkennen, daß Elsaß und Lothringen französisch sind und französisch bleiben sollen. War das für Frankreich eine belanglose Geste? Mußten wir uns nicht beglückwünschen? Stellte die Erklärung nicht auf vorteilhafte Weise das durch die Erklärung Hitlers und Chamberlains vom 1. Oktober 1938 gestörte diplomatische Gleichgewicht wieder her? Stärkte sie nicht in Elsaß selbst die Stellung der Patrioten gegen die Anhänger der Autonomie?«[10]

Wir dürfen umgekehrt fragen: War dies nicht ein freiwilliger Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht für Deutsche? Wie 250000 Südtiroler wurden nun auch zwei Millionen Deutsche im Elsaß und in Lothringen ihres Naturrechts auf Selbstbestimmung beraubt. Ihnen wurden nicht – wie später den Tschechen – das Recht auf die Muttersprache, die Befreiung vom Wehrdienst, kulturelle Entfaltung und eine eigene Verwaltung zugebilligt.

In Südtirol und Elsaß-Lothringen bewies die Reichsregierung, daß sie das Selbstbestimmungsrecht nur dort unter allen Umständen bean-

spruchte, wo damit zugleich lebenswichtige politische Interessen verbunden waren. Das Reich war aber auch bereit, wenn es die höheren Interessen der europäischen Verständigung erforderten, auf das Selbstbestimmungsrecht für deutsche Volksangehörige weitgehend zu verzichten, wie in Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Belgien, Dänemark, besonders aber in Südtirol und Elsaß-Lothringen. Die dortigen Deutschen wären glücklich und dankbar gewesen, hätte man ihnen jemals jene Autonomie gewährt, die den Tschechen im Habsburger Reich und im Protektorat zugebilligt worden ist.

Im Rahmen dieser Begrenzung wurde jedoch das Selbstbestimmungsrecht überall dort gefordert, wo es realisierbar war. Bei der Auseinandersetzung zwischen Prag und Budapest über die neue tschechisch-ungarische Grenze wurde der drohende Konflikt dadurch beseitigt, daß Deutschland und Italien als Schiedsrichter auftraten und am 2. November 1938 im »Wiener Schiedsspruch« die neue Grenze nach ethnographischen Gesichtspunkten und nicht nach machtpolitischen Interessen festlegten. Die Reichsregierung zögerte dabei nicht, zugunsten ihrer bisherigen tschechischen Feinde und zulasten ihres alten ungarischen Freundes zu entscheiden.

Achse London–Moskau

Doch keine Geste gegenüber der Rest-Tschechoslowakei und kein noch so weitgehendes Zugeständnis an Frankreich konnten die tieferen Ursachen der noch verbliebenen Gegensätze auf die Dauer beseitigen. Deutschland hatte zwar seine politische Macht und sein Ansehen erheblich verstärken können. In seiner Rede vom 9. Oktober 1938 in Saarbrücken durfte Hitler feststellen:

»Wir sind glücklich, daß dieses Werk des Jahres 1938, die Wiedereingliederung von 10 Millionen Deutschen und von rund 110 000 qkm Land in das Reich ohne Blutvergießen vollzogen werden konnte, trotz der Hoffnungen so vieler internationaler Hetzer und Profitmacher.«[11]

Ebenso klar war jedoch, daß diese Erfolge nicht dem guten Willen oder der reumütigen Einsicht der Versailler Mächte zu verdanken waren. Nicht nur Verhandeln, Verhandeln und Handeln führte zu diesen ein-

zigartigen Ergebnissen. In seiner Rede vom 6. November 1938 in Weimar hat Hitler das Geschwätz zurückgewiesen, die bisher erreichten Revisionen seien Deutschland geschenkt worden:

»Wenn heute gewisse ausländische Zeitungen schreiben: ›Das hättet ihr doch alles auf dem Verhandlungswege erreichen können!‹ – so wissen wir sehr wohl, daß ja das Deutschland vor uns nichts anderes getan hat, als andauernd zu verhandeln. 15 Jahre lang haben sie nur verhandelt und haben dabei alles verloren...« Noch vor wenigen Tagen habe ein prominenter Politiker im Unterhaus erklärt, er begrüßte es, wenn Deutschland und Italien vernichtet würden. Deutschland sei dennoch zur Abrüstung bereit, aber unter einer Bedingung: »Daß erst die Kriegshetze abgerüstet wird!«[12]

Der Aufbau eines europäischen Friedens durch Überwindung der Versailler Zwangsordnung war kaum zu erhoffen, solange in England sogar innerhalb der Partei Chamberlains, unter den Tories, Politiker wie Duff Cooper, Vansittart und Churchill unentwegt auf den Krieg hinsteuerten. Duff Cooper, bis zum 1. Oktober 1938 Erster Lord der Britischen Admiralität, bemühte sich eifrig, Hitler zum Feind und Stalin zum Freund zu gewinnen. Einen Tag vor der deutsch-französischen Friedenserklärung am 7. Dezember war auch er in Paris, um in einem Vortrag die Sowjetunion als »einen gigantischen Faktor für die Gewährleistung der Sicherheit und der Ruhe in Europa« zu feiern. Er verstieg sich zu der Behauptung, die sowjetische Diktatur werde stets auf der Seite der Demokratie stehen.[12a]

Die Nürnberger Anklage beschuldigte die Reichsregierung, sie habe militärische Eventualpläne entworfen, um die Rest-Tschechoslowakei zu zerschlagen, »wenn sie etwa eine deutschfeindliche Politik betreiben würde«.[13] Über die militärischen Pläne zwischen London, Moskau und Prag hat man geschwiegen.

Göring hat vor dem Internationalen Militär-Tribunal auf diese Machenschaften hingewiesen. Er wandte sich zunächst gegen den heute noch verbreiteten Vorwurf, er hätte gegenüber den Tschechen sein Ehrenwort gebrochen. Tatsächlich habe er gegenüber dem Gesandten Dr. Mastny nur erklärt, daß sich der Anschluß Österreichs nicht gegen die Tschechoslowakei richte. Er habe in keinem Augenblick gesagt, »ich gebe

Ihnen mein Ehrenwort, daß wir für Zeit und Ewigkeit niemals mit der Tschechei etwas zu tun haben wollen«.

Nach der Wiedervereinigung des Sudetenlandes seien von deutscher Seite die damals erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen wieder abgebaut worden. Es hätte aber eine Entwicklung eintreten können, die jederzeit für Deutschland eine äußerste Gefahr bedeutet haben würde. Man solle sich nur daran erinnern, »in welcher Form damals z. B. die russische Presse, der russische Rundfunk zum Münchener Abkommen und zur Besetzung des Sudetenlandes Stellung genommen hat.« Schärfer könnte man kaum sprechen. Prag habe, enttäuscht durch das Münchener Abkommen, die alte Verbindung mit Moskau nur noch verstärkt. »Solche Anzeichen sah man besonders im tschechischen Offiziers-Korps...« Der Führer habe ihm damals, Göring war in Urlaub, geschrieben, die Entwicklung in der Tschechoslowakei würde zu einer drohenden Gefahr, und er sei deshalb entschlossen, diese Frage nunmehr dadurch zu lösen, »daß er die Tschechoslowakei als weiteren Gefahrenherd inmitten Deutschlands ausschließe...«[14]

Churchill lügt für Amerika

Die Politik der englischen Kriegspartei nach dem Motto Churchills »we must get Russia in!« wäre politischer Selbstmord gewesen, hätte sich nicht Churchill gleichzeitig bemüht, die USA gegen Deutschland zu treiben. Wie später Vansittart im »Black Record«, hielt Churchill am 16. Oktober 1938 eine Rede nach Amerika, die über das gesamte Sendenetz verbreitet wurde. Nie zuvor hatte er hemmungsloser Phrasen gedroschen und sich würdeloser angebiedert, und zwar kaum drei Wochen nach dem Frieden von München. Er zögerte nicht, offen den Kriegseintritt der USA zu fordern: »Wollen Sie warten, bis die britische Freiheit und Unabhängigkeit unterdrückt worden sind und wollen Sie erst dann für die Sache eintreten, wenn sie zu drei Vierteln erledigt ist?« Das wagte der englische Warmonger vor der Weltöffentlichkeit auszusprechen, zwei Wochen nach der Friedenserklärung zwischen Chamberlain und Hitler!

Schon im Oktober 1938 unterstellte Churchill den Deutschen jene Verbrechen des Bombenterrors, die er selbst 1940—45 verüben ließ. Er

warnte vor den Gefahren aus der Luft, die »Frauen und Kinder, die Zivilbevölkerung«, zu quälen und zu terrorisieren, warnte vor der »erpresserischen Gewalt des Bombardierens«, dieser »ungeheuerlichsten Herausforderung des Friedens, der Ordnung und des Fortschritts, die seit dem Einfall der Mongolen im 13. Jahrhundert jemals in der Welt aufgetaucht ist«.

Man glaubt sich in das Jahr 1945 versetzt. Dieser Churchill verglich die Zeit zwei Wochen nach München, nach der Friedensvereinbarung zwischen Hitler und Chamberlain, mit dem Mongolensturm. So log er für Amerika!

Mit tränenerstickter Stimme bejammerte er dann die »Hinopferung der tschechoslowakischen Republik«:

»Diese Republik war das Musterbeispiel eines demokratischen Staates in Mitteleuropa, ein Land, in dem die Minderheiten besser als in irgendeinem anderen Land behandelt wurden. Dieses Land hat man im Stich gelassen und vernichtet, und es wird jetzt aufgesogen.«[15]

Zu solcher Demagogie verstieg sich Churchill, fiel seinem eigenen Premierminister in den Rücken, verleumdete Daladier und stempelte Lord Runciman zum Lügner, der auf Grund eigener Beobachtungen über das tschechische Terrorsystem und die Unterdrückung der Minderheiten das Gegenteil festgestellt hatte.

Die deutsch-englische Verständigung zu sabotieren, Stalin und Roosevelt gegen das Reich zu mobilisieren, das war das Fernziel der englischen »Kriegsgruppe«. In der genannten Rede am 7. Dezember in Paris hatte Duff Cooper auf die sowjetische »Schutzmacht« und auf die Kriegshilfe Roosevelts vertröstet, weil »Amerika im Falle eines Konfliktes als der große Freund der westlichen Demokratien im Hintergrund stehen würde«.[16]

Wir wiederholen: Das geschah einen Tag vor der deutsch-französischen und sechs Wochen nach der deutsch-englischen Friedenserklärung.

Hitler warnt Chvalkowsky

Beim Besuch des neuen tschechoslowakischen Außenministers in Berlin am 21. Januar 1939 wandte sich Hitler gegen jene Tschechen, die sich

von »Benesch, von Amerika, von Roosevelt, von allen jenen, die heute von außen her gegen Deutschland einen Feldzug führen«, in ihren trügerischen Hoffnungen bestärken ließen.

Hitler wies ihn darauf hin, daß es gefährlich sei, »eine Außenpolitik A und eine Innenpolitik B zu führen«. Nur durch das Maßhalten Deutschlands sei jene Katastrophe verhindert worden, der die Entwicklung in der Tschechoslowakei zugetrieben hatte. Hitler warnte davor, sich als kleiner Staat auf die Stärke der Armee zu verlassen. Die kleinen Staaten seien nicht durch ihre Armee, sondern »durch das Vertrauen, das man in ihre Neutralität setzte, geschützt«.[17]

Diese Warnung war kaum mißzuverstehen, besonders weil die Rest-Tschechoslowakei am Militärpakt mit Frankreich und auch am Militärpakt mit der Sowjetunion festhielt.

Noch hatte man 35 modern ausgerüstete, kriegsstarke Divisionen zur Verfügung. Sie mußten weiter als ernste Bedrohung der deutschen Ostflanke gelten, wenn die Verbindung zur Roten Armee aufrechterhalten wurde. Einflußreiche tschechische Kreise hofften darauf, daß dieses starke Potential für Paris, London und besonders für Moskau bald wieder interessant werden könnte.

Befreiung der Slowaken

Bald begann, was Benesch, Hodža und Krofta schon immer befürchtet hatten: Die Einheit des »tschechoslowakischen Volkes« erwies sich als brüchig. Sobald sich die künstliche Klammer der Prager Vorherrschaft lockerte, zerfiel das Staatsfragment in seine Bestandteile, in das tschechische und in das slowakische Volk. Nach tschechischen Behauptungen sollen Tschechen und Slowaken bis zum Jahre 1025 ein Volk gewesen sein. Auch wenn dies zuträfe, hätten sie sich seit 900 Jahren getrennt. Sie sprechen ihre eigene Sprache, entfalten eine arteigene Kultur. Nie gab es ein »tschechoslowakisches« Volk. Im Vertrag von Pittsburg, den Vertreter des tschechischen und slowakischen Volkes am 31. Mai 1918 abschlossen, wurde die Gleichberechtigung beider Völker vereinbart, was doch zwei verschiedene Völker voraussetzt. Die 9,7 Millionen »Tschechoslowaken« teilen sich, wie die Volkszählung vom 1. Dezember 1930 be-

wies, in 7,2 Millionen Tschechen und 2,5 Millionen Slowaken auf. Dennoch wurden die Slowaken nur als Teil des tschechischen Volkes behandelt.

Um sie noch rechtzeitig daran zu hindern, ihr Selbstbestimmungsrecht so zu verwirklichen wie die Deutschen, Polen und Ungarn, wurde ihnen mit zwanzigjähriger Verspätung eine begrenzte Autonomie angeboten. Am 4./6. Oktober 1938 versammelten sich die slowakischen Abgeordneten und forderten endlich die Verwirklichung der im Pittsburger Vertrag 1918 versprochenen Rechte. Sie verkündeten die Bildung einer autonomen slowakischen Regierung unter Ministerpräsident Dr. Josef Tiso. Durch ein Gesetz vom 22. November wurde ihnen die Autonomie zugesichert. Am 18. Dezember wurde der slowakische Landtag gewählt. Die Nachfolgerin der Hlinka-Partei erhielt 97,5% der slowakischen Stimmen.

Noch war man bereit, sich auf eine Autonomie im tschechoslowakischen Staatenverband zu beschränken.

Ähnlich verlief die Entwicklung in der Karpatho-Ukraine. Auch der ukrainische Bevölkerungsteil erhielt seine eigene Regierung, die zunächst von Prag anerkannt wurde. Die Wahlen in der Karpatho-Ukraine ergaben 92,4% aller Stimmen für die autonome Regierung.

Doch Prag vermochte sich mit dieser föderativen Lösung nicht abzufinden. Am 16. Januar entsandte der neue Staatspräsident, Dr. Hacha, den tschechischen General Prchala in die Karpatho-Ukraine, um ihn der ukrainischen Regierung unter Bruch der Verfassung als Innenminister aufzuzwingen. Am 6. März wagte sich Prag noch weiter vor. Man ließ den Finanz- und Verkehrsminister Dr. Revay absetzen und bestimmte an seiner Stelle den Abgeordneten der tschechischen Agrar-Partei, Klocurak, zum Minister.

Selbstzerstörung des Prager Regimes

Die innenpolitische Krise wurde zur Katastrophe, als der tschechische Staatspräsident am 10. März praktisch die Autonomieverfassung aufhob und den slowakischen Ministerpräsidenten und drei weitere Minister absetzte. Der Vorkämpfer des slowakischen Volkstums, Dr. Adalbert Tuka, und der Propagandachef der Preßburger Regierung, Alexander

Mach, wurden verhaftet und nach Mähren verschleppt. Zugleich verordnete die Prager Diktatur die Entwaffnung der Hlinka-Garde, ließ die Garnisonsstädte durch tschechische Truppen besetzen und verhaftete slowakische Nationalisten. Die Prager Regierung bemühte sich erfolgreich, die Rest-Tschechoslowakei durch eigene Maßnahmen zu zerstören.

Die neuen Männer versuchten mit den alten Gewaltmethoden in einer völlig veränderten Machtlage weiterzuherrschen. Ohne durch eine Garantie von England oder Frankreich abgesichert zu sein, verdarben sie selbst die Voraussetzungen, unter denen die Rest-Tschechei hätte weiter existieren können. Auch Hitler hatte die Anerkennung der neuen tschechischen Grenzen von der Bedingung abhängig gemacht, daß die Tschechen sich zuerst mit ihren anderen Minderheiten auseinandersetzen müßten, »und zwar friedlich und nicht durch Unterdrückung. . .«.

Bis zuletzt hatte die Reichsregierung gezögert, die Slowakei zur Befreiung von der tschechischen Fremdherrschaft zu ermuntern. Hitler hielt sich lange zurück, ohne so weit gehen zu können, die Slowaken zu den Tschechen zurückzutreiben. Es lag natürlich im Interesse des Reiches, daß die Rest-Tschechoslowakei um die übrigen nicht-tschechischen Gebiete verkleinert wurde. Der deutsche Kanzler hätte seine Pflichten als Staatsmann verletzt, wäre er einer solchen Entwicklung entgegengetreten. Schließlich konnte er den Ungarn, Polen, Ukrainern und Slowaken nicht jenes Selbstbestimmungsrecht verweigern, das er für die Sudetendeutschen durchgesetzt hatte.

Hachas Flucht nach vorne

Der zwangsweise abgesetzte slowakische Ministerpräsident Dr. Tiso wich vor der drohenden Verhaftung nach Berlin aus. Hitler war zur Feier des Jahrestages der Wiedervereinigung mit Österreich in Wien; Göring verbrachte seinen Urlaub in San Remo. Hitler flog nach Berlin zurück und empfing den slowakischen Staatschef am 13. März. Vor seiner Abreise aus Preßburg hatte Dr. Tiso angekündigt, er werde die Reichsregierung um Schutz und Hilfe bitten.

Noch immer zögerte Hitler, unmittelbar selbst einzugreifen. Solange die Slowakei dem tschechischen Staatsverband angehörte, wollte er die

Einmischung in dessen innere Verhältnisse vermeiden. Anders wäre die Lage gewesen, wenn sich die Slowakei aus eigener Initiative von der tschechischen Herrschaft lossagte und ihre Selbstbestimmung in einem eigenen Staat verwirklichte. Dann müßte das Reich die Bitte um Schutz und Hilfe nicht länger verweigern.

Dr. Tiso flog zurück in die Slowakei. Auf Antrag wurde mit Genehmigung des tschechischen Staatspräsidenten der slowakische Landtag einberufen, der die von Dr. Tiso verkündete Unabhängigkeit der Slowakei einstimmig beschloß. An die Reichsregierung richtete die neue slowakische Regierung ein Telegramm:

»Im starken Vertrauen auf Sie, den Führer und Reichskanzler des Großdeutschen Reiches, unterstellt sich der Slowakische Staat Ihrem Schutz. Der Slowakische Staat bittet Sie, diesen Schutz zu übernehmen.«

Damit hatte die Tschechoslowakei aufgehört zu bestehen, wie man bereits am 14. März auch in London registrierte.

Am gleichen Tag marschierten die Ungarn in die Karpatho-Ukraine ein.

Am 23. März wurde in Berlin der Vertrag zwischen Deutschland und der Slowakei unterzeichnet. Die Slowakei wurde freiwillig ein Protektorat des Großdeutschen Reiches. Das Reich erhielt das Recht zugestanden, innerhalb einer Grenzzone militärische Anlagen zu errichten und zu besetzen. Die Slowakei verpflichtete sich, ihre Streitkräfte im Einvernehmen mit der deutschen Wehrmacht aufzubauen und ihre Außenpolitik mit der Reichsregierung abzustimmen.

Damit war zugleich der Konfliktstoff, der sich in diesem Raume wegen der tschechisch-slowakischen und der ungarisch-slowakischen Feindseligkeiten angehäuft hatte, beseitigt. Ribbentrop schilderte vor dem Internationalen Militär-Tribunal die dauernden Schwierigkeiten zwischen Preßburg und Budapest und zwischen Prag und Budapest. »Es war daher immer mit der Gefahr zu rechnen, daß hier ein kriegerischer Konflikt ausbrach. Es ist mindestens ein halbes Dutzend mal gewesen, daß seitens der ungarischen Regierung uns zu verstehen gegeben wurde, daß auf die Dauer dies hier nicht so weitergehen könnte. . .«. Mit der Möglichkeit von kriegerischen Verwicklungen mit den Ungarn hätte gerechnet werden müssen.[18]

Als Zeuge berichtet Ribbentrop weiter, daß Deutschland und Italien der Tschechoslowakei die beabsichtigte Grenzgarantie wegen des polnischen Ultimatums nicht gegeben hätten. Angesichts der tschechisch-slowakischen Katastrophe und des Aufmarsches der Ungarn sowohl gegen die Karpatho-Ukraine wie gegen die Slowakei hätte dann gehandelt werden müssen:

»Wir wollten aber verhindern, daran lag Adolf Hitler, daß hier etwa ein Krieg Slowakei–Ungarn oder Tschechoslowakei–Ungarn entstände, und so hat er dem Wunsche Tisos damals gerne entsprochen und hat dann später nach der Unabhängigkeits-Erklärung durch den slowakischen Landtag der Bitte Tisos entsprochen und den Schutz der Slowakei übernommen.«[19] Taylor bestätigt: »Das war tatsächlich ein unvorhergesehenes Nebenprodukt der Entwicklungen in der Slowakei; Hitler handelte eher gegen die Ungarn als gegen die Tschechen.«[20]

Welche Gründe hätten das Reich veranlassen sollen, sich einer Entwicklung entgegenzustellen, die aus völkerrechtlichen wie aus machtpolitischen Gründen seinen Interessen diente? Sollte es die durch die Gunst der Stunde angebotenen Vorteile ausschlagen?

Es war sicher unverzeihlich, daß sich weder die Polen noch die Ukrainer, weder die Ungarn noch die Slowaken, ja auch die Tschechen nicht an die von der Vorsehung dazu bestimmten Schutzmächte aller kleinen Völker, an Frankreich und England, gewandt hatten. Aus unbegreiflichen Gründen schienen sie das Vertrauen zu den Versailler Musterdemokratien verloren zu haben.

Zwischen die Tschechen und die Deutschen gestellt, konnte den Slowaken die Entscheidung nicht schwerfallen. Sie beanspruchten mutig ihre demokratischen Rechte und bemühten sich gleichzeitig um deren machtpolitische Absicherung durch das Reich.

Eine solche Regelung hätte sich auch den Tschechen angeboten. Sie wäre ungleich günstiger gewesen als jener Zustand, in den die Sudetendeutschen durch die Tschechen gezwungen worden waren. Wer meint, die Rückkehr Böhmens und Mährens als Protektorat in den Reichsraum wäre eine unerträgliche Zumutung gewesen, stelle sich vor, wie die Tschechen die Deutschen behandelt hätten, wären die Machtverhältnisse umgekehrt gewesen: Wenn 70 Millionen Tschechen 7 Millionen Deutsche

in ihren Machtbereich hätten einbeziehen können. Die deutsche Minderheit von 10% wäre dann sicher noch rücksichtsloser unterdrückt worden als bisher die sudetendeutsche von 23%.

Unter dem Schutz des Reiches

Am 14. März stand die Prager Regierung vor dem Zusammenbruch ihrer Politik seit dem Münchener Abkommen. Der Versuch, nach der Befreiung der Sudetendeutschen den übrigen nicht-tschechischen Bevölkerungsteilen die Selbstbestimmung vorzuenthalten, sie weiter unter die Herrschaft des tschechischen Militär- und Polizeistaates zu zwingen, endete mit dem Einsturz der Versailler Fehlkonstruktion.[20a] Um nicht von den Trümmern erschlagen zu werden, wählte Präsident Hacha in letzter Stunde die Flucht nach Berlin. Nach einem Beschluß des Prager Kabinetts richtete er die dringende Bitte an die Reichsregierung, von Hitler empfangen zu werden.

Am 15. März wurden Präsident Hacha und sein Außenminister Chvalkowsky vom Reichskanzler empfangen. Die Nürnberger Anklageschrift fälschte auch dieses Ereignis ins Gegenteil um. Dort wird behauptet, »am 14. März 1939 kamen auf Einladung Hitlers der tschechische Staatspräsident Hacha und sein Außenminister Chvalkowsky nach Berlin, um einer Zusammenkunft beizuwohnen...«.[21] Einer der Augenzeugen, der Chefdolmetscher Paul Schmidt, dagegen berichtet, Hacha und Chvalkowsky hätten das Unheil kommen sehen und noch in letzter Minute eine verzweifelte Anstrengung zur Rettung ihres Landes unternommen, als sie um eine Unterredung mit Hitler nachsuchten. Dieser habe sich bereit erklärt, sie nach Berlin kommen zu lassen.

In Berlin wurde Hacha mit allen einem Staatspräsidenten zustehenden Ehren empfangen. Staatssekretär Meißner, der ihn zum Hotel begleitete, berichtet, Hacha habe ihm schon vor dem Empfang »in aufgeregter Gesprächigkeit« ausführlich geschildert, »daß er angesichts der unhaltbar gewordenen Situation in seiner Heimat zu dem Entschluß gekommen sei, den Führer und Reichskanzler um Schutz und Hilfe anzugehen...«.

Wie über das Gespräch mit Schuschnigg in Berchtesgaden, so sind auch über diese Unterredung die wildesten Gerüchte erfunden worden. Sowohl Staatssekretär Meißner wie Dolmetscher Schmidt bezeugen, daß die Unterredung »in Ruhe und korrekten Formen« stattfand.

Staatssekretär Meißner berichtet vom Beginn des Gespräches, daß Hacha den Reichskanzler »mit der Versicherung seiner persönlichen Verehrung und der Bewunderung seiner politischen Leistungen« begrüßt habe. Der tschechische Staatspräsident betonte, »er habe um diesen Empfang nachgesucht, um sein Land dem Schutze des Reiches zu unterstellen und das Schicksal seines Volkes in die Hände des deutschen Führers zu legen«.[22] Sollte Hitler ein solches Angebot ausschlagen oder das letzte aus ihm herausholen?

Es war klar, das Reich konnte nur die Pflichten einer Schutzmacht übernehmen, wenn ihm Rechte eingeräumt wurden, welche die Souveränität des tschechischen Staates begrenzten. Das unterscheidet schließlich einen unabhängigen Staat von einem Protektorat. Die befreundete Slowakei hatte sich in diesen Tagen dazu freiwillig verpflichtet. Es war nicht anders zu erwarten, als daß die bisher feindliche Tschechei den Schutz des Reiches nur unter erheblich härteren Bedingungen gewährt bekommen konnte.

Görings Drohung

Um die Kapitulation des tschechischen Präsidenten zu bemänteln, werden seit Nürnberg Legenden verbreitet über den moralischen und physischen Zwang, dem Hacha unterworfen worden wäre. Besonders wird eine angebliche Drohung Görings, Prag zu bombardieren, hochgespielt. Die Anklageschrift war auch hier Vorbild. »Der Angeklagte Göring fügte die Drohung hinzu, er werde Prag vollständig von der Luft her zerstören.«[23] Dem Nürnberger Urteil wurde ein tschechisches »Protokoll« zugrundegelegt, das den Verlauf der Unterredung offensichtlich verfälscht.[23a]

Göring hatte sich zunächst brieflich gegen die von Hitler beabsichtigte Lösung ausgesprochen. Als er in Berlin erschien, habe ihn der Führer auf Unterlagen hingewiesen, »daß doch die Situation in der

Tschechoslowakei sich ernster entwickelt habe«. Durch die Loslösung der Slowakei sei der Staat sowieso zerfallen. »Und sodann zeigte er mir Dokumente des Nachrichtendienstes, daß sich auf den Flugplätzen oder einem Teil der Flugplätze der Tschechoslowakei russische Fliegerkommissionen befunden haben.«

»Er fürchte, daß nach wie vor die Tschechoslowakei, wenn die Slowakei weg sei besonders, als nunmehr russische Flugzeugbasis ausgenützt werde. Er sei fest entschlossen, diese Gefahr zu beseitigen.«

Bei der Unterredung mit Hacha habe Göring diesem dann empfohlen, die Forderung des Führers, die tschechischen Truppen sollten sich beim Einmarsch der Deutschen zurückhalten, damit es nicht zu Blutvergießen käme, zu erfüllen. »Ich habe dabei auch die Äußerung getan, daß es mir leid täte, wenn ich das schöne Prag bombardieren müßte. Die Absicht, Prag zu bombardieren, bestand nicht, es war auch kein diesbezüglicher Befehl gegeben, denn selbst bei einem Widerstand wäre das nicht nötig gewesen, der Widerstand sei jederzeit leichter ohne dieses Bombardement zu brechen. Aber ein solcher Hinweis glaubte ich, daß er als Argument mitwirken würde, die Sache zu beschleunigen. Es gelang mir dann, zwischen ihm und seiner Regierung in Prag die Telefonverbindung heranzuschaffen, und er gab den Befehl, und es kam somit am nächsten Tag zur Besetzung und zum Einmarsch in Prag.«[24]

Auch dazu kann man nur sagen, es ist immer noch besser, eine friedliche Lösung durch Androhung von Gewalt zu erzwingen als durch Gewaltanwendung zum Kriege zu treiben. Schließlich ist Politik, und zwar auch deutsche Politik, kein Gesellschaftsspiel für Pastorentöchter.

Auf keinen Fall war es Aufgabe der Reichsregierung, die Tschechen von den Polen, Ungarn und Slowaken zu retten.

Autonome Tschechei

Aus dem Protektoratsvertrag geht hervor, daß Böhmen und Mähren nun ein Gebiet des Großdeutschen Reiches geworden waren und unter dessen Schutz standen (Artikel 1). Die Einwohner dieser Gebiete wurden, soweit sie tschechischer Abstammung waren, »Staatsangehörige des

Protektorats« (Artikel 2). Artikel 3 bestimmte, »das Protektorat Böhmen und Mähren ist autonom und verwaltet sich selbst ... es übt seine ihm im Rahmen des Protektorats zustehenden Hoheitsrechte im Einklang mit den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Belangen des Reiches aus. Diese Hoheitsrechte werden durch eigene Organe und eigene Behörden mit eigenen Beamten wahrgenommen.«

Dem Oberhaupt der autonomen Verwaltung des Protektorats standen »der Schutz und die Ehrenrechte eines Staatsoberhauptes zu«.

Den Tschechen wurde also eine in Anbetracht der damaligen Verhältnisse weitgehende Autonomie gewährt. Das Protektorat erhielt seine eigene Regierung. Die Minister wurden nicht vom Reichsprotektor ernannt, sondern bedurften nur seiner Bestätigung. Eine eigene tschechische Gerichtsbarkeit blieb bestehen, tschechisch war weiterhin Amtssprache.

Böhmen und Mähren waren wieder in eine ähnliche staatliche Ordnung eingegliedert wie über ein Jahrtausend in ihrer Geschichte. Auch Professor Taylor bestreitet nicht, daß Böhmen immer ein Teil des Heiligen Römischen Reiches, später ein Teil des Deutschen Bundes zwischen 1815–1866 und daß es dann bis 1918 mit Deutsch-Österreich verbunden gewesen ist.[25]

Hitler habe diese Entwicklung nicht herbeigeführt, aber als sie sich anbot, für seine Zwecke ausgenützt: »Er tat es nicht nach einem Plan; die Vorteile wurden ihm angeboten. Er handelte erst, als die Ereignisse das Abkommen von München bereits zerstört hatten.[26] Das erkennt eine geschichtswissenschaftliche Autorität Englands, während unsere Hofhistoriker immer noch über Hitlers »Vertrauensbruch« lamentieren, gleichzeitig aber – wie ihre alliierten Vorbilder –, Stalin als vertrauenswürdigen Partner verehren.

Zustimmung aus Prag

Natürlich stand Hacha in dieser Situation unter Druck, und zwar von Berlin *und* Prag. Wie hätte dies anders sein können, angesichts der Katastrophe, die er selbst mit verschuldet hatte. Der Entscheidung von Berlin haben jedoch nicht nur der Staatspräsident und sein Außenminister zugestimmt, sondern auch die Minister in Prag, mit denen er in

telefonischem Kontakt stand und von denen man kaum behaupten kann, sie hätten – 300 km von Berlin entfernt – unter persönlicher Gefahr entschieden. Der Inhalt des Abkommens vom 15. März 1939 war den anderen Mitgliedern der Prager Regierung bekannt und wurde von diesen gebilligt. Das von Hitler, Hacha, Ribbentrop und Chvalkowsky unterzeichnete Dokument hat folgenden Wortlaut:

»Der Führer hat heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Dr. Hacha und den tschechoslowakischen Außenminister Dr. Chvalkowsky auf deren Wunsch in Berlin empfangen. Bei der Zusammenkunft ist die durch die Vorgänge der letzten Wochen auf dem bisherigen tschechoslowakischen Staatsgebiet entstandene ernste Lage in voller Offenheit einer Prüfung unterzogen worden. Auf beiden Seiten ist übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden, daß das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teile Mitteleuropas sein müsse. Der tschechoslowakische Staatspräsident hat erklärt, daß er, um diesem Ziele zu dienen und um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschluß Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz des Reiches nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewähren wird.«

Der angeblich unter persönlicher Gefahr und stärkstem physischen und moralischen Druck unterzeichnende Hacha gab anschließend in bewegten Worten der Hoffnung Ausdruck, »daß seine Heimat in der nunmehr geschaffenen Verbindung mit dem Großdeutschen Reiche einer neuen, glücklichen Zukunft entgegensehen werde«.

Staatssekretär Meißner, der ihn zur Unterredung geführt hatte, begleitete ihn auch zurück. Dabei versicherte ihm Hacha, daß dies der schwerste Tag und härteste Entschluß seines Lebens gewesen sei. Er sei jedoch überzeugt, daß er bei der gegebenen Sachlage richtig und zum Besten seines Landes gehandelt habe. In wenigen Jahren werde die große Mehrheit des tschechischen Volkes seine heutige Entscheidung begreifen und billigen.[27]

Kein Widerstand

Der gleichzeitige Friedensmarsch deutscher Truppen durch das Protektorat hatte im Ausland zweifellos psychologisch nachteilige Folgen. Wie so oft in einer politischen Krise mußte die deutsche Regierung zwischen zwei Übeln das kleinere wählen. Das größere Übel wären sicher militärische Zusammenstöße und blutige Unruhen in der Rest-Tschechei und an ihren neuen Grenzen gewesen. Nur durch die Anwesenheit deutscher Truppen konnte die neue Ordnung aufgebaut werden, ohne daß es zu den in einer solchen Spannung fast unvermeidlichen Gewalttaten kam. Unvorstellbar, daß die hochgerüstete tschechische Armee und Polizei, die wenige Monate zuvor auf Kriegsbereitschaft gebracht worden waren, in allen Gebieten ihre Positionen widerstandslos geräumt hätten.

Die damalige Kriegsrüstung übertraf immer noch bei weitem den Verteidigungsbedarf eines Kleinstaates. Bei der Besetzung wurden sichergestellt: 1582 Flugzeuge, 501 Flakgeschütze, 2175 leichte und schwere Geschütze, 785 Minenwerfer, 469 Panzer, 43 876 Maschinengewehre (mehr als die Deutsche Reichswehr jemals besaß), über eine Million Gewehre, eine Milliarde Schuß Infanteriemunition, über drei Millionen Schuß Artillerie- und Gasmunition.

Nur durch die Zustimmung der Prager Regierung zum Einmarsch deutscher Truppen und durch seine blitzschnelle Durchführung vermochte dieses gewaltige Arsenal sichergestellt zu werden, ohne daß mit ihm ein für Deutsche und Tschechen verhängnisvoller Mißbrauch getrieben werden konnte.

Der für tschechische Patrioten gewiß demütigende und schmerzliche Eingriff gelang reibungslos. Der englische Gesandte berichtete aus Prag nach London, daß sich die tschechische Bevölkerung, »die sich offensichtlich überrumpelt sah, gut benahm«. Prag selbst »scheint ruhig zu sein«.

Ribbentrop schilderte als Zeuge in Nürnberg, welche Begründung ihm Hitler für diese Blitzaktion gegeben hatte: Man könne mit den Tschechen gut auskommen, aber es wäre notwendig, daß Deutschland den Schutz dieser Länder übernähme. »Er erwähnte damals Sowjetrußland als einen unübersehbaren Machtfaktor, verbündet mit der Tschechoslowakei...« Diese Frage sei für England gänzlich unwichtig, für Deutschland aber absolut lebenswichtig. Im übrigen sähe er nicht ein, warum

diese Lösung die erstrebte deutsch-englische Zusammenarbeit stören müsse. »Hitler wies darauf hin, daß England doch ungefähr 600 Dominien, Protektorate und Kolonien habe.« Es sollte doch verstehen, daß man solche Probleme eben lösen müsse.[28]

Bis heute wird immer noch die militärische Sicherung des böhmisch-mährischen Raumes mit einer Verwirklichung des Eventualplanes »Grün« verwechselt. Generaloberst Jodl hatte dies schon in Nürnberg richtiggestellt. Auf die Frage von Professor Dr. Exner, ob dieser Einmarsch eine Ausführung des von Jodl entworfenen Generalstabsplanes gewesen sei, antwortete er: »Nein, damit hat er gar nichts mehr zu tun. Es waren auch ganz andere Truppen, und es war nicht mal die Hälfte der Truppen, die im Jahre 1939 in die Tschechoslowakei einrückten, als wie im Jahre 1938 vorgesehen waren.«[29]

Benesch hatte, wie bereits nachgewiesen, den Krieg um jeden Preis gewollt. Daß es gelungen war, eine solche Gefahr auszuschalten, ohne daß ein Schuß fiel, sollte man endlich anerkennen und sich weniger heftig über die Form des Verfahrens ereifern.

Den ungleich stärkeren USA ist es seit 1945 noch an keiner Stelle gelungen, eine ähnliche Befriedung mit weniger Gewaltanwendung zu erreichen.

Im übrigen hätte auch der Verzicht auf den propagandistisch zweifellos negativ wirkenden Einmarsch nichts daran geändert, daß die Tschechei – als militärischer Faktor gegen Deutschland – hätte ausgeschaltet werden müssen. Die Übernahme in den »Schutz des Reiches« mußte automatisch auch zur militärischen Oberhoheit des Reiches über diesen Raum führen.

Noch wichtiger als die innenpolitische Befriedung von Böhmen und Mähren war ihre Ausklammerung aus der sowjetischen Expansionszone. Eine isolierte Tschechei hätte auch ohne militärische Besetzung für das Deutsche Reich keine ernsthafte Gefahr mehr werden können; eine Tschechei als Luftbasis der Sowjets und als militärischer Partner der Roten Armee wäre eine latente Gefahr geblieben. Es hätte sich wiederholen können, was 1938 drohte. Woroschilow bestätigte am 22. August 1939: »Unsere Truppen waren bereit« – zum Angriff mit Benesch gegen Deutschland![29a]

In dieses geopolitische Blickfeld gestellt, reduziert sich das Gerede von Hitlers »Vertrauensbruch« gegenüber England auf eine Propagandaparole, die leider auch von einigen nationalen Historikern verbreitet wird. Man glaubt sich dabei auf die bekannte Rede Hitlers vom 26. September 1938 berufen zu können. Hitler hatte damals Chamberlain versichert, daß es, »– wenn dieses Problem gelöst ist – für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt! Und ich habe ihm weiter versichert, daß in dem Augenblick, in dem die Tschechoslowakei ihre Probleme löst, das heißt, in dem die Tschechen mit ihren anderen Minderheiten sich auseinandergesetzt haben, und zwar friedlich und nicht durch Unterdrückung, daß ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin. Und das wird ihm garantiert! Wir wollen gar keine Tschechen!«[30]

Daraus folgerte die Nürnberger Anklage und folgern ihre bundesdeutschen Hilfsankläger noch heute, Hitler hätte sein Wort gebrochen und dadurch alles Vertrauen verspielt. Dabei geht aus dem genauen Wortlaut eindeutig hervor, unter welchen Bedingungen Hitler an den Tschechen und ihrem Staat nicht mehr interessiert gewesen wäre:

1. wenn das sudetendeutsche Problem gelöst war,
2. wenn es der tschechischen Regierung gelungen war, sich ohne Unterdrückung, auf friedlichem Wege mit ihren anderen Minderheiten auseinanderzusetzen.

Die zweite Bedingung wurde, wie mit aller Klarheit nachzuweisen ist, nicht erfüllt. Die Prager Regierung hat im Gegenteil so lange versucht, die ukrainischen und slowakischen Volksgruppen weiterhin zentralistisch zu beherrschen, bis sie sich auf ihr Selbstbestimmungsrecht beriefen, sich aus dem tschechischen Zwangsstaat lösten und ihre eigene Staatlichkeit verwirklichten. Dadurch war eine völlig neue Lage entstanden, die mit den von Hitler vorausgesetzten Bedingungen nicht mehr zu vergleichen war.

Hitler wollte auf keinen Fall versuchen, was die Tschechen mit ihren Minderheiten geplant hatten, sie in das fremde Volkstum aufzulösen. Die Erhaltung der völkischen Eigenart war die Grundlage der national-

sozialistischen Weltanschauung und Staatsauffassung, und schon aus diesem Grunde konnte Hitler erklären, »wir wollen keine Tschechen«. Daß die Tschechen nicht im deutschen Volke aufgehen, sondern ihre volkliche und kulturelle Eigenart bewahren sollten, geht aus dem Protektoratsvertrag eindeutig hervor. Das böhmisch-mährische Gebiet kehrte zwar in die Oberhoheit des Reiches zurück, wurde aber nicht in den deutschen Staat einbezogen. Kein Tscheche sollte deutscher Staatsbürger werden, im Gegensatz zu den Sudetendeutschen, Slowaken usw., die man 20 Jahre lang gezwungen hatte, tschechische Staatsbürger zu sein.

Ungewollt beweist dies auch das Urteil des Internationalen Militär-Tribunals. Um die im Protektoratsraum angeblich oder tatsächlich verübten Kriegsverbrechen verfolgen zu können, stellt die Urteilsbegründung ausdrücklich fest: »Was die in Böhmen und Mähren begangenen Kriegsverbrechen betrifft, so genügt die Antwort,

daß diese Gebiete niemals dem Reich angegliedert wurden; vielmehr wurde lediglich ein Protektorat über sie errichtet.«[31]

Kein Revisions-Verzicht

Im übrigen sollte man die alliierten Staatsmänner nicht mit vertrauensseligen Tölpeln verwechseln, die ihre Politik gegenüber Deutschland von rethorischen Entgleisungen Hitlers abhängig gemacht hätten. Man müßte sie als politische Stümper belächeln, wäre ihnen nicht schon vor dem 29. September 1938 klar gewesen, daß das Münchener Abkommen keine endgültige Regelung sichern konnte. Die Verwirklichung der Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen mußte zu ähnlichen Konsequenzen auch für alle übrigen nicht-tschechischen Nationalitäten führen. Aus diesem Grunde sind England und Frankreich auch den versprochenen Grenzgarantien ständig ausgewichen, wie Halifax noch am 15. März erleichtert zugab.

Der Zerfall der Rest-Tschechoslowakei war nicht das Ergebnis einer »territorialen Forderung Hitlers in Europa«. Es war nur jene Lage entstanden, auf die sich das »wenn« in Hitlers Rede bezog. Die Prager Regierung hatte ihre Probleme nicht gelöst, diese hatten sich seit Mün-

chen verschoben und verschärft und mußten nun zwangsläufig zum Zerfall der Versailler Fehlgründung führen.

So viel Voraussicht sollte man von den alliierten Staatsmännern erwarten. Hätten sie diese Folgen nicht selbst erkannt, wären sie durch Äußerungen tschechischer Politiker darüber rechtzeitig und ausreichend belehrt worden. Benesch, Krofta, Hodža, Masaryk und andere hatten wiederholt gewarnt, daß die Befreiung der Sudetendeutschen sich auf die übrigen Minderheiten auswirken müsse und zwangsläufig zur Selbstzerstörung der Tschechoslowakei führen werde. Wir haben eine Reihe solcher Warnungen aus den Prager Akten nachgewiesen.

Wer heute noch die entgegengesetzten Parolen der alliierten Propaganda nachbetet und behauptet, Hitler hätte seine Zusage gebrochen und wäre dadurch »vor der Weltöffentlichkeit gänzlich unglaubwürdig« geworden, der hilft den Kriegsschuldlügnern. Sie argumentieren, man habe im September 1939 Hitler nicht mehr vertrauen können, weil er im September 1938 Versprechungen abgegeben hätte, die nicht eingehalten worden wären.

Diese Ausflüchte werden doch schon dadurch widerlegt, daß man auch nach dem 15. März 1939 noch ununterbrochen mit dem angeblich verhandlungsunfähig gewordenen Hitler verhandelt hat.

Sogar wenn Hitler, was zu bestreiten ist, seinen englischen Partner in dieser lebensgefährlichen Krise, als der Osten und der Westen unaufhaltsam dem Weltkriege zutrieben, in jener Rede absichtlich getäuscht hätte, wäre eine solche diplomatische Notwehr gerechtfertigt, mußten doch Europa und die Welt vor einem sinnlosen Kriege bewahrt werden.

Der nur unter gewissen Bedingungen angekündigte territoriale Verzicht Hitlers konnte sich nicht auf eine Lage beziehen, die im tschechischen Raum erst ein halbes Jahr später entstanden war.

Ebensowenig bezog er sich auf die deutsch-polnische Grenzrevision. Peter Kleist schreibt dazu: »Niemand in London oder Paris glaubte wohl ernstlich daran, daß Deutschland sich mit den Ostgrenzen des Korridors und der ›Freien Stadt Danzig‹ für alle Zeiten zufrieden geben werde. Niemand, dem es am Frieden lag, konnte wohl auch wünschen, daß eine Grenzziehung erhalten blieb, die den Keim des Krieges in sich trug.«[32]

Clausula rebus sic stantibus

Die Revision der deutsch-polnischen Grenze konnte man auch nicht als »territoriale Forderung«, als Forderung auf fremdes Territorium mißverstehen. Hier handelte es sich um einen längst bekannten Rechtsanspruch des deutschen Volkes, nicht weniger berechtigt als die Wiedervereinigung mit Österreich und dem Sudetenland, die von den alliierten Regierungen anerkannt oder in München gemeinsam vereinbart worden war.

Hans Grimm hat schon vor 12 Jahren den Heuchlern und Pharisäern des alliierten Moralismus und ihren bundesdeutschen Nachbetern entgegengehalten:

»Hätte ... Hitler also, um nicht zu ›täuschen‹ oder möglicherweise des ›Wortbruchs‹ bezichtigt zu werden, vorsorglich verkünden müssen: ›Wenn ihr Engländer trotz München und die Franzosen trotz dem Pariser Pakt heimliche Abmachungen mit den Sowjetrussen und den Benesch-Tschechen trefft; und wenn man sich daranmacht, von Prag aus hinten in unser Haus schießen zu können und über Böhmen Sowjettruppen einmarschieren und einfliegen lassen zu können in unserem Rücken und in Europa, dann müssen wir, da ihr nicht sehen wollt, worum es geht, in Gottes Namen Vorsorge zu schaffen versuchen. Gefahr laufen wir auf jeden Fall‹.«

Hans Grimm beruft sich auf ein allgemeingültiges politisches Prinzip, das von Beginn der menschlichen Geschichte an bis zum September 1938 gegolten hat, seit März 1939 unverändert gültig ist und auch für die Zeit vom 26. September 1938 bis zum 15. März 1939 Gültigkeit beanspruchen darf:

»Bei allen Abmachungen hat im übrigen von je die clausula (der Vorbehalt) rebus sic stantibus (bei gleichbleibenden Verhältnissen) gegolten. Die staatsrechtliche Lehre lautet ausdrücklich: ›Als völkerrechtlichen Abmachungen selbstverständlich innewohnend wird die sogenannte clausula rebus sic stantibus erachtet‹, wonach in der Folgezeit bei völlig veränderter Sachlage der abgeschlossene Vertrag nicht bindend sei.«[33]

Wer möchte ernsthaft bestreiten, daß der Zerfall der Tschechoslowa-

kei im März 1939 die Verhältnisse vom September 1938 total verändert hatte?

Dürfen sich die Betrüger und Lügner von Versailles anmaßen, ihren Opfern die clausula rebus sic stantibus zu verweigern? Was bedeutet schon eine rethorische Formel vor der Alternative: böhmisch-mährisches Protektorat oder Krieg?

Haben sich die alliierten Politiker nie widersprochen? Am 15. März erklärte Chamberlain im Unterhaus, »daß der Staat, dessen Grenze wir zu garantieren beabsichtigen, von innen her zerbrach und so sein Ende fand ..., seiner Majestät Regierung sich infolgedessen nicht länger an diese Verpflichtung gebunden halten kann...«.[34]

Zwei Tage später sagte er in Birmingham genau das Gegenteil: »Das Rheinland, der österreichische Anschluß, die Abtrennung des Sudetenlandes, alle diese Vorkommnisse haben die öffentliche Meinung der ganzen Welt verletzt und beleidigt.« Waren nicht die englischen Politiker immer mit dabei, als die Weltmeinung angeblich so »verletzt und beleidigt« wurde, besonders in München? Nun aber klagte Chamberlain: »Die öffentliche Meinung der Welt hat einen stärkeren Schock erfahren, als ihr bis jetzt selbst durch das gegenwärtige Regime in Deutschland jemals zugefügt worden ist.«

Da ihm diese Argumente nicht ausreichten, griff er noch auf die Versailler Universal-Denunziation zurück, auf die Verdächtigung, Deutschland erstrebe ein englisches Vorrecht, die »Weltherrschaft durch Gewalt«.[35]

Jetzt empörten sich die englische und die französische Regierung über den friedlichen Einmarsch deutscher Truppen in den Protektoratsraum, die gleichen Regierungen, die wenige Monate vorher eifrig bemüht waren, die Sowjetunion am Kriege gegen Deutschland zu beteiligen. Dies hätte vorausgesetzt, daß die Rote Armee – vermutlich weniger friedlich als die deutsche nach Böhmen und Mähren – in Polen und Rumänien einmarschieren durfte. Man hat diese Raubzüge dann von 1939 an noch aktiver vorangetrieben, bis die Sowjets 1945 am Ziele waren.

Seit 1945 ist auch Westdeutschland besetztes Gebiet. Warum, wenn nicht aus Angst vor dem Sowjetblock? 1939 wurde die Tschechei besetzt – nicht zuletzt aus dieser Sorge vor der bolschewistischen Gefahr. 1945

wurden Tschechei, Slowakei und Sudetenland mit militärischer Gewalt wieder zusammengezwungen und gemeinsam dem Satellitensystem des bolschewistischen Imperiums unterworfen. Die USA, Frankreich und England haben diese sowjetische Satrapie diplomatisch anerkannt, ja indirekt selbst mit geschaffen.

Man hat sich bei uns schon derart daran gewöhnt, Deutschland und seine Gegner mit so unterschiedlichen Maßstäben zu messen, daß es auch objektiven zeitgeschichtlichen Autoren nicht mehr auffällt, wenn sie bei der deutschen Führung verurteilen, was ihnen bei der amerikanischen und englischen Regierung als unbedingt gerechtfertigt erscheint.

Ribbentrop hatte in Nürnberg dem sowjetischen Hauptankläger Rudenko entgegengehalten, der Führer habe ihm gesagt, im Hinblick auf die Tatsache, daß die USA ein gewaltiges Gebiet als ihre Interessensphäre erklärten, Rußland ein gewaltiges Reich wäre und riesige Gebiete beherrsche und England den ganzen Erdball umfasse, »sei es wohl berechtigt von Deutschland, einen so kleinen Raum als eigene Interessensphäre zu betrachten«.[36]

Seit 1945 beanspruchen nun die USA ein geradezu globales Protektorat über alle nichtneutralen oder nichtkommunistischen Staaten der ganzen Erde. Ein weltweites System militärischer Stützpunkte auf dem Lande und zur See und ein Flugnetz von Atombombern soll sie vor dem gleichen Feind schützen, gegen den sich Deutschland 1939 durch Errichtung des Protektorats abschirmen wollte.

Beneschs Lebensbeichte

Nach drei Jahrzehnten wind die Gültigkeit des Münchener Abkommens mit der Behauptung bezweifelt, es sei durch Hitler »zerrissen« worden. So weit ging selbst Benesch nicht. Er behauptet, das Münchener »Diktat« sei durch seine eigenen Verfasser zerstört worden, durch die vier großen Mächte.[37] Hitler konnte das Münchener Abkommen nicht »zerreißen«, weil dessen Voraussetzungen nicht durch ihn, sondern durch die weitere Entwicklung überholt worden waren. Das bedeutete kein Zu-

rück zu den Zuständen vor der Rückgabe des Sudetenlandes, denn die weitere Entwicklung hatte nur vollendet, was durch München begonnen worden war: die Befreiung aller von den Tschechen unterdrückten Volksgruppen.

Wer heute das Münchener Abkommen mit solch schwachen Argumenten preisgibt, erfüllt nur jene Ansprüche Beneschs, die er mit in die Emigration nahm. Nach der Flucht fand er in London zunächst Trost bei Churchill. Er nennt ihn, wie Stalin, das englische Kriegspferd, das »war horse«. Noch mitten im Frieden, am 27. Juli 1939, versprach ihm Churchill feierlich, es werde »keinen Frieden in Europa geben, solange die Tschechoslowakei versklavt bleibt. . .«.[38]

Benesch aber intrigierte nicht nur im Ausland. Er versuchte sich weiter in die Prager Politik einzumischen. Wer noch unsicher ist, ob die Errichtung des Protektorats der Sicherheit und dem Frieden in Böhmen und Mähren diente, der studiere das Zusammenspiel zwischen der tschechoslowakischen Emigration in London und der neuen Prager Regierung. Benesch, zweifellos ein hochintelligenter Politiker von skrupelloser Konsequenz, hat seine alten Ziele nie aufgegeben. Er bedauerte auch noch nach dem Münchener Abkommen und der Errichtung des Protektorats nicht, daß er Hitlers weitgehende Angebote von 1937 ausgeschlagen hatte. Von November 1936 an hatten Graf Trauttmannsdorff und der bekannte Geopolitiker Dr. Haushofer im Auftrag Hitlers eine Garantie der damaligen tschechoslowakischen Grenzen angeboten und dabei nur eine Bedingung gestellt: daß den Sudetendeutschen endlich die bereits 1919 versprochene Kulturautonomie gewährt werde. Benesch hielt sie monatelang hin, um das Angebot schließlich abzulehnen.[39]

Nach der Katastrophe versuchte er von London aus, das Rad der Entwicklung immer noch zurückzudrehen. Im Oktober 1938 traf er sich mit Jan Masaryk, um die weiteren Pläne zu schmieden. »Ich organisierte sofort einen ›Untergrund-Kontakt‹ in meinem Lande.« Anfang November besuchte ihn der erste Agent seiner Prager Freunde. Weitere folgten regelmäßig bis zum Februar 1939, bis zu seiner Abreise nach Amerika. Wirksame Hilfe erhielt er durch den tschechischen Militär-Attaché in London, Oberst Kalla. Hunderte von Briefen wurden zwischen Prag und London gewechselt.[40]

Von dieser Konspiration war auch Präsident Hacha nicht ausgeschlossen. Das ist um so beachtlicher, als Beneschs Ziele unentwegt auf den Krieg gerichtet waren, dem alle seine Hoffnungen galten, die er auch in Prag wachhalten wollte.[41] Am 30. November 1938 schrieb er an den »Herrn Präsidenten« und gratulierte ihm zu seiner Wahl. Er wünschte ihm für seine Aufgabe großen Erfolg und gab der Hoffnung Ausdruck, daß »Staat und Nation« sich aus der gegenwärtigen Lage unter möglichst guten Bedingungen bald wieder erheben werden.

Auch für Hacha existierte noch der alte Präsident: Benesch. Am 10. Dezember 1938 schrieb er dem »Präsidenten« nach London, wie sehr er durch dessen Brief bewegt und stimuliert worden sei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß seine Funktionen nur vorübergehenden Charakter haben werden.[42]

Mit Benesch war nicht auch seine Mentalität aus Prag emigriert. Noch deutlicher wird das Zusammenspiel verraten durch einen Brief vom 27. Januar 1939, worin er die Punkte der gemeinsamen Taktik festlegte. Und nun kommt das Entscheidende: »Ich weiß sicher, daß dieses Programm durch Außenminister Chvalkowsky empfangen wurde.« Der gleiche Chvalkowsky wurde wiederholt von Hitler empfangen, um bei diesen Gelegenheiten auf jenen Benesch zu schimpfen, mit dem er geheim Kontakt hielt. Zuletzt war er am 21. Januar in Berlin empfangen worden, und am 27. Januar legte Benesch die gemeinsamen Ziele fest, die hier zusammengefaßt sind:

1. In dieser Situation ist es notwendig, daß sich beide Seiten unterstützen.
2. Auf Grund seiner größeren Erfahrungen in London sei die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß bereits im Frühjahr 1939 eine akute Krise ausbrechen wird.
3. Benesch betrachtet es als ausgeschlossen, daß Deutschland bei einem bewaffneten Konflikt siegen wird. Alles deutet darauf hin, daß Amerika wieder in einen solchen Krieg eingreifen würde.
4. Notwendigerweise wird dies ein sehr langer Krieg werden, oder es wird eine ganze Serie von Kriegen geben.
5. Benesch betrachtet sich selbst nicht als einen politischen Emigranten und hält seine Rückkehr nach Prag für wahrscheinlich.

6. Von Deutschland darf keinerlei guter Wille erwartet werden. Man soll nicht das geringste Vertrauen in irgendwelche künftigen deutschen Unternehmen haben.
7. Benesch erwartet eine Periode, in der sich alles wieder ändern wird wie im Ersten Weltkrieg, diese Veränderungen werden nicht geringer sein als damals.
8. Benesch ist überzeugt, daß der tschechoslowakische Staat aus der gegenwärtigen schwierigen Situation am Ende stärker denn je hervorgehen werde.

Gleichgültig blieb es Benesch, welchen Gefahren er die nichtgeflohenen Tschechen aussetzte, besonders im Kriegsfall. Opfer des Untergrundterrors mußten zuerst seine Landsleute werden.

Seine Hoffnungen waren nur zu erfüllen, wenn es bald zum Kriege kam. Dieser sollte spätestens im Sommer 1939 mit einem Angriff auf Polen beginnen. Bis dahin glaubte er, daß die Tschechoslowakei sich erneut erheben werde, um sich sofort an der Seite Polens, Frankreichs und Englands – »trotz allem was zwischen uns geschehen« – am Kriege zu beteiligen. »Ich wollte alle meine Arbeit im Ausland in erster Linie darauf konzentrieren, daß wir uns als Staat an einem Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland beteiligen können...«[43]

Für dieses Ziel agitierte und konspirierte er in England, Frankreich, besonders in den USA und in der Sowjetunion.

Weltkrieg um jeden Preis

Wenn bei einem Politiker nach 1918 der Pazifismus Heuchelei und der Krieg selbstverständliches Mittel der Politik geblieben sind, dann für Benesch. Stolz berichtet er 1947, daß die Tschechei 1936 genauso wie Polen zum Krieg gegen Deutschland bereit gewesen wäre. Noch acht Jahre später lügt er, seine Mobilmachung im Mai 1938 sei nur eine Antwort auf deutsche Angriffsvorbereitungen gewesen.[44]

Die friedliche Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs konnte er nur als »unmittelbares Vorspiel zu einem Zweiten Weltkrieg« begreifen.[45] Was Benesch in seinen Memoiren berichtet, mag teilweise die Grenzen

zwischen der damaligen Erkenntnis und nachträglicher Weisheit verwischen, für seine Grundhaltung ist alles das kennzeichnend. Er war sich stets bewußt, daß sich seine Ziele nur durch einen europäischen Krieg verwirklichen ließen und daß dieser zum Zweiten Weltkrieg ausgeweitet werden müßte: »Im Oktober 1938 erwartete ich, daß der Krieg bis spätestens Mai oder Juni 1939, also innerhalb von acht Monaten nach München, ausbrechen wird.«[46] Doch Benesch sollte eine Enttäuschung erleben. In Chikago erreichte ihn die Nachricht, sein Staat sei in das slowakische und das böhmisch-mährische Protektorat umgewandelt worden: »Die ganze Grundlage meiner künftigen Pläne für den Kriegsfall war bereits zerstört in der Friedenszeit.«[47]

In London fühlte er sich nur bei Churchill und seiner Kriegsgruppe wohl. Günstiger empfand er die Verhältnisse in Amerika. Als er im Februar 1939 in New York ankam, wurde Benesch wie ein regierender Fürst empfangen. Der fanatische Deutschenhasser und Bürgermeister von New York, La Guardia, empfing ihn in der überfüllten City Hall, nicht ohne bei dieser Gelegenheit England und Frankreich als die »zwei dekadenten europäischen Demokratien« zu beschimpfen. Sie hätten einen kleinen braven Staat auf den Operationstisch gelegt und dann gnadenlos und verräterisch zerschnitten. »Wir versichern dem Mr. Präsidenten, daß wir diese Schlächterei (butchery) der großen europäischen Mächte nicht vergessen haben...« La Guardia versprach Benesch, was nur durch einen Krieg gegen Deutschland verwirklicht werden konnte, und zwar bereits im Februar 1939: daß die Tschechoslowakei befreit werde und Benesch als Präsident zurückkehren könne.[48]

Dann wurde der Herr Präsident in allen deutschfeindlichen Kreisen herumgereicht, und bei jeder Gelegenheit durfte er seine kriegerischen Ziele propagieren. Höhepunkt seiner Mission in den USA war die Unterredung mit Roosevelt am 28. Mai 1939. Der gescheiterte Politiker wurde vom Präsidenten der USA wie ein regierendes Staatsoberhaupt zu einer dreieinhalbstündigen Unterredung empfangen. In einem Punkte waren sich die beiden sofort einig: Es war unbedingt notwendig, die Sowjetunion in die antideutsche Front einzubeziehen. Die stalinistische Despotie war dazu auserwählt, die Demokratie in Europa zu retten. Roosevelt versicherte, für ihn gäbe es »kein München« und Benesch gelte

für ihn immer noch als Präsident der Tschechoslowakei. Er kritisierte scharf die Kompromißpolitik Frankreichs unter Daladier und Großbritanniens unter Chamberlain. Roosevelt versuchte Benesch zu trösten, daß es nicht schon 1938 zum Kriege kommen konnte. Westeuropa hätte damals nicht helfen wollen, und Amerika noch nicht helfen können. Hätte die Sowjetunion allein eingegriffen, wäre bei den damaligen Verhältnissen das Ende ungewiß gewesen: Hitler würde vielleicht sein Endziel leichter und schneller erreicht haben.

Benesch und Roosevelt einig

Dann läßt sich Roosevelt durch Benesch über die europäischen Kriegsaussichten unterrichten:

Roosevelt: »Sagen Sie mir offen, wie sich nach Ihrer Ansicht möglicherweise die politische Lage in Europa verändern wird, und wie glauben Sie, daß sich die Ereignisse entwickeln werden?«

Benesch: »Der Krieg in Europa ist bereits in diesem Jahre zu erwarten. Nach meiner Berechnung wird er an irgendeinem Tag nach dem 15. Juli ausbrechen... Hitler wird ihn höchstwahrscheinlich provozieren.«

Roosevelt: »Meine militärischen Experten erwarten den Krieg später. Nicht bevor die Ernte beendet ist. Doch wie denken Sie, daß Hitler den Krieg starten wird?«

Benesch: »Zweifellos durch einen Angriff auf Polen...«

Roo evelt: »Wie wird der Verlauf sein?«

Benesch: »Der Krieg mit Polen wird sich sehr schnell entwickeln. Es wird ein wirklicher ›Blitzkrieg‹ sein. Innerhalb von zwei Wochen werden die Deutschen in Warschau sein, und der ganze polnische Krieg wird nicht länger dauern als sechs Wochen.«

Präsident Roosevelt soll sein Erstaunen ausgedrückt haben über diese pessimistische Beurteilung der polnischen Widerstandskraft.

Roosevelt: »Und wie stellen Sie sich den weiteren Verlauf des Geschehens vor?«

Benesch: »England und Frankreich werden sich am Krieg beteiligen. Doch dies wird die Niederlage Polens nicht verhindern, weil sie zu ungenügend vorbereitet sind...«

Als selbstverständlich wurde also vorausgesetzt, daß Polen sinnlos geopfert werden müsse. Dann waren Frankreich und England an der Reihe. Zuletzt aber sollte die Sowjetunion helfen!

Roosevelt: »Was glauben Sie wird die Sowjetunion tun?«

Benesch: »Am Ende wird sie auch in den Krieg eintreten.«

Roosevelt: »Auf welcher Seite?«

Benesch: »Selbstverständlich auf unserer Seite. Der Krieg zwischen der Sowjetunion und Deutschland ist früher oder später unvermeidbar...«

Benesch stellte zufrieden fest: »Roosevelt stimmte mir zu.« »Am Schluß brachte ich meine Überzeugung zum Ausdruck, daß es ein langer und totaler, allgemeiner und wirklich schrecklicher Krieg werden wird.«

Roosevelts Weltkrieg

Dann wurde die entscheidende Frage diskutiert. Roosevelt erkundigte sich, was Benesch von den USA erwarte. Die Frage war so gestellt, daß sie die erwünschte Antwort bereits enthielt. Benesch erwiderte:

»Ich glaube, die Vereinigten Staaten werden auf jeden Fall auch in den Krieg eintreten müssen. Europa allein kann den Krieg gegen Hitler nicht gewinnen. Und wenn die Vereinigten Staaten nicht Krieg führen, um den Nazismus zu bekämpfen, wird der Nazismus die USA angreifen...«

Die europäischen Demokratien seien bereits so dekadent, daß ohne die amerikanische Hilfe das gegenwärtige Deutschland nicht besiegt werden könne.

Schließlich wollte Benesch wissen, welche Hilfe die Tschechoslowakei und damit er selbst von Roosevelt zu erwarten hätten. Mit der Erwiderung auf diese Frage beantwortete Roosevelt indirekt die Frage nach seinem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg. Roosevelt versprach: »Seien Sie versichert, daß wir in diesem Krieg für Sie nicht weniger tun werden als

im letzten Krieg.« Damit konnte Benesch zufrieden sein. Er verließ Roosevelt mit der Überzeugung, »daß Roosevelt das ganze Problem des beginnenden Krieges in Europa restlos versteht«. Benesch verstand darunter: die Teilnahme Amerikas und der Sowjetunion am erhofften Weltkrieg.[49]

Cordell Hull und Sumner Welles bestätigten Benesch diese Zusicherungen ausdrücklich. Diese Versprechen hat Roosevelt ausnahmsweise erfüllt. Am 13. Mai 1943 konnte Benesch in einem Brief festhalten:

»Er stimmt zu, daß nach dem Kriege die Zahl der Deutschen so weit wie möglich reduziert werden muß und daß so viele wie möglich umgesiedelt werden müssen.«[50]

Die Deutschenaustreibung war also mit Roosevelt noch früher als mit Stalin vereinbart worden.

Retter Stalin

Die höchsten Hoffnungen setzte aber Benesch seit 1935 auf die Sowjetunion, auf den ebenso panslawistischen wie sowjetpatriotischen Bruder im Osten.

Mit größten Erwartungen verfolgte er die Entwicklung an der deutschen Ostgrenze, als die Sowjetunion Deutschlands Bindung im Polen- und Frankreichfeldzug zu Beutezügen in westlicher Richtung ausnützte.[51]

Konkrete Beweise für die Moskauer Fernziele erhielt Benesch, weil die Kontakte zwischen den tschechischen und sowjetrussischen Offizieren, die man in den letzten Jahren so intim entwickelt hatte, auch noch nach der Errichtung des Protektorats und nach Abschluß des deutsch-russischen Vertrages auf beiden Seiten fortgesetzt wurden. Als Kontaktoffizier wirkte vor allem Oberst Pika, den die Sowjets allerdings später aufhängen ließen.

Tschechische Militärs wurden wiederholt von hohen Offizieren aus Moskau besuchte, und eine tschechische Delegation durfte ohne Schwierigkeiten die Sowjetunion besuchen. Dies war möglich, obgleich, wie Benesch ironisch feststellt, der Kreml sowohl die Hacha-Regierung in Prag

wie die Tiso-Regierung in Preßburg anerkannt hatte. Benesch und Sowjetbotschafter Maisky hielten in London enge Verbindung.

Nach der Niederlage Frankreichs war Benesch überzeugt, bald werde der »große östliche Faktor«, die Sowjetunion, in den Krieg eingreifen. Den Angriffskrieg des schwachen Sowjetimperiums gegen das mächtige Finnland erkannte Benesch bereits 1939 als »territorial und strategisch« gegen Deutschland gerichtet.[52]

Im Herbst 1940 verstärkten sich die Hoffnungen Beneschs, da Churchill sämtliche deutschen Friedensangebote zurückwies. Er zog daraus den Schluß, Hitler sei nun in Gefahr, von der Sowjetunion im Rücken angefallen zu werden oder es werde den Sowjets gelingen, in Deutschland eine Revolution zu provozieren.[53]

In London war man nicht ganz so optimistisch. Am 19. April 1941 nahm Benesch im Kreise Churchills an einer Diskussion teil, zu der auch US-Botschafter Harriman und der Befehlshaber der amerikanischen Luftwaffe, General Arnold, erschienen waren. Das Problem: Der Kriegseintritt der Sowjetunion. Wiederholt richtete Churchill an Benesch besorgte Fragen über die sowjetische Kriegsbereitschaft. Der Kriegspremier war durch pessimistische Prognosen des britischen Geheimdienstes und polnischer Agenten stark beunruhigt. Aus ihren Meldungen ergab sich: »Wenn ein deutsch-sowjetischer Krieg kommen sollte, wird die Sowjetunion innerhalb acht bis zehn Wochen liquidiert.«[54]

Sie hatten nicht hinreichend die Auswirkung der anglo-amerikanischen Hilfe für Stalin berücksichtigt.

Eine ähnlich falsche Lagebeurteilung wurde auch der deutschen Führung damals geboten. Durch die gleichen Irrtümer wurde Hitler veranlaßt, den Präventivkrieg gegen Stalin als »Blitzkrieg« zu führen. Benesch dagegen erwiderte Churchill, nach seinen Informationen sei die Stärke der sowjetischen Armee erheblich positiver zu beurteilen. Durch die enge Zusammenarbeit mit Moskau, besonders 1938, habe er die sowjetische Luftflotte und Rüstungsindustrie näher kennengelernt. Die militärische Vorbereitung sei solide, die Moral des Sowjetsoldaten »exzellent«. Er verfüge über Informationen, wie »unklug und geradezu unglaublich« der deutsche Generalstab den Wert der sowjetischen Armee unterschätze.

Der anglo-amerikanische Generalstab rechnete nur mit acht Wochen Widerstand; der deutsche mit etwa 60 Tagen. Benesch bemühte sich, Churchill mit der Feststellung zu beruhigen, daß diese Erwartungen nicht den Tatsachen entsprächen.

Als die schlimmste aller möglichen Folgen eines deutschen Sieges über die Sowjetunion befürchtete Benesch, Deutschland könnte England erneut den Frieden anbieten.[55] Er verließ sich jedoch auf das Versprechen Churchills am 22. Juni 1941: »Wir haben nur ein Ziel und nur einen unwiderruflichen Zweck. Wir sind entschlossen, Hitler und jede Wurzel des Nazi-Regimes zu zerstören. Davon wird uns nichts abhalten – nichts!...«[56] Die Bedrohung Rußlands wäre die Bedrohung Englands und der Vereinigten Staaten. Die Sache jedes kämpfenden Russen sei damit die Sache jedes freien Mannes und jeden freien Volkes der ganzen Erde. Das war der erhoffte Weltkrieg!

Stalins Dank

Wie immer aber vertraute Benesch weniger auf seine Freunde im Westen als auf die im Osten. Schon am 16. Juli 1941 schloß der Emigrant Masaryk mit den Sowjets das erste Abkommen, dessen Folgen ihm später das Leben kosten sollten. Benesch vereinbarte 1943 mit Molotow und Stalin den Einmarsch der Roten Armee in Böhmen und Mähren. Er stellte nur eine Bedingung: daß auch seine Partisanen mit einmarschieren dürfen.[57]

Bei seinen Inspektionsreisen durch die Sowjetunion, besonders im Kampfgebiet, gewann Benesch unbegrenztes Zutrauen zur bolschewistischen Heilsarmee. Gleichzeitig aber beteuerte er: »Ich hörte fast auf zu glauben, daß die deutsche Armee noch aus menschlichen Wesen bestand.«[58] Sein Freund Churchill hatte die deutschen Soldaten bereits am 22. Juni 1941 als »hunnische Soldateska« begeifert.[58a]

Bedingungsloser Haß trieb ihn so weit, zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volk, diesem kulturell dem Westen am nächsten stehenden der slawischen Völker, einen unüberbrückbaren Gegensatz aufzureißen. Er wollte sein Land eher der bolschewistischen Despotie ausliefern als mit dem deutschen Nachbarn versöhnen. Noch 1947 hielt

er an seinem Prinzip fest: »Unser Staat wurde mit dem deutschen Problem geboren und mußte es entweder lösen, und zwar um jeden Preis, oder untergehen.[59a]

Nach der Vertreibung von 800 000 Ungarn und drei Millionen Deutschen, nach der Ermordung von 250 000 Sudetendeutschen hatte er sein Volk skrupellos an die Sowjets verraten. Nun war das deutsche Problem für ihn gelöst.

Benesch konnte diesen Völkermord nur verüben mit Hilfe der von ihm bereits verratenen Freunde im Westen und der auch ihn verratenden Freunde im Osten. Das deutsche Protektorat half er beseitigen – um den Preis eines Weltkrieges. Dann ließ er, wie mit Stalin 1943 vereinbart, die Tschechoslowakei in eine »Volksdemokratie« (Demo-Demokratie) verwandeln. Erst am 23. Februar 1948 entdeckte er die bolschewistische Gefahr: »... Ihre ganze Politik ist eine Provokation zum Kriege.«[59]

Die US-Truppen, nicht Stalins Rotarmisten, hatten die Tschechei »befreit«. Auf dem Rückmarsch von Prag nach Pilsen sahen wir vom Schützenpanzer aus, wie rote Fahnen und Sichel und Hammer das Straßenbild in den Dörfern und Städten beherrschten. Nicht Roosevelt, Stalin wurde als Befreier gefeiert. Das ließ Benesch zu – in Gegenwart der amerikanischen Truppen!

Am 25. Februar 1948 dankten ihm die Bolschewisten durch einen Staatsstreich, mit dem sie die Macht endgültig übernahmen.

Am 29. Februar 1948 mußte Benesch die Prager Burg verlassen, am 7. Juni zurücktreten.

Nachdem er im eigenen Lande machtlos geworden war, wurde sogar die Verbreitung seiner Memoiren verboten. Nach sechs Monaten waren sie in keiner Buchhandlung mehr erhältlich. Benesch und Thomas Masaryk wurden als imperialistische Agenten, als Volksfeinde und Verräter gebrandmarkt und verabscheut.[60] Beneschs Generäle wurden, soweit sie nicht ihr Leben durch die Flucht zu retten vermochten, in die Gefängnisse geworfen oder hingerichtet, wie einer seiner engsten militärischen Freunde, General Pika.

Am 9. März 1948 stürzte sich sein Außenminister Jan Masaryk aus dem Fenster – oder wurde gestürzt. Wo vor 20 Jahren sein Vater eine

tschechoslowakische Republik proklamiert hatte, verblutete sein Sohn auf dem Pflaster vor dem Czernin-Palais.

Benesch selbst starb am 3. September 1948, Gefangener im eigenen Lande, verlassen, verflucht vom eigenen Volke.

Seinen Vorgänger, den Staatspräsidenten Hacha, hatte er am 27. Juli 1945 im Gefängnis ermorden lassen. Den slowakischen Ministerpräsidenten Monsignore Dr. Tiso ließ er am 18. April 1947 aufhängen. Vor seinen Henkern hat Dr. Tiso für alle bekannt, die sich für eine vernünftige und gerechte Friedensordnung in diesem gefährdeten Teil Europas eingesetzt hatten:

»Wenn mir Gelegenheit geboten würde, wieder aktiv zu sein, und wenn die Bedingungen die gleichen wären wie in den Jahren 1918 bis 1945, würde ich die gleiche Politik wie damals führen.«

Tiso konnte nicht ahnen, daß 21 Jahre nach seiner Ermordung die tschechoslowakische Fehlkonstruktion durch sowjetischen Befehl erneut geteilt würde in zwei autonome Gliedstaaten, in eine sowjettschechische und in eine sowjetslowakische Republik, unter sowjetrussischer Vorherrschaft. Die Panzer der Warschauer-Pakt-Staaten haben am 21. August 1968 die restlichen nationalen Widerstände in der Tschechei und der Slowakei niedergewalzt.

Der ehemalige amerikanische Präsident Herbert Hoover bezeichnete nach den Versailler Erfahrungen in seinen Erinnerungen (I S. 340) den tschechoslowakischen Zwangsstaat als »einen Dolch, der auf die deutsche Flanke gerichtet war«. Hitler schlug Benesch diesen Dolch aus der Hand. Man stellte jene Ordnung wieder her, die sich in diesem Raume fast ein Jahrtausend lang bewährt hatte. 1945 wurde das mißlungene Experiment von 1919 wiederholt und dann das gesamte Gebiet dem Sowjetimperialismus unterworfen. Erscheint diese Lösung vernünftiger und gerechter?

Den Benesch-Unrechtsstaat beanspruchte Präsident Roosevelt 1939 als »ein Glied der amerikanischen Verteidigung«. Die heutige tschechoslowakische Sowjetdiktatur ist wieder der »Dolch«, nun gegen die Flanke des freien Europa zielend.

IX

Der Festlanddolch

Präsident Hacha hatte die Protektoratsgründung als die Rückkehr zu einer tausendjährigen Ordnung des Zusammenlebens zwischen dem tschechischen Volk und seinem deutschen Nachbarn anerkannt. Die Tschechen hätten ihre besten und glücklichsten Jahrhunderte erlebt, als ihr Land mit dem Deutschen Reich verbunden war.[1] Emigrant Benesch dagegen erklärte vom ungefährdeten Exil in London aus Deutschland den Krieg. Er schloß sich dann der englischen Kriegserklärung am 3. September 1939 mit der Feststellung an, sein Staat befände sich seit dem 15. März 1939 im Kriege mit dem Reich.[2] Seither wird behauptet, der Polenkrieg und die Tschechenkrise ständen im Zusammenhang wie Wirkung und Ursache. Tatsächlich unterscheiden sich die beiden Ereignisse bis in jede Einzelheit:

Polen war nicht wie die Tschechoslowakei eine Versailler Neugründung. Es verdankt im Gegenteil die Wiedergeburt seiner staatlichen Existenz dem deutschen Nachbarn. Ohne den deutschen Sieg über das Zarenreich 1917 wäre Polen kaum je wieder national selbständig geworden.

Ein unabhängiges und starkes Polen lag im Interesse des Reiches, besonders seit beide gemeinsam von der bolschewistischen Expansion bedroht waren. Polen war kein potentieller Sowjetsatellit wie der Beneschstaat, sondern eine antikommunistische Widerstandsmacht.

Dieses Land konnte auch wegen der Protektoratslösung keine Vorwürfe gegen das Reich erheben, denn es hatte durch die Besetzung des Teschener Landes ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht nichtpolnische Volksgruppen annektiert. London und Paris beschimpften die Polen damals als die »Hyänen des Schlachtfeldes«. Wie ihre eigene Exi-

stenz 1917 so hatten sie auch die Landgewinne 1938–39 nur den Deutschen zu verdanken. Polen hat jedoch im Teschener Land die Minderheiten – auch die Deutschen – ebenso rücksichtslos unterdrückt wie im bisherigen Staatsgebiet. Seit 1919 hat es zwar nicht sieben Millionen Tschechen eingegliedert, aber zwei Millionen Weißrussen und sieben Millionen Ukrainer gezwungen, polnische Untertanen zu werden, denen nicht ein Bruchteil der Autonomie und kulturellen Eigenentfaltung zugestanden wurde wie den Tschechen im Protektorat.

Benesch hat 1936–37 das Verständigungsangebot Hitlers abgelehnt, während zwischen Hitler und Pilsudski bereits am 26. Januar 1934 ein Nichtangriffspakt zustande kam, der ein weit größeres Entgegenkommen der neuen deutschen Führung bedeutete, als es irgendeine Regierung der Weimarer Republik jemals anzubieten bereit gewesen wäre. Deutschland hat sich trotz deutschfeindlicher polnischer Maßnahmen streng an das Abkommen gehalten, bis dessen Voraussetzungen im März 1939 von Polen selbst zerstört wurden. Die Reichsregierung hielt sich dabei an einen Vertrag, den Polen bereits 1936 gebrochen hatte, als es sich Frankreich für einen Krieg gegen das Reich aufdrängen wollte.

Noch am 30. Januar 1939 hatte Hitler erklärt:

»In den schwierigen Monaten des letzten Jahres war die Freundschaft zwischen Deutschland und Polen eines der verheißungsvollsten Momente im politischen Leben Europas.«[3]

Die deutschen Revisionsforderungen an Polen lassen sich mit der Wiedervereinigung des Sudetenlandes und der Rückkehr von Böhmen und Mähren überhaupt nicht vergleichen. Deutschland hat durch seine Vorschläge viel größere Gebiete aufgegeben als zurückgefordert. Die Forderungen nach der Wiedervereinigung mit Danzig und nach einem »Korridor durch den Korridor« waren keine Bedrohungen, sondern Geschenke für Polen, wie sie keine deutsche Regierung vorher hätte gewähren dürfen, ohne des Verrats an deutschen Menschen und deutschem Heimatboden angeklagt zu werden.

Es bestand auch kein zeitlicher Zusammenhang zwischen der Errichtung des Protektorats und den deutsch-polnischen Verhandlungen. Die ersten Gespräche zwischen dem Reichsaußenminister und dem polnischen Botschafter begannen schon sechs Monate früher, am 24. Oktober 1938.

Die deutschen Vorschläge wurden von Polen zunächst dilatorisch behandelt. Polen sah jedenfalls in den beginnenden Verhandlungen über eine Minimal-Revision keinen Grund zu einer grundsätzlichen Änderung seines Verhältnisses zu Deutschland.

Man schien zunächst begriffen zu haben, daß die Forderungen des Großdeutschen Reiches sogar günstiger waren als jene Regelung, die Polen im Punkt 13 des Wilsonschen Programms zugestanden wurde. Auch am 8. Januar 1918 forderte Wilson nur, daß Polen einen Zugang zum Meer durch Benutzung der Weichsel und einen Freihafen in Danzig bekommen solle. Kein Wort von Oberschlesien, einem »Korridor« und einer Lostrennung Danzigs. Die damals vorgesehenen Abstimmungen hätten für Deutschland sichere Mehrheiten ergeben, und Polen wäre gezwungen gewesen, weitaus größere Gebiete zurückzugeben, besonders in Westpreußen und Westposen.

Niemals hätte Deutschland solche Verzichte aussprechen können, wäre ein Krieg gegen Polen oder auch nur eine Schwächung der polnischen Macht beabsichtigt gewesen. Diese äußerste Begrenzung der deutschen Ansprüche ist nur zu erklären aus dem Willen, die bisherige Verständigung mit Polen zu vertiefen, die letzten Hemmnisse zu beseitigen, um aus der Gemeinsamkeit der Interessen eine Partnerschaft auf lange Sicht zu entwickeln. Die Beschränkung auf die Rückkehr der deutschen Stadt Danzig und auf einen Verkehrsstreifen von 1 km Breite und 85 km Länge durch den »Korridor«, also durch eigentlich deutsches Gebiet, war eine symbolische Wiedergutmachung, gegen die Polen Frieden, Grenzgarantien, Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten einhandeln konnte, Vorteile, die das Zugeständnis um ein Vielfaches übertroffen hätten.

Auch als Polen sich in die Fangarme der britischen Einkreisungspolitik begeben hatte, hielt Deutschland sein Angebot dieser Mindest-Revision aufrecht. Hätte Deutschland statt Freundschaft Krieg mit Polen gewollt, wäre es die dümmste Taktik gewesen, Polen durch solche Vorschläge vorzeitig zu warnen.

Polen zog es vor, dieses Angebot auszuschlagen und sich seine Westgrenze lieber durch das ferne England als durch das benachbarte Deutschland garantieren zu lassen. England fand damals auf der krampfhaften Suche nach einem neuen Festlanddegen zur Eindämmung der deutschen Kraft nur Festlanddolche. Es versuchte alle erreichbaren Länder, besonders Rumänien und Polen, davon zu überzeugen, daß sie sich von Deutschland bedroht zu fühlen hätten, wie das Chamberlain in seiner verhängnisvollen Rede in Birmingham ankündigte. Diese Rede enthielt beinahe das Gegenteil dessen, was er am 15. März in London erklärt hatte. Ein wesentlicher Grund dieses Unterschiedes war ein Ereignis, das nur mit der Torpedierung der Hitler-Chamberlain-Verhandlungen in Bad Godesberg durch Halifax verglichen werden kann.

Einen Tag vor Chamberlains Birmingham-Rede tauchte im Foreign Office der rumänische Botschafter Virgil Tilea auf, um dem begierig lauschenden Sir Orme Sargent vorzulügen, die Deutschen seien drauf und dran, Rumänien zu bedrohen, zu überfallen und endlich zu zerstückeln. Sargent war nicht kompetent genug, Rumäniens sofortige Rettung in Aussicht stellen zu können. Selbstverständlich sollte Halifax diese Sensation sofort erfahren, der Chamberlain davon unterrichten mußte, den er für seine Rede in Birmingham präparierte.

Tilea rannte am nächsten Tag selbst zu Halifax und log noch eindrucksvoller. Nach Ansicht der rumänischen Regierung sei es von größter Dringlichkeit, von Seiner Majestät Regierung zu erfahren, wie England verhüten könnte, »daß Rumänien der deutschen Aggression zum Opfer falle«. Das sei nur noch eine Frage von Tagen. »Halifax schien wie das britische Volk seine Faust zu ballen, bereit zuzuschlagen.«[4] Er beruhigte Tilea mit dem Versprechen, Chamberlain werde am Abend eine Rede halten, in der bereits die erwünschten Konsequenzen enthalten seien.

Halifax hatte Chamberlain alarmiert. Dadurch aufgeschreckt, unter dem Druck einer aufgeputschten Öffentlichkeit, den Pressionen der Kriegspartei Churchills ausgesetzt und als Premier gefährdet, behauptete dann Chamberlain in der unheilvollen Rede in Birmingham das Gegenteil dessen, was er zwei Tage vorher dem Unterhaus erklärt hatte.

Zunächst sollte jedenfalls Rumänien gerettet werden. Aber wie? Man besaß noch keine gemeinsame Grenze mit dem »bedrohten« Land. Da könnte nur Polen helfen, der Grenznachbar des unglücklichen Volkes. Nun wurden alle Mittel angesetzt, Polen davon zu überzeugen, es sei von der Vorsehung dazu bestimmt, gemeinsam mit England Rumänien zu retten. Tilea hatte das vorgeschlagen, Halifax fand es attraktiv: »Polen konnte der zweite Bundesgenosse sein.« Jenes Polen, das man vor wenigen Monaten wegen der Besetzung von Teschen der Leichenfledderei bezichtigt hatte.

Von Tilea zu Beck

Die Franzosen waren mißtrauisch. Léger meinte, der polnische Außenminister Beck werde auch Rumänien verraten, übrigens sei er (im Gegensatz zu seinen französischen und englischen Kollegen) »vollendet zynisch und unaufrichtig«.

Indes, Rumänien sollte gerettet werden! Nicht zuletzt, weil dies nun auch Roosevelt wünschte. Durch Botschafter Kennedy ließ er Chamberlain verdeutlichen, die USA würden keinen zweiten »Verrat« mehr dulden, jedoch bereitwillig Unterstützung gewähren, falls England endlich die deutsche »Aggression« zurückschlüge. »Amerika wünschte ein kühnes England.«[5]

Doch wohin mit dieser Kühnheit? Am 18. März, einen Tag nach Chamberlains Birminghamer Strafpredigt, platzte der Schwindel. Der rumänische Außenminister Grafencu dementierte peinlich verlegen seinen Londoner Botschafter. Der bestochene Tilea hatte frech gelogen. Grafencu habe ihm »gehörig den Kopf gewaschen«, berichtete der Bukarester Gesandte Hoare am 18. März an Halifax. Grafencu habe ihm erklärt: »Es ist kein wahres Wort daran.«[6] Chamberlain erfuhr das erst, als es zu spät war.

Vansittart, Churchill, Hore-Belisha waren bitter enttäuscht. Doch man blieb unbeirrbar. Halifax drängte Polen weiter, das nicht helfen wollte, zu einer Hilfe für Rumänien, das keine benötigte. Man blieb auf der »frenetischen und beispiellosen Suche« nach Ländern, die sich bedroht

fühlen sollten. Halifax verfiel auf den Ausweg eines Vier-Mächte-Widerstandsblocks: England, Frankreich, Polen und die Sowjetunion. Polen sträubte sich auch dagegen. Es wollte nicht freiwillig in den sowjetischen Sog geraten. Beck liebte Hitler nicht, fürchtete aber Stalin.

Irgend etwas mußte erreicht werden. Die Öffentlichkeit war in Panik versetzt worden. Vansittart hatte die Tilea-Lüge als »big story« der Presse zugespielt, noch vor Chamberlains Birmingham-Rede. Man scheute sich nun, den Schwindel zu dementieren, und wollte darum nicht zurück.

Endlich kam der rettende Einfall. Polen sollte dadurch zur Garantie Rumäniens verleitet werden, daß es selbst eine englische Garantie erhielt. Beck mußte sich als bedroht betrachten, koste es was es wolle. Sogar die schärfsten Kritiker einer deutsch-englischen Verständigung, Gilbert und Gott, gestehen: »Polen mußte vor einer Gefahr beschützt werden, an die niemand glaubte.«[7]

Chamberlain in der Klemme

Auf Polen wollte sich Chamberlain immer noch eher verlassen als auf die unheimliche Sowjetunion. Am 26. März schrieb er, nicht aus ideologischen Gründen, sondern aufgrund von Agentenmeldungen und militärischen Berichten, er sei gegenüber Rußland von »tiefstem Mißtrauen« erfüllt. »Ich habe nicht den geringsten Glauben, daß es fähig wäre, eine wirksame Offensive zu unternehmen, selbst wenn es wollte.« Er mißtraue sowjetischen Motiven, die keine Beziehung hätten zu den englischen Idealen der Freiheit. Polen, Rumänien und Finnland und andere Nationen haßten die Sowjetunion.[8]

Der russische Festlanddegen war nicht mehr der gleiche wie 1914. Die rumänischen und polnischen Schafe wollten sich leider nicht durch den russischen Wolf beschützen lassen. Blieb also nur der Ausweg, Polen ein derart günstiges Angebot zu unterbreiten, daß es nicht mehr zu widerstehen vermochte. War es nicht dazu zu bewegen, sich bedroht zu fühlen, mußte man an seine Großmannsucht appellieren. Eine Rang-

erhöhung bis zur Gleichstellung mit der britischen Weltmacht, dem konnte kein polnischer Chauvinist widerstehen.

Nicht nur Polen weigerte sich, vor Deutschland Angst zu bekommen, England selbst wußte am sichersten, daß es diese Bedrohung nicht gab. Gilbert und Gott gehen so weit, zu behaupten, die englische Regierung habe Polen unbegrenzten Beistand nur versprochen, weil sie erkannt hatte, daß Polen nicht gefährdet war. Beck und der polnische Botschafter in London, Raczynski, bestritten ausdrücklich, daß Polen wegen Danzig bedroht sei, es gäbe überhaupt zwischen Polen und Deutschland »keine wichtigen Streitfragen«. Londons ebenso paradoxe wie perfide Taktik veranlaßt die englischen Historiker, nochmals festzustellen: »Chamberlain und Halifax boten Beck eine Garantie an, weil sie glaubten, daß Polen *nicht* bedroht sei.«[9]

Eher fürchtete sich Warschau vor den slawisch-bolschewistischen Brüdern im Kreml. In seinen Erinnerungen zeigt dafür auch Halifax Verständnis. Ein intelligentes Kaninchen könne kaum den Beistand eines Tieres begrüßen, das die zehnfache Größe und die Gewohnheiten einer Riesenschlange habe.[10]

Man mußte Polen etwas Ungewöhnliches, noch nie Dagewesenes bieten. Wenn Beck sich sträubte, Rumänien zu garantieren, um selbst garantiert zu werden, mußte man Becks hochstaplerischen Anspruch erfüllen, daß Polen, eine Macht dritten Grades, und das britische Empire sich gegenseitig gleichberechtigten Beistand leisten sollen – England in seiner tiefsten Erniedrigung, hätte es diese demütigende Verpflichtung jemals ernst genommen!

Doch der Übel größtes wäre eine erneute deutsch-polnische Verständigung gewesen, die man bisher erfolgreich unterminiert hatte. »Sie fürchteten, Polen könnte sich Deutschland enger annähern als 1938«, bestätigt Taylor.[11]

»Das Pulverfaß Europas«

Polen sollte zu jener Rolle zurückgedrängt werden, die es 1918 bis 1933 spielen durfte. Danzig mußte als Zankapfel erhalten bleiben. Selbst Churchill, berichtet Chamberlains Biograph, habe 1933 gesagt, eines der

größten Ziele einer europäischen Diplomatie, die den Frieden erstrebte, müßte die Wiedergutmachung jener Verhöhnung der Vernunft und der Geschichte sein: des Danzig- und Korridor-Problems. Professor Feiling schreibt noch 1944, mitten im Kriege, Polen habe nach seiner Befreiung (durch Deutschland) zuviel Hochmut, Gewalttätigkeit und Rachsucht gezeigt. Die Abtrennung Ostgaliziens, die Teilung Oberschlesiens, die Wegnahme von Gebieten Weißrußlands, der Ukraine und Wilnas habe es nur durch »Gewalt, alliierte Uneinigkeit und französische Unterstützung« erreicht.

Früher oder später, hatte Lloyd George schon in Versailles gewarnt, werden die ungerechten Grenzen in Osteuropa zu einem neuen Krieg führen. Am 23. Januar 1926 nannte der britische Botschafter in Berlin, D'Abernon, den polnischen Korridor »das Pulverfaß Europas«. Dieses zu beseitigen, meinte einst Churchill, müßte eine Friedensdiplomatie erstreben. Jedoch seine eigene Diplomatie hat 1939 den Krieg vorbereitet, um die »balance of power«, Europas »Englische Krankheit«, wieder herzustellen. Polen war Mittel zu seinem Zweck.

Diesem Ziele diente auch Chamberlain, trotz einiger Schwankungen, nach der Rückkehr von München. »Ich kann nicht glauben, daß ich nach München mehr hätte tun können, um das Land für den Krieg vorzubereiten...«, meinte er noch am 17. Oktober 1940.[12] Den Krieg gegen wen?

Innerer Zwiespalt trieb Chamberlain dazu, seinen Außenminister an Heuchelei zu überbieten, als er am 10. Juli 1939 im Unterhaus beteuerte, er sei unschuldig an der polnischen Mobilmachung vom 23. März 1939. In Wirklichkeit hätten Beck und seine kriegssüchtigen Militaristen niemals gewagt, am 23. März Großdeutschland derart herauszufordern, wären sie nicht spätestens seit dem Tilea-Betrug sicher gewesen, daß ihnen Englands Unterstützung um so bereitwilliger gewährt würde, je provokanter sie gegen Deutschland aufträten.

Gewiß, öffentlich wurde die britische »Garantie« erst am 31. März abgegeben, doch seit zehn Tagen stand Warschau unter diesem politischen Rauschgift, das auf die polnischen Chauvinisten wie Wodka wirkte. Chamberlain betrog das Unterhaus: »Am 26. März war darüber der polnischen Regierung gegenüber noch nicht einmal Erwähnung getan worden...«[13]

Die tschechischen Mobilmachungen sollten also nochmals in Polen erprobt werden. Sie mußten dort verhängnisvoller wirken, weil Beck über eine Blankovollmacht verfügte, die Benesch weder vom Osten noch vom Westen jemals erhalten hätte.

Auch das polnische Memorandum vom 26. März wäre nie gewagt worden, hätten Chamberlain, Halifax, Churchill usw. den Polen nicht die letzten Hemmungen genommen. Weniger die Errichtung des Protektorats als die den Polen aufgezwungene »Garantie« war die Ursache der ersten kriegsgefährlichen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen. Die Polen erhitzten sich derart, daß sie nicht mehr durchschauten, wie trügerisch dieser »Beistand« sein mußte, gerade weil er so weitgehend war. Wer eine unerfüllbare Garantie anbot, wollte nicht Beistand leisten, sondern betrügen. Der polnische Größenwahn war nur allzu bereit, sich täuschen zu lassen.

Seit dem 31. März hatte Warschau die Zusicherungen, daß England Polen »mit all seiner Macht« Hilfe leisten werde, wenn dieses seine Unabhängigkeit bedroht fühlte und es für lebenswichtig hielte, bewaffneten Widerstand zu leisten. Wobei die Entscheidung darüber, was sie als Bedrohung ihrer Unabhängigkeit betrachteten, den polnischen Chauvinisten überlassen blieb.[14]

Damit wurden sie zum Amoklauf provoziert, bestätigt selbst Duff Cooper:

»In keinem Augenblick der Geschichte haben wir je einer anderen Macht die Entscheidung überlassen, ob Großbritannien in einen Krieg eingreifen solle oder nicht. Jetzt liegt die Entscheidung bei einer Handvoll Männern, deren Namen – vielleicht mit Ausnahme des Obersten Beck – unserem Volk völlig unbekannt sind. Diese Unbekannten können also morgen den Ausbruch des europäischen Krieges befehlen.«[15]

Churchill täuschte sich nicht über jene Folgen der Garantie, die er vorbereiten half. Schon ein Jahr früher hatte er diese Kriegspolitik gefordert. Das Niedermetzeln von Millionen, das Churchill ohne Grauen erwartete, mit pseudo-heroischem Pathos herausforderte, hatte einen Zweiten Weltkrieg zur Voraussetzung. Wozu? Um Hitler daran zu hindern, über Danzig die deutsche Weltherrschaft zu erobern!

Ein Jahr zuvor hätte man mit 70 französischen Divisionen den Rhein

und die Ruhr überrollen können, überlegte Churchill melancholisch. Nun komme alles verspätet. Die Geschichte, die, wie man uns erzählt, hauptsächlich ein Bericht der Irrtümer, Narrheiten und des Elends der Menschheit sei (Churchill scheint aus Erfahrung zu sprechen), diese Geschichte suche man vergeblich ab nach einer ähnlich plötzlichen und totalen Umkehr der Politik. Sie habe fünf oder sechs Jahre der bequemen und versöhnlichen Befriedung gedient, sei nun aber fast über Nacht in die Bereitschaft umgeschlagen, einen offensichtlich bevorstehenden Krieg – unter bei weitem schlimmeren Bedingungen und im größten Ausmaß – zu riskieren.

»Wie konnten wir Polen schützen und eine wirkliche Garantie durchführen?« fragt das britische »war horse«. Man müßte jetzt einem stärkeren Deutschland als im September 1938 den Krieg erklären: »Das ist eine Reihe von Meilensteinen zum Unheil.«

Eine Entscheidung sei endlich gefunden, doch

»im allerschlimmsten Augenblick und aus dem am wenigsten befriedigenden Grund, was sicher dazu führen mußte, daß zehnmillionenfach Menschen niedergemetzelt werden.«[16]

Wenn einer bewußt und brutal diese Massenschlächterei gewollt hat, war es Winston Churchill. Wozu? Wegen Danzig, wegen Polen? Nein, »gegen die Macht und die Raserei der tapferen, disziplinierten und erbarmungslosen deutschen Rasse. Wiederum? So sei es!«[17]

Das war Churchills letzte Weisheit am 1. September 1939. Bei der Garantieerklärung am 31. März sah er alle Folgen voraus – und trieb dennoch zum Kriege. Der britische Phrasen-Trompeter berief sich auf Luther und den lieben Gott: »Gott helfe uns, wir können nicht anders!«[18]

Gegen ein Deutschland, das England mehr Freundschaft und Hilfe angeboten hat als irgendein Land in irgendeiner Epoche der europäischen Geschichte!

Bei der Unterredung zwischen Hitler und Beck am 5. Januar 1939 hatte Hitler, um im Ausbau der deutsch-polnischen Beziehungen die letzten Störungen zu beseitigen, eine Neuordnung für Danzig, die Polens Verbindung zur Ostsee gewährleistete, und einen exterritorialen Verkehrsweg durch den Korridor (aus dem über 800 000 Deutsche ausgewiesen worden waren) vorgeschlagen. Beck versprach, sich diese Pläne zu überlegen. Am 26. Januar kam es zum Besuch des Reichsaußenministers in Warschau. Beck wiederholte die Gründe, die gegen eine solche Regelung sprachen, lehnte indes nicht endgültig ab. Er wurde dann nach Berlin eingeladen, reiste aber nach London.

Am 26. März hatte Botschafter Lipski in Berlin erklärt, die Weiterverfolgung der deutschen Pläne bedeute »Krieg«.[19] Am 23. März hatte Marschall Rydz Smigly die erste Teilmobilmachung befohlen, die Heeresstärke auf 800 000 Mann erhöht, den motorisierten Aufmarsch an die ostpreußische und hinterpommersche Grenze begonnen.[20]

Am 31. März erhob sich in Warschau das Geschrei: »Auf nach Danzig!« »Auf nach Berlin!«

Am 6. April war Beck in London, um die britische »Garantie« durch einen Beistandspakt zu verfestigen. Damit hatte er den deutsch-polnischen Vertrag von 1934 de jure und de facto gebrochen.[21] England hatte Polen diese »Garantie« gegen deutsche Rechte planmäßig aufgedrängt, Danzig zum Kriegsfall bestimmt und die englische Grenze nicht nur an den Rhein, sondern an die Weichsel verlegt. Beck akzeptierte »zwischen zwei Zigarettenzügen« (Taylor).

Hitler dagegen hatte noch am 25. März 1939 gegenüber Generaloberst Brauchitsch ein militärisches Vorgehen wegen Danzig abgelehnt.[22] Einen Tag später, am 26. März, am Tag der ersten polnischen Kriegsdrohung, konnte der US-Botschafter in Warschau, Biddle, befriedigt melden: »Polen heute auf dem Kriegsfuß. Hat dieses rasch und ohne viel Aufhebens erreicht.«[23]

Der deutsche Botschafter in Warschau berichtete nach Berlin, in polnischen Kreisen halte man den Krieg bereits für unmittelbar bevorstehend. Vizekriegsminister Gluchowski habe geäußert, die deutsche

Wehrmacht sei nur »großer Bluff«, Polen wäre Deutschland »selbstverständlich« überlegen.[24]

Das war die Logik eines Amokläufers!

Für die Wehrmacht aber erging erst nach den Kriegsdrohungen und militärischen Vorbereitungen Polens am 3. April ein abgeänderter OKW-Befehl für die weitere Bearbeitung des »Fall Weiß«. Am 11. April heißt es in der Anlage: »Störungen mit Polen sind zu vermeiden. Sollte Polen eine das Reich bedrohende Haltung einnehmen, so kann ungeachtet des geltenden Vertrags eine endgültige Abrechnung erforderlich werden.« Der Bedingungs- und Eventualcharakter ist klar erkenntlich.[25]

Obgleich sich Polen an die Spitze der englischen Einkreisungsfront gestellt hatte und Mindestansprüche Deutschlands mit Kriegsvorbereitungen erwiderte, die Deutschland jederzeit zu einem Vorbeugungskrieg berechtigt hätten, kam es erst am 23. Mai 1939 bei einer Ansprache vor den höheren Offizieren zu einer schärferen Antwort Hitlers. Leider fehlt ein authentisches Protokoll.

Um so eifriger stürzten sich die alliierten Ankläger auf ein Pseudodokument, ein sogenanntes »Schmundt-Protokoll«, dem alle Attribute eines Protokolls fehlen. Auch Udo Walendy hat nachgewiesen, daß dieses Papier als historische Urkunde nahezu wertlos ist.[26] Sogar ohne die formalen Unzulänglichkeiten wären die inhaltlichen Widersprüche dieses Textes so auffallend, daß ihn mit einem ernsthaften militärischen Plan nur verwechseln könnte, wer im Bezichtigungseifer jede Kritikfähigkeit eingebüßt hätte.

Zwei zuständige Zeugen verneinten jene Bedeutung, die die Anklage diesem Schriftstück beimessen wollte. Großadmiral Raeder nannte es die »unklarste Urkunde«. Marschall Keitel, der doch sofort daraus militärische Konsequenzen hätte ziehen müssen, beurteilte die damalige Ansprache als Zerstreuung von Besorgnissen der Generale. Die militärischen Maßnahmen sollten – wie im Falle der Tschechei – die politische Lösung erleichtern. Da wegen der englischen und besonders der französischen Beistandsverpflichtungen die militärische Situation keine Angriffsmöglichkeit bot (mit der Sowjetunion war damals noch keine Verständigung erreicht), glaubte Keitel an eine Lösung des Problems durch Verhandlungen: »Es wird nicht zu einem Krieg kommen, denn einen Krieg gegen

Polen können wir nicht führen, wenn die Franzosen uns im Westen angreifen.«[27]

Gegenüber Generaloberst von Brauchitsch erklärte Hitler auch auf jener Konferenz vom 23. Mai 1939: »Ich müßte ein Idiot sein, wenn ich wegen Polen in einen Krieg schlittern würde wie die Unfähigen vom Jahre 1914.«[28]

Erst als die polnischen Provokationen im Herbst 1939 unerträglich wurden und als der Ribbentrop-Molotow-Vertrag Deutschland im Osten ebenso entlastete wie Polen gefährdete und damit gegenüber 1914 die Lage entscheidend veränderte, nahm der Plan, die deutschen Revisionsrechte notfalls durch eine militärische Aktion zu erzwingen, konkrete Formen an.

Die Beweise dafür liefert nicht jenes fragwürdige Schriftstück, das in Nürnberg als »Schlüsseldokument« vom 22. August 1939 eine groteske Rolle spielte.[29] Frau A. v. Ribbentrop und Udo Walendy haben auch dieses »Protokoll«, dem alles fehlt, was ein solches voraussetzt, sogar die Unterschrift, als dokumentarisch wertlos enthüllt.[30]

Polnischer Angriffsplan

Wie lächerlich wirken diese angeblichen Dokumente, verglichen mit dem polnischen Angriffsplan, der seit dem 23. März 1939 sämtliche polnischen strategischen und taktischen Vorbereitungen bestimmt hatte! Man könnte die deutschen Eventualpläne überhaupt erst richtig werten und einordnen, wenn ihnen die alliierten gegenübergestellt würden, die zum Teil bis heute nicht veröffentlicht wurden, und dies aus gutem Grund. Für Polen dagegen liegt der Operationsplan vom 23. März vor, der niemals abgeändert worden ist. Er bestimmte, was alles vorbereitet werden müsse, bis zur Generalmobilmachung, die allerdings erst wenige Tage vor Angriffsbeginn durchgeführt werden sollte. Die Endstufe des Mob-Planes, der 30. August, bedeutete praktisch Kriegsbeginn gegen Deutschland – wie 1914 vorexerziert.[31]

Bereits am 17. Mai 1939 hatten der polnische Kriegsminister Kasprzycki und der französische Oberbefehlshaber Gamelin eine Mili-

AUSWEITUNG DES POLENKONFLIKTS ZUM EUROPÄISCHEN KRIEG

Hitler und der englische Botschafter Henderson
Verständigungsversuche scheitern an der englischen Kriegspartei





rklärung der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR. vom 28. September 1939:

Nachdem die Deutsche Reichsregierung und die Regie-
ing der UdSSR. durch den heute unterzeichneten Vertrag
sich aus dem Verfall des polnischen Staa-
s ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein
heres Fundament für einen dauerhaften Frieden
Osteuropa geschaffen haben, geben sie übereinstimmend der Auf-
ung Ausdruck, daß es den wahren Interessen aller Völker entsprechen
rde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einer-
its und England und Frankreich andererseits be-
henden Kriegszustand ein Ende zu machen. Die bei-
Regierungen werden deshalb ihre gemeinsamen Bemühungen gegebe-
falls im Einvernehmen mit anderen befreundeten
ichten darauf richten, dieses Ziel sobald als möglich zu erreichen.
ollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos
ben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, daß England und
nkreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im
lle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen
utschlands und der UdSSR. sich gegenseitig über
erforderlichen Maßnahmen konsultieren werden.

Roskau, den 28. September 1939.

Für die Deutsche Reichsregierung:
von Ribbentrop.
In Vollmacht der Regierung der UdSSR.:
W. M. Molotow.

Friedensangebot nach dem Siege über Polen
Paris und London verhindern Kriegs-Beendigung



Molotow stößt im November 1940 auf Hitlers Widerstand
Churchills Entschluß, den Krieg gegen Deutschland auch nach der Niederlage Frankreichs fortzusetzen, benützen die Sowjets zu gefährlichen Erpressungen



AUSWEITUNG DES
EUROPÄISCHEN
KONFLIKTS ZUM
ZWEITEN WELTKRIEG

Churchill, Gründer Klein-britanniens, Liquidator des Empire
Durch Ablehnung der deutschen Friedens-angebote 1939 und 1940 hat er gemeinsam mit Stalin und Roosevelt den Zweiten Weltkrieg verschuldet.

»Roosevelt hat uns in den Krieg hineingelogen!« (*Barnes*).

tärkonvention abgeschlossen – hinter dem Rücken von Daladier und Bonnet. Danzig wurde als Kriegsgrund vereinbart. Kasprzycki versprach Amokstrategie: »Zu Beginn Einfall in Deutschland«.[32]

Es gibt aber keinen Beweis, daß Deutschland ursprünglich einen Krieg zur Zerstörung des polnischen Staates gewollt hätte. Hitlers Forderungen hielten sich mit äußerster Begrenzung an das Schutzrecht für deutschen Boden und deutsche Menschen, das mit dem Abkommen von München und der vorausgehenden englisch-französisch-tschechischen Vereinbarung festgelegt und damit zu einem Bestandteil des Völkerrechts erhoben worden war.

Die polnischen Chauvinisten kannten gegenüber den sogar von alliierter Seite als mäßig und berechtigt anerkannten deutschen Mindestforderungen nur eine Alternative: Krieg! Führende Militärs gaben sich ausschweifenden Phantastereien hin bis zum Marsch auf Berlin. Die Parole »Grunwald« tauchte auf, und sie zeigte, wie vermessen und verstiegen die Warschauer Militaristen bereits geworden waren. »Grunwald«, das sollte Tannenberg heißen, wo am 15. Juli 1410 Polen und Litauer das deutsche Ordensheer besiegten. Man hätte sich, statt Unvergleichbares zu vergleichen, besser an das Tannenberg vom 23.–31. August 1914 erinnern sollen, an jenen deutschen Sieg, der 1917 auch zur Befreiung Polens führte, und zwar durch deutsche Waffentaten.

England konnte keine fanatischeren Partner für die Rolle des Festlanddolches finden als diese verantwortungslos schwadronierenden Hitzköpfe an der politischen und militärischen Spitze des polnischen Staates.

Hitler greift zur Gewalt

Die politischen Verhandlungen, militärischen Manöver und diplomatischen Winkelzüge des August und September 1939 sind in der bisherigen zeitgeschichtlichen Literatur ausführlich dargestellt worden. Zeugen und Dokumente sprechen eindeutig zugunsten Deutschlands. Dennoch vermögen sie eine Tatsache nicht zu entkräften: Durch die polnische

Unnachgiebigkeit, die militärischen Drohungen und durch die grauenhafte Verfolgung der Volksdeutschen gezwungen, hat Hitler für den 26. August 1939 die Invasion Polens befohlen. Er nahm an, Chamberlain hätte erkannt, daß seine Garantie durch die deutsch-russische Verständigung sinnlos geworden war.

Keine militärische Aktion der europäischen Geschichte mag berechtigter und aussichtsreicher erscheinen als diese. Dennoch: Hitler hat sich zum berüchtigten »Ersten Schuß« hinreißen lassen.[35] Hätte er diese zweifelhafte Ehre den aufmarschierenden Polen überlassen, die politische und propagandistische Lage wäre für Deutschland ungleich günstiger geworden.

Man hat inzwischen überzeugend nachgewiesen, daß Hitler durch den Verrat Italiens und durch die gleichzeitige Verstärkung des englisch-polnischen Garantieabkommens veranlaßt wurde, am 25. August den Gegenbefehl zu erteilen. Der Angriffsbefehl wurde widerrufen, weil die ursprüngliche Voraussetzung, Polen zu isolieren, nicht mehr gewährleistet war. Er wurde nicht widerrufen, weil man auf den Krieg als Mittel der Politik verzichten wollte. Das wäre Polen gegenüber auch nicht erforderlich gewesen. Seine Regierung hatte 1933 und – auch noch nach dem Nichtangriffsvertrag von 1934 – im Jahre 1936 wiederholt Angriffskriege auf Deutschland gewollt, 1938 der Tschechei mit Krieg gedroht, sie bereitete seit März 1939 den Krieg gegen Deutschland vor. Polen drohte mit einem Krieg gegen das Völkerrecht, gegen das Selbstbestimmungsrecht, gegen die Humanität. Wenn Hitler nun zur Durchsetzung seiner berechtigten Forderungen den militärischen Einmarsch befahl, nicht um Polen zu vernichten, sondern die unterworfenen und terrorisierten Deutschen zu befreien, dann geschah das mit vielfach besserem Recht. Allein schon die am 31. August gemeldete Ermordung des deutschen Konsuls in Krakau hätte eine militärische Vergeltung völkerrechtlich gestattet.

Dennoch: Hitler hatte im Konflikt zwischen militärischen Notwendigkeiten und der politisch-psychologischen Zweckmäßigkeit nach militärischen Gesichtspunkten entschieden. Er hatte damit in den Augen einer mißgünstigen und zum Haß verführten Weltöffentlichkeit das Odium einer Kriegsschuld auf sich geladen.

Der Gegenbefehl kam noch rechtzeitig. Von da an versuchte Hitler erneut, Polen mit allen politischen und diplomatischen Künsten zur Vernunft zu zwingen oder – zu ilosieren. Er hatte inzwischen auch seine rechtliche Position noch verbessert. Das polnische Unrecht und seine englischen Beschützer waren immer klarer erkennbar geworden.

Dennoch: Am 1. September führte er aus, was am 26. August zunächst hatte vermieden werden können. Er befahl, die polnischen Grenzen zu überschreiten, um sich mit Gewalt jene Rechte zu holen, die ihm mit Gewalt verweigert worden waren. Das war kein moralisches Vergehen, keine Verletzung des Völkerrechtes, doch politisch eine unheilvolle Fehlentscheidung. Wenn er wußte, daß Danzig und Polen für England nur Vorwand waren, um einen Balance-of-Power-Krieg gegen Deutschland zu beginnen, hätte er vor diesem unabsehbaren Wagnis zurückschrecken müssen.

Des Friedens letzte Chance

Als der italienische Vermittlungsversuch eintraf, war Hitler aber sofort bereit, die Armeen zu stoppen und ab 2. September den Frieden durch ein zweites »München« wieder herzustellen. Dies wäre ein viel harmloserer Kompromiß geworden als am 29. September 1938, denn die Forderungen, die Hitler gegen Warschau erhob, wären ungleich leichter gewesen als jene, die von Prag erfüllt werden mußten. Man hätte jedenfalls Zeit gewinnen können für die Verhandlung einer Sache, die so eindeutig auf Recht beruhte wie nur je ein politischer Anspruch.

Hitler hatte durch seine Bereitschaft, sofort wieder zu verhandeln, sobald sich eine sinnvolle Gelegenheit anbot, bewiesen, daß er Polen nicht besiegen, sondern zur Vernunft zwingen wollte. Er war nochmals gewillt, auf militärischen Einsatz zu verzichten, wenn er Deutschlands Ansprüche politisch durchsetzen konnte.

Das tilgt den Kriegsschuldanteil vom 23. August und 1. September weitgehend.

Der Verzicht auf die militärische Initiative hätte zwar schwerwiegende Folgen gehabt; nach den heutigen Erfahrungen – posthume

Erkenntnisse sind immer einfacher – wäre dieser Nachteil weniger unheilvoll gewesen als das juristisch-psychologische Odium des »Ersten Schusses«. Durch die Preisgabe der Vorteile des Angriffs und des Überraschungsmomentes hätten sich auch die Leiden der deutschen Bevölkerung verlängert. Die Todesopfer wären vielleicht noch zahlreicher geworden, hätte man den polnischen Angriff abgewartet.

Vor und nach Beginn der Kampfhandlungen sind 20 000 Volksdeutsche ermordet worden, wovon 12 500 namentlich erfaßt werden konnten. Dieser polnische Blutrausch hätte den Einmarsch auch als Strafexpedition gerechtfertigt. Die Schuld daran traf nicht nur die zur Raserei getriebenen polnischen Mordbrenner, sondern jene frontfernen Gentlemen in der Downingstreet, die durch ihre »Garantie« den polnischen Mob enthemmt hatten. Sie waren indes in jenen Schreckenstagen zu sehr durch Betrachtungen abgelenkt, ob man dem Botschafter Lipski noch einen oder mehrere Tage Zeit lassen müsse, damit er die längst bekannten deutschen Vorschläge nicht etwa schon annehmen, sondern wenigstens entgegennehmen könnte.

Die Vernichtung garantiert

Der Fluch der »Garantie« schlug bereits damals auf England zurück. Es hatte sich so weit gebunden, daß es Polen auch dann Beistand hätte leisten müssen, wäre der Terror noch grausamer geworden und hätte Polen den Angriff begonnen.

Immer vorausgesetzt, daß die englische Regierung ihre Verpflichtung überhaupt einlösen wollte. In Wirklichkeit sollte diese »Garantie« Polen nur in den Krieg treiben, nicht retten. Je härter und schneller durch England im Westen angegriffen worden wäre, desto härter und schneller hätte Deutschland Polen niederschlagen müssen, um den schwächeren Feind zuerst auszuschalten. Blieb England jedoch passiv, war Polen sofort verloren. Unter jeder möglichen Konstellation bedeutete diese »Garantie« also für Polen das Todesurteil. England hatte Polen nur die Vernichtung garantiert.

Wenn das noch vor dem 22. August ungewiß gewesen wäre, nach der deutsch-russischen Verständigung konnte es keinen Zweifel mehr geben. Nun war Polen im Osten und Westen bedroht. Gegenüber dem bolschewistischen Osten wurde der Beistand gar nicht erst versprochen. Als man in London wenige Tage später dennoch den endgültigen und noch weitergehenden Beistandspakt abschloß, mußte die englische Regierung wissen, Polen war nun auf jeden Fall verloren. Beck war so blind, daß er diesen Vertrag unterschrieb, der ausdrücklich festlegte: Polen bekommt keinen Beistand gegenüber einem sowjetischen Angriff auf seine Ostgrenze.

Für die Tories blieb indes eine andere Sorge ungleich wichtiger: nun war das europäische Gleichgewicht nach englischem Maßstab noch viel stärker gestört als vorher. Darum war man zum großen Krieg unter allen Umständen entschlossen. Polen konnte jetzt nur mehr Vorwand sein. Es reichte gegenüber der deutschen Macht, die durch den Moskauer Vertrag entlastet und damit erheblich verstärkt worden war, nicht aus, um die traditionelle Rolle des Festlanddegens übernehmen zu können. Polen durfte nur noch als jener Festlanddolch mitwirken, der dem europäischen Frieden in den Rücken gestoßen werden mußte, um einen Krieg zu erzwingen, der die englische Vorherrschaft über Europa wieder herstellen sollte.

Es handelte sich nicht um lebenswichtige nationale Interessen, sondern um die imperialistische Weltmacht. Die militärische Planung Deutschlands dagegen beweist, daß es auch nach der immer klarer antideutsch werdenden Politik des Foreign Office keinen Krieg gegen den Westen vorbereitet hatte.

Generalfeldmarschall von Manstein bezeugt, daß die militärischen Maßnahmen im August 1939 weniger dem »Fall Weiß« dienten als dem politischen Druck, der Polen an den Verhandlungstisch zwingen sollte. Aus dem gleichen Grunde richteten sich Deutschlands militärische Vorbereitungen nicht auch gegen Frankreich und England: Es »bestanden für eine West-Offensive keinerlei Pläne, noch wurden irgendwelche Vorbereitungen dafür getroffen.«[34]

»Sehnsucht nach dem Schlachtfeld« (Burckhardt) gab es nur unter Polen. Churchill teilte diese Sehnsucht nicht, tat aber alles, sie zu erfüllen. Wie der Londoner Botschafter Raczynski in seinen Erinnerungen bestä-

tigt, rief ihn Churchill in dieser Zeit täglich an, getrieben von der Sorge, Polen könnte einen gerechten Frieden einem ungerechten Krieg vorziehen.[35]

Die Gefahr eines Friedens durch Verhandlungen wurde von Churchill nicht unterschätzt, hatte doch sogar der englische Botschafter in Berlin, Henderson, dem Kollegen Lipski erklärt, die deutschen Vorschläge seien »im ganzen nicht zu unvernünftig«.[36] Noch am 30. August hatte Henderson in einem Telegramm an Halifax die deutschen Forderungen als berechtigt und notwendig anerkannt.[37]

Die Einzelheiten der letzten Friedensversuche oder Obstruktionsmanöver sind im wesentlichen bereits erforscht und veröffentlicht worden. Sie bestätigen im ganzen die zusammenfassende Aussage Ribbentrops in Nürnberg.[38]

Durchdenkt man diese Vorgänge nach dreißigjährigem Abstand, dann kann man nur mit Churchill aus anderen Gründen der gleichen Meinung sein: »Nie war der Krieg leichter zu stoppen als dieser.«[38a] Das zwingt aber auch zu dem Schluß, daß die Schuld jener, die diesen Krieg nicht aufgehalten haben, um so schwerer wiegt.

Wollte Frankreich Frieden?

Wenn der Kriegsausbruch auf einen Taylor noch 1961 wie ein diplomatischer Verkehrsunfall wirkt, dann wäre es leicht gewesen, die am 1. September entfesselte Kriegsfurie am 3. September wieder zu bändigen.[39] In London jedoch war man überzeugt, daß nur der Räuber, nicht der Beraubte Krieg führen dürfe, und stellte nach alter Manier unerfüllbare Bedingungen, um die letzte Friedensmöglichkeit zu sabotieren. Die deutschen Truppen sollten die ersten Erfolge sofort wieder preisgeben und sich auf die Versailler Grenzen zurückziehen, eine in der gesamten Kriegsgeschichte noch nie versuchte Zumutung. Deutschland übernahm dabei das größere Risiko, weil wegen des beginnenden Herbstes jeder weitere Tag einen gefährlichen Zeitverlust bedeutete.

Frankreich dagegen, das im Ersten Weltkrieg die neunfachen Opfer gebracht hatte wie England, schien einzusehen, daß der Wert des Frie-

dens weit höher stand als eine unerfüllbare Garantie-Verpflichtung, die man sich doch nur selbst auferlegt hatte. Bonnet berichtet, Daladier habe, als er die Nachricht vom italienischen Friedensplan überbrachte, spontan entschieden: »Sie haben recht! Wir können diesen Vorschlag nicht ablehnen.«[40] Bonnet bestätigt auch, daß Polen als gleichberechtigter Partner zu dieser Friedenskonferenz eingeladen werden sollte – auch dies ein grundlegender Unterschied zu München.[41] Ein offizielles Kommuniqué, veröffentlicht durch Havas, beweist die französische Zustimmung.[42] Bonnet aber befürchtete, die englischen Bedingungen würden für Deutschland unannehmbar sein. Mussolini, der größtes Interesse an der Wiederherstellung des Friedens hatte, erklärte, derartige Bedingungen könne er an Deutschland nicht weitergeben.

Am 1. September begann ein Konflikt, der leicht zu vermeiden gewesen wäre, und am 3. September wurde ein Friede zerstört, der für einen Preis hätte gerettet werden können, der in keinem Verhältnis zu den Folgen stand, die der sinnlose Krieg nach sich ziehen mußte. Mit der Zerstörung der letzten Friedenshoffnung am 3. September hat England nachträglich nochmals bewiesen, daß es in den entscheidenden Augusttagen nicht ehrlich vermitteln wollte. Es drängte zum Kriege und verhandelte nur, um die Schuld am Kriegsbeginn auf die deutsche Seite schieben zu können. Wer unter den damaligen günstigen Bedingungen nicht bereit war, den Krieg am 3. September zu beenden, hatte ihn am 1. September gewollt.

Die geheime Bindung

Die »Garantie« hatte ihren eigentlichen Zweck erfüllt: Polen in den Krieg gegen das Reich zu treiben. Die letzten Zweifel daran werden durch eine Tatsache beseitigt, die in der bisherigen zeitgeschichtlichen Literatur entweder unbekannt geblieben oder in ihrer Bedeutung nicht gebührend gewürdigt worden ist. Wären die englischen Vermittlungsversuche ehrlich gemeint gewesen, hätten sie mindestens die Erfüllung einer Bedingung voraussetzen müssen: die Wiedervereinigung Danzigs

mit dem Reich. Zu keiner Zeit konnte die Berechtigung dieses Anspruches bestritten werden.

Um so schwerer wiegt es, daß England sich nicht nur verpflichtete, Polens Versailler Grenzen zu schützen, sondern auch, Danzigs Rückkehr unter allen Umständen zu verhindern. England selbst wagte dies in seinem Garantievertrag nicht offen zuzugeben. So ungerecht und vernunftwidrig mußte eine solche Festlegung auch in englischen Augen erscheinen. Darum hat die britische Regierung sich in einem geheimen Zusatz zum Abkommen vom 25. August verpflichtet, ihren »Beistand« auch gegen Danzig zu leisten. »Dort, im geheimen, wurde die wichtigste Verpflichtung übernommen.«[43]

Hitler wußte nichts von einem derart weit reichenden englischen Versprechen. Er verhandelte also unter einer Voraussetzung mit England, welche diese Verhandlungen scheitern lassen mußte, in der Annahme, England wäre grundsätzlich bereit, Polen zur Rückgabe Danzigs zu bewegen. In keinem Gespräch und in keiner Note wurde die geheime Bindung Englands angedeutet. Beck umgekehrt konnte alle deutschen Vorschläge höhnisch zurückweisen, weil er wußte: England vermittelte nur zum Schein, denn es hatte sich geheim längst festgelegt. Bei einem zweiten »München« hätte Beck die englische Regierung vor ihren Partnern des Vertragsbruches anklagen können.

Das wird auch ein weiterer Grund für die Zerschlagung des italienischen Friedensversuches durch London gewesen sein. Die Zeit der Scheinverhandlungen war nun beendet. Man konnte seinen Kriegswillen offen zu erkennen geben. Hore-Belisha hatte die schwankenden Kabinettsmitglieder gedrängt. Als Chamberlain am 2. September im Unterhaus die Möglichkeit weiterer Verhandlungen bei einem Rückzug der deutschen Truppen andeutete, wurde Duff Cooper »rot im Gesicht und konnte vor Wut kaum ein Wort hervorbringen«. Hore-Belisha war »völlig entsetzt«.[44] Man übte auf Chamberlain schwersten Druck aus und war bereit, notfalls den Krieg auch ohne die Franzosen zu erklären. In der Wohnung Churchills versammelten sich die Verschworenen der Kriegspartei: »Alle im Zustand einer wütenden Bestürzung.«[45]

Am 3. September war die Vermittlerrolle des Schweden Dahlerus noch nicht beendet. Göring sollte nach London fliegen, um ein Letztes

zu versuchen, nicht um, wie behauptet wird, England von Polen zu isolieren, sondern zu gewinnen, Polen zur Vernunft zu zwingen.

Selbst Dahlerus erklärte dem Foreign Office: »In der Weltgeschichte hatte sich noch niemals eine Armee zurückgezogen, bevor verhandelt wurde.« Das wußten selbstverständlich auch die Briten und verlangten eben darum die Erfüllung einer unerfüllbaren Bedingung.

Gegen 11 Uhr stand Görings Maschine bereit zum Abflug nach London. Um 11 Uhr erklärte die englische Regierung Deutschland den Krieg.

Henderson war beim anschließenden letzten Treffen mit Dahlerus nicht fähig, »seinen tiefen Schmerz und seine Enttäuschung« zu verbergen. Halifax war »erlöst«. Er bestellte Bier. »Wir lachten und machten Witze.«[46]

Der lachende Dritte war damals schon Präsident Roosevelt. Professor Hoggan (S. 693 ff.) berichtet über Besuche des britischen Botschafters in Washington, Sir Ronald Lindsay, bei Roosevelt. Lindsay meldete darüber an Halifax: Roosevelt sei »angesichts der Aussicht auf einen neuen Weltkrieg in Ekstase geraten«. Er habe ihm versprochen, sich keineswegs an die Neutralitätsgesetze zu halten. Sogar Lindsay war betroffen, wie beschwingt der Präsident über die drohende Welttragödie plaudern konnte: »Roosevelt sprach im Ton fast teuflischer Freude . . .«

X

Verbrechen gegen den Weltfrieden

Der Zweite Weltkrieg begann nicht 1939, wie man uns seit über 20 Jahren einreden möchte. 1939 war der Krieg hauptsächlich auf Polen begrenzt, 1940 auf Frankreich. Vergleicht man die Jahre 1914–1915 mit 1939–1940, wird das überzeugend klar. Darum wäre es auch ungleich leichter gewesen, 1939 oder spätestens 1940 den Krieg zu beenden, um einen wirklichen Weltkrieg zu vermeiden. Im Herbst 1939 und im Sommer und Herbst 1940 war faktisch Friede auf dem Festlande. Die erste und günstigste Gelegenheit bot sich 1939 nach der schnellen Beendigung des Polenfeldzuges.

Der deutsche Friedenswille ist für diese Zeit so eindeutig bewiesen, daß sich die Alliierten für ihre Kriegserklärung gegen Deutschland und die Ablehnung deutscher Friedensangebote nachträglich Gründe ausborgen mußten, die mit dem Kriegsanlaß, für den sie 1939 in den Krieg eintraten, nicht mehr ursächlich zusammenhängen. Jetzt wurde behauptet, man hätte Deutschland aus moralischen und ideologischen Gründen den Krieg erklären und seine Friedensangebote zurückweisen müssen. Diese verspäteten Vorwände sind zu unaufrichtig:

Schon beim Widerstand gegen die Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs setzten sich die Westmächte für ein Regime ein, das mindestens ebenso »faschistisch« und »autoritär« war wie das nationalsozialistische Deutschland.

Der Benesch-Staat wurde gegen den Willen der nicht-tschechischen Mehrheit errichtet und beseitigt, als die einzelnen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit einer demokratischen Entscheidung erhielten. Der Biograph Chamberlains, Prof. Feiling, nannte das Prager Regime noch 1946

eine »Schöpfung von List und Gewalt«, einen Hohn auf die westlichen Prinzipien, schrieb vom vulkanischen Zustand im »tschechischen Polizeistaat«, der die Ursache eines zweiten 30jährigen Krieges zu werden drohte.[1]

Auch in Polen gab es keine demokratischen Prinzipien zu retten, es sei denn für einen autoritären, die nichtpolnischen Volksgruppen – auch die jüdischen – unterdrückenden Militär- und Polizeistaat.

Im übrigen wollte man die Demokratie in Deutschland retten mit Hilfe der Sowjetdiktatur, gegen die sich alle benachbarten Staaten mit diktatorischen Mitteln wehren mußten, einer Despotie, deren Terror millionenfache Opfer gefordert hatte, ehe in antikommunistischen Staaten der erste Häftling in ein KZ eingeliefert wurde. Wie friedlich war der »preußische Militarismus«, verglichen mit dem totalen Militarismus der Roten Armee, ihren Angriffskriegen von 1919–1945, gegen Finnland 1939 und im Vergleich zu ihren Aggressionen gegen Polen, Rumänien und gegen die Baltischen Staaten 1939 bis 1940!

Die ideologischen und moralistischen Kriegsvorwände sind also noch weniger überzeugend als die politischen Gründe. Auch die angeblichen und tatsächlichen Kriegsverbrechen auf deutscher Seite eignen sich kaum dazu, die alliierte Kriegspolitik zu entschuldigen. Hier werden Ursachen und Wirkungen betrügerisch vertauscht. Diese Vergehen sind Kriegsfolgen, nicht Ursachen, wie ich in meinem Buche »Freispruch für Deutschland« ausführlich nachzuweisen versucht habe (144–261; 301–319).

Auch die erst im Kriege auftauchenden und oft ausschweifenden Pläne für die Neugestaltung der eroberten Räume sind nicht Ursache, sondern Folge ungerechtfertigter Kriege, deren Opfer eben durch diese Neuordnung nicht vergeblich gewesen sein sollten. Das sind alles Gründe, die die Kriegstreiberei und die Ablehnung der Friedensangebote nicht rechtfertigen können. Es ist vielmehr umgekehrt: Alle diese Folgen, Kriegsverbrechen, Judenmorde, Eroberungspläne wären vermieden worden, hätte der Westen 1939 den Krieg verhindert oder 1939/40 den Frieden wiederhergestellt. Auch das Problem der geordneten jüdischen Auswanderung wäre im Frieden von 1940 human zu lösen und der Madagaskarplan zu verwirklichen gewesen.

Wenn Polen noch zu retten war, dann durch das deutsche Friedensangebot im Herbst 1939. Die englisch-französische Garantie hatte sich als das erwiesen, was sie sein sollte, als Mittel, Polen in den Krieg zu treiben. Als dieser Zweck erreicht war, hat man dieses Volk kaltblütig seinem Unglück überlassen.

Die Fortsetzung des Krieges konnte die Leiden des polnischen Volkes nur vervielfachen, da es bis Kriegsende im Besatzungsgebiet leben mußte: für die deutschen und sowjetischen Armeen. Am Ende wurde dann Polen wieder Satellit, diesmal des roten Zaren. Polen hatte sich nach einem Worte des englischen Historikers Wheeler-Bennett wie ein Kanarienvogel verhalten, der zwei Katzen verschlingen wollte. Nun fand der Vogel seine »Garantie« im sowjetischen Käfig.

Das erste Friedensangebot

Lügenlord Vansittart jedoch hatte sich 1939 derart in den Kriegswahn hineingesteigert, daß er hysterisch ausrief: »England wird diesen Krieg bis zum äußersten durchfechten.« In seinem alttestamentarischen Haß geiferte er: »... wie Samson in der Bibel werden wir die Säulen des Palastes einreißen und alles darunter begraben . . .«[2] Samson Vansittart begrub darunter auch das englische Weltreich. Für welchen Zweck? Für einen Krieg, den der englische Botschafter Henderson selbst als den »stupidesten aller Kriege« bezeichnete.[3]

Dreimal hat Deutschland den Frieden angeboten, um den sinnlosen Kampf rechtzeitig zu beenden. Drei Wochen nach dem italienischen Vermittlungsangebot, am 19. September, hat Hitler als Sieger erneut die Hand zum Frieden geboten, als er in seiner Danziger Rede erklärte, es fehle nun jeder Grund zur Fortsetzung des Kampfes.

Am 28. September unterzeichneten die Reichsregierung und die vor Wochen vom Westen noch heftig umworbene Sowjetregierung eine gemeinsame Erklärung, in der auch der spätere Bundesgenosse des Westens feststellte, daß Frankreich und England die Hauptschuld am Ausbruch des Polenkrieges treffe, und beide Regierungen davor gewarnt werden, den Krieg fortzusetzen.

Am 6. Oktober richtete der Reichskanzler erneut einen Appell an Frankreich und vor allem England, den bisher lokalisierten Krieg zu beenden, um einen Weltkrieg zu verhindern: Weder an Frankreich noch an England habe Deutschland irgendwelche Forderungen. (Trotz ihrer Kriegserklärungen.) Nach einem drei-, fünf- oder achtjährigen Krieg könnte es nur wieder ein zweites Versailles mit gleichen Folgen geben: »Dieser Krieg regelt überhaupt kein Problem.«[4]

Am 10. Oktober lehnte Daladier, zwei Tage später Chamberlain das deutsche Friedensangebot ab. Vergeblich hatten von 2450 Engländern, die Chamberlain in diesen Tagen Briefe schrieben, 1860 gefordert: »stop the war!«[4a]. Vergeblich hatte Göring am 2./3. Oktober einem prominenten amerikanischen Politiker der Demokratischen Partei, William Rhodes Davis, erklärt, Deutschland sei zur Errichtung eines neuen polnischen sowie eines unabhängigen tschechischen Staates bereit. Hitler hatte gegenüber Professor Burckhardt das Protektorat im August als vorübergehende Notwendigkeit bezeichnet. Davis unterbreitete diesen Vorschlag Roosevelt, wurde aber dann vom Präsidenten, der so viel Zeit für Benesch hatte, nicht empfangen.[5]

Wenige Tage später wiederholte Göring seine Angebote gegenüber James D. Mooney (General Motors). »Die Mission Mooneys hatte im übrigen nicht mehr Erfolg als diejenigen von Davis«, bestätigt auch Saul Friedländer.[6]

Wie gleichgültig war das Schicksal Polens und der Tschechei geworden gegenüber dem haßblinden Willen, Deutschland durch einen Weltkrieg niederzuschlagen!

Der letzte Versuch

Zunächst sollte noch bis zum letzten Franzosen gekämpft werden. Da Frankreichs Regierung die Zurücknahme ihrer Kriegserklärung verweigert hatte, mußten wir deutschen Soldaten am 10. Mai 1940 zum Angriff antreten. Wir dachten an Douaumont und Verdun. Es kam anders. Am 17. Juni 1940 mußte Marschall Pétain um einen ehrenvollen Frieden

bitten. Deutsche, polnische und französische Soldaten hatten geblutet zur Wiederherstellung der »balance of power«. Nun stand England allein, bedroht wie noch nie in den letzten Jahrhunderten.

Noch hätten Churchill und Halifax das Empire retten können. Am 19. Juli wiederholte Hitler als Sieger über Polen und Frankreich sein Friedensangebot. England brauchte nichts zu verlieren und konnte sein Weltreich retten. Hitler beschwor Churchill: »In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen noch einmal einen Appell an die Vernunft auch in England zu richten. Ich glaube dieses tun zu können, weil ich ja nicht als Besiegter um etwas bitte, sondern als Sieger nur für die Vernunft spreche. Ich sehe keinen Grund, der zur Fortführung dieses Kampfes zwingen könnte.« Hitler hatte bereits mit der Abrüstung begonnen. Teile der Kriegsindustrie wurden auf Friedensproduktion umgestellt, Reservisten entlassen, Divisionen aufgelöst.

Churchill solle ihm diesmal ausnahmsweise glauben. Wenn jetzt wiederum der Friede abgelehnt werde: »... wird dadurch ein großes Weltreich zerstört werden. Ein Weltreich, das zu vernichten oder auch nur zu schädigen niemals meine Absicht war.«[7]

Halifax gab die Antwort im Sinne Churchills: Fortführung und Ausweitung des Krieges bis zur Vernichtung der deutschen Macht.

Wie mit Lloyd George im Ersten Weltkrieg hat England im Zweiten Weltkrieg seinen an Kampfwillen und Skrupellosigkeit mächtigsten Mann aufgeboten, um die an Natur und Kultur stärkste Nation des Kontinents zu zerschlagen. Warum? Weil sie das lähmende »Gleichgewicht« zu stören schien. Die englische Kriegspartei wollte nicht einsehen, daß die deutsche »Hegemonie« nicht erzwungen war, sondern die natürliche Auswirkung der an Bevölkerungszahl größten und durch seine zentrale Lage stärksten Macht des Festlandes sein mußte, die Europa nur in dieser Stärke gegen den bolschewistischen Osten schützen konnte.

Das Dogma der »balance of power« forderte, wie Churchill mit brutaler Offenheit verkündet, die Entmachtung jeder Nation dieser Größe in Europa. Was bedeuten schon alle »Schlüsseldokumente« von Nürnberg, verglichen mit dieser permanenten Kriegserklärung gegen den Kontinent? Seit 400 Jahren, brüstet sich Churchill, sei dies die Grundlage britischer Außenpolitik gewesen. Er widerlegt damit alle ideologischen

Vorwände für die Ablehnung der deutschen Freundschafts- und Friedensangebote von 1933 bis 1941, und zwar schon Ende März 1936 in einer Rede vor seinen Tories:

»Es handelt sich nicht darum, ob es Spanien ist, oder die französische Monarchie, oder das französische Kaiserreich, oder das deutsche Kaiserreich oder das Hitlerregime.«

Er geht so weit, zuzugeben:

»Wenn die Verhältnisse umgekehrt lägen, könnten wir ebenso gut deutschfreundlich und antifranzösisch sein.«[8]

Deutlicher konnte das Grundgesetz des angelsächsischen Imperialismus nicht verkündet werden. Churchills Eingeständnis reichte aus, ihn als einen der Hauptschuldigen am Zweiten Weltkrieg zu überführen, wegen Verbrechens gegen den Weltfrieden. Er gibt damit auch die Begründung für eine noch ernstere Anklage: für seine Schuld am Zweiten Welt-Unfrieden. Denn noch größer als seine Schuld am »Balance of Power«-Krieg gegen Deutschland ist seine Verantwortung dafür, daß er sein Dogma falsch angewandt hat. Was vor 400 Jahren oder noch vor 100 Jahren im Interesse Englands gelegen haben mag, war im 20. Jahrhundert für das Empire tödlich. Denn längst nicht mehr beschränkte sich die weltpolitische Entwicklung auf das Verhältnis: Insel gegen Festland. Spätestens seit dem Kriegseintritt Amerikas 1917 und seit der Gründung des weltrevolutionären Imperiums des Bolschewismus ging es nicht mehr um das kontinentale, sondern um das globale Gleichgewicht. Um Deutschlands angebliches Übergewicht zu vernichten, hat Churchill England unter die Vorherrschaft der amerikanischen und sowjetrussischen Weltmacht gebracht. Dadurch wurde er zum Liquidator des Empires und zum Gründer Kleinbritanniens. Eine von Hitler immer wieder angebotene deutsch-englische Verständigung hätte beides verhindern können: ohne einen europäischen Krieg, ohne einen Weltkrieg.

Das ist die welthistorische Schuld Churchills!

Am 24. Januar 1941 schrieb der Kriegspremier, weltpolitisch längst vom ersten auf den dritten Platz verwiesen, devot an seinen »Kameraden» Stalin:

»Wir dachten nicht an den Abschluß eines Separatfriedens sogar in jenem Jahr, als wir ganz allein waren und leicht einen solchen Frieden hätten abschließen können ohne ernste Einbuße für das britische Empire...«[9]

Am Schluß seiner Memoiren muß er als Ergebnis des von ihm gewollten 30jährigen Krieges gegen das Reich eingestehen, »daß wir uns inmitten von Gefahren befinden, die noch schlimmer sind als die überwundenen.[9a]

Und wer hat das zu verantworten?

Unter diesen »schlimmeren Gefahren« meinte Churchill die bolschewistische Weltmacht. Vor 40 Jahren, am 20. Juni 1926, verfluchte er bereits die sowjetische Regierung: »Diese Schurken, die ihr eigenes Land ruiniert haben, strengen sich vergeblich an, unser Land ins Verderben zu stürzen.«[10] 1939 sah er in diesen »Schurken«, die alles, was er Hitler vorwarf, um ein Vielfaches übertrafen, die sichersten Bundesgenossen in der Zerstörung der europäischen Zentralmacht. 1940 hat er für Stalin gehandelt, als er den Frieden verhinderte. Churchill gesteht ein: »Hitler hatte ohne Zweifel alles Interesse, den Krieg im Westen zu beenden.«[10a]

Europa wäre heute nicht von einem dritten Weltkrieg bedroht, hätten die Engländer im Oktober 1939 die Forderung von Bernard Shaw erfüllt: »Der Krieg ist vorüber, jagt Churchill hinaus und schließt Frieden mit Hitler...!«[11]

Hitler oder Stalin?

Das zwiespältige, wenn nicht schizophrene Verhältnis zur Sowjetmacht ist eine der Hauptursachen des Zweiten Weltkrieges. Hätte die Churchillpartei rechtzeitig erkannt, daß nur ein mächtiges Großdeutschland stark genug zu sein vermochte, um Europa gegen die bolschewistische Expansion verteidigen zu können, dann wäre die deutsch-englische Verständigung nicht gescheitert. Churchill aber wollte das britische Weltreich lieber durch Stalin und Roosevelt liquidieren als mit Hitler retten.

Als dann die Reichsregierung vor der Gefahr stand, zwischen den Westmächten und der mit ihnen verbündeten Sowjetmacht erdrückt zu werden, durchstieß sie den Einkreisungsring in östlicher Richtung. In Warschau hatte Ribbentrop am 26. Januar 1939 erkannt, daß Polen die Rolle des Festlanddolches zu übernehmen begann. Auf der Rückfahrt sagte er zu seinen Mitarbeitern: »Jetzt bleibt uns nur der Ausweg, uns mit Rußland zu verständigen, wenn wir nicht völlig eingekreist werden wollen.«[12]

Als Unterzeichner des Antikomintern-Paktes mußte er wissen, wie gefährlich dieser Ausweg werden konnte. Die deutsche Führung hatte den Bolschewismus im Innern ausgeschaltet, nicht nur durch Gewalt, sondern durch Überwindung seiner sozialen Ursachen. Unter dieser Vorbedingung konnte das außenpolitische Wagnis übernommen werden. Der Preis war von den Westmächten in den Moskauer Verhandlungen 1939 hochgespielt worden. Hitler mußte mindestens das gleiche bieten: die Erweiterung der sowjetischen Einflußzone vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee.

Stalin hatte das deutsche Angebot dem westlichen nur vorgezogen, weil er von einem schweren Kalkulationsfehler ausging. In beiden Fällen zwar rechnete er mit einem europäischen Krieg. So weit hatte der Westen die Krise verschärft, daß Stalin nun der Nutznießer eines europäischen Bruderkrieges werden konnte. Er verkalkulierte sich jedoch in der Zeit. Vier Tage vor der Unterzeichnung des Ribbentrop-Molotow-Paktes erläuterte er vor dem Politbüro, welche Chancen ihm der europäische Krieg bieten werde: »Ich wiederhole, daß es in unserem Interesse ist, wenn der Krieg zwischen dem Reich und dem anglo-französischen Block ausbricht. Es ist wesentlich für uns, daß dieser Krieg solange wie möglich dauert, damit die beiden Gruppen sich erschöpfen.«[13]

Nicht der Friede, der Krieg war die Grundlage der Stalinschen Taktik. Er hat sich dann noch rechtzeitig beteiligt, um Ostpolen zu annektieren, ehe der deutsche Blitzsieg über Polen vollständig war. In keiner Weise provoziert, hat die Sowjetunion ohne jedes Verhandlungsangebot Polen angegriffen und geteilt. Wenn eine Macht im Sinne der Nürnberger Anklage schuldig geworden ist, dann war es die Sowjetunion. Stalin wäre der typische Hauptschuldige gewesen.

Im übrigen hat er durch die Besetzung von Litauen, Estland, Lettland und von Teilen Rumäniens Aggressionen gegen diese Völker begangen und in jedem dieser Fälle radikal gegen das Selbstbestimmungsrecht verstoßen. Schließlich bewies der Überfall der an Bevölkerungszahl vierzigfach größeren Sowjetunion auf Finnland, daß der Kreml den Angriffskrieg in jeder Form als selbstverständliches Mittel seiner Politik betrachtet. Auf keinen Fall also durfte die Sowjetregierung Deutschland einer Kriegsschuld anklagen.

Sie hatte doch gemeinsam mit der Reichsregierung am 28. September 1939 die Schuld der Westmächte sowohl am Ausbruch des Krieges wie an seiner Fortsetzung amtlich festgestellt. In diesem Sinne schrieb auch die »Prawda« am 26. Januar 1940: »England und Frankreich haben den Krieg erklärt. Nicht Deutschland, sondern England und Frankreich haben die Friedensvorschläge zurückgewiesen und nicht nur auf Fortsetzung, sondern auch auf seiner Ausweitung bestanden. Die englischen und französischen Imperialisten wollen diesen Krieg in einen Weltkrieg verwandeln...«

Die »Prawda« hat hier ausnahmsweise ihren Namen, »Wahrheit«, als berechtigt erwiesen.

Zu eben diesem Weltkrieg hat sich dann Stalin mit Churchill und mit Roosevelt verbündet. Sobald er seinen Rechenfehler erkannte, weil Hitler Polen und Frankreich unerwartet schnell besiegt hatte, und Deutschland nicht, wie erhofft, »erschöpft« wurde, vielmehr gestärkt dastand, änderte der rote Zar seine Taktik. Nachdem er die Bindung Deutschlands im Krieg mit Polen und Frankreich rücksichtslos für seine Beutezüge ausgenützt hatte, begann er erneut die Annäherung an Churchill und Roosevelt.

Konspiration mit Churchill und Roosevelt

Weder die USA-Regierung noch das englische Kabinett haben dem Kreml wegen des Angriffskrieges gegen Polen und Finnland und auch nicht wegen des Raubes estnischer. lettischer, litauischer, polnischer und

rumänischer Gebiete den Krieg erklärt. Nur Danzig und der Korridor galten für sie als Kriegsgrund.

Sie haben nicht nur Stalin keinen Krieg erklärt, sondern mit ihm die diplomatischen Beziehungen weiter aufrechterhalten. Über diesen Weg schloß sich erneut der Einkreisungsring gegen das Reich, nun schon verstärkt durch die USA. Hitler sah sich jetzt zum Vorbeugekrieg gegen die aufmarschierende Rote Armee gezwungen.

Die Reichsregierung hatte bereits durch ihre Friedensangebote 1939 und 1940 an England und Frankreich das Abkommen mit der Sowjetunion gefährdet, denn Stalin hatte diesen Vertrag geschlossen, weil er den europäischen Krieg, nicht den Frieden wollte.

Hitler mußte zusehen, wie die Sowjetmacht ihre »Freundschaft« dadurch bezeugte, daß sie ihre Militärgrenze soweit wie möglich gegen das Reich vorschob. Dennoch unterbreitete er beim Besuch von Außenkommissar Molotow im November 1940 in Berlin ein großzügiges Angebot für die Verstärkung der außenpolitischen Verbindung auf lange Sicht. Molotow antwortete mit einem Erpressungsversuch, der, zulasten der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und Finnlands, das Reich und Europa in tödliche Gefahr gebracht und Deutschlands kriegswichtige Öl-Basis in Ploesti gefährdet hätte.

Nach 1945 haben auch die sowjetischen Historiker lang und breit nachgewiesen, daß Stalins Manöver 1939 auf die Zerschlagung des Reiches zielte, auf ein globales Komplott mit Roosevelt und Churchill. Wir müssen uns hier in diesem skizzenhaften Überblick auf den Beweis beschränken, daß schon der Molotowbesuch in Berlin der Vorbereitung einer Konspiration mit Churchill diente. In der ersten amtlichen sowjetischen Darstellung der Kriegsursachen wird 1948 zugegeben:

»Hitler bemühte sich, die deutsch-russischen Beziehungen zur Grundlage für ein weitgehendes Abkommen zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Partner zu gestalten. Der Sowjetpartner benutzte sie dagegen, um die Einstellung des deutschen Partners zu sondieren, um ihm auf den Zahn zu fühlen, ohne jede Absicht, irgendein Abkommen mit den Deutschen zu treffen.« Ziel der Scheinverhandlungen sei es gewesen, zu folgenden Erkenntnissen zu kommen:

»Deutschland ist mit England nicht verbunden und hat auch nicht die Absicht, eine solche Bindung einzugehen. Folglich kann die Sowjetunion in England einen zuverlässigen Verbündeten gegen Hitler-Deutschland haben...«[14]

Das war nach eigenem Eingeständnis im November 1940 der Bruch des Vertrages von 1939 und das Hinüberwechseln ins Lager der Feinde Deutschlands, zu Churchill und Roosevelt.

Hitler wurde der Entschluß aufgezwungen, der englisch-amerikanisch-sowjetischen Umfassung dadurch zuvorzukommen, daß er gegen ihre vermeintlich schwächste Stelle anstürmte. Die schwächste Stelle vermutete er mit seinen militärischen Beratern im Osten. Wie der amerikanische und englische Generalstab (was auch Benesch bestätigt), rechnete der deutsche Generalstab nur mit einem Widerstand von wenigen Monaten. Churchill: »Beinahe alle verantwortlichen Militärs waren der Meinung, die russischen Armeen würden demnächst geschlagen und vernichtet werden.«[15]

Hitlers Entschluß wäre richtig gewesen, hätte diese militärische Lagebeurteilung gestimmt. Die Folgen sind bekannt. Hier handelt es sich nur um den Nachweis, daß Stalin nicht das Opfer deutscher Aggressionssucht geworden war, sondern von Anbeginn am Krieg, seiner Vorbereitung, Fortsetzung und Ausweitung führend beteiligt gewesen ist. Ein nationalrussischer Politiker hätte die Eroberungen, die er durch den deutsch-polnischen und deutsch-französischen Krieg mühelos erreichte, dankbar angenommen und das deutsche Angebot für ein Bündnis von langer Dauer begrüßt. Vielleicht wäre Deutschland in 5 oder 10 Jahren gezwungen gewesen, die Raumfrage notfalls im Osten oder Westen mit Gewalt zu lösen. 1939–41 gab es keine solche Notwendigkeit.

Stalin aber hat sich als Kommunist entschieden: gegen die nationalrussischen Interessen und für den Weltkrieg Churchills und Roosevelts – bis zur Erschöpfung Europas, auch Englands. Für den Präventivkrieg gegen den Stalinismus gilt das Wort Friedrichs des Großen: »Angreifer ist, wer seinen Gegner zwingt, zu den Waffen zu greifen.«

Es ist nicht unbedenklich, rückblickend Hypothesen aufzustellen. In einem geschichtlichen Falle jedoch dürfte es erlaubt sein. Hätte Wilson nicht 1917 ohne jeden redlichen Grund seinen Krieg gegen Deutschland begonnen, wäre der Erste Weltkrieg von Deutschland gewonnen worden. Es gäbe keine bolschewistische Weltgefahr. Europa nähme noch jene Weltstellung ein, die ihm nach Kultur und Menschenart gebührt.

1917 konnten weder ideologische noch antisemitische Vorwürfe den amerikanischen Angriffskrieg gegen Zentraleuropa entschuldigen.

1939 waren die Angebote und schließlich Drohungen Roosevelts ausschlaggebend für Englands Widerstand gegen eine friedliche Lösung des Danzig- und Korridorproblems.

Seit November 1938, also drei Monate vor Prag, verstärkte sich Roosevelts Haß gegen Deutschland und sein Wille – wie Wilson 1917 –, in einem neuen europäischen Krieg die Entscheidung gegen Deutschland zu erzwingen. Die beschlagnahmten Akten des polnischen Außenministeriums beweisen dies eindrucksvoll. Nach Roosevelts Direktiven arbeiteten Bulitt in Paris und Biddle in Warschau mit dem ganzen Gewicht des amerikanischen Prestiges gegen das Reich. Kennedy, der in London gegen die Kriegstreiberei seines Präsidenten opponierte, wurde abgelöst.

Ohne Roosevelt wäre der Krieg 1939 nicht ausgebrochen, 1940 der Friede gerettet worden, 1941 kein Zweiter Weltkrieg entstanden; Reich und Empire wären unzerstört. Ein dritter Weltkrieg würde uns nicht bedrohen.

Nie waren die USA gefährdet. Dennoch stellte Roosevelt die Wirtschaftskraft der USA in den Dienst des Krieges, zunächst durch Belieferung jener Staaten, die für ihn den Krieg beginnen mußten: Frankreich und England. Dann lieferte das »Arsenal der Demokratie« für die Rettung der stalinistischen Diktatur. Roosevelts Geschenke an Stalin an Waffen, Panzern, Flugzeugen und Wirtschaftsgütern haben Deutschlands Niederlage im Osten erzwungen. Seine Lieferungen an die Feinde des Reiches kosteten 40 Milliarden DM. Das entspricht dem Wert der gesamten deutschen Rüstung von 1941, 1942 und 1943 von 40,1 Milliarden.

Von 1933 bis 1941 hat die Reichsregierung alles getan, um mit den USA in Frieden leben zu können. Der jüdische Historiker Friedländer bestätigt: »Die Verhinderung des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten wurde vom Sommer 1940 an eines der Hauptziele der Politik und Strategie des Reiches.«[16]

Roosevelt aber hat seit 1938 gegen Deutschland den Krieg vorbereitet. Zunächst durch Ausrüstung unserer französischen, englischen und sowjetrussischen Feinde und dann durch direkte Kriegsakte: im September 1940 Überlassung amerikanischer Zerstörer an die Engländer, im März 1941 Erlaß des Leih- und Pachtgesetzes zur Bewaffnung aller Feinde des Reiches, Januar–März 1941 gemeinsame Generalstabsarbeit englisch-amerikanischer Offiziere, seit April 1941 Spionagedienste für englische Flotteneinheiten, Aufbau von US-Flottenbasen in Irland, Juni 1941 Besetzung Islands durch US-Truppen, 9. bis 12. August Atlantik-Konferenz mit Kriegspremier Churchill, September 1941 Schießbefehl gegen deutsche U-Boote. 1940 hat nicht nur Churchill von Frankreich Widerstand bis zur Zerstörung von Paris gefordert, auch Roosevelt hat sich entscheidend daran beteiligt. Er versprach »jede materielle Hilfe« und damit auch »tätigen Beistand«. Churchill bestätigt: »Jedenfalls enthielt Roosevelts Erklärung zwei Punkte, die einer Beteiligung am Kriege gleichkamen«. Bereits am 1. Juni 1940 verlangte Roosevelt einen Bericht seines Kriegsministeriums, welche Waffen für England und Frankreich abgezweigt werden könnten. Bald gingen Zweidrittel der amerikanischen Kriegsproduktion an Kanada und England. Am 12. August 1941 beschlossen Roosevelt und Churchill die »Atlantik Charta«. Diese widerlegt in Art. 3 jeden ideologischen Kriegsgrund: »Sie respektieren das Recht jedes Volkes, sich die Regierungsform, unter der es leben will, selbst zu wählen.« Gleichzeitig aber verpflichtete sich der »neutrale« Präsident im Art. 6 zum »endgültigen Sturz der Nazityrannei«. Das bedeutete, wie Churchill zugibt, »eine Herausforderung zu kriegerischen Verwicklungen«. Nach dem Kriege wollte man »eine Art von Polizeigewalt über die Welt ausüben«.[16a]

Dönitz beweist:

»Ab September 1941 befanden sich die Verei-

nigten Staaten in der Atlantikschlacht praktisch im Kriege mit Deutschland.«[17]

Auf Roosevelt fällt die Hauptschuld an der Ausweitung des europäischen Krieges zum Zweiten Weltkrieg, der erst im Dezember 1941 begonnen hat.

Roosevelt rettet Stalin

Zwar sah sich Hitler im Juni 1941 zum Präventivkrieg gegen Stalin gezwungen. Der sowjetische Aufmarsch gegen die deutsche Ostgrenze war aber nur der eine Grund. Der andere Grund war der drohende Angriff Roosevelts. Diese doppelte Gefahr zwang Deutschland im Osten zur offensiven Verteidigung. Nur durch die Verbindung mit England und den USA wurde der sowjetische Aufmarsch für das Reich lebensgefährlich.

Auch Deutschlands Verhältnis zu Japan wurde durch die amerikanische Bedrohung bestimmt. Aus den zahlreichen Dokumenten, die beweisen, daß Hitler Japans Hilfe zunächst nur zur Verhinderung eines Krieges mit den USA einsetzen wollte, sei nur aus dem Protokoll der Unterredung zwischen dem Botschafter Stahmer und Matsuoko vom 9./10. September 1940 zitiert: »Deutschland wünscht nicht, daß sich der gegenwärtige Konflikt in einen Weltkrieg verwandelt . . . Was es von Japan erwartet, ist, daß dieses Land mit allen Mitteln ein Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg hintertreibt.«[18] Erst als Roosevelt 1941 den illegalen Krieg gegen das Reich begann, suchte Deutschland die Hilfe Japans gegen die USA. Das führte schließlich zur Kriegserklärung vom 11. Dezember 1941, die den de facto bereits bestehenden Kriegszustand nur noch legalisierte.

1941 gab es so wenig ehrliche Gründe für einen Krieg der USA gegen das Reich wie 1917.

Beraten wurden Roosevelt wie Wilson besonders durch Bernard Baruch, den »heimlichen Kaiser von Amerika«, der mit dem Präsidenten ebenso befreundet war wie mit Churchill: »Baruch stimmte leidenschaftlich mit seinem Freund Winston Churchill überein, der ihm gesagt hatte: ›Es wird bald Krieg geben. Wir werden mitmachen, und die USA werden

auch dabei sein. Baruch wird drüben den Laden schmeißen, ich aber werde hier an Ihrer Seite sein!‹ «[19] Das war im März 1939!

Nicht der Antisemitismus, sondern ähnliche Gründe wie 1917 waren entscheidend. Auch die antijüdischen Massenverbrechen waren eine Folge, nicht die Ursache des Zweiten Weltkrieges.[20]

Unter den über 55 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges sind auch 1 134 527 Amerikaner. Die Schuld Roosevelts an diesen Opfern ist so eindeutig, daß man sogar vor dem Nürnberger Tribunal die Angeklagten nicht als Angreifer verurteilen konnte. Damit wurde indirekt Roosevelt als der Angreifer überführt. Keinem der Angeklagten, auch nicht Reichsaußenminister von Ribbentrop, konnte eine Kriegsvorbereitung gegen die USA nachgewiesen werden.

Hauptangeklagter und Schuldiger vor der Weltgeschichte als dem Weltgericht bleibt also Franklin D. Roosevelt.

Es mag vermessen erscheinen, gegen das Nürnberger Urteil Berufung einzulegen mit der Anklage gegen Churchill, Roosevelt und Stalin, Verbrechen gegen den Weltfrieden begangen zu haben. Doch auch vor dem Internationalen Militär-Tribunal konnte der deutschen Führung ein Schuldanteil nur am Polenkrieg nachgewiesen werden. Der Polenfeldzug forderte Zehntausende Gefallene, der Zweite Weltkrieg über 50 Millionen zivile und militärische Opfer. Um so schwerer wiegt die Schuld jener, die den Frieden 1939 und 1940 verhindert haben und für die Ausweitung des europäischen Konfliktes zum Zweiten Weltkrieg verantwortlich sind.

Wir klagen an!

Eine solch erschreckende Anklage fordert eine umfassendere Begründung und Beweisführung. Sie kann nur im größeren Rahmen eines weiteren Buches geleistet werden. Abweichend von der ursprünglichen Absicht, habe ich mich wegen der großen Zahl neuer Zeugen und Dokumente hier darauf beschränkt, vor allem nachzuweisen, daß es in der Zeit von 1933–1939 auf deutscher Seite keine politische oder militärische Tat gibt, die zu einem Zweiten Weltkrieg führen mußte. Was man auch

gegen die politischen Methoden der Reichsführung vorbringen mag, es wird bedeutungslos gegenüber der Frage, ob damit die Aufopferung von über 50 Millionen schuldloser Menschen gerechtfertigt werden könnte.

Dies mußte erst gründlich nachgewiesen werden, ehe die Schuldigen am Zweiten Weltkrieg angeklagt werden konnten. Dabei wird keine nachweisbare Schuld Hitlers oder des Hitlerismus bestritten, seine Außenpolitik nur überall dort verteidigt, wo dies der berechtigten Verteidigung Deutschlands dient.

Wir klagen Churchill, Roosevelt und Stalin an, nicht die von ihnen verführten Völker.

Unsere Anklage richtet sich auch nicht nur gegen die jüngste Vergangenheit. Wir sehen vielmehr eine der verhängnisvollsten Wirkungen des Nürnberger Fehlurteils in der Verfälschung der Geschichte. Weil das Geschichtsbild das politische Weltbild formt, können aus falschen historischen Voraussetzungen keine richtigen politischen Entscheidungen getroffen werden.

Das gefälschte Geschichtsbild von Versailles hat zu den politischen Fehlleistungen nach 1919 geführt. Das gefälschte Geschichtsbild von Nürnberg ist eine Hauptursache der politischen Fehlleistungen nach 1945, auch in der bundesdeutschen Innen- und Außenpolitik.

Die Erkenntnis der wahren Ursachen des Zweiten Weltkrieges ist eine der Voraussetzungen für die Verhinderung des drohenden dritten Weltkrieges. Daran mitzuhelfen, ist das Hauptziel dieser Arbeit.

Wir klagen an, um zu warnen.

Damit wir erkennen, was heute sein soll, müssen wir wissen, was gestern geschah.

Oberst Lindbergh klagt an!

Entscheidend wichtig ist dabei die Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. In meinem Buche »Amerikas Krieg gegen Deutschland — Wilson gegen Wilhelm II. — Roosevelt gegen Hitler« habe ich den verhängnisvollen Einfluß der USA im Ersten und Zweiten Weltkrieg umfassend dargestellt. Meine damalige Stellungnahme (1967) wurde durch eine Reihe weiterer Veröffentlichungen

zum gleichen Problemkreis weitgehend bestätigt, besonders durch die 1970 erschienenen Erinnerungen des berühmtesten Gegners Roosevelts, des amerikanischen Fliegerhelden Lindbergh: »The Wartime Journals of Charles A. Lindbergh«.

Er wird seither von einer gewissen Publizistik des »Antisemitismus« verdächtigt. Tatsächlich hat Lindbergh nicht das Judentum als solches, sondern nur den hinter Roosevelt stehenden Teil der amerikanischen Juden belastet, für die Figuren wie Harry Texter White und Henry Morgenthau jr. repräsentativ sind. Lindbergh wagte es, nicht zu verschweigen, daß diese Kreise entscheidend mitgewirkt haben, um Amerika in den Krieg gegen Deutschland zu treiben. Schon am 30. Juni 1939 schrieb er in sein Tagebuch, er könne zwar die Gefühle der Engländer und der Juden verstehen. Dennoch müsse verhindert werden, »daß unser Land durch englische und jüdische Propaganda in den Krieg getrieben werden solle«. Ein solcher Krieg werde die europäischen Probleme nicht lösen. Wahrscheinlicher sei, »daß wir die ganze Welt in ein Chaos stürzen ...« (p. 218).

Noch am 8. Juli 1941 stellt er fest, daß 75 von hundert Amerikanern gegen den Krieg eingestellt seien. Doch hinter Roosevelt stünden mächtigere Kreise, die jeden Schritt in Richtung Krieg unternähmen (p. 506). Am 4. Oktober wird er noch deutlicher. »Die Kriegspartei umfaßt die amerikanische Regierung, die britische Regierung, die Juden und den größten Teil von Presse, Rundfunk und Film.« Die Masse der Bevölkerung stehe auf seiner Seite. Doch wie lange könne sie noch der Flut der Kriegspropaganda wiederstehen? Ohne Rücksicht auf die Bevölkerung könne »uns Roosevelt in den Krieg zwingen durch Aktionen und Zwischenfälle, die den Krieg unvermeidbar machen ...« (p. 545).

Die Minderheit um den Präsidenten war stärker. Roosevelt und Morgenthau stürzten Amerika in den Krieg, der dadurch erst zum Zweiten Weltkrieg ausgeweitet wurde, dem 55 Millionen Menschen zum Opfer fielen. In einem Brief an seinen Verleger faßt Oberst Lindbergh am 18. Dezember 1969 die Folgen zusammen: »Wir gewannen den Krieg militärisch; doch in einem höheren Sinn, scheint mir, haben wir ihn verloren, denn unsere westliche Kultur ist weniger geachtet und gesichert als zuvor. Um Deutschland und Japan zu schlagen, haben wir noch größere Gefahren in Rußland und China unterstützt, die uns nun im Atomzeitalter bedro-

hen.« Es sei Polen nicht gerettet worden, Frankreich habe seine Kolonien verloren und das englische Weltreich wäre zusammengebrochen. Ein großer Teil der westlichen Kultur sei zerstört. Die Sowjets hätten vor Osteuropa den Eisernen Vorhang niedergelassen, und in Asien drohe ein feindliches China. »Wir stehen vor der alarmierenden Möglichkeit, daß der Zweite Weltkrieg kennzeichnend ist für den Beginn des Zusammenbruches unserer westlichen Kultur.« (p. XV)

Mit Lindbergh klagen wir an. Wir nennen die Hauptschuldigen: Churchill, Roosevelt und Stalin!

Literatur- und Quellen-Nachweis

(Für die IMT-Protokolle sind die Bände mit römischen Ziffern nachgewiesen)

I

Shylock als Historiker

[1] Wilhelm Nestle »Griechische Geistesgeschichte«, Stuttgart, 1944, S. 242 / [2] Nestle a. a. O., S. 247 / [3] Nestle a. a. O., S. 248 / [4] Nestle a. a. O., S. 249 / [5] »Stern« S. 98–104 Nr. VI/66 / [6] vgl. Härtle »Freispruch für Deutschland«, Göttingen, 1965, S. 95 ff. / [7] XIX, S. 566–7 / [8] Paget, R. T. »Manstein – seine Feldzüge und sein Prozeß«, Wiesbaden, 1952, S. 86 / [9] Nestle a. a. O., S. 249–50.

II

In Nürnberg verboten

[1] vgl. III S. 111, XVI, S. 660, XVII, S. 597 ff. / [2] vgl. H. Lutz »Verbrecher-Volk im Herzen Europas«, Tübingen, 1958, S. 28 / [3] vgl. Lutz a. a. O., S. 187–8 / [4] H. Härtle »Kriegsschuldlüge und Friedensvertrag«, Hannover, 1959, S. 30 / [5] I, S. 32 / [6] I, S. 193 / [7] IX, S. 539 / [7a] I, S. 194 / [8] I, S. 194 / [9] II, S. 207 / [10] IX, S. 487 / [11] XIX, S. 487 / [12] »Tägliche Rundschau«, 11. 4. 1919 / [13] vgl. Lutz a. a. O., S. 72 / [14] Nevile Henderson, »Failure of a Mission«, London, 1940, p. 27 / [15] vgl. Lutz a. a. O., S. 168 / [16] Lutz a. a. O., S. XVII / [17] vgl. XVII, S. 599–602 / [18] vgl. XVII, S. 618 / [19] vgl. F. Nitti »Die Tragödie Europas und Amerikas«, Frankfurt, 1924, S. 12–14 / [20] Sumner Welles »The Time for Decision«, New York, 1944, p. 361 / [21] vgl. »Stalins Correspondence with Churchill ...«, London 1958, Bd. I, Dok. 243.

III

Der bewaffnete Unfriede

[1] »The New York Times« v. 12. 12. 1953 / [2] vgl. Friedr. Grimm »Versailles«, Köln, 1934, S. 10 / [3] vgl. Lutz a. a. O., S. 48–9 / [4] I, S. 37 / [5] I, S. 38 / [6] I, S. 204 / [7] XVII, S. 672 / [8] Fr. Grimm a. a. O., S. 53 / [9] vgl. Fr. Grimm S. 49 / [10] Berber »Deutschland-England – 1933–9«, Essen, 1939, S. 24–5 / [11] Berber a. a. O., S. 28–9 / [12] XIX, S. 283–4 / [13] XIX, S. 283 / [14] vgl. XVII, S. 673 / [15] vgl. Ingrim »Hitlers glücklichster Tag«, Stuttgart 1962, S. 132 / [16] Ribbentrop »Zwischen London und Moskau«, Leoni, 1954, S. 63 / [17] Ingrim a. a. O., S. 132 / [18] Ribbentrop a. a. O., S. 65 / [19] XIV, S. 337 / [20] XIX, S. 300 / [21] vgl. Ingrim a. a. O., S. 144–5 / [22] V. Templewood »Nine Troubled Years«, London, 1954, p. 140 ff. / [23] W. Raeder »Mein Leben«, 1956, S. 303 ff. / [24] vgl. Ingrim a. a. O., S. 149–50 / [25] XIX, S. 301 / [26] XIV, S. 48 / [27] X, S. 230 / [28] XIV, S. 174 / [28a] XIX, S. 444 /

[29] XIV, S. 33–4 / [30] vgl. Ingrim a. a. O., S. 157 / [31] M. Freund »Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten«, Essen, 1944, S. XVIII / [32] A. J. P. Taylor »The Origins of the Second World War«, London, 1961, p. 218 / [32a] XIX, S. 273 / [33] XIX, S. 273, Taylor a. a. O., p. 119 / [34] vgl. Langer und Gleason »The Challenge to Isolation«, New York, 1952, p. 166 / [35] vgl. XV, S. 387–8 und Härtle a. a. O., S. 330–2 / [36] II, S. 340 / [37] Taylor a. a. O., p. 154 / [38] X, S. 565 / [39] XV, S. 384 / [40] vgl. Ingrim a. a. O., S. 100 / [41] Churchill »The Second World War«, Bd. I. p. 38 / [42] W. Ziegler »Versailles«, Leipzig, 1939, S. 266 / [43] vgl. Sündermann »Das Dritte Reich«, Leoni, 1964, S. 41 / [44] vgl. Emerys Hughes »Churchill«, Tübingen, 1959, S. 135.

IV

Die Wacht am Rhein

[1] I, S. 38 f / [2] II, S. 340 / [3] II, S. 379 / [4] II, S. 381 / [5] II, S. 303 / [6] II, S. 383 / [7] XV, S. 386–7 / [8] »Dokumente der deutschen Politik«, Berlin, 1937, Bd. 4, S. 100/1 / [9] XVI, S. 683–7 / [10] XVI, S. 688 / [11] XVIII, S. 322 / [12] XVII, S. 114 / [13] IX, S. 560–3 / [14] vgl. IX, S. 563–7 / [15] Freytagh-Loringhoven, »Deutschlands Außenpolitik 1933–1941«, Berlin, 1942, S. 85 / [16] XVI, S. 686 / [17] XIX, S. 303–6 / [18] vgl. Peter Kleist »Auch Du warst dabei«, Göttingen, 1959, S. 126 / [19] Kleist a. a. O., S. 128–9 / [20] »Dokumente der deutschen Politik«, Bd. 4, S. 139–43 / [21] »Dokumente der deutschen Politik«, Bd. 4, S. 118/9 / [22] »Dokumente der deutschen Politik«, Bd. 4, S. 122 / [22a] Berber a. a. O., S. 144, Dok. 52 / [23] »Dokumente der deutschen Politik, Bd. 4, S. 147–55 / [24] vgl. Benoist-Méchin »Auf dem Wege zur Macht«, Oldenburg, 1965, S. 277 / [25] Prager Akten, 1942, S. 35, Dok. 30 / [26] Charles Tansill »Die Hintertür zum Kriege«, Düsseldorf, 1957, S. 352 ff. / [27] Prager Akten, S. 24, Dok. 10 / [28] Prager Akten, S. 29, Dok. 18 / [29] David Hoggan »Der erzwungene Krieg«, Tübingen, 1961, S. 53 / [30] Richard Breyer »Das Deutsche Reich und Polen 1932–37«, Würzburg, 1955, S. 184 / [31] Breyer a. a. O., S. 162 / [32] Hoggan a. a. O., S. 62–3 / [33] Josef Beck »Dernier Rapport«, Genf, 1951, p. 113–4 / [34] Breyer a. a. O., S. 158 / [35] H. Frank »Im Angesicht des Galgens«, Neuhaus, 1955, S. 194 / [36] H. Buchheim »Das Dritte Reich«, München, 1958, S. 23 ff. / [37] H. Sündermann »Das Dritte Reich«, Leoni, 1959, S. 12 / [38] F. Hesse, »Das Spiel um Deutschland«, München 1953, S. 60–1.

V

Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs

[1] Lutz a. a. O., S. 92 / [2] vgl. G. Champeaux »La Groisade des Démocraties«, Paris, 1943, Bd. II, p. 9 / [3] Lutz a. a. O., S. 28 / [4] Lutz a. a. O., S. 98 / [5] Lutz a. a. O., S. 193 / [6] Lutz a. a. O., S. 193–4 / [7] vgl. Binder »Epoche der Entscheidungen«, Stuttgart, 1963, S. 148 / [8] vgl. Benoist-Méchin a. a. O., S. 319–20 / [9] H. Lutz a. a. O., S. 210 / [10] »Dokumente der deutschen Politik«, Bd. 5, S. 40–1 / [11] Lutz a. a. O., S. 98, vgl. »International Conciliation«, New York, 1921, p. 161–2 / [12] Benoist-Méchin a. a. O., S. 319 / [13] »Tass« Moskau, 10. 9. 1954 / [14] vgl. Härtle »Kriegsschuldlüge und Friedensvertrag«, S. 16–7 / [15] DWZ, 17. 7. 1966 / [16] II, S. 473 / [17] XIX, S. 397 / [18] XV, S. 667 / [19] XIX, S. 397 / [20] I, S. 208 / [21] IX, S.

330–1 / [22] XVI, S. 167–70 / [23] Zentner »Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges«, München, 1964, S. 33 / [24] ADAP I, Dok. 279 / [25] Prager Akten, S. 92. Dok. 101 / [26] XVI, S. 189 / [27] Ribbentrop a. a. O., S. 133 / [28] XVI, S. 189 / [29] François-Poncet »Von Versailles bis Potsdam«, Mainz, 1949, S. 202 / [30] Papen, »Der Wahrheit eine Gasse«, München, 1953, S. 466–76 / [31] X, S. 367 / [32] II, S. 375 / [33] XVI, S. 170 / [34] Brook-Shepherd »Der Anschluß«, Graz, 1963, S. 131–2 / [35] Brook-Shepherd a. a. O., S. 111–12 / [36] Brook-Shepherd a. a. O., S. 128–9 / [37] Schuschnigg »Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot«, Zürich, 1946, S. 111–2 / [38] »Schmidt-Prozeß«, Wien, 1947, S. 326 / [39] vgl. XV, S. 679–86 [40] I, S. 215 / [41] IX, S. 333–6 / [42] X, S. 567–8 / [43] XV, S. 390–2 / [44] XVI, S. 132 / [45] Taylor a. a. O., p. 149 / [45a] Zentner »Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches«, München, 1965, S. 435 / [46] XIX, S. 80 / [47] »Schmidt-Prozeß«, a. a. O., S. 277 / [48] »Schmidt-Prozeß«, a. a. O., S. 47 / [49] XV, S. 687.

VI

Selbstbestimmung oder Krieg?

[1] X, S. 281–3 / [2] XVII, S. 69 / [3] M. Freund II. a. a. O., S. 40 / [4] vgl. Peter Kleist a. a. O., S. 181 / [5] X, S. 593 / [6] XVI, S. 697 / [7] vgl. Zentner »Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches«, S. 445/6 / [8] Kleist a. a. O., S. 182 / [9] ADAP I, Dok. 31 / [10] Prager Akten, S. 81, Dok. 88 / [11] vgl. Freund a. a. O., II, S. 15/6 / [12] Prager Akten, S. 78, Dok. 82 / [13] Prager Akten, S. 99, Dok. 111 / [14] Prager Akten, S. 81, Dok. 89 / [15] Prager Akten, S. 82, Dok. 90 / [16] Prager Akten, S. 102/3, Dok. 116 / [17] Taylor a. a. O., p. 155 / [18] ADAP II, Nr. 13 / [19] ADAP II, Nr. 5 / [20] ADAP II, Nr. 38 / [21] British Documents 3, Bd. 1, Nr. 107 / [22] British Documents 3, Bd. 1, Nr. 90 / [23] Taylor a. a. O., p. 156 / [24] Bonnet »Vor der Katastrophe«, Köln, 1951, S. 69–70 / [25] British Documents 3, Bd. 1, Nr. 86 / [26] British Documents 3, Bd. 1, Nr. 150 / [27] Prager Akten, S. 108, Dok. 123 / [28] Prager Akten, S. 108-9, Dok. 125 / [29] H. Ross »Polen und Europa«, Tübingen, 1957, S. 276 / [30] XV, S. 392 / [31] Taylor a. a. O., p. 166 / [32] Prager Akten, S. 114, Dok. 135 / [33] Prager Akten, S. 110, Dok. 127 / [34] Prager Akten, S. 110–1, Dok. 128 / [35] Prager Akten, S. 112, Dok. 129 / [36] Prager Akten, S. 112, Dok. 132 / [37] vgl. W. Jaksch »Europas Weg nach Potsdam«, Stuttgart, 1958, S. 334 / [38] Jodls Tagebuch, Bd. I, S. 26 / [39] XV, S. 394 / [40] XV, S. 395 / [41] XV, S. 396 / [42] II, S. 155–6 / [43] VII, S. 239 / [44] XV, S. 398–9 / [45] XV, S. 399–400 / [46] XIX, S. 12–13 / [47] X, S. 570 / [48] Churchill a. a. O., Bd. I, p. 302 / [49] ADAP D, Bd. II, Nr. 339 / [50] ADAP D, Bd. II, Nr. 373 / [51] Prager Akten, S. 119, Dok. 144 / [52] Prager Akten, S. 119, Dok. 145 / [53] Prager Akten, S. 119, Dok. 146 / [54] Prager Akten, S. 119–20, Dok. 147 / [55] Prager Akten, S. 121, Dok. 149 / [56] Prager Akten, S. 121, Dok. 150 / [57] Prager Akten, S. 121/2, Dok. 151 / [58] Prager Akten, S. 122/3, Dok. 153 / [59] Prager Akten, S. 122, Dok. 152 / [60] Churchill a. a. O., p. 350; vgl. Walendy »Wahrheit für Deutschland«, Vlotho, 1965, S. 96–7 / [61] vgl. Walendy a. a. O., S. 97 / [62] Prager Akten, S. 125, Dok. 157 / [63] British Documents 3, Bd. II, Nr. 861 / [64] Berber a. a. O., S. 154 / [65] »Daily Express«, 16. 9. 36 / [66] vgl. Gilbert und Gott a. a. O., S. 26 / [67] Berber a. a. O., S. 155 / [68] Prager Akten, S. 127, Dok. 163 / [69] Prager Akten, S. 128, Dok. 165 / [70] vgl. DNZ, Nr. 28/64.

VII
Der Friede von München

[1] British Documents 3, Bd. II, Nr. 979 / [2] Prager Akten, S. 131, Dok. 173 / [3] Prager Akten, S. 131, Dok. 172 / [4] Berber a. a. O., S. 148 / [5] vgl. Gilbert und Gott a. a. O., S. 122–3 / [6] vgl. Gilbert und Gott a. a. O., S. 122–3 / [7] Prager Akten, S. 130, Dok. 170 / [8] Prager Akten, S. 130, Dok. 171 / [9] Prager Akten, S. 131, Dok. 174 / [10] British Documents 3, Bd. II, Nr. 1076, 1099 / [11] vgl. Gilbert und Gott a. a. O., S. 104 / [12] vgl. Gilbert und Gott a. a. O., S. 104 / [13] Benesch »Memoirs«, London, 1954, p. 34 / [14] Barnes »Entlarvte Heuchelei«, Wiesbaden, 1961, S. 125 / [15] Gilbert und Gott a. a. O., S. 122/3 / [16] vgl. Walendy a. a. O., S. 103 / [17] vgl. Walendy a. a. O., S. 100 / [18] I, S. 216–20 / [19] VII, S. 176 / [20] XIX, S. 13 / [21] X, S. 286 / [22] vgl. Kleist a. a. O., S. 192/3 / [23] Berber a. a. O., S. 156/7 / [24] Feiling »The Life of Neville Chamberlain«, London, 1947, p. 372 / [25] Churchill I. a. a. O., p. 278 / [26] vgl. Feiling a. a. O., p. 372 / [26a] R. Pozorny, München, 1959, S. 303 / [27] Zentner »Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches«, München, 1965, S. 447 / [28] XV, S. 397 / [29] X, S. 572–3 / [30] XV, S. 395–6 / [31] Prager Akten, S. 133, Dok. 178 / [32] Taylor a. a. O., p. 154 / [33] vgl. Gilbert und Gott a. a. O., S. XIII / [34] vgl. British Documents 3, Bd. II, Nr. 1150 / [35] Gilbert und Gott a. a. O., S. 136 / [36] vgl. British Documents 3, Bd. II, Nr. 1093 / [37] Kleist a. a. O., S. 194 / [38] Bonnet a. a. O., S. 75 / [39] vgl. S. Friedländer »Auftakt zum Untergang«, Stuttgart, 1965, S. 13 / [40] Friedländer a. a. O., S. 101 / [41] vgl. Gilbert und Gott a. a. O., S. 139 / [42] I, S. 41 / [43] Prager Akten, S. 137, Dok. 181 / [44] IX, S. 441 / [45] Prager Akten, S. 136/7, Dok. 181 / [46] Freund a. a. O., Bd. I, S. 143 / [46a] vgl. Gilbert und Gott a. a. O., S. 114 / [47] Freytagh-Loringhoven a. a. O., S. 172 / [48] »Hitlers Tischgespräche«, Stuttgart, 1963, S. 362 / [49] I, S. 212 / [50] I, S. 303–4 / [51] Prager Akten, S. 133, Dok. 179 / [52] X, S. 287/8 / [53] vgl. Gilbert und Gott a. a. O., S. 144 / [53a] Bonnet a. a. O., S. 119–20 / [54] Feiling a. a. O., p. 359 / [55] Churchill a. a. O., p. 286 / [56] Prager Akten a. a. O., S. 14 / [57] Frankfurter Allgemeine, 11. 3. 1959, vgl. Walendy a. a. O., S. 104.

VIII
Vom Protektorat zur Sowjetrepublik

[1] Kleist a. a. O., S. 199 / [2] Deutsches Weißbuch Nr. 3, Dok. 6 / [2a] Churchill a. a. O., p. 292 / [3] Prager Akten, S. 139, Dok. 184 / [4] X, S. 289 / [5] vgl. X, S. 196 / [6] Berber a. a. O., S. 161 / [7] vgl. Gilbert und Gott a. a. O., S. 143 / [8] E. Hughes a. a. O., S. 159 / [8a] Feiling a. a. O., p. 406 / [9] Hughes a. a. O., S. 159 / [10] Bonnet a. a. O., S. 136–7 / [11] Berber a. a. O., S. 160 / [12] Berber a. a. O., S. 172–3 / [12a] Berber a. a. O., S. 179 / [13] I, S. 220 / [14] IX, S. 337–9 / [15] Berber a. a. O., S. 162–9 / [16] Berber a. a. O., S. 179 / [17] vgl. VII, S. 237 / [18] X, S. 389–90 / [19] X, S. 290 / [20] Taylor a. a. O., p. 202 / [20a] ADAP Bd. IV, S. 214 f, 219 / [21] I, S. 220 / [22] vgl. Meißner »Staatssekretär unter Ebert - Hindenburg - Hitler«, Hamburg, 1950, S. 476 / [23] I, S. 220 / [23a] IMT XXXII, S. 15 f. / [24] IX, S. 340–1 / [25] Taylor a. a. O., p. 202 / [26] Taylor a. a. O., p. 203 / [27] Meißner a. a. O., S. 479–80 / [28] vgl. X, S. 293–4 / [29] XV, S. 403 / [29a] Churchill Bd. I a. a. O., p. 350 / [30] vgl. I, S. 219 / [31] I, S. 285 / [32] Kleist a. a. O., S. 204 / [33] Hans Grimm »Warum – Woher – aber Wohin?«, Lippoldsberg, 1954, S. 234 / [34] Freund II. Dok. 4 / [35] Berber a. a. O., S. 189–95 / [36] X, S. 481 / [37] »Memoirs of Dr. Eduard Benesch – From Munich to New War and New Victory«, London,

1954, p. 60 / [38] p. 82 / [39] p. 15–7 / [40] p. 52 / [41] p. 52 / [42] p. 96-7 / [43] p. 55–7 / [44] p. 12, 21 / [45] p. 36 / [46] p. 52 / [47] p. 64 / [48] p. 61 / [49] p. 75–80 / [50] p. 193 / [51] p. 139 / [52] p. 145 / [53] p. 149 / [54] p. 151 / [55] p. 154 / [56] p. 155 / [57] p. 263 / [58] p. 280 / [58a] Churchill II a. a. O., S. 524 / [59] W. Jaksch a. a. O., S. 442–3 / [59a] Benesch a. a. O., p. 211 / [60] Benesch a. a. O., p. VII.

IX
Festlanddolch

[1] F. Lenz »Nie wieder München«, Heidelberg, 1964, I, S. 78 / [2] Benesch a. a. O., p. 87 / [3] I, S. 221 / [4] Gilbert und Gott a. a. O., S. 182 / [5] Gilbert und Gott a. a. O., S. 184 / [6] British Documents 3, Bd. IV, Nr. 399, S. 431 / [7] Gilbert und Gott a. a. O., S. 186/7 / [8] Feiling a. a. O., p. 403 / [9] Gilbert und Gott a. a. O., S. 188 / [10] Halifax »Fulness of Days«, London, 1957, p. 206 / [11] Taylor a. a. O., p. 207 / [12] Feiling a. a. O., p. 456 / [13] Berber a. a. O., S. 218 / [14] Berber a. a. O., S. 202 / [15] Freund »Weltgeschichte in Dokumenten«, Bd. II, S. 103 / [16] Churchill a. a. O., Bd. I, p. 311–2 / [17] Churchill a. a. O., Bd. I, p. 365 / [18] Churchill a. a. O., Bd. I, p. 310 / [19] X, S. 295–9, XI, S. 234–5 / [20] XI, S. 231, Lenz a. a. O., Bd. I, S. 125 / [21] X, S. 300 / [22] ADAP VI, Nr. 101, Polnisches Weißbuch, Nr. 64 / [23] vgl. Hoggan a. a. O., S. 431 / [24] Deutsches Weißbuch, Nr. 2, S. 210 / [25] I, S. 222 / [26] Walendy a. a. O., S. 448–52 / [27] X, S. 557/8 / [28] XX, S. 623 / [29] vgl. Härtle »Freispruch für Deutschland«, S. 326–9 / [30] A. v. Ribbentrop »Verschwörung gegen den Frieden«, Leoni, 1962, S. 420/8; Walendy a. a. O., S. 453–61 / [31] Hoggan a. a. O., S. 424–6 / [32] XI, S. 242 / [33] vgl. XXVIII, S. 389 / [34] Manstein »Verlorene Siege«, Bonn, 1955, S. 17–18 / [35] E. Raczynski »In Allied London«, London, 1962, p. 22 / [36] IX, S. 746 / [37] British Documents 3, VII, Nr. 537 / [38] X, S. 317/8 / [38a] Churchill a. a. O., p. X / [39] X, S. 313 / [40] Bonnet a. a. O., S. 285 / [41] Bonnet a. a. O., S. 291 / [42] Bonnet a. a. O., S. 292/95 / [43] Gilbert und Gott a. a. O., S. 216 / [44] Gilbert und Gott a. a. O., S. 264 / [45] Duff Cooper »Old Men Forget«, London, 1953, p. 259 / [46] Gilbert und Gott a. a. O., S. 271.

X
Verbrechen gegen den Weltfrieden

[1] Feiling a. a. O., p. 246, 344 / [2] Kordt »Nicht aus den Akten«, Stuttgart, 1950, S. 338 / [3] British Documents, Bd. VII, Doc. 49 / [4] »Der Großdeutsche Freiheitskampf«, München, 1943, S. 67–100 / [4a] Feiling a. a. O., p. 424 / [5] Kleist a. a. O., S. 231, Friedländer a. a. O., S. 31 / [6] S. Friedländer a. a. O., S. 32 / [7] »Der Großdeutsche Freiheitskampf«, S. 263–4 / [8] Churchill Bd. I, p. 186–9 / [9] vgl. Walendy a. a. O., S. 334 / [9a] Churchill I a. a. O., p. X / [10] Hughes a. a. O., S. 114 / [10a] Churchill II, a. a. O., S. 166 / [11] »New Statesman and Nation«, 8. 10. 39 / [12] Ribbentrop »Zwischen London und Moskau«, S. 160 / [13] Zentner »Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches«, S. 452 / [14] »Geschichtsfälscher«, veröffentlichcht v. Informationsbüro des Ministerrates der UdSSR, SWA-Verlag, Berlin-Ost, 1948, S. 60 ff. / [15] vgl. Härtle »Freispruch für Deutschland«, S. 314, Churchill III, a. a. O., S. 529 / [16] Friedländer a. a. O., S. 213 / [16a] Churchill II a. a. O., S. 331, 354, 427, III 548, 549, Härtle a. a. O., S. 317–21 / [17] Dönitz a. a. O., S. 192 / [18] vgl. S. Friedländer a. a. O., S. 85/6 / [19] Sherwood »The White House Papers of H. L. Hopkins«, London, 1948, Bd. I, p. 111 und Sherwood, »Roosevelt und Hopkins«, Hamburg, 1948, S. 76 / [20] vgl. Härtle »Freispruch für Deutschland«, S. 144–261.

PERSONEN-VERZEICHNIS

Heinrich Härtle

Die Kriegsschuld der Sieger

Churchills, Roosevelts und Stalins Verbrechen gegen den Weltfrieden

Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß die Kriegsschuldfrage nicht nur ein historisches, sondern ein politisches Problem von brennender Aktualität darstellt, wäre er erneut von der Sowjetregierung erbracht worden. In ihrer Note vom 17. Mai 1966 erwiderte sie auf die »Friedensnote« der Bundesregierung, Deutschlands Alleinschuld sei nach wie vor die Grundlage ihrer Politik gegenüber Ost- und Westdeutschland. Die »hitlerfaschistische Aggression« und die »Heimtücke des Deutschen Reiches« seien die rechtliche und politische Rechtfertigung der Raubgrenzen im Osten und die Zerstückelung Deutschlands. Die Sowjetregierung wiederholt damit nur, was Chruschtschow 1959 gefordert hatte: Eine Erneuerung des Kriegsschuldartikels 231 von Versailles durch den Artikel 19 eines kommenden »Friedensvertrages«. Dort soll die Allein- und Kollektivschuld »Hitlerdeutschlands« und des »deutschen Militarismus« verewigt werden. Gesamtdeutschland müsse darum das Nürnberger Schandurteil freiwillig anerkennen.

Hier beginnt der Verfasser seine Gegendarstellung. Ausgehend vom Internationalen Militär-Tribunal, der alliierten Anklage und der deutschen Verteidigung, faßt er alle Dokumente und Zeugenaussagen zusammen, die der zweiten Kriegsschuldlüge die geschichtliche Wahrheit gegenüberstellen. Die Ergebnisse einer zwanzigjährigen zeitgeschichtlichen Forschung ermöglichen es, den bundesdeutschen Schuldkomplex zu überwinden, aus der Verteidigung zur Offensive überzugehen. Denn: 20 Jahre Schuldbezichtigung und Büßerdasein haben uns nichts genützt.

Als Angeklagte sind wir keine Verhandlungspartner. Die moralische Gleichberechtigung ist die Voraussetzung der politischen. Wir erreichen sie nur, wenn wir endlich aufhören, nur unsere Schuldlosigkeit zu beteuern. Unsere Ankläger in Ost und West werden erst verstummen, wenn wir ihnen *ihre* Schuld nachweisen. Der Verfasser bestreitet nicht den deutschen Anteil am Ausbruch des Polenkonfliktes. Er beweist aber mit überzeugender Konsequenz, wer die Hauptschuldigen dafür sind, daß der osteuropäische Grenzkrieg zum Zweiten Weltkrieg ausgeweitet wurde. Die 1970 veröffentlichten Geheimakten des britischen Kabinetts bestätigen erneut die Auffassung des Autors. Sogar Neville Chamberlain und Lord Halifax neigten dazu, die deutschen Friedensangebote zu prüfen. Churchill zerschlug jeden Versuch rechtzeitiger Versöhnung. Aus Härtles Plädoyer für Deutschland wird darum eine leidenschaftliche Anklage gegen Churchill, Roosevelt und Stalin.

Die Versailler Lügen wurden eine der Ursachen des Zweiten Weltkrieges; die Nürnberger Lügen sind mitschuldig am Unfrieden seit 1945. Nur die Wahrheit kann versöhnen, nur die Versöhnung führt zum Frieden. Das ist die Forderung der Frontgeneration und der deutschen Jugend. Dieses Buch wird mithelfen, sie zu erfüllen.

VERLAG K.W. SCHÜTZ KG - PREUSSISCH OLDENDORF